

Heinemann, Manfred; Rüter, Wilhelm

Landschulreform als Gesellschaftsinitiative. Philip von der Reck, Johann Friedrich Wilberg und die Tätigkeit der "Gesellschaft der Freunde der Lehrer und Kinder in der Grafschaft Mark" (1789 - 1815)

Göttingen : Vandenhoeck & Ruprecht 1975, 208 S. - (Studien zum Wandel von Gesellschaft und Bildung im Neunzehnten Jahrhundert; 11)



Quellenangabe/ Reference:

Heinemann, Manfred; Rüter, Wilhelm: Landschulreform als Gesellschaftsinitiative. Philip von der Reck, Johann Friedrich Wilberg und die Tätigkeit der "Gesellschaft der Freunde der Lehrer und Kinder in der Grafschaft Mark" (1789 - 1815). Göttingen : Vandenhoeck & Ruprecht 1975, 208 S. - (Studien zum Wandel von Gesellschaft und Bildung im Neunzehnten Jahrhundert; 11) - URN: urn:nbn:de:0111-opus-37387 - DOI: 10.25656/01:3738

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-opus-37387>

<https://doi.org/10.25656/01:3738>

in Kooperation mit / in cooperation with:

Vandenhoeck & Ruprecht

V&R

<http://www.v-r.de>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.
This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Digitalisiert

Mitglied der


Leibniz-Gemeinschaft

Manfred Heinemann / Wilhelm Rüter
Landschulreform als Gesellschaftsinitiative

Studien
zum Wandel von Gesellschaft und Bildung
im Neunzehnten Jahrhundert

Herausgegeben von
Otto Neuloh
Walter Rüegg

Band 11

Forschungsunternehmen „Neunzehntes Jahrhundert“
der Fritz Thyssen Stiftung

MANFRED HEINEMANN
WILHELM RÜTER

Landschulreform als Gesellschaftsinitiative

Philip von der Reck, Johann Friedrich Wilberg
und die Tätigkeit der
„Gesellschaft der Freunde der Lehrer und Kinder
in der Grafschaft Mark“ (1789-1815)



GÖTTINGEN · VANDENHOECK & RUPRECHT · 1975

ISBN 3-525-31815-4

© Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1975. Printed in Germany.
Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages ist es nicht gestattet, das
Buch oder Teile daraus auf foto- oder akustomechanischem Wege zu
vervielfältigen. Gesamtherstellung: Hubert & Co., Göttingen

Vorwort

Die von der kleinen Bauernschaftsschule Overdyck — an deren Namen noch heute in Bochum das „Kinderheim Rettungsanstalt Overdyck“ als Nachfolger erinnert — ausgehende Schulreform in der Grafschaft Mark hatte trotz ihres eigentlichen Scheiterns für die Entwicklung der preußischen Volksschulen eine erhebliche und nicht zu unterschätzende Bedeutung. Sie war diejenige Schule, mit der Philip Freiherr von der Reck versuchte, die Reformschulen des „Pestalozzi der Mark Brandenburg“, Friedrich Eberhard von Rochow, zu übertreffen, und die wie jene zum Erfahrungsfeld derjenigen wurde, deren Namen wir auch bei späteren Schulreformen wiederfinden. Freiherr vom Stein, der spätere erste Oberpräsident von Westfalen Ludwig von Vincke, Bernhard Christian Ludwig Natorp, der nach weitreichender Schulreformtätigkeit in der Kurmark 1816 als Oberkonsistorialrat das westfälische Schulwesen maßgeblich mitentwickelte, Bernhard Snethlage, der als späterer Direktor des Joachimsthalschen Gymnasiums größeren Einfluß auf die Reform der Gymnasien in Preußen hatte, Rulemann L. Eylert, der erste evangelische Bischof in Preußen und Mitglied des Staatsrates und nicht zuletzt Vertraute Friedrich Wilhelms III., Peter Harkort, der Vater des sich für das Schulwesen später so intensiv einsetzenden Industriellen Friedrich Harkort, der preußische Minister von Heinitz, seine Kollegen von Woellner und von Massow als für die Schule in Preußen verantwortliche Minister und nicht zuletzt auch die Oberschulräte im Oberschulkollegium Meierotto, Gedicke, Zöllner und Sack waren an dieser Schulreform beteiligt.

Wie nur selten ist es durch eine Vielzahl erhalten gebliebener Akten und weiterer Dokumente möglich, die Geschichte dieser Schule und die von ihr ausgehenden Bemühungen um eine Gesamtreform des niederen Schulwesens nachzuzeichnen, wobei die Unterlagen erlauben, die Probleme des Schulreformalltags so zu rekonstruieren, daß die Zielsetzungen wie die Ursachen für das schließliche Scheitern der Projekte in vielen Einzelheiten plastisch beschrieben werden können. Freiherr von der Reck versuchte die gesamte Reformbewegung von der „Nation“ der Staatsbürger zum Wohle Preußens tragen zu lassen und damit der Schule zwischen Kirche und Staat einen neuen Platz im Gemeinwesen anzuweisen. Die Stände selbst, die als Korporation zur Zeit der Französischen Revolution in der Grafschaft noch von dominierendem Einfluß auf die Entwicklung hätten sein können, verstanden jedoch nicht, das „nationale“ Denken der Reformen zu übernehmen. Sie überließen im allgemei-

nen Prozeß der Umorientierung der Weltbezüge von der altständischen Ordnung zum modernen Staatswesen der preußischen Verwaltung mehr und mehr das Terrain der Schule. Mangelndes Verständnis für die Aufgabe der Schule in der modernen Welt führte zur Verminderung des Einflusses dieses Selbstverwaltungsorgans gegenüber dem Oberschulkollegium, das seine Befugnisse voll ausschöpfte und regionale Eigenentwicklungen unterband. Derartigen Verhandlungen standen die Amtswalter der Kirche in ihrer Verantwortung für die Schule ohnehin skeptisch gegenüber. Sie befürchteten, die Schule fremdem Einfluß auszuliefern.

Mochte am Anfang der Reformen der Optimismus der Reformer stehen und zu weitreichenden Plänen führen, so verstärkten sich die aus der Tradition herrührenden Widerstände im Laufe der Zeit zunehmend. Mehr und mehr wird die von Overdyck ausgehende Bewegung zum Beispiel dafür, wie Schulreformen nicht durchgeführt werden sollten. Engagement ohne volle Einbeziehung der Einstellungs- und Erwartungshaltungen in der Bevölkerung, allein gestützt auf die Vorstellung, daß jedermann die nützlichen Ziele der Schulreform einleuchten würden, Planungen ohne vollen Realitätssinn und ohne volle finanzielle Absicherung reichen nicht aus, um den Enthusiasmus in neuen Schulen zu institutionalisieren. Dennoch haben alle Überlegungen gerade wegen der gemachten Fehler erhebliche Wirkungen auf zukünftige Entwicklungen, denn erst durch die aktive Reformtätigkeit selbst wird die Reflexion auf die Zusammenhänge von Schule und Sozial- und Erziehungsfeld gelenkt, wird eigentlich erst voll bewußt, in welcher Weise Schule als verändernde Kraft wirken kann oder wirkt.

Die Analyse der von Overdyck ausgehenden Bemühungen ergibt weiterhin, wie wenig bürokratische Formen der Informationsverarbeitung geeignet sind, die ‚Wirklichkeit‘ der Schule zu erfassen, und wie sehr eine Bürokratie selbst durch ihre Aktionen das verhindert, was sie eigentlich anstrebt: hier die Aufklärung des Landmannes zum Wohl der bürgerlichen Gesellschaft. Solange Overdyck nicht in die ‚Maschine‘ des Verwaltungsapparats kommt, solange die Reformer unter sich in sicherlich mühsamer Diskussion der „Gesellschaft der Freunde der Lehrer und Kinder in der Grafschaft Mark“ versuchen ihren Konzeptionen treu zu bleiben, solange verständige Verwaltungsbeamte diese Aktionen zu schützen wissen, kommt man voran, doch spätestens beim Eingriff in die Herrschaftsgewalt bestehender Behörden, hier des Oberschulkollegiums, treten die ersten Rückschläge ein, die schließlich das ganze Unternehmen in Frage stellen. Auf welcher Grundlage auch vermochte ein Oberschulrat in Berlin, der nie in der Mark gewesen war, ohne die nicht in den Akten vorzufindenden Details vom Schreibtisch aus zu entscheiden?

Overdyck mit seiner Kapazität von vielleicht 40 bis 60 Schülern und vielleicht 3 bis 7 Seminaristen schien von Berlin aus gesehen als fast unbedeutend, so unbedeutend dann auch in der pädagogischen Forschung,

daß bis heute nur die Chiffre „Teichheim“, die Natorp in seinem mehrbändigen „Briefwechsel einiger Schullehrer und Schulfreunde“ von 1811 bis 1816 für Overdyck benutzt, bekannt blieb. Auch die häufigen heimatgeschichtlichen Hinweise auf die Schulreform in der Grafschaft reichten bis heute nicht aus, dieser Schule, der Tätigkeit ihres Gründers, wie auch ihres ersten Lehrers, Johann Friedrich Wilberg, einen angemessenen Platz unter den Reformversuchen im Schulwesen um die Wende zum 19. Jahrhundert einzuräumen. Ähnliches gilt für die Tätigkeit der „Gesellschaft der Freunde der Lehrer und Kinder in der Grafschaft Mark“.

Da die Entstehung des modernen Schulwesens ohne derartige Ansätze nicht zu verstehen ist, mußte daher unter quellenmäßiger Absicherung versucht werden, den *Prozeß der Schulreform in einem Fall* in den verschiedensten Perspektiven und Wirkungen zu verdeutlichen. Die Autoren hoffen, damit einen Beitrag für eine noch zu schreibende Theorie der Schulreform zu liefern. Zugleich soll deutlich gemacht werden, daß in dieser Schulreform viele Einzelheiten zukünftiger preußischer Volksschule entwickelt wurden. Gleiches gilt für die Schulverwaltungsstrukturen. Auch hier sind die Diskussionen über die Regelung der Schulaufsicht, das Prüfungswesen, die Lehrerausbildung usw. für die zukünftigen Formen musterbildend gewesen.

Es können aber auch die Wirkungen einer Reformschule auf das „Schulpublikum“ verfolgt werden. Damit lassen sich die sich abzeichnende Politisierung im Bildungsbereich wie auch die ihr zugrunde liegenden Interessengegensätze in frühen Anfängen nachweisen. Schulreformen haben zugleich erhebliche Auswirkungen auf die Sozialstruktur, wie dies anhand der Diskussionen über die Schulfinanzierung, über die Schulpflicht und über andere Fragen nachvollzogen werden kann. Selbst schulinterne Probleme, wie z. B. die Wirkung des konfessionsübergreifenden Unterrichts, wie z. B. die Bedeutung der Hochsprache für die Sozialisation der Kinder, lassen sich fassen, wie überhaupt die ‚Schulwirklichkeit‘ in überraschend deutlicher Weise in den Quellen dargestellt wird.

Die Schulreform in einem Fall zu beschreiben verlangt dabei nach ausdauernder Materialsuche. Über 10 Jahre hindurch wurden von Schulrat a. D. Wilhelm Rüter diejenigen Quellen zusammengetragen, die die Konturen der Reform deutlich werden ließen. Mehrere Fassungen in gemeinsamer Arbeit unter Hinzuziehung weiterer Archivalien, Literatur usw. waren notwendig, um die Projekte voll zu erschließen. Dabei wären die Autoren ohne die Hilfsbereitschaft von Prof. Dr. Karl-Ernst Jeismann (Münster) und Dr. Klaus Goebel (Wuppertal), die Materialien aus dem Deutschen Zentralarchiv in Merseburg (DDR) zur Verfügung stellten, nicht so leicht auf wichtige Dokumente gestoßen. Zu danken haben die Autoren weiterhin den Mitarbeitern der benutzten Archive wie auch den Professoren Dr. Wolfgang Köllmann, Dr. Wilhelm Roeßler und nochmals Prof. Dr. Jeismann für eine kritische Durchsicht des Manu-

skripts. Auch den Herausgebern dieser Reihe, den Professoren Dr. Otto Neuloh und Dr. Walter Rüegg sind sie für Hinweise dankbar.

Bei der intensiven Zusammenarbeit der Autoren kann die Frage nach den Einzelbeiträgen zu diesem Buch nicht mehr gestellt werden. Beide Autoren würden sich freuen, wenn ihr Beispiel einer Kooperation die weitere regionalgeschichtliche Erschließung im Bereich der Schulgeschichte anregen würde. Demnächst wird dieses Buch ergänzt durch ein vom Archiv Haus Laer in Bochum vorbereitetes Sammelwerk*. Hier werden auf dem Hintergrund des in seinen wesentlichen Ergebnissen zusammengefaßten Overdycker Schulversuchs weitere Ausstrahlungen der Landeschulreform auf das mittlere Ruhrrevier unter Einbeziehung weiterer örtlicher Schulversuche dargestellt. Hinzu kommen die hier nur am Rande berücksichtigte Geschichte Overdycks mit dem Rittersitz als Mittelpunkt seit dem Mittelalter und die Geschichte der 1819 durch Adelbert von der Recke gegründeten Rettungsanstalt für verwahrloste Kinder, welche — nach dem 49. Jahresbericht der Rettungsanstalten von 1869 — zur „Mutter und zum Muster für all die Hunderte von Rettungsanstalten wurde, die seitdem in ganz Deutschland und in anderen Ländern durch christliche Liebe ins Leben gerufen sind“.

Bochum, im März 1974

Wilhelm Rüter/Manfred Heinemann

* (In Vorbereitung) Das Projekt Schulreform auf Haus Overdyck und sein Scheitern, Verlag Laupenmühlen und Dierichs, 463 Bochum, Hüttenstraße 3—5, im Kunstdruck mit zahlreichen großformatigen Abbildungen von beteiligten Personen, von Gebäuden, von Dokumenten und Karten der Landschaft. (Vgl. auch die Hinweise am Schluß des Buches).

Inhalt

Vorwort	5
I. Philip von der Reck und die Schulgründung auf Haus Overdyck bei Bochum	
Der Freiherr Philip von der Reck	11
Reckahn als Vorbild für Overdyck	18
Eine Schule — auf Subskription gebaut	21
Der Bau der neuen Schule	24
Der erste Lehrer: Johann Friedrich Wilberg	28
Probleme des ersten Eingewöhnens	32
Overdyck — eine Gnadenschulstelle	35
Das Unterrichtsziel „Aufklärung“	39
Wirkungen des Unterrichts	46
Der Industrieunterricht	49
II. Die „Gesellschaft der Freunde der Lehrer und Kinder in der Grafschaft Mark“ und die Reform der Landschule	
Die Gründung der Gesellschaft	52
Erste Vorschläge an das Oberschulkollegium	54
Der Aufruf „An alle brave und gute Menschen in der Grafschaft Mark“	58
Der Plan eines Schulfonds	60
Wilbergs Aktivität und der Ausbau der Gesellschaft	63
Die Zusammenarbeit mit Synode und „Ministerium“	67
Die Neuordnung der Lehrerprüfung und der Prüfungsstoffe	72
Der Instruktionsentwurf der Gesellschaft von 1804	76
Die Einwände der Prediger und die Instruktion von 1807	79
Das Projekt: Gründung eines Provinzialschulkollegiums	82
Die Stellungnahme des Oberkammerpräsidenten vom Stein	86
Das Gutachten Peter Harkorts	90
Die Entwicklung des Projekts durch eine vom Generaldirektorium in Berlin eingesetzte Kommission	92

Die Ablehnung durch das Oberschulkollegium	97
Das Ende des Projekts Provinzialschulkollegium	102
Die Neuordnung der Schulaufsichtsverhältnisse im Jahre 1806	107
Die Aufgaben der „Schulkommissare“	110
Die Gründung eines Lehrerseminars auf Overdyck	113
Die Ablehnung durch die Regierung	115
Die Eingabe an die Kammer	118
Der Lehrbetrieb des Seminars auf Overdyck	121
Die Lösung des Finanzproblems durch Beteiligung der Stände an den Kosten des Seminars	123
Die Gesellschaft der Freunde im Sog der Erweckungsbewegung	129
Die Konkurrenz der Lehrerkonferenzgesellschaften	133
Die Entwicklung der Seminartheorie durch Natorp	138
Das Ende des Seminars auf Overdyck	143
III. Das Ende des Versuchs, die Landschulen zu verbessern	146
Der Weggang Wilbergs nach Elberfeld	146
Der zweite Lehrer auf Overdyck: Christoph Lieth	148
Der Rettungsversuch durch Natorp	152
„Freiheit“ und „Schulrumor“ — die Opposition der Eingesessenen	154
Das Scheitern des letzten Wiederbelebungsversuches	158
IV. Schlußbetrachtungen	161
V. Anhang	172
VI. Quellen- und Literaturnachweis	189
VII. Abkürzungen	198
VIII. Register	199

I. Philip von der Reck und die Schulgründung auf Haus Overdyck bei Bochum

Der Freiherr Philip von der Reck

Im Oktober des Jahres 1785 kam das in der Bauernschaft Hamme bei Bochum in der Grafschaft Mark gelegene Gut Overdyck durch Konkurs des Vorbesitzers, Heinrich Johann von Loe, in den Besitz des Freiherrn Philip von der Reck¹. Weder durch seine Vergangenheit noch durch seine Lage schien es dazu vorbestimmt, einmal im Mittelpunkt einer für die spätere preußische Volksschulgeschichte bedeutsamen Schulreform zu stehen. Außer dem Hinweis, daß Overdyck ein frühes Zentrum evangelisch-reformierten Glaubens in der Grafschaft war, vermochten die Historiker nichts Bedeutendes zu berichten.

Die Bauernschaft Hamme, die etwa eine halbe Stunde zu Fuß von Bochum entfernt noch im Kirchspiel der Stadt lag, zählte 1798 insgesamt 46 Haushaltungen, darunter 15 Vollbauern, 5 Kötter, 2 „Leibzüchter“², 5 Leineweber, 1 Zimmermann, 2 Schuster, 3 Wirte, 2 Witwen und 11 Tagelöhner. Da bei dieser Erhebung nur die Haushaltungen gezählt wurden, muß die Zahl der Einwohner der Bauernschaft auf etwa 150 bis 200 geschätzt werden. Sie hatte sich seit der Erhebung des Jahres 1664 nur wenig verändert³.

Zum adeligen Hause gehörten nach der erstgenannten Aufnahme: 2 Eheleute, 6 Kinder (eigene und verwandte), 6 Knechte, 2 Jungen (Hirten) und 8 Mägde — also insgesamt 24 Personen. Die unmittelbar beim Herrnsitz gelegene „Baut“ Overdyck, in der die Pächter und Handwerker des Guts wohnten, zählte 1798: 2 Kötter, 2 Zimmerer, 1 Leineweber,

¹ Abdruck des Vergleichs vom 16. Oktober 1785 in: Ernst Symann (Hrsg.), Die Urkunden des Stadtarchivs Wanne-Eickel 1601—1780. (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Wanne-Eickel, Bd. II H. 2/3) Wanne-Eickel 1929. Bd. II Nr. 1203.

Der Rittersitz war „ursprünglich ein Lehen der Grafen von Limburg-Styrum, in den ältesten Zeiten im Besitz derer von Overdyk, seit 1493 derer von Loe ...“. Karl Schöpf/Walter Vogel, Ein Menschenfreund. Adelbert Graf von der Recke von Volmerstein. Gütersloh 1922, S. 6. Die Schreibweise Overdyk wechselt mit derjenigen von Overdyck, letztere ist jedoch häufiger.

² Als „Leibzüchter“ wurden diejenigen Bauern bezeichnet, die ihren Hof alters- und krankheitshalber an ihren Nachfolger übergeben hatten und in ein separates Wohnhaus neben den alten Hof gezogen waren. Vgl.: (o. Vn.) Müller, Beschreibung des westphälischen Bauernhofes. In: Westphälisches Magazin, Bd. 2 (1786) S. 265.

³ Zahlen nach: Eduard Schulte (Bearb.), Die Bevölkerung des Amtes Bochum im Jahre 1664 (Veröffentlichungen des Archives Wanne, Bd. 1) Wattenscheid 1925, S. 95 ff. StadtA Bochum: Personenstandsaufnahme von 1798, 1—21/3.

2 Müller, 1 Schuster, 1 Tagelöhner — also insgesamt 9 Haushaltungen mit 33 Personen⁴.

Zum Selbstverständnis Philip von der Recks als „Erbherr“⁵ gehörte auch die Sorge für eine gute Schule. Die in der Bauernschaft existierende und von den Bauern unterhaltene „Winkelschule“ schien ihm so dürftig, daß er schon bald nach seiner Ansiedlung den Plan faßte, durch die Gründung einer „Freyschule“⁶ den Kindern von Bauernschaft und Baut einen besseren Unterricht zu verschaffen; denn: „Bey meiner Niederlassung zu Overdyck im Jahre 1785 wurden die Kinder des Dorfes Hamm, theils von einer alten Frau, theils von einem alten Leineweber in Goltham unterrichtet.“⁷

Derart schlechte Schulzustände waren im ausgehenden 18. Jahrhundert die Regel⁸. Ungenügend ausgebildete „Schulehalter“, die sich neben ihrem Handwerk durch den Unterricht einige „Groschen“ verdienten, gab es nicht nur in der Grafschaft Mark, sondern in ganz Preußen. Auch die mit dem Generallandschulreglement von 1763 einsetzenden Reformen hatten hieran nichts ändern können⁹. Fast überall blieben die Kirchen-

⁴ Ebd.

⁵ Der Sprachgebrauch der Zeit wechselt für den Besitzer von Overdyck zwischen „Grundherrn“ und „Erbherrn“. Vgl. zum ersten: Verzeichnis der Schulen von 1798, Nr. 51. In: LKA Bielefeld: 0,8/22. Nach Müller, Beschreibung, S. 263 f., hatten die Bauern in Westfalen zumeist einen „Erbherrn“, dem sie Abgaben entrichteten. Diesem „Erbherrn“ stand die Besetzung des Hofes zu, wenn der ansässige Bauer die Abgaben nicht mehr zahlen konnte oder der Hof — hier war die Einheirat möglich — ohne Nachfolger blieb. Müller bezeichnet diese Stellung als „Mittelding“ zwischen „Pächter“ und „Lehnsträger“. Daneben gab es auch noch Leibeigenschaft, die zu Hand- und Spanndiensten verpflichtete.

⁶ Damit wurde eine Schule bezeichnet, die von den Schülern kein Schulgeld verlangte, ein Mittel, die Attraktivität einer neuen Schuleinrichtung zu erhöhen. „Freyschulen“ wurden auch an anderen Orten gegründet.

⁷ Von der Reck am 24. Sept. 1810 an den Präfecten des Ruhr-Departements, Freiherrn von Romberg, Dortmund. In: StA Münster: Großherzogtum Berg, Gruppe A 2 Nr. 166. Die Bauernschaft Hamme wurde im westlichen Teil als Goldhamme, im östlichen Teil als Hundhamme bezeichnet.

⁸ Vgl. etwa: Bericht eines Landpfarrers über seine Pfarrschulen. In: Quartalschrift für Religionslehrer. Bd. 4 (1807) 2. Quartal S. 53 ff.; Bernhard Moritz Snethlage, Über den gegenwärtigen Zustand der niedern Schulen und ihre zweckmäßige Einrichtung usw. Münster 1798; Joseph Schram, Die Verbesserung der Schulen in moralisch-pädagogischer, pädagogischer und polizeylicher Hinsicht usw. Dortmund 1803; Friedrich Samuel Gottfried Sack, Über die Verbesserung des Landschulwesens vornehmlich in der Churmark Brandenburg. Berlin 1799; Peter Florens Weddigen, Historische, geographische und statistische Beschreibung der Grafschaft Ravensberg. In: Westphälischer National-Kalender. 2. Jg., Elberfeld 1801, S. 13 ff.; Ferdinand Vollmer, Die preussische Volksschulpolitik unter Friedrich dem Großen. (Monumenta Germaniae Paedagogica, Bd. 56). Berlin 1918.

⁹ Vgl. Vollmer, Volksschulpolitik, S. 59 ff.; Hugo Gotthard Bloth, Johann Julius Hecker (1707—1767) und seine Universalschule. Dortmund 1968, S. 60 ff. Abdruck des Schulreglements bei: Ludwig Rönne (Bearb.), Das Unterrichts-Wesen des Preussischen Staates. Berlin 1855, S. 64 ff. Auch in: Leonhard Froese/Werner Krawietz, Deutsche Schulgesetzgebung. Bd. 1: Brandenburg, Preußen und Deutsches Reich bis 1945 (Kleine pädagogische Texte, Bd. 37) Weinheim/Berlin/Basel 1968, S. 105 ff.

gemeindeschulen für die Kinder der Bauern und Handwerker, der städtischen und der ländlichen Unterschichten in schlechter Verfassung, weil das nötige Geld zum Ausbau eines geordneten Schulwesens fehlte. So fand der Unterricht oft genug in einer baulich verkommenen, schlecht zu lüftenden Schulstube statt. Er beschränkte sich zumeist auf das zur Kenntnis von Bibel und Katechismus nötigste Rüstzeug. Welch Wunder, daß sich die Behörden schon zufrieden gaben, wenn die Kinder „die unentbehrlichsten Heils-Wahrheiten der christlichen Religion gefaßt haben“¹⁰.

In der zeitgenössischen Literatur wurde immer wieder über diese Verhältnisse geklagt. Vorschläge zur Reform gab es ausreichend, doch selten einmal den Versuch, sich den traditionellen Einstellungs- und Erwartungshaltungen der Landbewohner entgegenzustellen und die Schule aus dem Winkel der Unbedeutsamkeit und Mißachtung herauszuholen. Die Schule wurde auch in der Bauernschaft Hamme mehr als lästiges Übel denn als Möglichkeit zur Qualifizierung angesehen. Eigentlich unterbrachen die Kinder ihren Arbeitstag, um zur Schule zu gehen, und nicht umgekehrt. Das Viehhüten und die Mithilfe auf dem Felde oder auch das Hüten der Geschwister waren lebensnotwendiger als der Schulunterricht.

Diesen jahrhundertealten „Schlendrian“, den der erste Lehrer der neuen Schule, Johann Friedrich Wilberg, in seinen Wirkungen dahingehend beschrieb, daß die Bauern sich aus der Schule nichts machten, nichts dafür taten, „sondern ... auch dawider“¹¹ handelten, wollte Philip Christian Freiherr von der Reck¹² endgültig beseitigen. Er selbst war am 17. August 1751 auf dem Gut Stockhausen bei Minden geboren worden. Sein Vater, Wilhelm Christian von der Reck, war nach der Familienchronik: „Herr auf Stockhausen und Lübbecke, Dom- und Capitularherr, Domküster zu Minden, Archidiaconus des Stiftes Minden, zu Lübbecke und Ose, erster Bürgermeister der Ritterschaft in Lübbecke“ und seit dem 4. Oktober 1729 Domkapitular in Minden. 1735 wurde er Landrat, 1744 Geheimer Regierungsrat zu Minden. Als er 1764 starb, hinterließ er fünf unmündige Söhne¹³.

¹⁰ So als Schulziel festgelegt in der VO der Reg Cleve vom 7. Febr. 1786. In: LKA Bielefeld: 0,8/23. Unter 14 Jahre alte und unwissend gebliebene Schüler mußten von der Konfirmation zurückgewiesen werden.

¹¹ Wilberg am 12. Febr. 1811 an den Schulkommissar Petersen in Bochum. In: StA Münster: Großherzogtum Berg, Gruppe A 2 Nr. 166.

¹² Diese Schreibweise nach: Constantin Graf von der Recke-Volmerstein/Otto Baron von der Recke, Geschichte der Herren von der Recke. Breslau 1878, S. 196. Durch Kabinettsorder vom 20. Juni 1817 erhob Friedrich Wilhelm III. den Freiherrn Philip von der Reck in den erblichen preußischen Grafenstand und verlieh ihm den von der im Besitz der Familie befindlichen Ruine Volmarstein abgeleiteten Namen von der Recke-Volmarstein. Bis zu diesem Zeitpunkt ist die korrekte Schreibweise daher von der Reck, mit der auch die Briefe unterzeichnet sind.

¹³ Von der Recke/von der Recke, Geschichte, S. 187.

Aus zweiter Ehe entstammte Philip, der im Testament des Vaters mit 6000 Reichstalern „abgegütet“ wurde¹⁴ und von diesem Vermögen Overdyck kaufte. Sein Bruder war der königlich Preussische Justizminister und Ritter des Schwarzen Adlerordens Eberhard Friedrich Christoph von der Reck¹⁵. Dieser war im Staatsrat Kollege Karl Abraham Freiherrn von Zedlitz', der neben seinen Justizverwaltungsaufgaben die Leitung des „Geistlichen Departements“ und damit der lutherischen Kirchen- und Schulsachen hatte. Zedlitz wiederum muß als der Hauptförderer der in jener Zeit in Gang kommenden Schulreformen in Preußen angesehen werden. Seiner Initiative verdankte das Oberschulkollegium 1787 seine Gründung und Preußen seine erste neuzeitlichen Schulverwaltungsbehörde¹⁶.

Mit 15 Jahren — nach damaliger Regel¹⁷ — war Philip von der Reck in das „Regiment Gensdarmes“ in Berlin eingetreten. Mit 21 Jahren

¹⁴ Ebd. Hinzu kamen 100 Rtlr. für das lebende und tote Inventar. Vorangegangen war die Bindung der Güter in Stockhausen durch Fideicommiss.

¹⁵ Eberhard von der Reck war nach dem Studium in Halle und nach vorangegangenen Besuch des Pädagogiums in Halle im Alter von 27 Jahren 1771 zum Regierungspräsidenten zu Minden bestellt worden. 1780 wurde er in der gleichen Position nach Cleve versetzt. In sein Departement als Geheimer Staats- und Justizminister fiel auch die Verwaltung der westfälischen Provinzen. Dieses Provinzial-Departement gab er 1785 an den Freiherrn von Zedlitz ab. Im Jahre 1796 trat er einer Gesellschaft von Männern in Berlin bei, die sich die Rettung von Hilfsbedürftigen vorgenommen hatte. Er verbreitete dann wohl diesen Gedanken in der Familie. Er starb am 10. März 1816 in Merseburg. Vgl. von der Recke/von der Recke, Geschichte, S. 187 ff. Auch: Christian August Ludwig von Klaproth/Carl Wilhelm Cosmar, Der Königlich Preussische und Churfürstlich Brandenburgische Wirkliche Geheime Staats-Rath an seinem zweihundertjährigen Stiftungstage den 5. Jan. 1805 usw. Berlin 1805.

¹⁶ August Gans, Das ökonomische Motiv in der preussischen Pädagogik des achtzehnten Jahrhunderts. Halle 1930, S. 140 ff. Manfred Heinemann, Schule im Vorfeld der Verwaltung. Die Entwicklung der preussischen Unterrichtsverwaltung von 1771—1800 (Studien zum Wandel von Gesellschaft und Bildung im Neunzehnten Jahrhundert, Bd. 8). Göttingen 1974.

¹⁷ Vgl. hier z. B. das Leben des weiter unten angeführten Friedrich Eberhard von Rochow, der im Alter von 16 Jahren dem Militär überstellt wurde. Das Kadettenhaus in Berlin nahm die Zöglinge im Alter von 12—14 Jahren auf. Vgl. B. Poten, Geschichte des Militär-Erziehungs- und Bildungswesens, Berlin 1896, S. 65.

In von der Recks Bericht über sein Leben „zur vielleicht angenehmen Nachricht für seine Kinder“ hatte er u. a. über seinen Werdegang geschrieben: „Ich blieb (nach dem Tode des Vaters) mit meinem jüngsten Bruder Louis in Stockhausen unter der Aufsicht einer Demoiselle und eines Hofmeisters ... Von Gott und seinem heiligendem Worte hörte ich nichts Spezielles; es war als glaubte man, ich wisse schon alles.

... Mein Hofmeister, namens Seipel aus Schmalkalden, ein roher Mensch, achtete auf meine geistliche Bildung gar nicht; denn ganz unzweckmäßigerweise wurde in dem Neuen Testamente nach dem Mittagessen gelesen, wobei es auch wohl Ohrfeigen gab und er zuweilen schlummerte. Die Französin, eine alte, gute Person namens Ligné, hatte wohl nicht die Gabe, ein Kind oder einen Knaben zu bilden. Ich war daher ganz mir selbst und dem rohen und fleischlich gesinnten Gesinde meines Vaters hingegeben, unter dem ich häufig mich befand. Man achtete auf so etwas, wie es scheint, damals nicht, und das in mir dadurch erzeugte Böse diente meinen Kindern zum Besten, indem

wurde er zum Rechtsritter des Johanniter-Ordens geschlagen; er hieß wohl deswegen in seinen jüngeren Jahren immer der „Chevalier“¹⁸. Aus angeblichen Gesundheitsrücksichten, aber wohl mehr, weil er das Garnisonleben leid war, bat er 1779 Friedrich II. nach einer „Revue“ um die Entlassung, die ihm zunächst mit den Worten: „Ach, wo ist Er denn krank? Er will nur nach Hause marschieren! Reit Er nur wieder auf seinen Posten!“¹⁹ für ein Jahr verweigert wurde.

Mit 29 Jahren war er wieder „Civilist“, der sich standesgemäß auf die Cavalierstour nach Italien begab. Seit 1784 lebte er dann in Stockhausen. Nach den wenigen Aufzeichnungen aus der Zeit, in der er die Landwirtschaft und die Gutsführung lernte, soll er bereits hier angefangen haben, den Schullehrern der Umgebung Ratschläge für einen besseren Unterricht zu erteilen. Auch habe er ihnen Lehr- und Lernmittel besorgt und in Notfällen mit kleineren Geldbeträgen ausgeholfen. In das gleichen Jahr fällt auch seine Heirat mit Louise Alexandrine Johanne Christiane Freiin von der Recke aus einer Seitenlinie des Hauses. Seine Frau starb am 16. April 1836, vier Jahre vor ihrem Mann²⁰.

Schien die Frau des Freiherrn schon dem Muster einer treusorgenden, christlichen Gattin zu entsprechen, so werden auch die Aktivitäten ihres Mannes erst dann ganz verständlich, wenn auf die ihnen zugrunde liegende evangelisch lutherische Frömmigkeit und Geisteshaltung hingewiesen wird. Das Motiv, sich mit der Erziehung von Bauernkindern abzugeben, entsprang neben aller Philanthropie und dem Bewußtsein von dem Wert eines „Staates“ den Grundsätzen christlicher, hausväterlicher Verpflichtung, die mit der „Caritas“ eng verbunden waren²¹. Diese aufopferungsvolle Nächstenliebe wurde von seinem Sohn in verstärkt pie-

meine Sorgfalt für sie dadurch geschärfter geworden ist ... So gingen denn meine Jahre ohne Aufsicht dahin bis zu meines Vaters Tod am 25 Sept. 1765. Nun kam ich noch zu einem Vormund, dem Major v. Dithfurth zu Dankersen ... Mein Vormund, ehemals Major in der preußischen Infanterie, war Jäger, und zur groben Jagd war in den dortigen Gebirgen viel Gelegenheit, daher denn auch mir zur kleinen Jagd gar kein Geschmack geblieben.“ Ende August 1766 erhielt er von seinem Vormund ein Schreiben, daß er ihn zum kommenden 1. April beim Regiment Gensdarmes in Berlin „engagiert“ habe. Da er zunächst noch zu klein war, wurde er neun Monate zurückgestellt, kam dann zum General von Schwerin in die Leibkompanie. 1768 wurde er „schon“ Offizier, 1772 Leutnant. Seine Schwiegertochter Gräfin Mathilde v. d. Recke berichtet über seine englischen Sprachkenntnisse, über seine Neigungen zur englischen und französischen Literatur und über sein Streben nach wahrer Frömmigkeit bereits in jungen Jahren. Vgl. Schöppf/Vogel, Ein Menschenfreund, S. 3 ff.

¹⁸ Von der Recke/von der Recke, Geschichte, S. 196.

¹⁹ Zit. nach: ebd. Wieviel hieran Legende ist, wissen nur die Autoren der Familienchronik.

²⁰ Ebd.

²¹ Dieses Muster ist dargestellt bei Julius Hoffmann, Die „Hausväterliteratur“ und die „Predigten über den christlichen Hausstand“. Weinheim/Berlin 1959.

tistischer Gesinnung²² fortgesetzt, und zu Recht wird darauf verwiesen, daß in Overdyck eine der Wurzeln der später gegründeten „Inneren Mission“ zu finden ist²³.

Diese Grundhaltung brachte von der Reck seit seiner Berliner Zeit in die Nähe oder sogar zur Mitgliedschaft im Rosenkreuzerorden. Die Männer dieser aus dem Freimaurertum erwachsenen Geheimgesellschaft waren mit den rationalistischen Zielsetzungen der strengen Aufklärer in Berlin unzufrieden. Sie wollten sich für die Erhaltung des protestantischen Glaubens einsetzen und ihn zur Ordnung des Gemeinwesens erhalten wissen. Die „Aufklärung“ ihrer Richtung erhielt unter dem Nachfolger des Ministers von Zedlitz, Johann Christoph von Woellner, eine erhebliche Einwirkungsmöglichkeit bei Hofe, da Friedrich Wilhelm II. Ordensmitglied unter der Führung Woellners war. Ob Philip von der Reck Woellner bei einem Besuch in Berlin oder bereits als Offizier in der Umgebung des Thronfolgers kennengelernt hat, ist nicht nachzuweisen. Auffällig jedenfalls ist, wie sehr die Gesinnung von der Recks mit den Intentionen dieses Ordens übereinstimmt. Bis in einzelne Formulierungen hinein läßt sich dies nachweisen²⁴.

²² Vgl. Friedrich Wilhelm Krummacher, Gottfried Daniel Krummacher und die niederrheinische Erweckungsbewegung zu Anfang des 19. Jahrhunderts (Arbeiten zur Kirchengeschichte, Bd. 24). Berlin/Leipzig 1935, S. 29 ff.; Heinrich W. zur Nieden, Die religiösen Bewegungen im 18. Jahrhundert und die lutherische Kirche der Grafschaft Mark. In: Jahrbuch des Vereins für Evangelische Kirchengeschichte Westfalens. Bd. 11/12 (1909/10) S. 1 ff.; Albrecht Ritschl, Geschichte des Pietismus. 3 Bde. Bonn 1880/84/86, vor allem Bd. 1, S. 455 ff.

Philip von der Reck soll mit Johann Kaspar Lavater (1741–1801), dem bekanntesten Kämpfer gegen den Rationalismus, mit Johann Heinrich Jung, gen. Jung-Stilling (1740–1817), einem Pietisten, und mit Leander van Eß (1772–1847), einem katholischen Professor der Theologie, korrespondiert haben. Seine Haltung wurde mit zunehmendem Alter immer erweckerischer und antirömischer. Von der Idee einer überkonfessionellen Schule kam er nach 1800 mehr und mehr ab. Vgl. Schöpff/Vogel, Menschenfreund, S. 10 ff.

²³ Im Jahre 1819 wurde auf Overdyck vom Sohne Philips, Adelbert, eine Rettungsanstalt gegründet. Vgl. Theodor Schäfer, Die Arbeit der weiblichen Diakonie. Hamburg 1880, S. 75 f. Das aus der Rettungsanstalt hervorgegangene Waisenhaus existiert noch heute.

²⁴ „Die Rosenkreuzer waren ein Mysterienbund, der gegen die Aufklärung und gegen alles Rationale gerichtet war. Das innerste Anliegen der Mitglieder des Ordens war der Aufstieg der Seele zu Gott im bewußten Festhalten am biblischen Christentum. Der Kampf gegen die Aufklärung ist für die Rosenkreuzer ein Auftrag, den ihnen Gott gegeben hat. Aufklären bedeutet für sie weiter nichts als menschliche Hoffahrt und menschlicher Eigendünkel. Aus beidem entspringt nach Auffassung der Rosenkreuzer alles Böse. Die Ordensmitglieder wollen daher „Millionen von Seelen vor dem Untergang retten und das ganze Land wieder zum Glauben an Jesum zurückbringen.“ Woellner war 1779 dem Orden beigetreten, Friedrich Wilhelm II. 1781. „Magus des Ordens“ war der Herzog von Braunschweig. Die Rosenkreuzerei galt als Abspaltung der Freimaurerei. Mit der Übernahme der Regierung durch FrWII. setzte sich daher die strenggläubige Richtung wieder durch. FrWII. verpflichtete sich am 28. August 1786 gegenüber den geistlichen Inspektoren Berlins, die er als Vertreter der evangelisch-

Hinzu kommt, daß gerade unter Woellner die von Overdyck ausgehenden Bemühungen vom Oberschulkollegium gefördert wurden. Woellner verlieh von der Reck, wovon noch zu berichten sein wird, das seltene Privileg einer Gnadenschulstelle. Er war auch unter den Schulgründern zu finden und versuchte wie von der Reck die Schulen und Universitäten zum Nutzen für das Staatswohl zu reformieren²⁵. Die Gleichartigkeit der Gesinnungen ist unübersehbar, und manche Förderung des Overdycker Schulprojekts wäre ohne die Annahme einer engen Verbindung zum zuständigen Minister und — wie noch zu zeigen ist — ohne das Wohlwollen Friedrich Wilhelm II. nicht zu erklären.

Von der Reck muß weiterhin zu denjenigen Adeligen seiner Zeit gezählt werden, denen dann auch der Schock der Französischen Revolution und die mit ihr verbundene Umwälzung der ständischen Gesellschaft den Ausweg zur Reform „von oben“ wies. Nach der Familienüberlieferung und nach den erhalten gebliebenen Briefen an seine adeligen „Mitstände“ auf dem gemeinsamen clevisch-märkischen Landtag wies er immer auf die der geburtsständischen Ordnung drohende Gefahr hin. „In diesem Augenblick der Gährung“, schrieb er am 5. Juli 1795 dem Syndikus der Landstände von Hövel, „gebietet es die Weisheit alle Mittel zu ergreifen, den gegen uns erzeugten Haß wonicht zu vernichten oder doch wenigstens zu mindern, und zu beweisen durch That und Wahrheit daß der Mittelstand ein höchst nützlicher und unentbehrlicher Stand, und der dritte Stand also zu seinem Besten unsere Erhaltung wünschen muß“²⁶.

Dem Adel kam es nach dieser Auffassung zu, sich zielstrebig der Schulen zu bedienen, um die alte Ordnung zu konservieren und den Bürgern und Bauern zu zeigen, daß die aus Frankreich herüberkommenden Ideen für die Grafschaft nicht brauchbar waren und nur Unglück bringen konnten. Auch die Mitglieder des dritten Standes wollte von der Reck so aufklären, daß sie die Schule als ein wichtiges Mittel zur Verbesserung

lutherischen Kirche empfang, für die Aufrechterhaltung der Religion zu sorgen. Vgl. W. M. Bissing, Friedrich Wilhelm II., König von Preußen. Ein Lebensbild. Berlin 1967, S. 38 ff., 46. Wichtig ist, daß die Formel von der Rettung tausender Seelen auch von von der Reck benutzt worden ist.

²⁵ Vgl. Paul Schwartz, Die Gelehrtenschulen Preußens unter dem Ober-Schul-Collegium und das Abiturientenexamen. Bd. 2 (Monumenta Germaniae Paedagogica, 48) Berlin 1911, S. 256 ff., Johann Christoph Hoffbauer, Geschichte der Universität Halle bis zum Jahre 1805. Halle 1805, S. 390 ff. Unter Woellner kam es zum orthodox-reaktionären Religionsedikt von 1788, das sich jedoch in der Grafschaft kaum auswirkte.

²⁶ In: StA Münster: Cleve-Märkische Landstände Nr. 339. Es ist darauf zu verweisen, daß es 1792 in Schlesien und der Kurmark Bauernunruhen gegeben hatte. Vgl. Bissing, Friedrich Wilhelm II., S. 141; Eberhard Naujoks, Die Französische Revolution und Europa (1789—1799). Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1969, S. 76 ff. Auch der Einfluß, der von Amerika auf Preußen ausging, darf nicht unterschätzt werden. Vgl.: Über den Frieden und das freie Amerika. In: Wissenschaftliches Magazin für Aufklärung. Bd. 2 (1786) S. 289 ff. Die Mundpropaganda erwies sich z. B. für Auswanderungen als von großer Bedeutung.

und Sicherung der bürgerlichen Wohlfahrt akzeptierten. Die traditionell die Schule tragende Kirche sollte an dieser Art von Aufklärung lernen; mit ihren Vertretern wurde ein Großteil der Auseinandersetzungen der kommenden Jahre geführt.

Wie noch in den Einzelheiten zu zeigen ist, gelang es Philip von der Reck, die Sache der Schulreform zusammen mit der Idee ihrer Wichtigkeit für das ‚Wohl der Nation‘ so in das Bewußtsein der Markaner zu heben, daß sie von nun an zum bleibenden Bestandteil des sich entwickelnden innenpolitischen Denkens wurde. So empfahl 1806 der Prediger Senger der reformierten Synode der Grafschaft, darüber nachzudenken, „was die Wohlfahrt der christlichen Gesellschaft, die Aufnahme der Schulen, die Verbreitung nützlicher Kenntnisse und die Beförderung einer religiösen Frömmigkeit“ vermehren helfe²⁷. Daß sich zugleich hoffen ließ, mit Hilfe der Schule das „positive Christentum“ zu bewahren, kennzeichnet die rasche Aufnahme des Gedankens von dem Wert einer guten Schulbildung. Und wenn sich nach der Wiedereingliederung der Grafschaft nach Preußen die reformierten Verwaltungsbehörden 1815/16 so intensiv dem Ausbau des Bildungswesens zuwandten, so ist dies zu großen Teilen dem vorangegangenen Reformversuch zu verdanken.

Reckahn als Vorbild für Overdyck

Den Anstoß, sich um die Landschulen zu kümmern und sie den Zeiterfordernissen anzupassen, erhielt Philip von der Reck aller Wahrscheinlichkeit nach durch Friedrich Eberhard von Rochow, der 1772 eine weit hin „Sensation“ machende Musterschule in Reckahn, einem Dorfe seines Gutes in der Mark Brandenburg, gegründet hatte²⁸. Philips Mutter, Sophia Dorothea Friederica von Rochow, war die Tochter Friedrich Wilhelm von Rochows, des königlich Preussischen Kriegsministers und

²⁷ Predigt zur Eröffnung der reformierten Synode, gehalten am 17. und 18. Juni 1806. In: StA Münster: KuDK Hamm Nr. 754. Ähnliche Bemerkungen finden sich in fast allen Schulreformvorschlägen der Zeit. In der Predigt hieß es abschließend: „Unser Ziel sey — die Grundsätze der Weisheit und Tugend dem Menschen Herzen ohne Unterlaß zu Gemüthe zu führen — stark und bey jeder Gelegenheit auf ihre Notwendigkeit zu drängen — denn unordentliche Leidenschaften welche diese erhabenen Grundsätze schwächen, oder vernichten könnten, einen starken Damm entgegen zu setzen — und so und das der Gesellschaft in ihren Gesetzen einen ehrwürdigen Staatskörper zu bilden — der allen heilig ist — und wo jeder auch um des Gewissens willen, den Gesetzen unterthan ist. —“

²⁸ Vgl. hierzu u.a.: Friedrich Eberhard von Rochow, Geschichte meiner Schulen. Schleswig 1795, wiederabgedruckt in: Fritz Jonas/Friedrich Wienecke (Hrsg.), Friedrich Eberhard von Rochows sämtliche pädagogische Schriften. Bd. 3 S. 7 ff. Rochows Schulversuch war der in Preußen bedeutendste Nachweis dafür, daß man Bauernkinder überhaupt „bilden“ und „aufklären“ konnte. Die Schule in Reckahn unter dem Lehrer Bruns wurde in jener Zeit bestaunt wie später die Maschinen und noch später die ersten Automobile. Die Besucherliste der Schule in Reckahn weist dieses überaus deutlich nach. Das Mißtrauen gegenüber dem Experiment konnte jedoch durch „Besehtigung“ der Schule nicht abgebaut werden. Rochow resignierte später.

Herrn auf Reckahn, Geltin und anderen Gütern²⁹. Friedrich Eberhard von Rochow war somit eng mit dem Schulgründer von Overdyck verwandt.

Noch als Kind, zwischen 1757 und 1764, besuchte Philip von der Reck zum ersten Male die Rochows³⁰. Während seiner Militärzeit hat er dann nachweislich 1776 und zweimal im Jahre 1780 die Schule in Reckahn aufgesucht³¹. Es darf vermutet werden, daß der „Lieutenant“ noch häufiger in Reckahn zu Gast war, ohne daß dieses im Schultagebuch des dortigen Lehrers vermerkt wurde.

Auch sonst waren die Beziehungen der beiden Familien eng. So hat der Justizminister von der Reck das Haus seines Großvaters von Rochow aus dessen Nachlaß erworben³²; er gehörte zu den fleißigen Besuchern von Reckahn. Überdies unterstanden ihm im Justizressort die Schulsachen von Minden-Ravensberg, und 1776 konnte er ein Schullehrerseminar in Minden (später Petershagen) eröffnen. Diese Gründung wiederum stand im engen Zusammenhang mit den Anstrengungen seines Departementskollegen von Zedlitz, eine Reform der Lehrerbildung zum Anfang einer preußischen Schulreform zu machen, wie dieses an dem auch für Rochow so wichtigen Seminar in Halberstadt deutlich wurde³³.

Der gleiche Ansatz der Rochowschen und der Reckschen Schulgründung ist nicht zu übersehen³⁴. Auch Rochow sah die Schulen als dasjenige Mittel an, durch das der Anfang für die Verbesserung des Volkswohlstandes gemacht werden konnte. Auch er mußte mit den allerprimitivsten Maßnahmen anfangen, seinen Bauern Reinlichkeit und andere einfache Verhaltensmaßregeln beibringen, um nach und nach die

²⁹ Von der Recke/von der Recke, Geschichte, S. 187.

³⁰ Schöpf/Vogel, Menschenfreund, S. 3. Die Mutter war nach der Geburt des fünften Kindes 1757 gestorben. Die Reise erfolgte zur Regelung des Nachlasses.

³¹ Vgl. Carl Kehr (Hrsg.), Verzeichnis der Besucher der Reckahn'schen Schulen. Zur Zeit Eberhard von Rochows (1773—1805). In: Pädagogische Blätter für Lehrerbildung und Lehrerbildungsanstalten. Gotha 1878, S. 225 ff. Wiederabgedruckt in: Jonas/Wiencke, Sämtliche Schriften, Bd. 4, S. 437 ff., hier S. 228 und 232. Bei dem dort häufig auftauchenden Kammerherrn von der Reck handelt es sich um den Bruder Philips, Karl Friedrich Leopold von der Reck (1746—1810). Dieser war Domherr zu Magdeburg, Herr auf Döbritz und Kützkow, Hauptmann a.D., Königl. Preuß. Kammerherr, seit 1772 Ritter des Johanniterordens. Vgl. von der Recke/von der Recke, Geschichte, S. 192 f.

³² Ebd. S. 188.

³³ Vgl. Johann Georg Krünitz, Die Land-Schulen sowohl wie Lehr- als auch Arbeits- und Industrie-Schulen betrachtet. Berlin 1794, S. 69 ff.

³⁴ In dem noch zu erwähnenden Aufruf, sich an der Gesellschaft der Freunde der Lehrer und Kinder in der Grafschaft Mark zu beteiligen, der im Deutschen Schulfreund veröffentlicht wurde, gab es einen Hinweis auf die Riemannschen Beschreibungen der Schulen in Reckahn. Friedrich Carl Riemann, Versuch einer Beschreibung der Reckahnschen Schuleinrichtungen. Mit einer Vorrede von Friedrich Eberhard von Rochow. Berlin/Stettin 1781, ders., Neue Beschreibung der Reckahnschen Schule, größtenteils zugleich ein Handbuch für Lehrer welche nach Reckahnscher Lehrart unterrichten können und wollen. Berlin/Stettin 1792.

„Quacksalber, Wunderdoktorn, sogenannten klugen Frauen, Schäfer und Abdecker“ aus ihrem traditionellen Ansehen im Gemeinwesen zu verdrängen und den Verstand an die Stelle des Aberglaubens zu setzen³⁵.

In der „Geschichte meiner Schulen“ des Jahres 1795 beschreibt Rochow die hindernden Traditionen und Gewohnheiten der Landbewohner und deren Voreingenommenheit gegenüber neuen Einrichtungen. Rochow enthüllte „die ganze Kette von Ursachen und Wirkungen“, die den Bauern prägten, und kam als einer der ersten in Preußen zu dem Schluß, daß dessen Erziehung grundlegend zu ändern sei. Solange er als „Tier unter Tieren“ aufwachse, und Lehrer und Prediger nur mechanisch Unterricht und Predigt abhielten, könne niemand etwas von der Schule hoffen. „Gott! dachte ich, *muß* denn das so sein? Kann der Landmann, diese eigentliche Stärke des Staats-Körpers, nicht auch verhältnismäßig gebildet und zu allem guten Werk geschickt gemacht werden?“³⁶

In Overdyck waren es nicht Hunger und Armut, die von der Reck veranlaßten, sich mit ähnlichen Überlegungen der Reform der Winkelschule der Bauernschaft zuzuwenden. Die alte Frau und der Leineweber waren für die neuen Ziele nicht brauchbar. Die Bauern mußten mit mehr als einem dürftigen Strickunterricht und dem Lesen der kirchlichen Texte versorgt werden, obwohl sie dieses wie in Reckahn keineswegs einsahen. Denn hatte diese Schule nicht auch für die Eltern ausgereicht, um ein anständiges (d.h. standesgemäßes) Leben zu führen? Schließlich übte der Pfarrer der Kirche in Bochum die Aufsicht über die Schule aus, und wenn die Kinder nur höchst unregelmäßig in die Schule gingen, so war dieses seit Jahrhunderten so. Keine Obrigkeit hatte daran etwas ändern können.

So schnell der Entschluß auch fiel, eine Schule gänzlich neuer Einrichtung zu entwickeln³⁷, und so klar der Weg durch das Muster in Reckahn auch vorgezeichnet war, so schwierig wurde doch die Verwirklichung der Reform. Es mußten die Gelder zum Schulbau beschafft und das Lehrergehalt sichergestellt werden. Da die Schule eine Reformschule sein sollte, mußte an die Anstellung eines Lehrers aus einem der führenden Seminare, Berlin oder Halberstadt, gedacht werden. Weil mit der Hilfe in Form der traditionellen Schulfinanzierung nicht zu rechnen war, galt es, für alles einen neuen Weg zu finden. Von der Reck sah hierbei eine Möglichkeit, die Mitbürger an der Fundation seiner „Freyschule“ zu beteiligen.

³⁵ Von Rochow, Geschichte meiner Schulen. (Wiederabdruck) S. 9 f. Über ähnliche Verhältnisse berichtet: Johann Moritz Schwager, Bericht über meine Amtsführung. In: Quartalschrift für Religionslehrer. 1. Jg. (1804) S. 89 ff.

³⁶ Ebd. S. 11.

³⁷ So berichtet: Carl Arnold Kortum, Overdyck. Nachricht von einer Freischule, welche der Frhr. v. d. Reck zu Overdyck errichtet hat. In: Niederrheinische Unterhaltungen. Wesel 1791, zit. nach: Schöpff/Vogel, Menschenfreund, S. 7. „Der Frhr. v. d. Reck entwarf schon vor einigen Jahren einen Plan zur Stiftung einer Schule, worin Kinder aller Religionsverwandten unentgeltlich unterrichtet werden könnten.“

Eine Schule — auf Subskription gebaut

Als ersten Schritt in Richtung auf die Realisierung seines Projekts hin unternahm Philip von der Reck eine gewagtes Experiment: er forderte die ganze Nation durch eine Subskription zur Hilfe auf. Wie von Rochow glaubte er, durch die Schulgründung dem „Staatsinteresse“ einen Dienst zu erweisen und den „Staats-Körper“ zu stärken. Da die Kirche zur Schulreform keine Anstalten machte und der „Staat“ sich damit noch nicht befassen konnte, weil er finanziell und organisatorisch dazu noch nicht in der Lage war, blieb nur die „Nation“ übrig. Der vermögende „Mittelstand“, worunter von der Reck Adel, Bürger und auch die Gebildeten zählte, sollte sich zusammentun und sich als dritte Kraft im Gemeinwesen neben der Kirche und der Krone bemerkbar machen.

1810 berichtet von der Reck über seine Aktion: „Um einen eignen privativen Fond zum Bau zu erhalten, ließ ich 6 der gefälligsten Gegenden der Grafschaft Mark zeichnen und in Kupfer stechen und verkaufte diese an meine Freunde und Bekannte.“³⁸ Ein Dankschreiben, das „Monument meiner Dankbarkeit“, das den Kupferstichen beigelegt wurde, ist noch erhalten. Es enthält die Liste der Spender und die Anrede: „Süß ist es mir brave und verehrungswürdige Menschenfreunde und Freundinnen, die Sie auf die Märkischen Kupfer zeichneten, ihre mir theure Namen öffentlich zu nennen, und vielleicht ist es auch vielen von ihnen nicht unangenehm zu sehen, in welcher Vereinigung Sie ein gemeinnütziges Werk förderten.“³⁹

Zum Stifter- und wohl nicht allein zum Bekanntenkreis von der Recks gehörten u. a.: der Oberbergrat vom Stein, dessen vorgesetzter Minister im Generaldirektorium von Heinitz, der sich bereits um die Förderung des niederen Schulwesens verdient gemacht hatte⁴⁰, dann von Woellner, die beiden Minister von der Horst, der Minister von der Reck und sein Kollege Goldbeck. Aus dem königlichen Hause hatten sich eingetragen: der Kronprinz Friedrich von Preußen und die Prinzessin Ferdinande.

Auch führende Vertreter des katholischen Adels in Westfalen unterstützten die Schulgründung, wie die Namen von Galen, von Fürstenberg, von Ketteler, von Weich, von Spiegel und des Abts von Werden nachweisen; ein Zeichen dafür, daß der Appell an die Nation noch nicht durch konfessionelle Vorurteile getrübt wurde. Die optimistischen Aufklärer der Zeit hielten die konfessionellen Gegensätze sogar für aufheb-

³⁸ Von der Reck am 24. Sept. 1810 an den Präfekten Romberg. In: StA Münster: Großherzogtum Berg, Gruppe A 2 Nr. 166.

³⁹ In: StA Münster: Cleve-Märkische Regierung, Landessachen 1231.

⁴⁰ Vgl.: Heinz Kelbert, Das Bildungswesen auf den fiskalischen Berg- und Hüttenwerken in Preußen am Ausgang des XVIII Jahrhunderts (Studien zur Geschichte der Berufsbildung. H. 4). Berlin 1955, S. 76 ff. Auf die Tätigkeit von Heinitz' wird noch einzugehen sein.

bar⁴¹, zumindest aber den weltlichen Charakter der Schule für erwiesen⁴².

Über die Mitglieder des Adels hinaus unterstützten auch Kaufleute, Fabrikanten und andere Männer bürgerlicher Herkunft aus der Umgebung Bochums die Schulgründung, um zu erreichen, daß: „Sechzig Kinder in einer geräumigen und hellen Schulstube zweckmäßigen Unterricht, durch Ihre Unterstützung genießen, und vorhin unbekannte Gegenden Westphalens, herrschendes Vorurtheil durch ihren Beistand zu widerlegen.“⁴³ Dieses Vorurteil war die von Voltaire in die Welt gesetzte Ansicht, daß man in Westfalen „große Hütten“ fände, „welche man Häuser nannte, in welchen Thiere lebten, die man Menschen hieße“⁴⁴.

Fiel die Richtigstellung dieses ‚Urteils‘ auch nicht schwer, so fühlte sich von der Reck von seinen Mitadeligen doch unter diesem Vorurteil beobachtet. Unbeteiligt an seinem Vorhaben schienen auch die „Schulmänner“ zu sein, denn die Namen bedeutender Pädagogen fehlen in dem Monument. Allein von Rochow, wenn er überhaupt zu dieser Gruppe gerechnet werden darf, vertrat die ‚Fachmänner‘. Die anderen konnten sich in

⁴¹ Vgl. Adolf Sellmann, Unionsbestrebungen im evangelischen Westfalen vor der Union 1817. In: Jahrbuch des Vereins für Westfälische Kirchengeschichte. Jg. 34 (1933) S. 11 ff. Vgl. auch die in der Berlinischen Monatsschrift ausgetragenen Fehde, die zusammengefaßt worden ist von: Paul Schwartz, Eine geplante Religionsvereinigung in der Zeit der Aufklärung. In: Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte. Bd. 21 (1908) S. 65 ff. Insofern war die Idee von der Recks, eine Freischule zu errichten, zeitgemäß. Erst später rückte er von seinen gemäßigt aufklärerischen Ideen ab. Unter seinem Sohn setzte sich in Overdyck, nunmehr in der Rettungsanstalt, wie B. C. L. Natorp berichtet, ein „trüber Geist“ durch. „A. v. d. Recke hatte das Land, die Beamten, die Regierung, die Konsistorien, die Geistlichen beim König des Unglaubens, des Naturalismus, des Indifferentismus, des Rationalismus angeklagt und ‚blind hineingeschrieben über das heillose Verderben in allen Ständen, woraus in kurzem eine Revolution und eine Rebellion hervorbrechen würden.‘“ Zit. nach: Otto Natorp, Bernhard Christoph Ludwig Natorp. Ein Lebens- und Zeitbild. Essen 1894, S. 157.

⁴² So bemerkte das Kons. der Kurmark am 18. Juli 1799 in einem Schreiben an das OSK: „... als ob die Schulen zunächst eine Sache einzelner Religionsparteien wären, und sein müßten. Es ist jedoch unleugbar, daß die Schulen als Institute des Staats und nicht als Anstalten einzelner Konfessionen zu betrachten sind. Wenigstens ist es gewis eine unseres Zeitalters und unserer Regierung würdige Idee, dahin zu arbeiten, daß die Schulen immer mehr lieber aus jenem als aus diesem Gesichtspunkte betrachtet werden.“ In: Annalen des Preussischen Schul- und Kirchenwesens. Bd. 1 (1800) S. 27.

⁴³ „Monument“, vgl. Anm. 39.

⁴⁴ Vgl. Peter Florens Weddigen, Voltairs Urtheil über Westphalen, nebst einer kurzen Zurechtweisung. In: Westphälisches Magazin, Bd. 2 (1786) S. 242 ff. Vgl. auch die Bemerkung von der Recks im „Monument“ über das Gespräch mit dem Kronprinzen von Sardinien über dieses Vorurteil. Vgl. auch: Johann Moritz Schwager, Versuch einer Schutzschrift für die Westphälinger. An den Direktor Gedike. In: Berlinische Monatsschrift. Bd. 1 (1783) S. 487 ff. Schwager sorgte andererseits aber wiederum dafür, daß das Bild erhalten blieb, indem er über das Sektenunwesen in Minden-Ravensberg berichtete: ders., Noch ein neuer Messias. In: ebd. S. 266 ff. Auch Justus Möser wandte sich gegen Voltaires Kritik; Voltaire selbst soll vor der Poststation in Lünen einmal ein erheblicher Schrecken von seinen Westfalen eingejagt worden sein.

der Regel wohl auch kaum den Luxus von Kupferstichen leisten, die wegen des wohltätigen Zweckes überteuert waren.

Bemerkenswert ist weiterhin die große Zahl von relativ unbekannten Männern unter den Subskribenten, deren Bekanntschaft von der Reck wohl zum Teil seiner Militärzeit und seiner Mitgliedschaft im Johanniterorden verdankte. Von größerer Bedeutung ist, daß sich so viele Männer der preußischen Verwaltung an einer anscheinend kleinen Reform beteiligten⁴⁵.

Entscheidend für das weitere Vorankommen seines Versuchs der Gründung einer „nöthigen musterhaften Landschule“⁴⁶ war jedoch die Förderung des Planes durch Friedrich Wilhelm II. Bei einem Besuch der Grafschaft im Jahre 1788 hatte von der Reck ihm die Kupferstiche übergeben und dafür in einem Kabinettschreiben die Billigung des Monarchen für seine Schulpläne erhalten. „Vester, lieber Getreuer“, hieß es darin. „Euer Vorhaben, eine Freischule zu errichten und zu deren Instandsetzung selbsttätig beizutragen, ist so gut und lieblich, daß ich dasselbe sehr billige, und Ich habe Euch auf die Mir [...] davon gemachte Anzeige Mein Wohlgefallen darüber zu erkennen geben wollen, in dem Ich übrigens bin Euer gnädiger König.“⁴⁷

Trotz der Vielzahl von Gönnern blieb, wie sowohl von der Reck als auch Wilberg übereinstimmend berichten, die Aktion nicht ohne Schönheitsfehler. Die Kupferstiche genügten „nicht ganz dem Auge des Kenners“⁴⁸. Sie konnten nicht so verkauft werden, wie gehofft worden war. „Diese operation war aber minder einträglich: weil die Auslagen für den Mahler, Kupferstecher und Illuminateur, meine Reisen, Correspondenten, dem Vortheil fast gleichkamen und erreichten.“⁴⁹ Ca. 150 Bestellungen reichten nicht aus. Wilberg bestätigt das magere Ergebnis, andererseits berichtet er, daß der König die Kosten der Kupferstiche getragen habe. Und er resümiert: „Ich weiß noch, daß der Subskriptionspreis von vielen Freunden der guten Sache gar nicht einmal einging, und daß d. H. v. d. Reck viele Stiche übrig und unbezahlt geblieben sind.“⁵⁰

Durch seine Aufrufe in der Öffentlichkeit, Berichte in den Journalen⁵¹ und durch seine Anzeige gegenüber dem König hatte sich von der Reck auf den Erfolg seines Projektes festgelegt. Zwar beklagte er in einem Bittschreiben vom 3. Oktober 1788 an den König, daß die Subskription

⁴⁵ Ob die Zahl der Subskribenten höher war als in der Liste verzeichnet, kann nicht mehr festgestellt werden. Zum Kriterium der damaligen „Öffentlichkeit“ vgl.: Jürgen Habermas, Strukturwandel der Öffentlichkeit. 4. Aufl. Neuwied 1969, S. 21 ff.

⁴⁶ Von der Reck am 3. Okt. 1788 an FrWII., in: DZA-Merseburg: Rep 76 a-I-953.

⁴⁷ FrWII. an von der Reck vom 10. Juni 1788, in: ebd.

⁴⁸ „Monument“, Vgl. Anm. 39.

⁴⁹ Von der Reck am 24. Sept. 1810 an den Präfekten Romberg. In: StA Münster: Großherzogtum Berg, Gruppe A 2 Nr. 166.

⁵⁰ Wilberg am 12. Febr. 1811 an den Schulkommissar Petersen. In: StA Münster: Cleve-Märkisches Landesarchiv Nr. 1231.

⁵¹ So z. B. im „Westfälischen Anzeiger“. Dortmund, Bd. 1 ff. (1796) ff.

auf eine zweite Reihe von Kupferstichen nicht den gewünschten Erfolg erbracht habe. Er sei „dennoch fest entschlossen, aus den Überschüssen und meinen eigenen Mitteln ein musterhaftes Schulhaus und einen Garten auf meinen Gründen zu bauen und anzulegen“⁵². Schon jetzt bat er um die Gnade, „aus dem Fond des Oberschulcollegii“ dem Lehrer der Schule das Gehalt in Höhe von 120 Talern zu bewilligen, und verwies auf die Pflicht dieses Kollegiums, die Landesteile möglichst gleichmäßig zu behandeln. Das Oberschulkollegium habe sich „des Unterrichts des Landmannes und Verbesserung des Schulwesens vorzüglich in der Kurmark so rühmlichst angenommen, daß die ersprießlichsten Folgen für den Staat davon zu erwarten stehen. Sollten aber diese entfernteren Gegenden, welche Euer Königl. Majestät mit eben soviel Treue und Eifer zugetan sind, von diesen ganz unschätzbaren Wohltaten ausgeschlossen bleiben?“⁵³

Die Antwort des Oberschulkollegiums vom 16. Dezember 1788 versprach Hoffnung, denn in dem vom Minister Woellner und dem Oberschulrat Meierotto unterzeichneten Schreiben wurde erklärt, daß eine finanzielle Hilfe für dieses Jahr „schlechterdings unmöglich“ sei, daß das Oberschulkollegium sich im nächsten Jahr „in Rücksicht auf den Stifter“ bemühen würde, „das zu tun, was in Rücksicht auf andere dringende Bedürfnisse geschehen kann“⁵⁴. Von der Reck konnte hoffen, trotz des geringen Erfolges der Subskription, sein Schulprojekt zu finanzieren. Von Hamburg bis nach Utrecht, von Liechtenstein bis nach Schlesien stand er im Wort, die Schulgründung zu verwirklichen und den Gemeingeist von „Menschenfreunden“ als mögliche Grundlage für die Verbesserungen im Schulwesen sich bewähren zu lassen.

Auf diese Gesinnung bezog sich der Bochumer Arzt und Publizist Kortum in seinem Bericht über die Eröffnung der Schule. „Anstalten, welche zum wahren Wohl der Menschheit dienen, dürfen nicht verschwiegen werden, um so viel weniger, wenn sie echte Menschenliebe, die keine Mühe noch Kosten scheut, zur Quelle haben. Selten sind leider!, die Beispiele, und also auch deswegen verdient es öffentlich bekannt gemacht zu werden, wenn ein Menschenfreund durch wohlthätige Handlungen sich auszeichnet“⁵⁵. Doch greift dieser Bericht schon voraus.

Der Bau der neuen Schule

Die spätere Feststellung Wilbergs, daß sich die Bauern in der Mehrzahl nichts aus der Schulgründung machten und sogar „dawider“ handel-

⁵² Von der Reck am 3. Okt. 1788 an FrWII., vgl. Anm. 46.

⁵³ Ebd.

⁵⁴ OSK am 16. Dez. 1788 an von der Reck, in: ebd.

⁵⁵ Zit. nach: Schöppf/Vogel, Menschenfreund, S. 7. Auch in späteren Jahren versuchten Schulstifter durch einen Aufruf die Mittel für einen Schulbau zusammenzubekommen. Vgl. etwa die „Ankündigung“ der Wilhelmine von Oeynhausen. In: Quartalschrift für Religionslehrer. Jg. 1 (1804) 4. Quartal, Anhang, S. 5 f.

ten, hat sich bereits beim Schulbau, der sich an die Subskription anschloß, bewahrheitet. Aber es ist zugleich zu fragen, ob nicht von der Reck diese Haltung mitverursachte, weil er wider die hergebrachte Ordnung des Gemeinwesens verstieß. „Wenn je eine Fuhre geschehen sollte“, so berichtet Wilberg, „so mußten meistens die Pachtbauern d. H. v. d. Reck dazu aufgeboten werden. Und dann und wann ließ sich einer und der andere erbitten, einen kleinen Dienst zu leisten und das doch nur immer in der Form, wie dort gewöhnlich solche Dienste geleistet werden, d.h. gegen ein Äquivalent von Bier, Branntwein p. p. .“⁵⁶

Diese Ablehnung durch die Bauern der Bauernschaft Hamme hatte sich von der Reck selbst zuzuschreiben, da er von der traditionellen Weise des Schulbaus völlig abwich. Entweder war die Schule eine Sache der Gemeinde, dann mußten alle zu ihrem Unterhalt beitragen⁵⁷, oder sie war das „private“ Interesse eines Grundherrn, dann mußte er auf die Hilfe der Gemeinschaft verzichten. Einen Mittelweg gab es gemäß den damaligen Vorstellungen nur dann, wenn in einem zwischen den Parteien ausgehandelten Vertrag die Einzelheiten der Schulfinanzierung geregelt werden konnten⁵⁸.

An diese Ordnung hatte sich von der Reck nicht gehalten, weil er die Fundation durch die Stiftung von Schulfreunden zu erreichen hoffte. Damit verzichtete er nicht nur auf den „Schulstüber“⁵⁹ für den Unterhalt

⁵⁶ Wilberg am 12. Febr. 1811, vgl. Anm. 11.

⁵⁷ Über den Schulhausbau in Dahlhausen bei Bochum heißt es in einer Urkunde des Jahres 1691: „Haben also in Gottes Nahmen angefangen, Holz in der Linder und Dahlhauser Mark gesucht, so viel zum Schulhause nötig gehauen, gefahren und beyeinander gebracht. Solches geschnitten, und durch einen verständigen Zimmermann eine neue Schule auffer Gemeine verfertigen, setzen lassen mit Dach, Wänden und Thüren und Fenstern, daß ein zeitlicher Köster oder Schulmeister darinnen wohnen könne.“ Archiv der evangelischen Gemeinde in Bochum-Dahlhausen: Kirchenbuch.

⁵⁸ Vgl. etwa die Stiftungs- und Fundationsurkunde der Schule der Kirchengemeinde Herbede, in der Nachbarschaft Bochums, vom 30. Mai 1606. In dieser Urkunde heißt es: „Kund offenbahr und zu wissen seye allen und jeden mit dieser Fundation, daß aus christlichem gottseligen Eyfer, Hertzen und Gemüthe, fort der Ehren Gottes und Erbauung der christlichen Gemeind [es folgen nun die Namen des Kirchenpatrons und des Pfarrers, sowie summarisch sämtlicher Gerichtseingesessener und Untertanen des Gerichts- und Kirchspiels Herbede] eine Schule zu Erziehung und Institutionierung der Gottes Jugend zu erbauen und zu fundieren angeordnet haben.“ In: StA Münster: Reg Arnsberg: B-III-68 Bd. 3.

⁵⁹ Ein Reichstaler zu 360 Pfennig zählte 60 Stüber. Von diesem Schulgeld mußte von der Reck die Eltern derjenigen Kinder befreien lassen, die seine Schule besuchen wollten. Er erhielt später wohl diese Befreiung nicht. Nachzuweisen ist lediglich ein Reskript der Reg. Kleve vom 22. März 1791, in dem die Kinder der Overdycker Schule von der Verpflichtung entbunden wurden, vor der Konfirmation ein Jahr lang die „Hauptschule“ in Bochum besuchen zu müssen. Reskript in: StA Münster: Cleve-Märkische Regierung, Landessachen Nr. 1231. Auf die spätere Klage der Bochumer Gemeinde auf Rückzahlung ausstehender Schulgeldebträge wird noch eingegangen werden. Als Schulgeldsätze galten nach dem Generallandschulreglement 6 Pfennig bis zu einem Groschen wöchentlich, dabei waren die Lesekinder und die Schreibkinder billiger als die Rechenkinder. Im Sommer brauchte bei einem Unterrichtsausfall nur der tatsächlich erteilte Unterricht bezahlt zu werden, ein Umstand, der die Lehrer zur Mitarbeit bei

des Lehrers, auf dessen Einbindung in das Gemeinwesen durch die feierliche Amtseinführung und auf die Beteiligung an Kollekten und den Schulumgängen, sondern vergab auch die Möglichkeit, die Schulreform zusammen mit den Eingesessenen zu betreiben.

Demgegenüber hatte die Freifrau von der Leithen auf Haus Laer in der Nachbarschaft ein besseres Gespür für diese Gewohnheiten. Als sie durch die Schenkung eines kleinen Schulhauses und einiger „Scheffelse“⁶⁰ Land einer bis dahin von Haus zu Haus abgehaltenen Wanderschule ein Obdach bieten wollte, verhandelte sie mit den Eingesessenen über deren Mitbeteiligung. Alle, insgesamt 18, erklärten sich durch Unterschrift unter die Stiftungsurkunde bereit, ihren Anteil beizusteuern und den Unterhalt des Lehrers zu tragen. Andererseits machte die Stifterin deutlich, daß sie im Falle der Weigerung von seiten der Bauern „das Schulhaus als ein von Euch verspottetes Haus, das seinen nützlichen Endzweck bey Euch niemals erreichen wird, wieder abbrechen und die Schenkung vernichten wird“⁶¹. Diese Sprache wurde von den Bauern verstanden, auch wenn in der Zukunft in der Regel immer wieder über die Verletzung der eingegangenen Verpflichtungen geklagt wurde. Das gehörte jedoch zum Alltag und wurde hingenommen.

Von der Reck wußte das Geld zum Schulbau auch ohne die Bauern (und die „Schulfreunde“) zu beschaffen. Sein Bruder in Berlin unterstützte ihn; 10 Friedrichsd'or erhielt er vom König. Die geringe Mithilfe der Bauern der Bauernschaft für die Kalk-, Stein- und Sandfahren hielt er später durch die Möglichkeit des kostenlosen Schulbesuchs für die Bauernkinder für abgegolten, „obgleich die katholischen Eingesessenen davon fast gar keinen Gebrauch machten — und die Protestanten so wenig, daß die Schule nicht selten leer stand“⁶².

Die Overdycker Freischule blieb, mit den Folgen eines zeitweilig mangelhaften Schulbesuchs, von Anfang an ein „künstliches“ Gebilde innerhalb der genossenschaftlichen Denkweise der Eingesessenen. Diese befürchteten immer wieder, daß sie zu den Schullasten herangezogen und ihre Abgaben damit erhöht werden würden. Sie blieben bei dieser Haltung, obwohl an die Stelle der Winkelschule und der stinkenden Schulstube in Bochum eine wohleingerichtete Schule in unmittelbarer Nähe der Höfe und Häuser trat. Denn daß die Freischule eine Verbesserung war, geht aus dem Bericht des Generalinspektors für das Schulwesen Dahlenkamp an das lutherische Ministerium (Konsistorium) der Grafschaft Mark von 1798 hervor. Über die Kirchengemeindeschule in Bochum schrieb er: „Die Schulstube ist klein und schmal. Unter den

der Ernte gegen Bezahlung zwang. Bei den geringen Sätzen blieb es bis ins 19. Jahrhundert. Vgl. hierzu eine VO der Reg. Emmerich vom 10. Oktober 1800, abgedruckt in: Westfälischer Anzeiger. Jg. 1803, S. 599 f.

⁶⁰ Ein „Scheffelse“ ist zugleich ein Mengen- als auch ein Flächenmaß.

⁶¹ Familienarchiv Haus Laer, Bochum.

⁶² Von der Reck am 24. Sept. 1810 an den Präfekten Romberg. Vgl. Anm. 43.

bloßen Brettern ist der Viehstall, dessen Ausdünstung die Schule mit Gestank erfüllt und ungesund macht.“⁶³ Und in dieser Luft hielten sich — ein Beispiel für die mangelhafte Erfüllung der Unterrichtspflicht — im Winter 70 bis 80, im Sommer 30 bis 40 und im Herbst 15 bis 20 von den 110 bis 120 Kindern im Schulalter auf.

Trotz aller Schwierigkeiten wurde die Schule, wenn auch nicht rechtzeitig vor der Ankunft Wilbergs als erstem Lehrer, fertiggestellt. „40 fette Kühe“, die der Freiherr von Fürstenberg aus Münster später von der Reck schenkte⁶⁴, halfen, die Kosten des einige Jahre danach errichteten Seminarbaus zu bestreiten. Wilberg erinnerte sich, selbst bei der Einrichtung von Schule und Seminar noch über 300 Rtlr. Auslagen gehabt zu haben⁶⁵.

Alle Sorgen schienen vergessen, als am 23. Februar 1791 die Schule feierlich eingeweiht wurde. Kortum berichtet über das Gebäude: „Das Haus ist ganz von Ziegelsteinen, ist zur gemächlichen Wohnung für den Lehrer eingerichtet und das Schulzimmer ist besonders geräumig und helle. Ein Platz zum Garten und andere Bedürfnisse für den Bewohner sind nicht vergessen.“⁶⁶ Von den Bewohnern der Dörfer Hamme und Marmeshagen sei überdies eine Schulglocke gestiftet worden⁶⁷.

Zur Feier hatte der Freiherr die Prediger der drei Konfessionen und die in der Umgebung wohnenden Gönner der Schule eingeladen. Die Geistlichen sollten durch ihre Teilnahme den Bauern erleichtern, ihre Kinder in die konfessionsgemischte Schule zu schicken. Insgesamt 46 Kinder besuchten sie schon und erfreuten die Gäste durch ein Lied und durch ihre Leistungen in dem öffentlichen Schulexamen. Zum Abschluß der Reden riefen sie ihrem König und dem Minister Woellner ein lautes Vivat zu.

Kortum schloß seinen Bericht: „Ich habe der Handlung von Anfang bis zum Ende beigewohnt. Alles war über jede Beschreibung rührend, und mein Herz klopfte nie so warm, als an diesem Tage. Gottes bestes Heil über den *Herrn v. d. Reck*, diesen edlen Mann, über dessen ganzes Haus! Und es müsse ihm in dieser Provinz mancher in der Bemühung, sich um die Menschheit tätig verdient zu machen, nachfolgen.“⁶⁸

⁶³ Bericht in: LKA Bielefeld: 0,8/22. Mit ähnlichem Inhalt vgl.: Snethlage, Zustand. Snethlage, der Direktor des Gymnasiums in Hamm, hatte die Schulen der Grafschaft auf Visitationsreisen im Zusammenhang mit der Gründung einer neuen Schulaufsichtsbehörde kennengelernt. Vgl. auch: Sack, Verbesserung; Johann Ferdinand Schlez, Gregorius Schlaghart und Lorenz Richard oder die Dorfschulen zu Langenhausen und Traubenheim. Nürnberg 1795.

⁶⁴ Vgl. Anm. 49.

⁶⁵ Wilberg am 12. Febr. 1811 an den Schulkommissar Petersen. Vgl. Anm. 50. Die Ausgaben entstanden wohl durch die Anschaffung von Lehrmitteln für das Seminar.

⁶⁶ Zit. nach: Schöpff/Vogel, Menschenfreund, S. 7. Marmeshagen war eine benachbarte Bauernschaft im selben Kirchspiel.

⁶⁷ Ebd.

⁶⁸ Ebd.

Der erste Lehrer: Johann Friedrich Wilberg

Bei der feierlichen Einweihung der Schule war Wilberg schon über ein Jahr in seiner ersten Stellung. Am 1. Oktober 1790 hatte er in Berlin den Ruf zum Lehrer der Freischule und mit ihm eine Anweisung auf das Gehalt eines Quartals in Höhe von 30 Reichstalern bekommen, womit für ihn ein neuer Lebensabschnitt begann.

Johann Friedrich Wilberg war am 5. November 1766 in Ziesar im ehemaligen Herzogtum Magdeburg geboren worden⁶⁹. Sein invalider Vater, der die Familie nicht ernähren konnte, gab ihn in frühen Jahren zum Großvater in Pflege. Bei diesem Mann, einem Lehrer, Kantor und Küster, erhielt er seinen ersten Unterricht, ganz in der Art der noch nicht angefochtenen Kirchengemeindeschule⁷⁰. Auch in seinen späteren Jahren hielt er die dabei vermittelte Religion immer für den „guten Grund seiner Erziehung . . . , auf welchen Grund bei jedem Menschen später ein festes Gebäude der Bildung, des Verstandes und des Wissens sich aufrichten läßt“⁷¹.

Auch nachdem Wilbergs Vater mit einer Stelle am „königlichen Baukomptoir“ in Potsdam versorgt worden war, verbesserte sich die Situation der Familie nur zeitweilig. Da die Mutter nebenbei als Flachsspinnerin arbeitete und eine äußerst sparsame Haushaltsführung mit 10 Silbergroschen pro Tag betrieb, konnte Wilberg nun in Potsdam die Schule besuchen. Hier — vermutlich in der Garnisonschule — wurde „viel mechanisch gelesen, viel Frakturschrift mit Verzierungen und verschiedener Tinte geschrieben, wenig gerechnet, und zur Erregung, Uebung und Erhöhung der Fähigkeit zum Denken nichts in der Absicht und nach einem Plan gethan“⁷². Verständlich, daß Wilberg später sich zum Ziel setzte, seinen Schülern das Denken beizubringen.

⁶⁹ Vgl. auch für das folgende: Johann Friedrich Wilberg, *Erinnerungen aus meinem Leben, nebst Bemerkungen über Erziehung Unterricht und verwandte Gegenstände*. Essen 1836. Daraus zitieren alle bisherigen Biographen mehr oder weniger genau. U. a. Eduard Langenberg, *Johann Friedr. Wilberg. Sein Leben und seine Schriften*. Elberfeld 1866; Friedrich Adolf Wilhelm Diesterweg/Franz Abraham Fuchs, *Johann Friedr. Wilberg, der „Meister an dem Rhein“*. Essen 1847. Vgl. auch: Hugo Gotthard Bloth, *Adolph Diesterweg*. Heidelberg 1966.

⁷⁰ Ebd. S. 6. Der Großvater scheint die Schule in Reckahn einmal besucht zu haben, denn im Jahre 1778 findet sich in der Besucherliste unter dem 13. Juli ein „Hr. Cantor Wilburg aus Caro“ angegeben. Vgl. Kehr, *Verzeichnis*, S. 229.

⁷¹ Ebd. S. 7 ff. Wilberg hat seine Memoiren in der dritten Person geschrieben. Er begründet dieses im Vorwort: „Das chinesische Wort Tien soll seinen Bedeutungen gemäß von den Gelehrten in China zwanzig und mehrmals verschieden ausgesprochen werden können. Wer genau aufmerkt, wird gewahr werden, daß das wichtige, obgleich kleine Wort *Ich* im Deutschen ebenfalls sehr verschieden lautet, je nachdem der Mensch ist, der es spricht. . . . Um den Lesern meines Büchleins das Denken über die verschiedene Bedeutung des Ich zu ersparen, habe ich in dem Schriftchen von mir in der dritten Person gesprochen.“

⁷² Ebd.

Über seine Erfahrungen mit der Schulzucht berichtet er: der Stock war der „Präzeptor Klassikus, die Ruthe Kulturmaschine, und Feigen einer gewissen Art wurden ausgetheilt, ohne daß Jemand verlegen darum war“⁷³. Sonst erinnerte er sich nur noch an das Soldatspielen und an den „Abschaum“ der Garnisonstadt. Die dabei gemachten Erfahrungen halfen ihm später, die Erziehung vagabundierender, verwahrloster Jugendlicher in Elberfeld durchzuführen. Nach seinem Weggang aus Overdyck wurde er dort im Frühjahr 1802 als Inspektor der Armenschule mit der Erziehung der städtischen Proletarierkinder beauftragt; 1804 übernahm er die Leitung einer Privatschule für die vermögenden Bürgerkinder, die er bis 1829 innehatte⁷⁴.

Als Schüler hat er sich diesen Aufstieg wohl nicht vorgestellt, denn mit dem bayerischen Erbfolgekrieg begann für die Familie erneut die bitterste Armut. Der Vater starb im Lazarett, Wilberg mußte abermals zur Pflege nach Carow. Hier hatte inzwischen sein Onkel die Lehrerstelle übernommen. Von dem schmalen Lehrereinkommen waren acht Personen zu ernähren, und Wilberg wurde „auch hier in der Kunst zu entbehren geübt“. Nebenbei half er in der Schule als Schulgehilfe und lernte den Seidenbau — die verordnete Nebentätigkeit der Lehrer⁷⁵ — kennen. Bereits hier arbeitete er mit dem Rochowschen Kinderfreund⁷⁶, dem wohl berühmtesten Schulbuch seiner Zeit. Nebenbei las er die Bücher der „Besitzerin des Dorfes“, der Gräfin Wartensleben⁷⁷.

⁷³ Ebd.

⁷⁴ Durch Ablehnung eines Rufes nach Frankfurt kam Wilberg in dieser Stellung zu dem für die Zeit außergewöhnlichen Gehalt von 1000 Rtlr. im Jahr zuzüglich freier Wohnung und Versprechen einer Witwenpension von 400 Rtlr. 1814 wurde er zum Schulpfleger Elberfelds ernannt. Seine Privatschule löste er gegen Entschädigung auf. 1845 erhielt er den Roten Adler Orden IV. Klasse, von der Universität Tübingen wurde er zum Dr. phil. ohne sein Wissen durch Vermittlung eines Freundes, dem Bruder Adolf Diesterwegs, promoviert. Wilberg starb am 17. Dez. 1846 in Bonn, wohin er sich im Alter zurückgezogen hatte.

⁷⁵ Vgl. die: Einladung zum Beytritt zu der im Jahre 1791 in der Grafschaft Mark sich vereinigten Gesellschaft zur Beförderung des Seidenbaues. In: Neues Westphälisches Magazin zur Geographie, Historie und Statistik. Bd. 2 (1790/1791) S. 229 ff. Zum Gesamtkomplex: Ilja Miedt, Preußischer Seidenbau im 18. Jahrhundert. In: Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Bd. 56 (1969) S. 478 ff.

⁷⁶ Gemeint ist: Friedrich Eberhard von Rochow, Der Kinderfreund. Ein Lesebuch zum Gebrauch in Landschulen. Brandenburg und Leipzig 1776; ders., Der Kinderfreund. Ein Lesebuch. Zweiter Teil. Brandenburg und Leipzig 1779, wiederabgedruckt in: Jonas/Wienecke, Sämtliche Schriften, Bd. 1, S. 133 ff., 195 ff. Vorangegangen war die Veröffentlichung des: Versuch eines Schulbuches für Kinder der Landleute oder zum Gebrauch in Dorfschulen. Berlin 1772, Wiederabdruck: ebd. S. 1 ff. Der „Kinderfreund“ ist nach Angaben von Rochows in 8—10 Nachdrucken in einer Auflage von ca. 100 000 Exemplaren herausgekommen.

⁷⁷ Hier ist auf die Lesegesellschaften der Zeit hinzuweisen, in denen sich Gebildete aller Stände versammelten. Vgl. Thomas Nipperdey, Verein als soziale Struktur in Deutschland im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert. In: Geschichtswissenschaft und

Bei allem wurde ein christliches Leben geführt, das die Not zu ertragen lehrte. Der Tag zu Hause begann mit einem Gebet und einem Kapitel der Bibel. Zum Schluß der Morgenandacht wurde ein Lied gesungen. Die Erziehung blieb denkbar einfach: „die angedrohte Strafe, ernste Schläge, die man fühlt, folgte dem Ungehorsam, die Eltern verloren nicht an Autorität, hatten ungeachtet ihrer Strenge nicht Ursache, sich über Lieblosigkeit der Kinder zu beklagen...“⁷⁸.

Nach der Konfirmation hatte er immer mehr den Eindruck, der Familie des Onkels zur Last zu fallen, denn eigentlich war er nun voll arbeitsfähig. Da seine Mutter ihm weder raten, noch ihn finanziell mit dem erforderlichen Lehrgeld unterstützen konnte, versuchten seine Pflegeeltern ihm eine Stelle zu vermitteln. Schließlich erklärte sich ein Schneidermeister bereit, ihn für einige Wochen auf Probe anzunehmen. Dieser Meister duldete auch, daß er Bücher las, die er sich von den wenigen Gebildeten des Dorfes, dem Pfarrer und einigen Adeligen, auslieh. Später schrieb er diesem Umgang eine wichtige Funktion zu, denn er bewahrte ihn „vor den Gemeinheiten [Umgangsformen] der niederen Stände“ und führte ihn zur „Gesittetheit“ der Gebildeten, die ihm als die Grundlage für jede Bildung erschien. Sie sei „gleichsam der irdische Boden...“, der erst da sein muß, ehe der recht wirksame Sinn für Anständigkeit, für Schönes und Gutes im Menschen keimen und erwachsen kann“⁷⁹.

Da er als Lehrling nun über ein Einkommen von 18 Rtlr. im Jahr verfügte, konnte er das Selbststudium fortsetzen. Seine Bewerbung um eine Freistelle im Halleschen Waisenhaus, der Vorstufe zum Universitätsstudium, wurde mit dem Rat zurückgewiesen, sich lieber dem Schulstande zu widmen, da es arme Studenten genug gäbe. Doch dann hatte er Glück. „Er wurde nemlich nach Krahne, unweit des damals wegen seiner Schuleinrichtung berühmten Dorfes Rekahn, zum Prediger Rudolph geschickt, um... dort Einiges zu arbeiten.“⁸⁰ Dem Prediger erzählte er von seinem Berufswunsch, und dieser erwirkte ihm die Erlaubnis, die Schule in Reckahn zu besuchen. Weil es nirgendwo eine geregelte „Laufbahn“ für Lehrer gab, war eine Empfehlung ohnehin der einzige Weg, um aus den geburtsständischen Verhältnissen herauszukommen.

Wilberg wurde in das Haus der von Rochows aufgenommen. Er beteiligte sich 15 Wochen am Schulunterricht in der Musterschule in Krahne, um sich für den Besuch des Heckerschen Lehrerseminars in Berlin vor-

Vereinswesen im 19. Jahrhundert. Hrsg. von Hartmut Brockmann u. a., Göttingen 1972, S. 1 ff. Hier auch weitere Literaturangaben. Vgl. das Kapitel über die Lehrerkonferenzgesellschaften.

⁷⁸ Wilberg, Erinnerungen, S. 8. Ein Idealbild dieser Erziehung gab er in: Johann Friedrich Wilberg, Der Schulmeister Lebrecht, wie er über sein Amt dachte und darin wirkte. Elberfeld 1820.

⁷⁹ Wilberg, Erinnerungen, S. 19. Der Begriff „Bildung“ wurde noch sehr handhaft als materiale Formung verstanden.

⁸⁰ Ebd. S. 23 ff.

zubereiten. Mit zwei Talern in der Tasche kam er in Berlin an und bestand die Aufnahmeprüfung. Aufgrund seiner Lehrerfahrung konnte er bald selber unterrichten. In der Nacht verdiente er sich durch das Linieren von „Komptoirbüchern“ für einen Buchbinder etwas Geld hinzu. Alles in allem verfügte er nun über sechs Taler im Monat, „mit welcher Summe er alle seine Bedürfnisse, Nahrung, Kleidung, Wohnung etc., reichlich befriedigen konnte...“⁸¹.

Eines Morgens im September 1790 beendete der Direktor Hecker die Lehrzeit abrupt mit der Frage: „ob er nach Bialystock oder nach Westfalen als Lehrer gehen wolle?“⁸². Festgelegt durch den Rat Rochows und seines Predigers Rudolph entschied er sich für die Stelle in Westfalen, doch mußte er vorher noch die vom Oberschulrat Meierotto durchgeführte Prüfung absolvieren. Dieses Examen bestand, wie die Prüfungsakten bezeugen, aus zwei von Wilberg ohne Hilfe zu verfassenden Aufsätzen, von denen einer sein Lebenslauf und der andere eine Antwort auf die Frage war: „Wie ist die Bibel in der Landschule zu lesen.“⁸³ Ferner übertrug ihm Meierotto in der letzten Klasse des Joachimsthalischen Gymnasiums einige Probelektionen. Zusammenfassend meinte er: „Über einen Abschnitt des Rochowschen Kinderfreundes wußte er schickliche Fragen zu tun, um die Begriffe den Knaben zu entwickeln, machte auch zweckmäßige Betrachtungen über die vier Jahreszeiten.“ Auch im Rechnen, Schreiben und Singen stellte ihm Meierotto ein gutes Zeugnis aus, so daß er ihn als „Gnadenschullehrer“ für qualifiziert erschien⁸⁴. Dieses wurde auch im Zeugnis des Oberschulkollegiums bestätigt. Hier bekam er „die Zufriedenheit mit seinen Prüfungsarbeiten ausgedrückt“ und erhielt, wie sich Wilberg später fälschlich erinnerte, eine Prämie von 30 Talern. Da davon nichts in den Prüfungsunterlagen steht, war dieser Betrag wohl eher sein Gehalt für das erste Quartal. Eine solche Summe jedenfalls hatte er noch nie besessen, „und es war ihm, als ob er ganz Berlin hätte aufkaufen können“⁸⁵, doch war der ‚Reichtum‘ nach einigen Anschaffungen und durch ein Geschenk an die Mutter bald verschwunden.

Ungefähr vier Wochen nach der Prüfung erhielt er den „Berufsschein als Lehrer zu Hamm bei Bochum in der Grafschaft Mark“⁸⁶. Obwohl ihm die Stelle rückwirkend zum 1. Juni „conferiret“ wurde⁸⁷, war ihm erlaubt, in aller Ruhe seine Reise vorzubereiten. Über Reckahn und Krahne reiste er mit der Postkutsche in den ersten Tagen des Dezembers

⁸¹ Ebd.

⁸² Ebd.

⁸³ Beide ‚Aufsätze‘ in: DZA-Merseburg: Rep 76 a-I-953.

⁸⁴ Prüfungsprotokoll vom 14. Sept. 1790; OSK am 14. Sept. 1790 an von der Reck, in: ebd.

⁸⁵ Wilberg, Erinnerungen, S. 23 ff.

⁸⁶ Ebd.

⁸⁷ OSK am 14. Sept. 1790 an von der Reck, in: vgl. Anm. 84.

nach Bochum; ein Erlebnis ganz besonderer Art⁸⁸. Von Lünen aus, der letzten Poststation, ging es zu Fuß mit dem Postboten nach dem fünf Stunden entfernten Bochum, „dann in der größten Dunkelheit nach Overdiek, gerieth indeß zwischen beiden Ortschaften noch in eine tiefe schlammige Pferdeschwemme, und gelangte in dem Kostüm eines Ritters von der traurigsten Gestalt an dem Orte seiner Bestimmung an“⁸⁹.

Probleme des ersten Eingewöhnens

Als Wilberg am nächsten Morgen auf Overdyck erwachte, bestätigten sich ihm die auf der Reise gemachten Eindrücke und Urteile über Overdyck, die Umgebung und die Art der Bauern. „Welch ein Abstand gegen Berlin! . . . Durch das Fenster seines Stübchens übersah er den größten Theil des Dörfleins mit einigen zerrissenen Strohdächern auf Ställen und elenden Wohnhäusern; ein neues Schulhaus bemerkte er nicht; die Landschaft zeigte ihm, der Jahreszeit wegen, gar keine Reize . . .“⁹⁰

So wie die Umgebung einerseits fremd auf Wilberg wirkte, so wirkte er andererseits abweisend auf die Eingesessenen. Niemand in dem Dorf außer der adeligen Familie sprach hochdeutsch, und was sich als hochdeutsch ausgab, wurde von ihm nicht verstanden. Selbst der Wirt des Dorfes, der mit ihm ein erstes Gespräch führen wollte, mußte einen wunderlichen Eindruck von dem neuen Schulmeister bekommen, denn in „Ermangelung der Sprachkenntniß nickt er nur mit dem Kopfe und dies „wahrscheinlich oft ganz verkehrt“⁹¹. Und diesem Sonderling sollten sie ihre Kinder zum Unterricht anvertrauen?

Wilberg begann seine Arbeit zunächst in dem „schönsten und geräumigsten Zimmer“ des Rittersitzes. Zunächst kamen nur die Kinder der

⁸⁸ Die Reise mit der Postkutsche wird in seinen Erinnerungen mit ihrem „Komfort“ beschrieben. „Man würde dem damaligen Postwagen unrecht thun, wenn man behaupten wollte, er habe die Begriffe von Bequemlichkeit und Annehmlichkeit im Reisen unmittelbar aufgebracht und verbreitet, er hat vielmehr die kleinste Vorstellung zur direkten Bildung derselben nicht aufkommen lassen. Damit aber der Passagier Veranlassung und Gelegenheit haben mögte, das Material zu Begriffen, jenen ganz entgegengesetzt, zu sammeln, wurde er durch die Beschaffenheit des Wagens oft und sehr unsanft erinnert, dem Schläfe sich nicht zu überlassen; und wenn er dawider handelte, bewiesen Beulen, blaue und braune Flecken an seinem Leibe die dafür erlittene Züchtigung. . . . Da aber W. Schulmeister und nicht etwa Postmeister etc. werden wollte . . . so kaufte er sich ein ganz gewöhnliches und wolfeiles Material, bereitete sich daraus mit Bewilligung des Kondukteurs ein Lager auf dem Boden des Wagens . . . Gegen Morgen, als er von ungefähr die Hand dem Gesichte nahe gebracht, wurde auf seine Geruchsnerven ein starker Eindruck bewirkt. W. tastete um sich, fühlte hartes, straffes Haar, ziemlich lange, steife Ohren etc. und fort war aller Schlaf. Als es hell wurde, bemerkte W., daß er bei einem wilden Eber, den man nachts auf den Wagen geschleppt, ganz ruhig geschlafen hatte . . .“. Ebd. S. 43 f.

⁸⁹ Ebd. S. 44.

⁹⁰ Ebd. S. 45—47.

⁹¹ Ebd.

„Baut“; für die Kinder von der Recks war durch einen eigenen Hofmeister gesorgt. Andere Bauern schickten ihre Kinder erst einmal zur Probe, um herauszubekommen, „was an dem neuen Meister sei“⁹².

Die schwerste Aufgabe war anfangs, den Kindern die hochdeutsche Sprache beizubringen. An einfachen Gegenständen der Umwelt erklärte er die Begriffe der fremden Sprache und „konnte bald mit den Kindern sprechen“⁹³. Mit den Eltern dagegen ging es nicht so leicht, und in beinahe naiver Unbekümmertheit attackierte er diejenigen, die nicht einsehen wollten, warum ihr „Platt“ nicht mehr ausreichte. Zwar waren sich die Philosophen in Berlin darüber einig, daß die regional so verschiedenen Dialekte die Bildung der Nation erschwerten und für die neuen Aufgaben der Kulturnation nicht bildsam genug waren, doch kämpfte Wilberg in Overdyck auf anderem Grund. Er fühlte sich nicht durch philosophische Erwägungen, sondern durch seinen Auftrag gebunden. Seine Ausbildung und die Prüfung vor dem Oberschulkollegium gaben ihm das Recht, gegen die Tradition anzutreten, um die neuen Ziele durchzusetzen. Daß er damit zugleich half, dem Staat ein neues Verwaltungsfeld zu erschließen und durch die Vermittlung des Hochdeutschen funktionsfähig zu machen, hat ihn in seinem Reformeifer eher bestärkt als gehindert.

Es war deswegen keineswegs verwunderlich, wenn es gleich zu Anfang seiner Tätigkeit zum Eklat mit den Bauern kam. „In der dritten Woche montags trat während der Lehrzeit ein Bauer mit erzwungener, grinzend freundlicher Miene in die Schule; nach kurzer Unterhaltung über das Wetter wechselte er die Miene, und erklärte er, daß er selbst von Aepfeln, Nüssen etc. mit seinen Kindern sprechen könne, daß um deß willen es nicht nötig gewesen sei, einen Meister von Berlin kommen zu lassen; er wolle von jetzt an vom Herrn Christus gelehrt wissen in der Schule etc., und fügte hinzu, die übrigen Väter im Dorfe seien derselben Meinung.“⁹⁴

In dieser Antwort drückte sich eine Art Kriegserklärung der Bauern gegenüber der neuen Einrichtung aus. Nun kam es darauf an, sich entweder mit den vermeintlichen Dickschädeln zu arrangieren oder das Experiment gleich zu Anfang scheitern zu sehen. Noch am gleichen Abend kam es zur offenen Konfrontation der alten und der neuen Ansicht von der Aufgabe der Schule. Wilberg versuchte in der Schenke den Bauern klarzumachen, daß die Schule keine Bewahranstalt für Kinder sei und in ihr auch mehr betrieben werden könne als ein bloßer Unterricht in der Christenlehre. Nur die Schule könne helfen, die Kinder „verständlich“ zu machen und zu guten Menschen zu erziehen. Er vergaß nicht zu bemerken, daß „aber die Eltern selbst es erst sein müßten, wenn die Kinder es werden sollten“⁹⁵.

⁹² Ebd.

⁹³ Ebd.

⁹⁴ Ebd.

⁹⁵ Ebd.

Sollte Wilberg in diesem Sinne wirklich die Bauern angeredet haben, so mußte er sich nicht wundern, wenn diese seinen Vortrag als Beleidigung empfanden und entsprechend reagierten. Denn in völliger Verkenntung der überkommenen Lebensweise griff er in diesem Vorurteil die gesamte Weltvorstellung der Bauern an. Waren sie denn nicht durch die Schule gegangen und unter dem Segen des Predigers zu guten und verständigen Menschen erzogen worden? Und nun kam ein Schulmeister aus Berlin, wischte mit einigen Worten die Tradition vom Tisch, erklärte die Bauern für dumm und unwissend und sprach nicht einmal „Platt“. Dies alles konnten sie nur als Aufschneiderei empfinden.

Ein Bauer wurde dann auch gleich handgreiflich; was sonst noch an dem Abend vorgefallen ist, läßt sich nur errathen. Wilberg schreibt jedenfalls, daß der Bauer von den anderen aus der Tür herausgeworfen worden sei; ihn selbst dürfte nur der Respekt vor dem Freiherrn gerettet haben, vielleicht auch, daß er Träger eines geistigen Amtes war.

Nach diesem Zwischenfall war der Konflikt mit den Verteidigern der alten Ordnung noch keineswegs ausgestanden. Am nächsten Morgen stand der angriffslustige Bauer in der Schultür. „W. aber gedachte der Lehre Sirachs, getrost zu sein in Widerwärtigkeit, seinem Amte Ehre und Würde nicht zu vergeben, und sagte dem Bauern mit lauter Stimme, daß, wenn er von der Lehre Etwas hören wolle, er stille sein müßte, wie in der Kirche; wollte er aber mit dem Lehrer sprechen, müßte er nach der Schulzeit wiederkommen.“⁹⁶

Geschickt hatte er zu dem einzigen Mittel gegriffen, das er als Lehrer hatte, indem er an das obrigkeitliche Denken anknüpfte und so den Frieden wiederherstellte. Die Angriffe gegen die Schule und das Mißtrauen gegen den Lehrer hörten jedoch nie auf. Wenn Wilberg in seinen Erinnerungen auch nur versteckt von seinen Schwierigkeiten berichtet, so kann nicht übersehen werden, daß die Kinder der Bauernschaft noch lange die Schule gemieden haben. Nur die Aussicht, kein Schulgeld zahlen zu müssen, förderte den Schulbesuch⁹⁷. Die Lücken wurden durch Kinder aus anderen Bauernschaften nur teilweise gedeckt; nach von der Reck soll manchmal überhaupt kein Kind in die Schule gegangen sein⁹⁸.

⁹⁶ Ebd. Dieser Bauer hetzte weiterhin gegen Wilberg, der zu bemerken meinte, „daß auch die damals von Frankreich her verbreiteten Begriffe von Freiheit etc. den größten Antheil daran hatten“. Ebd. S. 49. Die Bauern verstanden unter Freiheit ganz handhaft sinnhaft die Lösung von allen sie störenden Pflichten und hätten sicherlich die Schule überhaupt abgeschafft, wäre sie nicht eine kirchliche Anstalt gewesen. Das Leben im „ganzen Haus“ (Brunner) schien noch so intakt, daß ein Bedürfnis nach Aufklärung nicht sichtbar war.

⁹⁷ Dieses wurde ohnehin, weil es eine Geldleistung war, nur widerwillig bezahlt. Vgl. A. Stenger, Das Schulwesen in der Grafschaft Mark von 1609—1909. In: A. Meister (Hrsg.), Die Grafschaft Mark. Festschrift zum Gedächtnis der 300 jährigen Vereinigung mit Brandenburg-Preußen. Bd. 1, Dortmund 1909, S. 263 ff., hier S. 277 f.

⁹⁸ Schon die Zeitgenossen erkannten, wie stark die Widerstände waren. „Im Grunde gehen aber auch die Kinder auf dem Lande bey weitem so viel nicht zur Schule, als nach der dazu bestimmten Schul-Zeit geglaubt werden möchte. Aus Ueberdruß und

Der Eingewöhnungsprozeß Wilbergs in die Sitte und Tradition der Grafschaft war außerordentlich mühsam, und an den Konflikten drohte das ganze Unternehmen mehrfach zu scheitern. Die Bauern ließen sich nicht so einfach, wie das in der Kurmark sein mochte, einen neuen Unterricht gefallen. Sie schienen durchaus von dem Sinn der alten Kirchengemeindeschule überzeugt zu sein und hielten sie für ihre Bedürfnisse für ausreichend. Das Gerede von der Schulung des Verstandes, von den neu beizubringenden „bürgerlichen“ Kenntnissen sahen sie als eine neu-modische Einrichtung an und waren sich mit manchem Prediger in der Ablehnung einig, wie noch deutlich werden wird. Unter einem „Staat“ konnten sie sich nichts vorstellen, und Wilberg hielten sie trotz seiner von der Obrigkeit geförderten Anstellung nicht für so bedeutend, daß sie seinetwegen ihre Ansicht über den Schulbesuch änderten. Erst als Overdyck eine Gnadenschulstelle wurde, mag sich diese Einstellung gewandelt haben. Echten Erfolg bei den Eingesessenen jedenfalls hat die Freischule trotz ihres vielfältigen Angebots nie gehabt.

Bei allem, was von der Seite der Bauern noch geschehen sollte, war es deswegen nicht verwunderlich, daß sich Wilberg noch in späteren Jahren erinnerte: „Die meisten Bauern des Dorfes waren solche groben Gesellen, daß sie mir nicht einmal die Kohlen herbei fuhren, bei welchen sich ihre Kinder wärmten. Grasendieck in Hundhamme, Gruthof in Riemke nehme ich hiervon aus, die haben sich immer menschlich bewiesen, so wie auch der verstorbene Gerling und Nocke gutgesinnte Leute waren.“⁹⁹

Overdyck — eine Gnadenschulstelle

Als Wilberg seinen Ruf nach Overdyck erhielt, war inzwischen auch die Frage, wovon sein Gehalt bestritten werden sollte, geklärt. In einer Bittschrift vom 29. Dezember 1789 hatte von der Reck die Krone an seine Zusicherung der aktiven Unterstützung der Schulgründung erinnert und angedeutet, daß er noch in diesem Winter mit den Vorkehrungen „zur Erbauung eines massiven geräumlichen Schulhauses“ beginnen werde. Nochmals betonte er, es sei „in dieser schönen großen

Ekel am Lernen versäumen sie die Schule, so oft sie es nur ungestraft thun können. Aus Nachlässigkeit, aus eigner innerer Gleichgültigkeit gegen allen Schul-Unterricht, oft auch aus dringender Armuth und Dürftigkeit, behalten die Aeltern ihre Kinder unter dem geringsten Vorwand zu Hause, und freuen sich, daß sie dieselben in der Wirthschaft gebrauchen, und noch dazu das Schul-Geld ersparen können. Des Sommer wird an vielen Orten gar keine Schule gehalten, oder doch selten und unordentlich besucht, weil Noth und Mangel, sollte er auch bey manchem nur zum Vorwande dienen, die Aeltern zwingt, ihre Kinder zum Viehhüten, Gärten, Graben, Gras und Holz holen, und zu anderen ländlichen und häuslichen Verrichtungen zu gebrauchen, damit sie das nöthige Brod verdienen helfen.“ Krünitz, Land-Schulen, S. 409 f.

⁹⁹ Wilberg am 12. Febr. 1811 an den Schulkommissar Petersen, in: StA Münster: Cleve-Märkisches Landesarchiv Nr. 1231.

Grafschaft der Schulunterricht höchst elend“. Der Unterricht würde von Lehrern erteilt, die nicht einmal des Hochdeutschen mächtig seien und nebenbei ein Handwerk ausübten. Selbst evangelische Kinder würden von katholischen Lehrern unterrichtet. „Kein Gedanke eines Seminarii in dieser beträchtlichen Provinz“, daher sei auch die Berufung eines geprüften Seminaristen für die neue Schulstelle erforderlich. Gerne wollte er denselben in seinem Hause bis zur Vollendung des Schulhauses aufnehmen und den Schulunterricht zu Gottes Ehren und des Vaterlandes Ruhm gleich beginnen lassen. Gleichzeitig bat er das Oberschulkollegium um die Verleihung einer Gnadenschulstelle aus den Mitteln des Schulfonds. Als Gegenleistung wollte er diese Unterstützung als „eine mir huldreichst accordirte Pension, für meine Dienstzeit ansehen“¹⁰⁰.

In der Tat, es war sowohl im Jahre 1772 als auch im Jahre 1787, anlässlich der Gründung des Oberschulkollegiums, jeweils ein Fonds eingerichtet worden, aus dessen Zinsen zunächst in der Kurmark Brandenburg, dann in allen Landesteilen sogenannte Dotationsschulstellen eingerichtet werden sollten. Der Plan dazu war von Zedlitz entwickelt worden. Er sollte dazu führen, allmählich in allen preußischen Landesteilen qualifiziertere Lehrer anzusetzen und zum Ausgangspunkt einer Schulreform zu machen¹⁰¹. Von diesen Stützpunkten moderner Schule aus sollten nach und nach das Umfeld beeinflusst und die Lehrer in einer „zweiten Lehre“ mit den Prinzipien der neuen Volksschule bekannt gemacht werden.

Trotz des Bruders im Ministerrang gelangte von der Reck erst nach „vielen wiederholten dringenden Vorstellungen“ an die „Gnade“, mit der aus Mangel an Geld sehr sparsam umgegangen wurde. Außerdem mußte die Oberbehörde erst prüfen, ob die Schulgründung mit den Absichten der Verwaltung übereinstimmte und den konservativen Zielen Woellners entsprach¹⁰². Immerhin war es ein Vorteil, daß sich der Schul-

¹⁰⁰ Von der Reck in seinem Brief vom 24. Sept. 1810 an den Präfekten Romberg. In: StA Münster: Großherzogtum Berg, Gruppe A 2 Nr. 166.

¹⁰¹ Vgl. hierzu: Karl Abraham von Zedlitz, Vorschläge zur Verbesserung des Schulwesens in den Königlichen Landen. In: Berlinische Monatsschrift. Bd. 10 (1787) S. 97 ff. Hier befindet sich auch in einem Vorwort der Herausgeber der Zeitschrift der Hinweis auf die Errichtung eines Schulfonds, von dem in dem Brief v. d. Recks die Rede ist. Im Jahre 1772 war schon einmal ein Fonds errichtet worden. Friedrich II. hatte aus einem Überschuß der kurmärkischen Städtelasse 100 000 Taler ausgesetzt; von den Zinsen sollten Schullehrerstellen mit einer Besoldung von 120 Tlr. eingerichtet werden. Vgl. Krünitz, Landschulen, S. 291 f. Anm. In der Kurmark waren daraufhin 8—9 Schullehrerstellen eingerichtet worden, Rochow hatte mehrere davon bekommen. Vgl. Zedlitz an Rochow, vom 23. Sept. 1773, in: Jonas/Wienecke, Sämtliche Schriften, Bd. 4, S. 46 ff. In dem Briefwechsel dieser Jahre finden sich weitere Einzelheiten über die Anfänge der Schulreform in der Kurmark.

¹⁰² Vgl. Anm. 24. In der „Instruction für das zu errichtende Ober-Schul-Kollegium“ vom 22. Febr. 1787 wurde im § 6 festgesetzt, daß bei den sogenannten Gnadenschulstellen, „wo das Gehalt aus Unsern Kassen bezahlt wird“, keiner angesetzt werden durfte, „der nicht wegen seiner Tüchtigkeit ein Zeugniß von diesem Ober-Schul-Kollegium aufzuweisen hat“. Die Instruktion bei: Rönne, Unterrichts-Wesen, Bd. 1, S. 76 f.

gründer überhaupt an eine Behörde wenden und dabei immer auf die wohlwollende Stellungnahme des Monarchen verweisen konnte.

Am 12. Januar 1790 kam die ersehnte Antwort, in der das Gehalt von 120 Rtlr. jährlich für die Stelle in Overdyck bewilligt wurde. Die Bedingung war, „daß nicht nur jetzt, sondern auch in Zukunft zu dieser Schulstelle jedesmal ein Subject aus dem hiesigen [Berliner] Seminario genommen werde“¹⁰³. Dem Oberschulkollegium stand jedesmal bei einer Umbesetzung der Stelle die Prüfung und „approbation“ zu.

Diese Auflagen des Oberschulkollegiums erfüllte Wilberg in jeder Hinsicht. Doch es dauerte noch bis zum 14. September 1790, bis daß aus Berlin der Auftrag an die zuständige Unterbehörde, die Regierung von Cleve-Mark mit dem Sitz in Cleve¹⁰⁴, erging. Aber: dort kannte niemand

¹⁰³ In: StA Münster: Cleve-Märkische Regierung, Landessachen 1231.

¹⁰⁴ Die Schulangelegenheiten, die in der Zentralinstanz seit 1787 mit wenigen Ausnahmen dem Oberschulkollegium unterstellt waren, gehörten in Cleve-Mark zunächst zum Ressort der „Regierungen“ (Landesjustizkollegien). Diese Regierung zu Cleve war 1749 errichtet worden. (Vgl. Scotti, Sammlung, Teil 2, Nr. 1536, S. 1362 und Nr. 1555, S. 1371.) Durch VO vom 14. Mai 1790 wurde bekanntgemacht, daß alle Sachen des 1788 gegründeten Provinzial-Schul-Collegiums an die Regierung gerichtet werden mußten. (Ebd. Teil 4, Nr. 2423, S. 2347 f.) In Folge der Besetzung des linken Rheinufers durch die französische Revolutionsarmee im Jahre 1794 zog sich die Regierung nach Hamm zurück, durch Cirkular VO vom 18. Sept. 1795 gab sie bekannt, daß sie ihren Sitz „interimistisch“ nach Emmerich legen werde. (Ebd. Teil 4, Nr. 2538 S. 2422.) Die Rückverlegung nach Cleve erfolgte dann im Jahre 1797 nur für die Justiz- und Pupillen-(Waisen-)sachen, während die „Hoheits-, Lehns-, geistlichen-, General- und andere Sachen“ von Emmerich aus weiterverwaltet wurden. (Ebd. Bekanntmachung vom 7. April 1797, Teil 4, Nr. 2569, S. 2467.) Durch die KO vom 2. April 1803 wurde die Regierung in der alten Form aufgelöst und im Rahmen der Neuordnung der Verwaltung der Entschädigungsprovinzen in Münster wiedererrichtet. Ihr wurden alle Justiz- und Lehnssachen übertragen, während die Kriegs- und Domänenkammern die gesamten Hoheits-, Polizei-, Kriegs-, geistliche-, Schul- und Armensachen und weitere Teile der inneren Verwaltung bis auf die Bergwerks-, Post-, Medizinal-, Salz-, Accise- und Zollsachen erhielten. Der Rang von „Regierung“, die nunmehr reine Justizverwaltung war (Vgl. Dienstanweisung vom 28. Juli 1804. Ebd. Teil 4 Nr. 2786, S. 2631 ff.), und KuDK war gleich. (Ebd. Teil 4 Nr. 2725, S. 2580). Die Übernahme der Verwaltungszweige sollte vom 1. Sept. 1804 an erfolgen. Damit wurde das clevisch-märkische Regierungskollegium aufgelöst; das Provinzialschulkollegium damit auch. Die durch KO vom 16. Nov. 1766 durch Abtrennung von der KuDK Cleve entstandene KuDK Hamm, die durch Reskript vom 7. Nov. 1787 „wegen der Entfernung“ eine eigenständige Kammer unter einem Cammer-Direktor wurde (Vgl. StA Münster: KuDK Hamm Nr. 1), erhielt durch das Reglement vom 2. April 1803 unter Aufhebung der „cleve-meursischen“ Kammer die Verwaltungsbereiche der restlichen Gebiete dieser Kammer und diejenigen der ehemaligen Abteien Essen, Elten und Werden übertragen. Vom 1. Sept. 1804 wurden der KuDK Hamm alle Aufgaben der Landeskollegien nach dem Ressortreglement vom 2. April 1803 überantwortet; die Schulsachen, die ein Jahr von Münster aus verwaltet worden waren, fanden ihren Platz in der Kammerverwaltung in Hamm. (Ebd. Teil 4, Nr. 2741, S. 2589 f. und Nr. 2792 S. 2639 f.) Die KuDK Hamm blieb zunächst auch nach der französischen Besetzung erhalten, bis eine Umorganisation der Verwaltung durch die Gründung des Ruhrdepartements im Herbst 1808 erfolgte. (Vgl. VO vom 31. Okt. 1806 und 29. Okt. 1806, in: ebd. Teil 4 Nr. 2864, S. 2696 ff.) Nach der Rückeroberung der westlichen Provinzen wurde durch KO

eine Schule in „Hamm“, und zunächst einmal mußte bei von der Reck angefragt werden, was es mit der Schulgründung auf sich habe. Erst dann wollten die Räte die Konfirmation der Stelle ausschreiben¹⁰⁵.

Von der Recks Antwort ist datiert vom 18. Oktober 1790 und enthält die verlangte Beschreibung der Schule: diese verdanke ihre Entstehung der Stiftung von „edlen Menschenfreunden“; daß das Gebäude „von Backsteinen, 50 Fuß lang, 30 Fuß breit, am obern Ende des Dorfes Ham auf meinen Gründen hoch und angenehm gelegen, in wenigen Tagen gedeckt und hoffentlich wenigstens zum Schulunterricht noch vor Winters fertig werden wird“ und schließlich — im Widerspruch zu späteren Äußerungen —, „daß die Eingesessenen der Dorfschaft Ham die Fuhren und Handreichungen beim Bau unentgeltlich geleistet, daher diese ungefahr 36 Familien an der Königl. Gnade eines Schul[geld]freien Unterrichts auch allein für ihre Kinder nur Anteil haben“. Die Zahl der Schulkinder schätzte er auf 56. Als weiteren Beleg legte er das Reskript des Oberschulkollegiums bei¹⁰⁶.

Die Bearbeitung durch die Regierung verzögerte wiederum den Fortgang. Erst am 28. Januar 1791, also kurz vor der feierlichen Schuleröffnung, wurde die Urkunde übersandt¹⁰⁷. Mit ihr wurde allen Beamten und Obrigkeiten und auch den Eingesessenen die Verleihung der Gnadenschulstelle mitgeteilt. Wilberg wurde zur Treue gegenüber dem königlichen Haus verpflichtet; er sollte alles zu dessen Nutzen tun, und „Schaden und Nachtheil“ abzuwenden suchen. Schließlich sollte er seine „Schulmeister-Stelle getreulich bedienen und wahrnehmen, der Bildung und Unterrichtung der Jugend sich äußersten Fleißes angelegen seyn lassen, auch sonst sich überall dergestalt bezeigen und betragen . . ., wie es einem getreuen und gewissenhaften Schulmeister wohl ansteht, eignet und gebühret“. Dafür sollte er dann das Gehalt bekommen „und bey dieser seiner Schulstelle gebührend geschützt und gehandhabt werden“¹⁰⁸.

Wenn von der Reck rückblickend in seinem Brief vom 24. September 1810 bemerkt, daß der Lehrer von dem ausgesetzten Gehalt nicht leben können und er ihm daher noch „Victualien und andere häusliche

vom 30. April 1815 die völlige Reorganisation der Verwaltung eingeleitet, es wurden je eine Regierung (nunmehr als reine Verwaltungsbehörde) für Münster, Minden, Hamm, Düsseldorf und Cleve vorgesehen. Die Schulsachen kamen in die Abteilung des Innern. (Vgl. Bekanntmachung vom 20. Juli 1815, in: ebd. Teil 5, Nr. 3187, S. 2904 ff.) Auf dieser Grundlage entwickelte sich dann die dauerhafte Einteilung in die Provinzen Westfalen und Rheinland mit ihren Bezirksregierungen. (Vgl. VO des Oberpräsidenten vom 15. Juli 1816, in: ebd. Teil 5, Nr. 3265, S. 2946.)

¹⁰⁵ Randnotiz in: StA Münster: Cleve-Mark Landstände Nr. 308 a.

¹⁰⁶ In: StA Münster: Cleve-Märkische Regierung, Landessachen 1231.

¹⁰⁷ In dem Begleitschreiben heißt es: „Wobey Wir Euch zugleich unsere höchste Zufriedenheit mit Euren löblichen Bemühungen, die Bildung der Jugend in dortigen Gegenden zu verbreiten, hiemit zu erkennen geben wollen“. In: ebd.

¹⁰⁸ In: ebd. Die heutigen Beamteneide ähneln sehr stark jener in der Konfirmation ausgesprochenen Verpflichtung des Lehrers Wilberg.

Bedürfnisse“¹⁰⁹ gegeben habe, so wird deutlich, daß die 120 Rtlr. nicht ausreichten, die anderen Lehrern zugestandene Ackernahrung zu ersetzen. Da die Schule in Overdyck außerhalb des Gemeinwesens errichtet worden war, hatte Wilberg kein Stück Land, konnte keine Kuh halten, und das wenige Gartenland, von dem Kortum berichtet, konnte kein Äquivalent für das üblicherweise mit einer Stelle verbundene Ackerland sein. Wilberg bekam auch keine Kollekte und andere Unterstützungen, die insgesamt wertvoller waren als eine nur leicht erhöhte Summe baren Geldes¹¹⁰.

In der üblichen Dorfordnung war dem Lehrer in der Regel die Substanzbasis eines Kötters angewiesen, während der Pfarrer eine den Vollbauern vergleichbare Stellung einnahm. Die Höhe des Geldeinkommens allein zum Maßstab für die Beurteilung der Lehrereistenz zu setzen, entspricht neueren Verhältnissen, die sich erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts voll entwickelten. Für Wilberg jedenfalls reichten die 120 Rtlr. kaum aus, sicherlich ein weiterer Grund für seinen Weggang nach Elberfeld an eine höher dotierte Stelle, zumal er schon 1794 eine Berufung ins Bergische mit einem Gehalt von 350 Talern ausgeschlagen hatte. Ein Antrag von der Recks beim Oberschulkollegium auf eine Gehaltsverbesserung wurde am 18. Februar 1794 abgelehnt¹¹¹.

Wilbergs Gnadenschulstelle ist bislang die einzig bekannte in den westlichen Provinzen. Ein wichtiger Schritt zur Absicherung des Experiments war damit gemacht. Die Ernennung zum königlichen Lehrer rückte den Lehrer fast in die unangreifbare Position eines Beamten der Krone, dem Behörden und Untertanen besonderen Respekt zollen sollten. Von der Reck wies zu passenden Gelegenheiten immer wieder auf diese Privilegierung hin und benutzte sie als Druckmittel gegenüber den Behörden.

Das Unterrichtsziel „Aufklärung“

Auf die Frage, was seinen Unterricht von dem bisher in den Kirchengemeindeschulen stattfindenden unterscheidet, ging Wilberg in einem Bei-

¹⁰⁹ Von der Reck an Romberg. In: StA Münster: Großherzogtum Berg, Gruppe A 2 Nr. 166.

¹¹⁰ Nur so wird verständlich, warum bereits von Rochow als Mindestbesoldung für einen Landlehrer 200 Rtlr. vorschlug; diese Höhe hatte auch die Besoldung des Lehrers in Reckahn. Vgl. Rochow an Zedlitz vom 24. Jan. 1773. In: Jonas/Wienecke, Sämtliche Schriften, Bd. 4, S. 34 ff. Zedlitz hatte sich in seinen „Vorschlägen“ für 120 Rtlr. ausgesprochen, „nebst Wohnung, einem Gartenflek, und freier Weide für eine Kuh ...“. In: Zedlitz, Vorschläge, S. 107.

Die Berechnung des Einkommens eines Lehrers muß unvollständig bleiben, solange man nicht die anderen Vergünstigungen in Geld umrechnet (nach ortsüblichen Preisen) und dem baren Einkommen hinzuzählt. Dieses Verfahren ist außerordentlich schwierig und deswegen für diese Zeit nie angewendet worden.

¹¹¹ In: DZA-Merseburg: Rep 76 a-I-953.

trag des in Dortmund erscheinenden „Westphälischen Anzeigers“ ein¹¹². Hier beantwortete er die Frage, was denn das richtige Maß an „Aufklärung“ sei, welches den Bauern zugemutet werden könne, ohne sie zu Revolutionären zu machen. „Man hat oft über die Gränzen der Aufklärung gestritten“, meinte er mit Bezug auf die Debatten der Zeit¹¹³ und verwies dann auf die zwei Richtungen unter den Aufklärern.

Bei dem Streit um die Zuteilung des Wissens für die Bauern würde die eine Gruppe verlangen, in weiter Auslegung den Bauern in „allem Wissenwürdigen“ zu unterweisen, um ihn nicht mehr „das Beschwerliche seines Standes und den sauern Schweiß“ fühlen zu lassen. Die anderen hingegen wollten ihn in seiner bisherigen „Gefühllosigkeit“ erhalten wissen, um das Mittel des Antriebs durch „sinnliche Furcht“ (d. h. durch die Sinne erfahrener Furcht) nicht zu verlieren¹¹⁴. Sie wollten seinen Unterricht möglichst begrenzen.

Beide Ansichten und die daraus entwickelten Unterrichtsinhalte zielten nach Wilberg an der Wirklichkeit vorbei. Der Bauer sollte nicht ein bloßer „Wisser“ oder „Vielwisseur“ werden und damit eine Ausbildung bekommen, die den Lebensanforderungen und der Vernunft Hohn sprach. Andererseits schien ihm deutlich nachgewiesen — was keineswegs von allen gebilligt wurde —, daß der Bauer überhaupt unterrichtet werden mußte. Er meinte, daß allein der Schaden, der durch die „Unwissenheit und den gänzlichen Mangel aller Cultur des Bauernstandes auf die Sitten und Sittlichkeit einiger anderer Stände“ angerichtet werde, nicht gering sei. Und wie viel würde der Staat „an wahren Reichthümern gewinnen, wenn der Bauer dahin käme, seine Berufsgeschäfte mit einigem Denken und mit Ueberlegung verrichten zu können“. Nach den „Grundsätzen des Patriotismus“ sei es nicht richtig gedacht und gehandelt, wenn dieser Stand keine Möglichkeit erhielte, „die nöthigsten und nützlichsten Kenntnisse“ zu sammeln, und damit keine Gelegenheit habe, seine „edelsten Kräfte kennen und zweckmäßig gebrauchen lernen zu können“¹¹⁵.

Wilberg dachte — wie die Männer, die hinter der Schulgründung in Overdyck standen und in der Staatsverwaltung an den entscheidenden Stellen saßen — von einer sehr pragmatischen Auffassung von „Na-

¹¹² Im „Westphälischen Anzeiger“ kam die Diskussion über die Schule durch eine Anfrage im Jahre 1798 in Gang. Ein Ungenannter fragte: „Ueberall spricht man von der musterhaften Schule, welche der um das Schulwesen überhaupt so verdiente Freiherr von der Reck zu Overdiek, zu Hamm bei Bochum veranstaltet hat, jeder wünscht über die nähere Einrichtung derselben etwas zu wissen . . .“ In: Bd. 3 (1798) S. 638 f. Wilberg hatte jedoch bereits im Bd. 2 (1797) auf eine Frage in Bd. 1 geantwortet und die Prinzipien des neuen Unterrichts dargelegt. Im Neuen Westphälischen Magazin Bd. 2 (1790/1791) hatte Kortum in einem Artikel: Nachricht vom ehemaligen und jetzigen Zustande der Stadt Bochum, S. 49 ff., auf S. 113 von der erfolgten Schulgründung berichtet.

¹¹³ Vgl. Heinemann, Schule im Vorfeld, S. 92 ff., 309 ff.

¹¹⁴ Vgl. hierzu die frühmodernen Predigten und die christlichen Darstellungen, die sehr plastisch die Strafen für das Fehlverhalten beschreiben.

¹¹⁵ Westphälischer Anzeiger. Bd. 2 (1797) S. 119.

tionalbildung“ her. Alles was zur Förderung des „Staatswohls“, der „Staatsklugheit“ gemäß und nützlich erschien, sollte in den Schulen vermittelt werden. Von Zedlitz, von Woellner und dessen Nachfolger von Massow vertraten trotz mancher Unterschiede im kleinen und in der Strategie ein Konzept von Volksbildung, in dem das Wissen nach den Anforderungen der jeweiligen „Klassen“ verteilt werden sollte. Sie schlossen sich mit dieser Zielsetzung praktischen Pädagogen wie Resewitz, Basedow, Rochow u. a. an. Sie stellten sich gegen die Idee einer allen Staatsbürgern zukommenden „Allgemeinbildung“, wie sie vor allem nach dieser Periode von Männern wie Wilhelm von Humboldt vertreten wird, aber auch schon in den Überlegungen von Schulmännern früherer Zeiten als Ziel erschienen war¹¹⁶.

Zedlitz hatte in seinen Überlegungen zur Schulreform die alten Geburtsstände in Staatsstände überführt, die er als „Klassen“ bezeichnete¹¹⁷. Der untersten Klasse wollte er eine Schule zuordnen, die einerseits erst einmal ein Mindestmaß von Kenntnissen vermittelte und andererseits auf unnütze Überbildung verzichtete. In der Frühphase der nun mehr und mehr von der staatlichen Verwaltung in die Hand genommenen Schulreform schien es damit ausreichend, überall die Kirchengemeinschaften auf die Stufe von Volksschulen zu heben. Alle weitergehenden Zielsetzungen konnten danach in Angriff genommen werden. Zunächst galt es, die realen Möglichkeiten einzuschätzen und die Gefahr zu vermeiden, sich an Utopien zu verlieren.

¹¹⁶ Vgl.: Ueber die Einrichtung einer Volkslehre, in einem eigentlich monarchischen Staat, nach den Begriffen des Verfassers der Abhandlung: Ueber den Patriotismus, als Gegenstand der Erziehung in Schulen eines monarchischen Staates. In: Deutsches Museum, Bd. 2 (1777) S. 97 ff.; Karl Abraham Frh. von Zedlitz, Ueber den Patriotismus als einen Gegenstand der Erziehung in monarchischen Staaten. Berlin 1777; Krünitz, Land-Schulen. Dieses Werk wurde durch Reskript vom 20. Febr. 1794 zur Anschaffung empfohlen. Es enthielt einen repräsentativen Querschnitt durch das, was auf dem Gebiet des Elementarschulwesens in Preußen erreicht werden sollte; es war auch von der Reck bekannt. Julius Wilhelm Ernst von Massow, Ideen zur Verbesserung des öffentlichen Schul- und Erziehungswesens, mit besonderer Rücksicht auf die Provinz Pommern. In: Annalen des Preussischen Schul- und Kirchenwesens. Bd. 1 (1800) S. 76 ff., 181 ff., 361 ff.; Friedrich Gabriel Resewitz, Die Erziehung des Bürgers zum Gebrauche des gesunden Menschenverstandes und zur gemeinnützigen Geschäftigkeit. 2. Aufl. Kopenhagen 1776; ders., Gedanken, Vorschläge und Wünsche zur Verbesserung der öffentlichen Erziehung als Materialien zur Pädagogik. 5 Bde., Berlin/Stettin 1778—1786; Johann Bernhard Basedow, Vorstellung an Menschenfreunde und vermögende Männer über Schulen, Studien und ihren Einfluß auf die öffentliche Wohlfahrt. Hamburg 1768; Friedrich Eberhard von Rochow, Handbuch in katechetischer Form für Lehrer, die aufklären wollen und dürfen. 2. verb. Aufl. Halle 1789. Wiederabdruck in: Jonas/Wienecke, Sämtliche Schriften, Bd. 2, S. 1 ff.

¹¹⁷ Zedlitz, Patriotismus, S. 28. Er unterschied: „Erste Klasse: Das Volk, besteht aus den Landleuten, und aus der Menge, die nur zu Handarbeiten geschickt ist, und sich widmet. Zweyte Klasse: Die gebildeteren Bürger, darunter begreife ich Männer von Talenten, Künstler, Gelehrte, und die durch andre Fähigkeiten zu Aemtern gelangen. Dritte Klasse: Leute vom Stande.“

Die Beurteilung jedes Reformansatzes durch die preußische Verwaltung ging von den real gegebenen Möglichkeiten aus; „Projektmacher“ waren nur soweit erwünscht, wie sie keinen Schaden anrichteten¹¹⁸. Daß die Ziele verglichen mit den früheren Zuständen noch hoch genug gesteckt waren, macht Wilberg deutlich, wenn er versucht, die Bildungsgegenstände für seine Bauern festzulegen und auch durchzusetzen. „Da nun allen Menschen in einer solchen [staatsbürgerlichen] Gesellschaft, die auf Cultur einigen Anspruch macht, in ihren verschiedenen Verhältnissen als Menschen und Bürger des Staates verschiedene Pflichten obliegen, und sie geschickt seyn müssen, brodbringende Geschäfte zu verrichten, so sind ihnen auch einige Kenntnisse nöthig“¹¹⁹. Würden diese fehlen, so könnten die „Pflichten nur mangelhaft erfüllt, und die Geschäfte nicht so verrichtet“ werden, „daß sie ihren Zweck erreichen. In beiden Fällen wird das gemeine Wohl nicht nur nicht befördert, sondern sogar verhindert“¹²⁰.

Staat und Nation und die komplizierter gewordene Welt ließen sich nicht mehr auf der Basis von Bibel und Katechismus ordnen und beherrschen. Das „Wissen“ wurde zur neuen Macht, und die Pädagogen entwickelten die „Erziehungswissenschaft“, um sich von den Traditionen im Schulwesen lösen zu können¹²¹. Wilberg wandte diese Wissenschaft auf sein Tätigkeitsfeld an und bestimmte, unter Bezug auf die bereits Jahre zuvor von Zedlitz entwickelten Unterrichtsgegenstände¹²², die Kenntnisse für den Landmann.

Er unterschied in sechs Gruppen:

„1) *Sprachkenntniß*. 2. *Lesen*, so daß er versteht, was er lieset, *Schreiben* und *Rechnen* der fünf Species und der Regel de tri, besonders aber das sogenannte *Kopfrechnen* sind ihm nicht nur unentbehrlich, sondern sie sind auch sehr zweckmäßige Verstandesübungen beim Schulunterricht. 3) *Kenntniß der Natur*, um Spuren der Macht, Güte und Weisheit Gottes da finden zu können, wo wir sie suchen sollen und sie zu finden sind.; und um die das Vertrauen auf Gott tödtende abergläubische Furcht durch Erklärung der gewöhnlichsten Naturerscheinungen zu vermindern, ist nicht allein ihm und jedem Menschen wohl zu gönnen, sondern ist ihm auch zu seiner Ruhe nothwendig. 4) *Einiger Unterricht in der Landwirthschaft*, damit der Bauer bei seinen Berufsgeschäften denken lerne, und für solche Vorschläge nicht unempfänglich sey, welche sowohl auf bessere Betreibung seiner Geschäfte, als auf eine reichlichere Gewinnung der Produkte, welche die Erde unter seinen Händen hervorbringt, Bezug haben. 5)

¹¹⁸ Vgl. Manfred Heinemann, Die Bildungsverwaltung am Ende einer Epoche. In: Zeitschrift für Pädagogik 18 (1972) S.339 ff. Hier wird auf Aspekte einer sich entwickelnden Planungspolitik im ausgehenden 18. Jahrhundert eingegangen.

¹¹⁹ Westphälischer Anzeiger. Bd. 2 (1797) S. 120 f.

¹²⁰ Ebd.

¹²¹ Vgl. Wilhelm Roeßler, Die Entstehung des modernen Erziehungswesens in Deutschland, Stuttgart 1961.

¹²² Zedlitz, Vorschläge.

Kenntniß der Verfassung des Vaterlandes, besonders der vaterländischen Provinz. 6) Religionsunterricht“¹²³.

Diesen Katalog hatte Wilberg aus dem Berliner Seminar mit in seine neue Stellung genommen. Er entsprach den Zielsetzungen der Oberbehörde, wie sie z.B. einer Verordnung von 1799 entnommen werden können. „Wahre Aufklärung, so viel zu seinem eigenen und zum allgemeinen Besten erfordert wird, besitzt unstreitig derjenige, der in dem Kreise, worein ihn das Schicksal gesetzt hat, seine Verhältnisse und Pflichten genau kennt, und die Fähigkeiten hat, ihnen zu genügen. Auf diesen Zweck sollte daher der Unterricht in allen Volksschulen eingeschränkt werden“¹²⁴.

Niemals ist in Overdyck dieser Rahmen verlassen worden. Hier wurde im Gegenteil ein musterhafter Versuch der Verknüpfung von älteren christlichen Bindungen mit den Anforderungen der neuen bürgerlichen Gesellschaft durchgeführt. Wilbergs spätere Tätigkeit, sein Ehrentitel eines „Meisters an dem Rhein“¹²⁵ lassen auf die Wichtigkeit seiner frühen Erfahrungen schließen, die von weitreichender Bedeutung für die Entwicklung der preußischen Volksschule waren, sicherlich ebenso wirksam wie der Einfluß Pestalozzis, auch dadurch, daß Adolf Diesterweg Schüler Wilbergs war¹²⁶. Demgegenüber stand die Einschätzung Wilbergs durch die Verwaltung in Berlin, die den Komplex Overdyck noch lange Zeit ausschließlich aus den Akten beurteilte und damit die Wirklichkeit der dortigen Schulreform nicht zu erfassen vermochte, wie sich bei den Verhandlungen über Wilbergs Weggang noch zeigen wird.

Der ganze Umfang der von Wilberg in Angriff genommenen Unterrichtsreform wird deutlich, wenn seinen pädagogischen Überlegungen weiter nachgegangen wird. Auch wenn nicht alle Differenzierungsstufen in Overdyck erreicht worden sind, so legte er hier doch den Grund zur Verwirklichung. Aufgabe der Elementarschule war, „Fertigkeiten“ einzuüben und „Kenntnisse“ mitzuteilen. Innerhalb der begrenzten Auswahl sollten die „Fertigkeiten von der Art sein, daß durch ihre Anwendung die Ausbildung und Erhöhung der gemüthigen und geistigen Kräfte des

¹²³ Westphälischer Anzeiger. Bd. 2 (1797) S. 120 f. Auffällig ist, daß der Religionsunterricht an letzter Stelle steht, ohne daß damit gesagt werden kann, daß die Schule eine rein weltliche Veranstaltung wurde. Eine allgemein christliche Grundüberzeugung blieb der Hintergrund der Freischule, die noch keine „Simultanschule“ war. In jener Zeit sah man wohl kaum den Verlust religiöser Substanz, wenn der Unterricht ein überwiegend weltliches Gesicht bekam.

¹²⁴ Zit. nach: Bescheidene Prüfung der Circularverordnung Sr. Königl. Majestät von Preußen Friedrich Wilhelm des Dritten an allerhöchst dero sämtliche Regimenter und Bataillons den Unterricht in den Garnisonsschulen betreffend usw. von J. Z. H. H. [?]. In: Monatsschrift für Deutsche. Bd. 1 (Leipzig 1800) S. 271 ff., Bd. 2 (1800) S. 44 ff., 161 ff. Hier S. 275. Wie andere Erlasse deutlich machen, ist die zitierte Aussage nicht auf die Garnisonsschulen beschränkt. Das obrigkeitliche Denken dominierte hier in alter Tradition.

¹²⁵ Widmung des Buches: Diesterweg u. a., Johann Friedrich Wilberg.

¹²⁶ Bloth, Diesterweg, S. 74 f.

Menschen möglich wird.“ Zu diesen rechnete Wilberg: Aufmerken, Nachdenken, Sprechen, Lesen, Schreiben, Singen und Rechnen. „Aus dem großen Gebiete des Wissens dürfen in Elementarschulen nur solche Kenntnisse über Gott und über die innere und äußere Natur mitgeteilt werden, die fruchtbar an Keimen aller andern Kenntnisse sind, deren der Mensch bedarf, um zur Bestimmung seines Daseins für das irdische und für das himmlische Leben gelangen zu können“¹²⁷.

In einer den Schülern angemessenen Weise waren die Ziele des Unterrichts ohne mechanischen Zwang, ohne die Verwendung von Begriffen als „Werkzeugen“ zu erreichen. Alle Kenntnisse sollten „wie köstliche Nahrungsmittel für Geist und Gemüth“ sorgfältig ausgewählt, zubereitet und in ausreichenden Mengen angeboten werden. Der Lehrer hatte von Anfang an darauf zu achten, daß alles verstanden, begriffen werde und sich der „menschlichen Seele verähnliche“. Niemals dürfe er den Schüler übersättigen, sondern er müsse immer den „Hunger“ auf geistige Speisen „erregen und fortdauernd erhalten“¹²⁸.

Der „Kindersinn“ sollte bei allem berücksichtigt werden. Dazu war die Kenntnis der Umwelt Voraussetzung, denn an ihr lernte der Anfänger, „Begriffe und Bewußtsein“ zu bilden. Aus diesem Grunde mußte der Lehrer ein „kinderfreundlicher Mensch“ sein und „Liebe zum Schuldienst und Freude am Unterrichten haben“. Niemals dürfe er zu streng an einen Lehrplan gebunden werden, der ihm die Handlungsfreiheit nehme, denn: „Geistleere, und eben deshalb für den Verständigen lästige Förmlichkeiten, über deren verderblichen Einfluß in manche andere Geschäfte man so laut klagt, würde dann auch im Schulwesen sich noch mehr einschleichen, worin sie doch am wenigsten seyn sollten“¹²⁹.

Auf jeden Fall aber sollten die Kinder an die hochdeutsche Schriftsprache gewöhnt werden. Denn an ihr konnten sie sich üben, wie die Schüler im Gymnasium am Lateinischen oder Griechischen. Wortfin-

¹²⁷ Wilberg, Erinnerungen, S. 51. Vgl. auch die weiteren Schriften Wilbergs im Literaturnachweis.

¹²⁸ Ebd. S. 52. Vgl. auch: Johann Friedrich Wilberg, Einige Gedanken, den Schul Lehrern gewidmet. In: Der deutsche Schulfreund. Bd. 9 (1794) S. 38 ff. Hier verwendet er als Nachweis das Gleichnis vom Sämann. Das Anknüpfen an die Bibel sollte die Beweiskraft erhöhen.

¹²⁹ Westphälischer Anzeiger. Bd. 5 (1800) Sp. 1074. Wilberg macht in diesem Aufsatz deutlich, wie wenig ein starres didaktisches und methodisches Schema den Individualitäten von Schülern und Lehrern in den jeweiligen Situationen gerecht werden kann. „Die Einsichten eines verständigen und geschickten Lehrers würden gefesselt und unnütz für das Ganze, sie wären ein Schatz in einem verriegelten Kasten.“ Der Lehrer betreibe eine Kunst, die nicht reglementierbar sei. Regeln würden überdies die „steifen, unbiegsamen Köpfe“ nur darin befördern, sich starr an die Schemata zu halten. „Was hätte der Lehrer für eine Veranlassung, selbst zu denken, wenn ihm sowohl das Materielle als Formelle des Unterrichts ganz bestimmt wäre? Müßte er nicht, da er auch diejenigen bessern Schulkenntnisse, welche ihm der Lauf der Zeit wieder seinen Willen und ohne seinen Fleiß etwas zuführe, der bestimmten Vorschriften wegen nicht anwenden dürfte, auf der Stufe der Bildung stehen bleiben, auf der er einmal wäre?“ Ebd. Sp. 1075 f.

dungsübungen, Satzbauübungen und dergleichen hatten dann größeren Erfolg. Die Zweisprachigkeit wurde also zum Bildungsmittel; zugleich war sie die Möglichkeit, die Schüler fester an den Staat zu binden. Erst durch sie wurde ein weiterer Horizont über die Provinzgrenzen hinaus ermöglicht und der Anschluß an die Spracherfahrungen der Gebildeten gewonnen.

Bedeutend ist bei allem, daß Wilberg immer versuchte, den Unterricht aus der Anschaulichkeit zu entwickeln und inhaltsleere Begriffe zu vermeiden. Da das Kind bei allem für das Leben lernen sollte und die Absolventen der Elementarschule nicht für das Denken, sondern für das Handeln vorbereitet werden mußten, entfiel die reine Denkschulung an Abstrakta. Es wurde damit an die vormoderne handhaft sinnenhafte Lebensweise angeknüpft.

Wilberg hatte auch aus den Erfahrungen des älteren Lese- und Schreibunterrichts gelernt und verzichtete auf Lesetafel und Fibel. Alles Notwendige schrieb er an die Tafel. Den Anfängern erklärte er zunächst die Vokale, verband sie dann mit den Konsonanten und kam so nach und nach zu mehrsilbigen Wörtern. Dann erst wurde das Lesebuch zu Hilfe genommen¹³⁰, wobei er gleich mit ganzen Sätzen begann. Das Aufsuchen einzelner Wörter übte den Übergang zum Lesenkönnen. Der Inhalt der Stücke sollte nebenbei „zu Gedanken über Gott, innere und äußere Natur und echtes Menschenleben veranlassen, und Ergebnisse des ernstesten, mit reger Theilnahme des reinen Gemüths verbundenen Denkens über diese Gegenstände . . . sein“. Damit sollte der „Geist des Kindes“ nach und nach „zum Bessern und zur Wohlgestalt“ gebildet werden¹³¹.

Zur Bewährung im Alltag brauchte das Kind die Kenntnisse im Rechnen, um mit Münzen, Maßen, Gewichten und dergleichen umgehen zu können. Um hierin eine Gewandtheit zu erhalten, wurde das Kopfrechnen geübt. Rechenoperationen komplizierterer Art, das spätere „bürgerliche“ oder „Gesellschaftsrechnen“, schlossen sich an. Mehr als die „vier Spezies und die Regeldetri in ganzen und gebrochenen Zahlen und über Zins“¹³² waren nicht erforderlich. Doch war dieser Unterricht ein großer Fortschritt gegenüber der Kirchengemeindeschule, da diese nur selten Rechnen beibrachte; kopfrechnende Kinder erschienen zeitweilig als wun-

¹³⁰ Bereits 1793 gab Wilberg ein eigenes Lesebuch heraus: Lesebuch für Kinder, die gerne verständig und besser werden wollen. Zu finden bei dem Verfasser zu Hamm bei Bochum, wie auch in Commission bei H. L. Brönner in Frankfurt am Main 1793. Von diesem Buch sollen nach einigen Jahren bereits mehr als 1000 Exemplare verkauft gewesen sein. Vgl. dazu die Notiz im Westphälischen Anzeiger. Bd. 2 (1798) Sp. 538. Vgl. auch: Johann Friedrich Wilberg, Lesebuch für Kinder in Stadt- und Landschulen. Teil 1 1. Aufl. Elberfeld 1806, 23. Aufl. ebd. 1840; Teil 2, 9. Aufl. ebd. 1832. Von Wilberg empfohlen wurden die Lesebücher: Versuch eines Schulbuchs von Rochow, die Lesebücher von Nauendorf und Funke für Bürgerschulen. Vgl. Einzelheiten in: Westphälischer Anzeiger. Bd. 5 (1800) Sp. 1078 f. Weitere Titel im Literaturverzeichnis.

¹³¹ Wilberg, Erinnerungen, S. 57. Er wandte sich gegen einen zu fleißigen Gebrauch des Lesebuchs, da das Leben nicht aus Büchern zu lernen sei.

¹³² Ebd. S. 58.

dersame „Automaten“ einer anderen Welt. „Zahlen denken zu lernen“¹³³, ohne sie in direktem Bezug zur Umwelt zu sehen (als „Morgen“, als „Scheffelse“ usw.), mußte erst beigebracht werden. Zahlen über eine vorstellbare Größenordnung hinaus zu denken, war unbekannt; manche der älteren Lehrer vermochten nicht einmal bis hundert zu zählen.

Weitere Unterrichtsgegenstände der neuen Schule, die noch kurz erwähnt werden sollen, waren der Gartenbau, die Ackerwirtschaft, schließlich auch der Gesang, um der miserablen Kirchenmusik aufzuhelfen¹³⁴. Erwähnenswert ist noch, daß Wilberg als einer der ersten in Preußen erkannte, daß die Schule in der Lage war, Kindern eine unzureichende Erziehung durch das Elternhaus zu ergänzen oder sogar zu ersetzen. Dieses traf vor allem für die Kinder der Landarmen zu, später während seiner Tätigkeit in Elberfeld auch für die der städtischen Unterschicht.

Wirkungen des Unterrichts

Wilberg, der nebenher in Overdyck im Armenwesen aktiv mitwirkte, entwickelte sehr früh eine sozialpädagogische Theorie, die sein Schüler Diesterweg dann in diesen Begriff faßte. Sehr treffend charakterisierte er die Lage der Unterschichten, die zur Erziehung ihrer Kinder nicht mehr fähig waren. „Wenn die Arbeit um das kümmerliche tägliche Brot alle Sorge, Kräfte und Zeit der Eltern in Anspruch nimmt, die Arbeit eine fast unerträgliche Last, eine Plage für sie wird . . .; so fühlen sie sich nicht mehr als Menschen, achten sie der moralischen und religiösen Bande nicht, hassen nur die Missethat um der weltlichen Strafe willen, und befinden sich im steten Kriegszustande gegen die Gesellschaft.“¹³⁵ Hier mußte die Schule erziehend und normvermittelnd eingreifen.

Wilbergs Antwort auf die beginnenden „sozialen“ Krisenerscheinungen des heraufkommenden industriellen Zeitalters war: Schulbildung. Sie allein hielt er für das Mittel durch das den Unterschichten die durch die Aufhebung der geburtsständischen Ordnung verlorengehenden ge-

¹³³ Ebd.

¹³⁴ Ebd. S. 62. In Overdyck stand ein Harmonium, ein sogenanntes „Melodion“, das in Emmerich von einem Orgelbauer erfunden worden war. Vgl. den Hinweis in: Quartalschrift für Religionslehrer. 1. Jg. (1804) S. 194 ff. Vgl. auch Bernhard Christian Ludwig Natorp, Ueber die Erfordernisse eines guten Gesangbuches. In: ebd. S. 76 ff. Natorp führte später den Gesangunterricht in die Volksschulen ein.

¹³⁵ Ebd. S. 65. In Overdyck hatte ihm die Armenkasse unterstanden. Er selbst hat nach seinen Angaben während der Zeit einer großen Teuerung mehr als sein Jahresgehalt von 120 Rtlr. geopfert, um die Armen ernähren zu helfen. Daß dadurch sein Denken über den Zusammenhang von mangelnder Bildung und Verarmung angeregt wurde, kann als wahrscheinlich angenommen werden. Von der Reck bemühte sich in gleicher Weise um eine Reform des Armenwesens in der Stadt Bochum, hatte hier jedoch ähnliche Schwierigkeiten wie bei seiner Schulgründung. Vgl. Aktenstücke in: StA Münster: KuDK Hamm Nr. 810. Über Wilbergs Gedanken zum Armenwesen und zur Abhilfe durch Bildung vgl. seine Schriften dazu im Literaturverzeichnis.

sellschaftlichen Ordnungsvorstellungen zum Wohle der bürgerlichen Gesellschaft ersetzt werden konnten. Die Kinder der Armen durften nicht die Leidtragenden der Entwicklung sein, die, wie noch zu zeigen ist, in der Grafschaft Mark bereits vor der Jahrhundertwende weit vorangekommen war. „Die Kinder solcher Armen erwachsen ohne Liebe; ohne gehörige körperliche, ohne alle geistige Pflege werden sie früh aus der Hütte getrieben, Brot zu erarbeiten, zu erbetteln etc., und hören von Gott und seinem Gebot kein Wort.“¹³⁶

Nur die Schule konnte diese Kinder vor der völligen Verwahrlosung retten, indem sie ihre Bewahrfunktion ernst nahm, und die Erziehungsfunktion mit einer streng gehandhabten Normvermittlung hinzufügte. Schließlich hatte das eigene Schicksal Wilberg deutlich gemacht, wie hilfreich die christliche Ordnung war, und daß sie die Grundlage für eine weitere Qualifikation sein konnte. Deswegen durften Katechismus und Religion insgesamt auch nicht dazu ausgenutzt werden, daß die Reicheren sie als „Mittel, den Pöbel in Ordnung zu halten“, mißbrauchten, um „den Armen, für das, was er entbehren muß, zu entschädigen“¹³⁷. Mit Herz und Verstand und nicht allein durch reines Memorieren wollte Wilberg deswegen die christlichen Grundsätze einflößen, um alle Erfahrungen „begreifbar“ zu machen. Das war mehr, als nur Sinnsprüche auswendig zu lernen, wie es die alte Schule vermittelt hatte.

Bei der Besonderheit dieses Unterrichts konnte es nicht ausbleiben, daß auch die Schulzucht diesem Ziel untergeordnet wurde. Der Stock hatte nicht mehr die alleinige „Kulturmaschine“ zu sein, sondern eine Vielzahl von Maßnahmen sollten die Aufmerksamkeit der Schüler in gerechter Weise wecken. Dazu wollte er jedesmal die „Quelle“ eines Übels untersucht wissen und nicht einfach darauflos prügeln. So hoffte er, die rohen Sitten in der Schule zu „verfeinern“, um die „höhere“ und zum Vorbild genommene Kultur der Gebildeten und der „Mittelstände“ zu erreichen. Der Lehrer durfte damit nicht mehr am Schüler „Rache“ üben, weil dieses ohnehin nichts bewirke. Wenn schon der Stock benutzt werden mußte, sollte dies die Ausnahme bleiben, um ein „störriges und hartes Gemüth“ lenksam und weich zu machen“¹³⁸.

Außenstehende, die nichts anderes als die alte Ordnung kannten, haben sich von Anfang an über die Schule in Overdyck gewundert. Sie maßen an der Elle der eigenen Erfahrung, und nur einige gaben Wilberg die Chance, in seinem Fach überlegen sein zu dürfen. Zu wenige Erfahrungen lagen vor, als daß seine Experimente allgemein beurteilbar gewesen wären. Hinzu kam, daß die Erfolge im Unterricht ohnehin kaum meßbar und vergleichbar waren. „Und da das, was Zwei thun nicht gleich ist, wenn sie auch glauben, dasselbe zu thun, so war es leicht möglich, daß Einiges von dem, was man unserm W. nachmachte, ins Verkehrte und

¹³⁶ Ebd. S. 65.

¹³⁷ Ebd.

¹³⁸ Ebd. S. 74.

Lächerliche fiel“. Den Schaden dabei hatten Wilberg und seine Schule, denn: „Sowol jenes Mißverständene und Irrige, als auch dieses Lächerliche wurde weit verbreitet und auf Rechnung unsers W. gebracht . . .“¹³⁹.

Wilberg stand nur durch seinen Auftrag und durch von der Reck gedeckt im Konflikt mit allen. Die Eingesessenen wehrten sich, die Schulaufseher begriffen nicht, was dort passierte, und die durchreisenden Gäste versuchten vergeblich die „Sensation“ der Schule zu ergaffen; Begleitumstände, die wohl jede Schulreform bis in die Gegenwart hat. Ein „Commissarius“ z. B. war zwar sehr zufrieden, bemängelte aber, daß Geschichte und Geographie nicht im Lehrplan ständen. Dann forderte er von Wilberg auch noch Geld für die Rückreise.

Wilberg konnte solche Kritik nur für eine sonderliche Übertreibung desjenigen halten, was überhaupt mit den Bauernkindern zu erreichen war. „Er glaubte, dem Lehren der Kenntnisse, die nicht nothwendig und wesentlich sind, und nur den Geist zieren, dürften höchstens nur die Brosamen der Zeit bewilligt werden, die von den Tischen der ganz befriedigten Hauptsachen fallen.“¹⁴⁰

Aber es gab auch Förderer. Unter ihnen war der Präsident der Regierung in Cleve von Rohr zu finden, auch wenn er — wovon noch zu berichten ist — nicht alles im Sinne der Reformer regeln konnte. Wilberg nannte ihn immerhin einen „Schulfreund und Kenner der Bedürfnisse der Elementarschulen“¹⁴¹. Eine gelungene „aufklärerische“ Tat in seiner Schule finden zu wollen, hielt Wilberg bei allem Für und Wider für eine vergebliche Mühe, denn er war kein Revolutionär der Schule. Er scheute auch die Berühmtheit und verzichtete jahrelang darauf, Angeboten mit weit höheren Einkünften zu folgen.

Einige unter den Enthusiasten, so meinte er in seinen Erinnerungen, „die sich für aufgeklärt hielten, auch wol leer im Herzen waren, und nicht oft ihren Geist mit Nachdenken über die wichtigste Angelegenheit des Menschen beschäftigten, wie es doch das Amt von ihnen forderte, hätten wol unserm W. die unverdiente Unehre erwiesen, ihn für einen Aufgeklärten ihrer Art anzusehen, wäre es ihnen nur möglich gewesen, seinen Mysticismus sich zu erklären“¹⁴². Er war zu gläubig und zu realistisch,

¹³⁹ Ebd. S. 73. Diese Erfahrung mußten alle Experimentatoren im Bereich des Schulwesens jener Zeit machen und die der heutigen Zeit wohl auch noch. Rochow war einmal von durchreisenden Studenten visitiert worden und hatte große Mühe, sich gegen die ehrenrührigen Infamien zur Wehr zu setzen, die aus völligem Unverstand an der Sache herrührten. Noch 1825 hielt sich die einmal ausgedrückte negative Meinung über die Schule in Reckahn. Schulanstalten konnte man eben nicht beschreiben wie eine Maschine oder ein anderes aktuelles Ereignis, sondern mußte versuchen, „den Geist der Anstalt“ zu erfassen — ein für Laien im Schulgebiet höchst schwieriges Unterfangen. Eine Entgegnung auf die Beleidigung Rochows: Johann J. Stuve, Über die Rochowsche Schule zu Reckahn. In: Berlinische Monatsschrift. Bd. 10 (1787) S. 325 ff.

¹⁴⁰ Ebd. S. 71.

¹⁴¹ Ebd. S. 72.

¹⁴² Ebd.

um sich zum Ruhm eines Schulrevolutionärs emportragen zu lassen, und hat vielleicht deswegen mehr gewirkt als andere.

Bei allem soll nicht vergessen werden, daß sich seine Art zu unterrichten schon nach wenigen Jahren durch seine Wirkungen im Prozeß der Gesittung auswirkte. Die Kinder im Dorfe schienen nach einem Bericht im „Westphälischen Anzeiger“ von 1799 ruhiger, überlegter, besonnener, freundlicher und verständiger zu sein als andere. Sie trieben mit den Reisenden weniger Schabernack und waren beim Wegfinden behilflicher als Kinder in anderen Orten. Der für Wilberg so aufmunternde Bericht schloß: „Bekanntlich ist die Schule zu Hamme nach der neuen Lehrart, und das Denken wird in derselben ziemlich stark betrieben.“¹⁴³ Welch größeres Kompliment als dieses hätte irgend jemand der Reformschule machen können.

Der Industrieunterricht

Trotz des bleibenden Mißtrauens gewöhnten sich die Bauern und die Umwelt mehr und mehr an die neue Schule. Die Folge war eine zeitweilige Erhöhung der Schülerzahl, so daß Wilberg dazu überging, die Kinder in „Abteilungen und zu verschiedenen Zeiten“ zu unterrichten¹⁴⁴. Dieses wurde auch deswegen nötig, weil er die Gewöhnung der Kinder an die tägliche Arbeit nicht mehr als notwendig unterbrechen wollte. Er wollte im Gegenteil die Gewöhnung an den Fleiß — an die „Industrie“ nach dem Sprachgebrauch der Zeit — durch seine Denkschulung unterstützen.

Das Eingehen auf die auf dem Lande herrschende Tradition der stufenweisen und der Leistungskraft der Kinder angemessenen Mithilfe im Hause¹⁴⁵, die durch die Schule gewissermaßen unterbrochen wurde, war

¹⁴³ In: Bd. 2 (1799), S. 469.

¹⁴⁴ Wilberg, Erinnerungen, S. 50.

¹⁴⁵ Vgl. dazu die Darstellung: Die Erziehung des Lippischen Landmanns. In: Neues Westphälisches Magazin zur Geographie, Historie und Statistik. Bd. 1 (1789) S. 256 ff. „Drey Jahre wird das Kind gesäuet. . . Im 4ten Jahre leistet das Kind meistens dem Kuhhirten Gesellschaft, und wird also unter dessen Aufsicht schon frühzeitig mit der väterlichen Flur bekannt, worauf es die erste Laufbahn seines arbeitsamen Lebens anfangen soll.

Im 7ten Jahre seines Alters, nimt die Zeit der moralischen Bildung nach gesetzlicher Vorschrift seinen Anfang. Die Schulzeit ist Vormittags auf 3 und Nachmittags gleichfalls auf 3 Stunden festgesetzt. Damit aber der Knabe ausser den Schulstunden nicht unbeschäftigt bleibt, mus er bey dem Schulgehn, von Martini, oder von der Zeit an, wann das Vieh aufgestallt wird, bis Maytag, täglich 7 Bind Garn . . . liefern, in der Zeit von Maytag bis 14 Tage nach Michaelis aber die Gänse hüten, und dabey der Schulordnung gemäß, in der Mittagszeit einige Stunden nach der Schule gehen.

14 Tage vor Michaelis wird in der Ucht, (das ist in dem Zeitraume von des Morgens 2 Uhr an bis des Tages Anbruch) das Reinemachen des Flachses, so lange es die Witte- rung zuläst, vorgenommen. Diese Arbeit wird so lange fortgesetzt, bis die eintretende

dabei ein deutliches Einschwenken auf die in der Grafschaft Mark herrschenden Verhältnisse. Er hätte ohnehin — wie es die Behörden bis in das 20. Jahrhundert vergeblich versuchten — nichts dagegen ausrichten können, daß vor allem das Viehhüten wichtiger als die Schule genommen wurde. Um an diesem Prozeß der Arbeitsgewöhnung pädagogisch mitzuwirken und den Bauern zu zeigen, daß Schule nicht ganz wertlos war, führte er den „Industrieunterricht“ ein, der zunächst aus einem Strick-, später auch aus einem Nähunterricht bestand, um die Kinder an regelmäßiges und geschicktes Hantieren zu gewöhnen. Die bereits erwähnte alte Frau, die als einzige im Dorfe die Kunst des Strickens beherrschte, lernte zunächst eine Schülerin an, die dann wiederum „die Lehrmeisterin der Kunst in der Schule“ wurde. Bei allem behelf man sich anfangs mit den einfachsten Werkzeugen. „Lange, glatt geschabte Stacheln des Schwarzdorns dienten den Anfängern wie Stricknadeln, und grobes Garn von Werg war das Material zu den Strumpfbändern, ihren ersten Kunstwerken.“¹⁴⁶

Nach und nach wurden die Produkte verbessert, so daß sie verkauft werden konnten und einen ansehnlichen Erlös einbrachten. „Schon in den nächsten Jahren betrug der gering angesetzte Lohn für das, was die Kinder und meistens in der Schule gearbeitet hatten, jährlich über 200 Rtlr...“¹⁴⁷. Vom Stiftungstage der neuen Schule am 22. Februar 1791 bis zum Mai 1798 produzierten die Kinder immerhin: 761 Paar neue Strümpfe, 943 Paar angesetzte Strümpfe, 60 Paar Handschuhe, 54 Paar Müffchen (Unterarmwärmer), 40 Paar Strumpfbänder, 54 Geldbeutel, 1 Paar Überstrümpfe, 2 Mützen, 2 Schuhblätter, 1 Nachtkamisol, 16 Hemden, 36 Mützen, 21 Schürzen, 1 Tischtuch und 23 gesäumte Tücher¹⁴⁸.

Niemand fand allem Anschein nach in dieser Zeit etwas dabei, wenn die Kinder während des Unterrichts arbeiteten. Der Begriff Kinderarbeit war noch nicht geprägt, und die Eltern konnten kein Bewußtsein dafür haben, da die Schule nach ihrem Verständnis die häusliche Erziehung nur fortsetzte. Sie werden diese Maßnahme Wilbergs eher begrüßt haben, denn nun konnten sie einsehen, daß ihre Kinder in der Schule „brauchbarer“ gemacht wurden.

Kälte die sämtliche Hausfamilie in die Spinnstube treibt ... Wenn der Knabe bis zum 9ten Jahre mit dem Garnspinnen sich beschäftigt hat, wird er Kuhhirte ...

Vom 10ten bis 12ten Jahre bleibt es beym Kuhhüten, Schulgehn und Garnspinnen, wie in der vorhergehenden Epoche ...

Vom 13ten Jahre an wird er Pferdejunge ... Nach dieser Zeit, vom 13 bis 16 Jahre mus er als Pferdejunge des Sommers den Pflug treiben und halten, in der Heuerndte heuen, in der Kornerndte abnehmen und harken, des Abends die Pferde hüten ...

Vom 17ten bis ins 20 Jahr wird er Schulte (Kleinknecht.) ...

Vom 21 Jahre an kann der so abgehärtete Jüngling die Dienste eines Großknechtes übernehmen ...“.

¹⁴⁶ Wilberg, Erinnerungen, S. 50. Es ist auch die Rede vom Schnitzen von Löffeln etc.

¹⁴⁷ Mitgeteilt bei: Langenberg, Wilberg, S. 18, Anm. Vgl. auch die Aufstellung vom 22. Febr. 1791 bis zum 17. Febr. 1794, in: Wilberg, Einige Gedanken, S. 49.

¹⁴⁸ Ebd.

Wilberg wird diese sehr einfache Form des Industrieunterrichts mit ihrem Ziel der Arbeitserziehung in der Garnisonsschule in Potsdam und auch im Seminar in Berlin kennengelernt haben¹⁴⁹. In Potsdam existierte seit dem Jahre 1781 in der Garnisonsschule eine Arbeits- oder Erwerbschule, in der Waisenkinder in den Anfängen „industriöser“ Tätigkeit unterrichtet wurden. Die Knaben lernten Gartenbau und Geflügelzucht, die Mädchen Stricken, Nähen und Spinnen¹⁵⁰.

Mit den weiter entwickelten Formen der Arbeitserziehung, wie sie in Süddeutschland und in Göttingen praktiziert wurden, hatten die Versuche in Overdyck jedoch nichts gemein. Erst in Elberfeld wandte Wilberg diesen Unterricht als eine Art sozialpädagogisches Mittel an, um den Kindern der unterbürgerlichen Schicht den Weg in ein Handwerk oder eine Fabrik zu erleichtern¹⁵¹. Bemerkenswert ist jedoch, daß die Kinder in Overdyck zur Erhaltung ihrer Schule durch ihre Produkte beitrugen und auch der Nachfolger Wilbergs die Tradition fortsetzte¹⁵².

¹⁴⁹ Der Industrieunterricht läßt sich in Preußen bis zum Jahre 1763 zurückverfolgen, dem Jahr, in dem für Schlesien ein Edikt zur Anlegung von Spinnschulen erlassen wurde. Einzelheiten in: Kurt Hinze, Die Arbeiterfrage zu Beginn des modernen Kapitalismus in Brandenburg-Preußen 1685—1806 (Veröffentlichungen der Berliner Historischen Kommission beim Friedrich Meinecke Institut der Freien Universität, Bd. 9) 2. Aufl. Berlin 1963, S. 189 f.

¹⁵⁰ Einzelheiten: in Richard Boschan, Das Bildungswesen in der Stadt Potsdam bis zur Wiederaufrichtung des preußischen Staates. Potsdam 1912, S. 55.

¹⁵¹ Wilberg, Erinnerungen, S. 79 ff. Vgl. den Bericht im Westfälischen Anzeiger vom Jahre 1802 (Bd. 8) S. 353 ff., der die Hoffnungen ausdrückt, die sich die Elberfelder machten, als sie Wilberg zum Inspektor der mit dem dortigen „Armen-Institut verbundenen Schul- und Arbeitsanstalt“ machten. Vgl. zum Gesamtkomplex: Julius Krämer, Erziehung als Antwort auf die soziale Frage. Ratingen 1963, S. 56 ff.; Krünitz, Land-Schulen, S. 406 f.: „Der wahre Zweck derselben ist wohl kein anderer, als: Gewöhnung zur Arbeitsamkeit, als allgemeiner Menschen-Pflicht; frühe Anleitung zu der schweren Kunst, Zeit und Kräfte wohlthätig zu seinem und anderer Nutzen nach den Regeln der Sparsamkeit zu verwenden . . . Durch frühe Gewöhnung zur Arbeitsamkeit meint man der allgemeinsten Ursache der Verarmung, dem Müßiggange am wirksamsten zu wehren; durch frühe Uebung in nützlicher Geschäftigkeit die bürgerliche Bildung der niedern Volks-Classe vorzubereiten.“

¹⁵² Der spätere Lehrer Lieth setzte den Industrieunterricht fort. Vgl. Westfälischer Anzeiger. Bd. 8 (1802) Sp. 792 f.: „Die Producte der Erwerbsschule vom 18. Januar . . . bis zum 23ten May, also in vier Monaten sind: 1) Nähwerk. 3 Frauenhemden, 3 Kinderhemden, 1 Bettlaken, 13 Halstücher, 9 Theetücher, 4 Kinderservietten, 2 Kissenbezüge, 6 Schlafhauben und 1 Schürze genäht und 1 Mädchenrock verändert. 2) Strick- und Knöppwerk. 3 Paar Mannsstrümpfe, 16 Paar Frauenstrümpfe, 8 Paar Mädchenstrümpfe, 10 Paar Handschuhe, 5 Mannsbrustlätze, 1 Kinderbrustlatz, 1 Kinderkittelchen, u. 6 Paar Strumpfbänder ganz gestrickt, und 6 Paar Kinderstrümpfe angestrickt, 14 kleine Netze gestrickt, und 712 Ellen sapettene Schnur [Kordel] geklöppelt. Die fleißigen und gesitteten Kinder sollen bey der jährigen Schulprüfung aus dem Ertrage der Arbeiten Einiges zur Belohnung bekommen; das Uebrige wird zur Schulcasse gelegt. Uebrigens beruht das ganze Werk nun noch auf milden Beyträgen, bis ein ordentlicher Fond zur Erhaltung und Beförderung desselben ausgemittelt ist.“

II. Die „Gesellschaft der Freunde der Lehrer und Kinder in der Grafschaft Mark“ und die Reform der Landschule

Die Gründung der Gesellschaft

Angesichts der sichtbaren Erfolge in Overdyck kam von der Reck der Gedanke, diese Schule zum Zentrum und Ausgangspunkt einer die ganze Grafschaft Mark erfassenden Schulreform zu machen. Um diesem Ziele näher zu kommen, ging er zwei Wege. Einmal bemühte er sich, die bis dahin mit der Schulaufsicht betrauten Behörden von Kirche und Landesverwaltung von dem Nutzen einer Elementarschulreform zu überzeugen. Zum anderen schlug er wiederum den Weg der Selbsthilfe ein und wandte sich mit Appellen an die Landstände und die Öffentlichkeit.

Mit zäher Beharrlichkeit hat er in den folgenden Jahren durch zahlreiche Eingaben, Reden und Gespräche versucht, die Vertreter von Adel und Städten auf dem Landtag von der Dringlichkeit der Sache zu überzeugen und sie zu finanziellem Engagement zu ermuntern. Mit derselben Hartnäckigkeit wies er durch seine Aktionen die lutherische und reformierte Kirchenbehörde und deren Synoden auf ihre Verantwortung in der Schulaufsicht hin. Beide zusammen jedoch wollte er durch die Gründung der „Gesellschaft der Freunde der Lehrer und Kinder der Grafschaft Mark“ unter den Druck der Öffentlichkeit setzen.

Über die ersten Anfänge der Gesellschaft liegen nur wenige Nachrichten vor. Es darf vermutet werden, daß von der Reck den Plan zur Gründung in der Zeit der Danksagung an die Schulstifter etwa 1791/92 zusammen mit einer kleinen Gruppe Gleichgesinnter, vorwiegend aus dem Predigerstande, entwickelt hat. Am 3. Oktober 1792 waren sich die Gründer einig und beantragten die königliche Genehmigung. Von der Reck, ein Hauptmann Kuschinsky, die Prediger Sindern zu Eickel, Elling zu Grimberg, Müller zu Harpen, Schmieding zu Witten, Schimmel zu Weitmar und Wilberg haben die Eingabe unterschrieben¹. Dem Antrag waren beigelegt, die „Gesetze“ und die „Vorsätze“ der Gesellschaft².

Die „Gesetze“ dieser Gruppe, die sich zunächst eine „zur Verbesserung vaterländischer Schulen vereinigte Gesellschaft in der Grafschaft Mark“

¹ Antrag in: DZA-Merseburg, Rep 76 a-I-917. Vgl. auch zum folgenden: Karl Ernst Jeismann, Tendenzen zur Verbesserung des Schulwesens in der Grafschaft Mark 1798—1848. In: Westfälische Forschungen. Bd. 22 (1969/70) Münster 1971, S. 78 ff. hier S. 90.

² Ebd. Vgl. Dokumente Nr. 1 und 2 im Anhang. Der Titel der Gesellschaft scheint sich in der endgültigen Formulierung erst nach und nach festgesetzt zu haben. Von der Reck nennt sie in seinem Schreiben vom 12. Okt. 1792 (Ebd.) zunächst: „Gesellschaft zur Verbesserung des Schulunterrichts, oder lieber, der Lehrer und Kinderfreunde“.

nannte, regelten Mitgliedschaft und Organisation. Die Mitglieder waren sich einig, die in gemeinsamen Konferenzen mehrheitlich gefaßten Beschlüsse zu respektieren, sie wollten sich gegenseitige Verschwiegenheit zusichern und nicht zuletzt die Mitgliedschaft von der Zustimmung der Mehrheit abhängig machen. „Brüderliche Nachsicht und Erweisung aller Freundschaft“ sollten den Charakter des Freundesbundes bestimmen. Anklänge an den Stil der Freimaurerlogen sind deutlich zu verspüren.

Bereits zwei Wochen nach der Antragstellung, am 16. Oktober 1792, genehmigte der zuständige Minister von Woellner die Statuten, ein deutlicher Hinweis auf die Förderung der Bemühungen von der Recks durch den Minister, der schon die Schulgründung unterstützt hatte. In dem Reskript hieß es, daß das Oberschulkollegium „die Verbindung welche einige Gutsbesitzer, Prediger und Schullehrer zur Verbesserung des Schulwesens getroffen haben, . . . völlig approbirt“. Es wurde nichts gegen die Gesetze der Gesellschaft eingewendet, „obwohl zu vermuten stehet, daß sich selbige allmählig anders modificiren werden“. Zum Schluß wurde „dem Institut Consistenz“ gewünscht und von Zeit zu Zeit ein Bericht über die Tätigkeit erwartet, da das Oberschulkollegium „an dem Erfolg Theil nimmt“³.

Nach den „Vorsätzen“ sollte der Schwerpunkt der kommenden Arbeit die Hebung des Ansehens der Schullehrer sein. Ihnen mußte zu einem Standesbewußtsein verholfen werden, deswegen sollten sie in Zukunft auch nicht mehr mit dem verächtlichen, an zünftisches Gebaren erinnernden Titel eines „Schulmeisters“ angeredet werden. „Schullehrer“ sollten sie sein und sich in Zukunft als ein bedeutender Berufsstand fühlen. Öffentliche Schulprüfungen sollten helfen, ihr Ansehen bei Eltern und Obrigkeit zu heben, denn ohne den öffentlichen Respekt würde jede Reform der Schule wirkungslos bleiben. Diese Achtung war die Basis der eigentlichen Reform, wie Wilberg hatte erfahren müssen.

Die Ziele waren aber noch weiter gesteckt. In die Schulen sollte ein neuer „Ton“ einziehen, also das ganze Verhältnis von Schüler, Lehrer und Öffentlichkeit zusammen mit Unterrichtsreformen verändert werden. So galt es z. B., das „leyerliche Lesen“ und das „Mechanische“ beim Gebet, die Bibel als alleiniges Schulbuch abzuschaffen. Die Schüler sollten nunmehr zu ‚denkenden‘, nicht mehr allein alte Muster nachahmende Christen werden. Diese würden sich dann in der Kirche nicht mehr durch „Schreyen“ der Gesänge, sondern durch einen „anständignern Gesang“ hervortun. Schließlich wurde auch noch auf das „Pflichtmäßige und Verdienstliche“ des Soldatenstandes hingewiesen, da eine „stehende Armee“ zum „Wohl des Staates nicht allein nützlich sondern gar nothwendig geworden“ sei. Unter Punkt 14 wurden die „Vorsätze“ damit beschlossen, die Lehrer auf die „großen Vorthelle“ hinzuweisen, „welche Reinlichkeit des Körpers so wie der Schulstuben selbst, auf die Gesundheit

³ In: DZA-Merseburg, Rep 76 a-I-917.

haben ... damit die Kinder rein, die Schulstuben ordentlich, oft gelüftet und im Winter nicht zu heiß seyn“⁴.

Mit diesen Zielen befand sich die Gesellschaft der Freunde im Einklang mit vielen anderen Schulreformern der Zeit. Während viele von ihnen sich auf die Theorie beschränkten, wollte die Gesellschaft die Reformen auch praktisch verwirklichen. Doch konnte sie damit nicht sofort beginnen, denn am 21. Oktober hatten die französischen Revolutionsarmeen Mainz besetzt und bedrohten zugleich die auf dem linken Rheinufer liegenden Gebiete von Cleve-Mark. Es kam jedoch erst im Herbst 1794 zur Besetzung, so daß für einige Zeit noch Konferenzen der Gesellschaft möglich waren.

Erste Vorschläge an das Oberschulkollegium

Ganz im Sinne des in den Statuten festgelegten Programms befaßten sich die ersten Konferenzen in Overdyck mit Fragen der Ausbildung und des Ansehens des neu zu formenden Berufsstandes. Erstes praktisches Ergebnis war die Eingabe an das Oberschulkollegium vom 12. Dezember 1792, in der von der Reck als Vorsteher forderte, durch den Erlaß eines Edikts in der Lehrerbildung Ordnung zu schaffen⁵. Mindestens sechs Wochen lang sollten sich alle neuen Lehrer der gesamten Grafschaft in Overdyck aufhalten, um bei Wilberg an einem Kurs teilzunehmen. Damit würde endlich der Schlendrian beendet, daß der junge Lehrer in der „Schulmeisterlehre“, die wegen des miserablen Wissens der älteren Lehrer gewissermaßen ohne Meisterschaft erfolgte, ganz auf sich allein gestellt seine Unterrichtspraxis und sein Wissen erwerben mußte⁶. Ziel des Kurses sollte sein, den Nachwuchslehrer nach dem Vorbild des Berliner Seminars zu qualifizieren.

Die Teilnahme an dem Kurs sollte durch ein Attest belegt werden, das dann bei der Anstellung dem Subdelegaten des jeweiligen Kirchenkreises oder dem mit der Anstellung beauftragten Inspektor vorgezeigt werden sollte. Weiterhin wurde vorgeschlagen, alle unter 50 Jahre alten Schul-lehrer zu verpflichten, in den Monaten Mai und Juni sich mindestens einmal vier Wochen lang in Overdyck aufzuhalten, um die bessere Unterrichtsmethode zu erlernen. Auch von dieser Weiterbildung sollten die Schulaufseher benachrichtigt werden, damit in kurzer Zeit ein Wandel

⁴ Vgl. Dokument Nr. 2 im Anhang.

⁵ Eingabe in: DZA-Merseburg: Rep 76 a-I-917. Wiederholt im Schreiben an das OSK vom 1. Febr. 1794, in: DZA-Merseburg: Rep 76 a-I-953.

⁶ Unter Schulmeisterlehre kann diejenige Art der Lehrerbildung zusammengefaßt werden, „die unter Anlehnung an die Ausbildungsformen des Handwerks sogenannte ‚Schullehrlinge‘ durch einen erfahrenen ‚Schulmeister‘ in einer mehrjährigen ‚Lehrzeit‘ auf den niederen Schuldienst vorbereiten ließ“. Vgl. zum Wandel in der Lehrerbildung: Hans Richard Seemann, *Schulmeisterlehre und Seminarübungsschule als geschichtliche Formen berufspraktischer Lehrerbildung*, phil. Diss. Göttingen 1961. (MS), S. 6.

angebahnt werden könne. Denn: „Traurig ist das Gemälde der hiesigen Schulen, könnte aber auf diese Weise bald zu einem frohen umgeschaffen werden.“⁷

Sollte dieser Plan von der Schulverwaltung in Berlin gutgeheißen werden, so müßte Wilberg für die Mehrarbeit eine angemessene Zulage erhalten, selbst wenn „dieser uneigennützig und edel denkende Mann“ es schon als „hinreichenden Lohn“ empfinde, „dem Vaterlande nützlich“ werden zu können. Weiterhin wurde angeregt, zur Hebung des Ansehens der Amtseinführung eines neuen Lehrers einen feierlichen Charakter zu verleihen. Zu diesem Zweck sollte angeordnet werden, die Gemeinden zu versammeln, um in den Predigten und Reden auf den Wert eines „anständigen und redlichen Schullehrers“ hinweisen zu können. Denn der „gemeine Mann“ habe den „wahren Gesichtspunkt noch gar nicht gefaßt, welches äußerst nachtheilige Folgen für das ganze Erziehungs-Wesen habe“⁸. Das bisher still verlaufene Werk der Einführung sollte damit aufgewertet und für die Schule ausgenutzt werden.

Die Eingabe zeigt sehr deutlich den Weg, den die Gesellschaft zunächst für den gangbarsten hielt. Die mit der Schulaufsicht beauftragte Oberbehörde sollte zu Initiativen ermuntert werden und ihre Vollmachten ausschöpfen. Die Ratschläge selbst waren aus der Erfahrung erwachsen, daß die Schule dem Landmann nur dann nahe gebracht werden konnte, wenn aus der Tradition bekannte Mittel dazu benutzt wurden. An der Tradition der feierlichen Amtseinführung eines Predigers sollte hier z. B. die des Lehrers ausgerichtet werden. Die gültigen Ordnungen wurden damit nicht verändert, sondern zum Wohle des neuen Berufsstandes benutzt. Die „öffentliche“ Präsentation eines Amtsinhabers hat sich immerhin bis in unsere Gegenwart gehalten.

In seinem Begleitschreiben regte von der Reck über allem hinaus noch die obrigkeitliche Regelung der Komplexen Lehreranstellung und Lehrerbildung an. Er verdeutlichte noch einmal die Gründe und bat, die Verordnung möglichst direkt an die Lehrer zu erlassen, da der Menschen-schlag in der Mark im allgemeinen „weit störriger, und zu neuerem nicht geneigter“⁹ sei. Mit diesem behördlichen Auftrag versehen, könne auch vermieden werden, daß Wilberg wegen seiner jungen Jahre von den älteren Lehrern nicht akzeptiert würde; in den Gemeinden könne es dann nicht zur Unruhe kommen. (Wilberg war zu dieser Zeit erst kurz über 20 Jahre alt und nach den Traditionen der Meisterlehre nicht gereift genug, um anderen die Kunst des Unterrichtens beizubringen.) Die auszustellenden Atteste würden das Interesse an dem Kurs wecken. Viel-

⁷ Eingabe vom 12. Dez. 1792. In: DZA-Merseburg: Rep 76 a-I-917. Von der Reck bezeichnete die Schule in Overdyck als eine „Normal-Schule“, d. h. als Musterschule, wie diejenige Overbergs in Münster.

⁸ Ebd.

⁹ In: ebd.

leicht könne sich das Oberschulkollegium diese Lehrer auch melden lassen, um ihnen einen deutlichen Vorrang vor den anderen zu geben.

Da der Lehrerstand die Grundlage des „Staatsbürger-Glücks“ lege, müsse er als Gegenleistung verlangen können, in Zukunft genügend belohnt und nicht nur besser geachtet zu werden. Um bei der notwendigen Anhebung der Besoldungen voranzugehen, habe er, von der Reck, geplant, seine „Mitstände“ zur Errichtung eines Prämienfonds für gute Lehrer aufzufordern. Doch sei sein Vorhaben, das jeden Adeligen zur Zahlung von 5 Rtlr. verpflichten sollte, durch den Einfall der Franzosen in clevisches Gebiet auf dem linken Rheinufer verhindert worden. Wegen des Krieges hätte der zur Beschlußfassung notwendige Landtag nicht stattfinden können. 350 Rtlr. wären mindestens zusammengekommen, und die Prämien hätten den Ansporn sicherlich mehr gefördert als die Gewährung höherer Besoldungen¹⁰.

Der Katalog der Reformmaßnahmen, die von der Reck durch das Oberschulkollegium verwirklichen lassen wollte, war damit noch nicht erschöpft. Besser ausgebildete Lehrer, die auf „Prämien“ hoffen konnten, benötigten eine Schule, die von den Eltern so geschätzt wurde, daß sie ihre Kinder nun regelmäßig hineinschickten. Auf den „fleißigeren Schulbesuch“ sollte die Obrigkeit hinwirken und z. B. bei den Schulprüfungen in aller Öffentlichkeit die säumigen Eltern feststellen und bestrafen. Auch zur Einrichtung dieser Prüfungen sei ein Edikt erforderlich, das, wie alle wichtigen Anordnungen, jedes Jahr von den Kanzeln verlesen werden müsse, ohne auf die Anwesenheit der Obrigkeit einzugehen, „weil wie gesagt, hier alles sehr hartnäckig ist“¹¹. Vor allem aber, und damit schloß der Brief, müsse das Oberschulkollegium die Geistlichkeit bewegen, in Zukunft dem Lehrerstand mehr Achtung zu erweisen, da zwar manche sich vor dem Schullehrer fürchteten, andere Geistliche ihn jedoch wie einen Knecht behandelten¹².

Wie auch in Zukunft bei den weiteren Eingaben benötigte das Oberschulkollegium längere Zeit zur Prüfung der Vorschläge. Die Antwort erfolgte am 11. Juni 1793. Im Konzept hieß es unter Bezug auf die durch die Kriegslage entstandene Situation: „Das Schul Collegium wird geneigt alles thun, um die rühmlichen Bemühungen der Gesellschaft nach Möglichkeit zu unterstützen; nur findet der Antrag, wegen Verpflichtung der Lehrer zur besseren Ausbildung in Overdyck, für itzt Schwierigkeiten; und ich ersuche Euer Hochwohlgeboren daher ergebenst, denselben bis zu gelegeneren Zeiten ruhen zu lassen.“¹³

¹⁰ Ebd.

¹¹ Ebd. In jener Zeit war es Aufgabe der Prediger, in jährlichem Turnus wichtige Edikte von der Kanzel vorzutragen, um sie den Untertanen einzuprägen.

¹² Ebd. Zu Anfang des Briefes vom 12. Dez. 1792.

¹³ In: ebd. Das Konzept ist vom Oberschulrat Meierotto entworfen worden, dem die Schulsachen der Grafschaft Mark zugeteilt waren.

Die Ursache für die Absage beruhte auf der durch den Krieg gegebenen Unsicherheit. Daß die Oberbehörde zu dieser Zeit noch den Reformmaßnahmen fördernd gegenüberstand, wird aus dem Vorgang deutlich, der gleichfalls am 11. Juni durch ein Schreiben an das Generaldirektorium abgeschlossen wurde.

Diese oberste Behörde der allgemeinen Landesverwaltung hatte am 21. Mai angefragt, was es mit der „uns bisher gantz unbekannt gebliebenen Gesellschaft von Lehrer- und Kinder-Freunden“ auf sich habe¹⁴. Dieses Schreiben wiederum war nötig geworden, weil die Gesellschaft am 9. April 1793 bei der zuständigen Behörde, der Kriegs- und Domänenkammer in Hamm, beantragt hatte, einen Aufruf zur Ansammlung eines Prämienfonds zirkulieren lassen zu dürfen und dabei auf die landesherrliche Genehmigung der Gesellschaft verwiesen hatte¹⁵.

Als zweite Aktion hatte die Gesellschaft den Gedanken von der Recks aufnehmend beschlossen, in jedem der vier landrätlichen Kreise der Provinz für je zwei Lehrer je eine Prämie von 25 Rtlr. auszusetzen. Sie wollte die Lehrer zum Selbststudium ermuntern, auch in die Schulung durch Wilberg bringen. Die jeweiligen Stifter sollten sich, um der Aktion die Zukunft zu sichern, jeweils für drei Jahre zur Zahlung desselben Betrages verpflichten. Selbst die Kammer in Hamm wollte sich durch einen Zuschuß von 50 Rtlr. beteiligen, wenn die Oberbehörde nichts einzuwenden habe¹⁶.

Da auch der Chef des westfälischen Departements im Generaldirektorium, von Heinitz, der Sache positiv gegenüberstand, fand Woellner nichts gegen sie einzuwenden. Er meinte jedoch, daß in Zukunft auf den Charakter des Unternehmens als einer privaten Veranstaltung geachtet werden müsse. Außerdem wolle man abwarten, „ob die Gesellschaft Consistenz haben, ihre Gesetze anders modificiren werde, und ob es denn der Mühe werth bleiben dürfte, diese entstehende und aber so leicht wieder der Trennung ausgesetzte Gesellschaft dem Provinzial-Schul Collegio unterzuordnen“. Trotz allem hoffte er, nach dem „Charakter und Benehmen vieler bekannter Glieder, sowie von dem Eifer der gewöhnlich eine Privat-Gesellschaft viel stärker beseelt etwas Gutes erwarten“ zu können, und empfahl sie Heinitz zur Unterstützung¹⁷.

Damit stand dem Antrag des Kammerpräsidenten Freiherrn vom Stein nichts mehr im Wege. Wenigstens hierin hatte die Gesellschaft Erfolg. Trotz des anfänglichen Wohlwollens des Oberschulkollegiums waren aber die Hinweise auf eine Regelung des Schulwesens durch Erlaß neuer Edikte reserviert aufgenommen worden. Zu sehr hielten die Ober-

¹⁴ In: ebd.

¹⁵ Abschrift in: ebd. Die Anfrage war unterzeichnet von: v. d. Reck, Clasen, Rumpf, Wilberg und Westhoff.

¹⁶ Die Beteiligung an dem Prämienfonds erfolgte auf das Schreiben vom Steins vom 21. April 1793. Abschrift in: ebd.

¹⁷ OSK am 11. Juni 1793 an GenDir. In: ebd. Gleichfalls von Meierotto entworfen.

schulräte die Aktivitäten für Eintagserscheinungen. Andererseits war es bei den in allen Provinzen unterschiedlichen Traditionen und Rechtsregelungen nicht ganz so einfach, durch Edikte von oben einzugreifen. Noch stand das Allgemeine Landrecht zu erwarten, noch herrschte Krieg, der Woellner als wichtigsten Berater des Königs mit ganz anderen Aufgaben belastete¹⁸. Die Selbsthilfe schien wieder der einzige Ausweg zu sein.

Der Aufruf „An alle brave und gute Menschen in der Grafschaft Mark“

Trotz der schlechten Erfahrung mit Aufrufen versuchte die Gesellschaft die Markaner zur Unterstützung ihrer Reformbemühungen zu ermuntern. Der Aufruf des Jahres 1793 mit der Überschrift „An alle brave und gute Menschen in der Grafschaft Mark, welchen das Wohl des Vaterlandes nicht gleichgültig ist“ erhielt die Genehmigung der Kammer und wurde ein Jahr später in der Zeitschrift „Der deutsche Schulfreund“ veröffentlicht¹⁹. Dies ist wiederum ein Beweis dafür, daß von der Reck bestrebt war, auch über die Provinzgrenzen hinaus um Zustimmung und Spenden zu werben.

Im Sinne der „Vorsätze“ und der ersten Eingabe stellten die Unterzeichner des Aufrufs wiederum das Wohl des Lehrerstandes in den Mittelpunkt. Dieser Stand sei „bey uns verachtet, unbemerkt“, er stünde in keinem Ansehen. Jedem, der sich melde und kaum etwas lesen und „kritzeln“ könne, würde man die Kinder und damit das Wohl der „künftigen Generationen“ anvertrauen. Weiterhin sei der Zustand der Schulen unbeschreibbar schlecht. „Dicht auf einander gepreßt, in gemeinhin engen, dunklen Gemächern, sitzt da der größte Schatz unsers Landes, die frohe, heitere Jugend, und athmet, zum Verderben seiner Gesundheit, dicke, erhitzte, faule Dünste ein — durch das gemeinhin finstre Aussehen des Lehrers, dem Kummer, Verdruß oder Verlegenheit das Gesicht verzerrt — durch den Anblick seines langen Steckens neben seinem furchtbaren Sitze, wodurch er ihrem Gedächtnisse leeren Wörterkram einbläuet, wird dieser Aufenthalt ihnen, auch für ihr Gemüth, recht nachtheilig, indem ihre natürliche Munterkeit dadurch unterdrückt wird.“²⁰

Durch den bislang betriebenen Unterricht würden die Kinder mit unverständenen Worten vollgestopft. Ihre Seelenkräfte müßten darunter Schaden nehmen, ganz zu schweigen von der bloßen „Plapperei“, mit der sie die wichtigsten Regeln einer christlichen Lebensführung sich aneig-

¹⁸ Vgl. zur Amtszeit Woellners die außerordentlich einseitige Darstellung von: Paul Schwartz, Der erste Kulturkampf in Preußen um Kirche und Schule (1788—1798) (Monumenta Germaniae Paedagogica, 58) Berlin 1925.

¹⁹ Ein Exemplar des Aufrufs in: DZA-Merseburg: Rep 76 a-I-917; gleicher Wortlaut in: Der deutsche Schulfreund. Bd. 7 (1794) S. 159 ff. (Im folgenden nach der letzten Veröffentlichung zitiert). Abgedruckt im Anhang unter Nr. 3.

²⁰ Ebd. S. 159 f.

neten. „Zur aufrichtigen Liebe gegen alle Menschen, ohne Unterschied des Standes, des Volks, der Religion und des äußern Glücks, werden sie nicht angeführt . . . Vom Vaterlande hören sie nichts, woraus soll denn Vaterlandsliebe in der Folge bey ihnen empor keimen?“ Die bürgerlichen Tugenden wie „Eintracht, Offenheit, Uneigennützigkeit, Arbeitsamkeit, Großmuth, Treue usw.“ würden ihnen nicht eingeflößt. Der Schaden für die Nation liege damit für jeden Einsichtigen auf der Hand²¹.

Es folgte dann die Werbung für den Prämienfonds. „Man ertheilt dem eine Prämie, der lebendige Hecken anlegt, Maulbeerbäume pflanzt, die besten Fohlen zieht u.s.w. Edle Menschenfreunde! sollte der wol keine verdienen, der dem Vaterlande nützliche, verständige Bürger bildet?“ Mit einem Geschenk von 25 Rtlr. könne durchaus schon viel ausgerichtet werden, und wenn mehr als die nötige Summe eingehen würde, werde der Überschuß für die Anschaffung von guten Schulbüchern verwendet. „Und bedarf es noch andrer, als vorangeführter Gründe, Euch zu bewegen? — so erwäget, wir bitten Euch! Frankreichs trauriges und belehrendes Beispiel. Was anders, als der Mangel an Moralität, stürzte dieses unglückliche Volk in namenloses Elend? Ein dummer, und mit den rechten Mitteln zu seinem wahren Glück unbekannter Mensch ist zu allem schlechten fähig — ist Werkzeug in der Hand des schlaun Bösewichts und des Aufrührers, zum Verderben des Vaterlandes.“²²

Weder Frankreichs Aufklärung noch sein „Glückszustand“ seien daran Schuld, sondern — wie die „Ausgewanderten“ (zumeist adelige Emigranten) berichtet hätten — die „Unwissenheit“ des Landmannes. Daraus könne die Gesellschaft nur schließen, daß dieser Zustand geändert werden müsse, wolle man sich nicht derselben Gefahr aussetzen. „Fürchtet nicht“, so endete der Aufruf, „daß man den Landmann zu klug machen werde, indem ihr schon denselben zu schlaun glaubt. Ihn gut zu machen, zu veredeln, zufrieden, bescheiden und ordentlich — kurz: ihn durch zweckmäßigen Unterricht zum Menschen und nützlichen Bürger des Staats zu bilden; das ist unser alleiniger Zweck. Und wer wollte zu einem solchen Unternehmen nicht thätig die Hand bieten!“²³

Die Quintessenz der Reformabsicht, wie wir sie bereits durch die Interpretation der Wilbergschen Bemühungen in Overdyck und der Gründungsdokumente der Gesellschaft der Freunde kennengelernt haben, war damit gezogen. Wie noch deutlich wird, war der Aufruf Produkt Wilbergscher Rhetorik. Auffallend war, daß er wie die ersten programmatischen Texte vorwiegend die Unterschriften von Predigern trug. Diese fühlten sich als Verantwortliche für eine gute, christliche Erziehung allem Anschein nach von von der Recks Bemühungen besonders angesprochen, denn über die bereits genannten Mitglieder der Gesellschaft der Freunde hinaus, hatten die Prediger Clasen zu Lütgendortmund, Brinkmann zu

²¹ Ebd. S. 160 ff.

²² Ebd. S. 165 f.

²³ Ebd.

Bochum, Westhoff zu Herne, Rumpf zu Langendreer, Kannengiesser zu Lütgendortmund und Grevel zu Wellinghoven den Appell unterzeichnet, gefolgt von dem Regierungsreferendar Kipp zu Kleve, der verwitweten Freifrau von der Leithen, von Bodelschwingh zu Bodelschwingh sowie die Lehrer Stolz zu Wellinghoven und Wallberg zu Hamm²⁴.

Wie groß der Erfolg des Aufrufes insgesamt gewesen ist, kann heute nicht mehr abgeschätzt werden, doch sicherte allein der Beitrag der Kammer in Hamm in Höhe von 50 Rtlr. den Beginn der Vergabe von Prämien an verdiente Schullehrer. Auch in späteren Jahren haben die Mitglieder der Gesellschaft der Freunde anscheinend immer so viel aufzubringen gewußt, daß die Verteilung der Prämien kontinuierlich erfolgen konnte. Später reichten die Sammlungen überdies dazu, ärmeren Gemeinden die Kosten für die Berufung eines Lehrers zu ersetzen, den die Gemeinden dann sogar aus dem Seminar in Halberstadt oder Berlin holen konnten²⁵. Und später reichten die Mittel, um Stipendien für den Besuch des kleinen Seminars in Overdyck zu gewähren²⁶. Bei allem konnten die Reformer nach dem ersten Rückschlag nun mehr einen Erfolg aufweisen, der — so bescheiden er angesichts des gesamten Vorhabens war — doch immerhin die Optimisten stärkte und weitere Projekte reifen ließ.

Der Plan eines Schulfonds

In den beiden folgenden Kriegsjahren kam es nach den vorliegenden Quellen zu keiner weiteren Aktivität der Gesellschaft. Erst mit dem Datum vom 29. Juli 1795 liegt eine Petition vor, die vom Generaldirektorium dem Oberschulkollegium eingereicht wurde²⁷.

Hierin bedankten sich die Mitglieder zunächst für die Geldunterstützung durch die Kammer und meinten dann, daß sich nunmehr in Friedenszeiten ein neuer Anlauf machen ließe, um die Bildung der Jugend, „den wichtigsten Punkt einer guten Staatswirthschaft“, zu verbessern. Erneut wurde dann die Bitte nach der Erhöhung der Lehrergehälter vorgetragen und angeregt, die Schullehrer zu „königlichen Beamten“ zu ernennen. Erst durch eine derartige Aufwertung seien sie

²⁴ Ebd.

²⁵ Vgl. dazu die „Bekanntmachung“ der Gesellschaft in: Der deutsche Schulfreund. Bd. 12 (1795) S. 147 f. Hier wurde das Angebot gemacht, jeder Gemeinde einen qualifizierten Lehrer „zu verschreiben“. Vgl. auch VII des Protokolls der Gesellschaft vom Juli 1800, als Nr. 4 im Anhang abgedruckt.

²⁶ Vgl. die Kapitel über das Seminar in Overdyck.

²⁷ Abschrift in: DZA-Merseburg: Rep 76 a-I-917. Zur erinnern ist in diesem Zusammenhang an das Hilfeversprechen FrWII., das dieser durch KO vom 1. Febr. 1795 den Landständen auf deren Schreiben vom 28. Jan. 1795 hin gegeben hatte. In dieser Order versicherte der Monarch, alles zum Schutz der Grafschaft Mark zu unternehmen. Daran wird sich von der Reck als Mitglied des Landtages erinnert haben. KO in: StA Münster: Cleve-Mark Landstände Nr. 333.

in der Lage, sich dem Einfluß der Eltern zu entziehen, wie er durch das Wahlrecht der Eingessenen und die Art der Schulfinanzierung gegeben war. Erst danach könne erwartet werden, daß sie sich den Anweisungen der Behörden fügen würden und die Eltern ihren Absichten nachkämen.

Die Gesellschaft sprach dann die heikle Frage eines Mindestgehaltes an und forderte das überall im Gespräch befindliche Gehalt von 120 Rtlr., das durch die freie Wohnung und Übereignung eines Gartens zu ergänzen sei²⁸. Weiterhin wurde gewünscht, den Unterricht in Zukunft unentgeltlich zu erteilen, damit kein Kind aus finanziellen Gründen die Schule mehr versäumte. Um die aus diesen Verbesserungen entstehenden Kosten aufzufangen, wurde die Errichtung eines Schulfonds angeregt. Dabei könnten nicht alle Kosten allein dem ohnehin schwer belasteten Landmann aufgebürdet werden. Dieser müsse entlastet und die „Last auf das Allgemeine u. die reicheren Klassen“ verteilt werden, schrieben die Petenten²⁹.

Über die Finanzierung eines derartigen Schulfonds hatte die Gesellschaft der Freunde sich folgende Gedanken gemacht. Aus einer Vielzahl von Quellen müßte ein dauernder Strom von Abgaben die Kasse speisen: Königliche Beamte sollten von ihrem ersten Gehalt zwei Prozent abtreten; die Eingessenen, die Nutzen von der Schule durch besser ausgebildete Knechte hatten, fünf Prozent des Lohns abführen, die Stempelgebühren für Adelsdiplome und Titelverleihungen dem Schulfonds zufließen. Gewinne aus der Verpachtung von Bauernhöfen, Belehnungen und dergleichen, Erbschaften, anderen Verkäufen, Kollekten und zeitlich begrenzten Verpachtungen sollten ebenso wie jedes Faß Kohlen, jeder Scheffel Salz, jeder Stempelbogen, jedes Spiel Karten, jede Flasche Wein, jeder Hund, jedes Luxuspferd, jede Chausseebenutzung, jede Extra Post und dergl. mit einem bestimmten Satz besteuert werden³⁰.

Die Gesamtsumme der direkten und indirekten Belastungen und Steuern, die hier erstmalig für Schulzwecke in Betracht gezogen wurden, sollte ausreichen, um die Schulen der Grafschaft in der Substanz reformieren zu können. Erstmals für Preußen wurde damit in der Grafschaft Mark an eine Art Bildungssteuer gedacht, die alle „Klassen“³¹ der Bevölkerung nach dem Leistungsvermögen heranzog. Das alte System, das nur denjenigen mit Unterrichtskosten belastete, dessen Kinder gerade die Schule in Anspruch nahmen, und nur die Schulbaukosten allgemein verteilte, sollte damit aufgehoben werden.

So revolutionär und effektiv sich ein Schulfonds auch ausgewirkt hätte, die Gesellschaft machte wiederum die Rechnung ohne den Wirt, der das Projekt ablehnte. In der Antwort des Oberschulkollegiums vom 22. Sep-

²⁸ Vgl. Zedlitz, Vorschläge.

²⁹ Eingabe vom 29. Juli 1795, vgl. Anm. 27.

³⁰ Die Aufstellung der Einkünfte des Schulfonds findet sich als Anlage zur Eingabe vom 29. Juli 1795. Ebd.

³¹ Im Sprachgebrauch des vorherigen Ministers von Zedlitz.

tember 1795, deren Entwurf nicht genau erkennen läßt, ob er auch ausgefertigt worden ist, wurden die Finanzierungsvorschläge abgewiesen, da sie nicht zum Ressort des Oberschulkollegiums gehörten. Es wurde weiterhin darauf verwiesen, daß nach bestehenden Vorschriften die Lehrer nur nach abgelegter Prüfung zu den Stellen zugelassen werden dürften, wobei sich jedoch denken ließe, „daß zu äußerst schlechten Stellen sich keine vorzüglichen Subjecte finden werden“³². Der Oberschulrat Hermes notierte darüber hinaus am 6. Oktober 1795, daß an eine Verlegung des in Wesel bestehenden Schullehrerseminars nach Overdyck nicht zu denken sei³³, womit bereits zu diesem Zeitpunkt die Debatte über die Seminarfrage, die noch ausgiebig behandelt werden wird, eröffnet war.

Ein Schreiben des Oberschulkollegiums mit diesem Inhalt muß von der Reck erreicht haben, denn am 19. Dezember wandte er sich an die Oberbehörde, um den Dialog fortzusetzen.

Erneut ging er auf die Frage des Schulfonds ein, dessen Finanzierung er wiederum als durchführbar bezeichnete. Die Belastung der Eltern werde nicht erhöht, weil sie gleichzeitig von der Zahlung des Schulgeldes entlastet würden. Es könnte weiterhin daran gedacht werden, den Besitz an Boden, der zu einigen Schulen gehöre, dem Schulfonds zu überantworten und den „begüterten Teil der Nation“ auf zehn Jahre um eine freiwillige Abgabe zu bitten. Alles in allem sei dann zu erwarten, daß in einem Zeitraum von zwanzig Jahren „der Schulunterricht den Eingesessenen der Grafschaft wenig oder gar nichts kosten“ würde³⁴, da der Nutzen sich bald durch höhere Einkünfte zeigen werde. So hoch schätzten die Mitglieder der Gesellschaft den Nutzen der Schulreform ein, wenn die Radikalkur beschlossen würde.

Aber sie wurde nicht beschlossen. Einerseits war das Oberschulkollegium nach der Verwaltungsordnung nicht zuständig, da die Erhebung von Abgaben dem Generaldirektorium und dessen Unterbehörden unterstand. Andererseits schienen die Ideen der Schulreformer die Möglichkeiten weit zu übersteigen. Was wünschbar war, war deswegen noch nicht machbar, zumal die bisherigen Regelungen durch Herkommen und festgelegtes Recht viel fester gefügt waren, als die Reformer sie einschätzten. Außerdem, welchen Verwaltungsapparat setzte die Erhebung der Schulfondsabgabe eigentlich voraus? Darauf war nicht eingegangen worden, obwohl alles auf die Durchführung ankam. Doch sollte der Gesellschaft der Freunde in der Zukunft noch in höherem Maße der Realitätssinn verlorengehen.

Trotz allem haben die einmal entwickelten Vorschläge durchaus nachweisbare Folgen gehabt, denn sie regten innerhalb der beiden Oberbehörden die Debatten über die Schulreform an. Das Generaldirektorium bemühte sich in den folgenden Jahren zwar immer mehr um die Unter-

³² Entwurf in: DZA-Merseburg: Rep 76 a-I-917.

³³ Ebd.

³⁴ Eingabe von der Recks vom 19. Dez. 1795. In: ebd.

stützung der Reformabsichten, doch wurde eine grundsätzliche Reform immer wieder hinausgezögert, trotz der Richtlinie des 1794 erlassenen Allgemeinen Landrechts, das die Schulen dem „Staat“ unterstellte. Da aber das Geld fehlte, die Schulen auf den Etat zu übernehmen, mußten sich die Behörden mit den traditionellen Schulträgern arrangieren und den Kirchen — wovon noch zu berichten sein wird — ihren Einfluß lassen. Aktiv und finanzierend jedenfalls konnte das Oberschulkollegium den Reformern nicht helfen, die somit wieder einmal auf ihren Einsatz und Erfindungsgeist angewiesen waren.

Wilbergs Aktivität und der Ausbau der Gesellschaft

Während von der Reck vergeblich versuchte das Oberschulkollegium zur Übernahme der Pläne der Gesellschaft der Freunde zu bewegen, übernahm Wilberg die weitere Propagierung der „Vorsätze“. In einer seiner ersten Veröffentlichungen überhaupt, dem „Märkischen Lehrer- und Kinderfreund“, einem „Handbuch für Lehrer in Bürger- und Landschulen“, trat er im ersten Band mit den nur wenig nuancierten Zielen der Programme von 1792 an die Öffentlichkeit. In der Form eines Briefs an die „geliebten Landsleute“ wiederholte er die Motive, aus denen die Gesellschaft eine umfassende Schulreform anstrebte. „Drey Ursachen“, so hieß es dort, „bewogen uns zur Vereinigung. Die erste war das Loos der Lehrer Eurer Kinder wo möglich, glücklicher zu machen, die zweite, das Schicksal eurer lieben Kinder zu verbessern, und denn auch drittens, Eueren eigenen Wohlstand zu vermehren.“³⁵

Wilberg prangerte die miserablen Schulzustände in der Grafschaft an, um dann aus einer von der Reck etwas unterschiedlichen Sicht die Verbesserung der Besoldung als das wirksamste Mittel zu empfehlen. Lehrer, die schlecht bezahlt wurden, hätten keine Zeit, sich bei steigenden Preisen auf ihr Amt und den Unterricht vorzubereiten. „Die meisten Lehrer der Landschulen sind so schlecht besoldet, daß sie, wenn sie nicht nebenher ein Handwerk treiben, darben müssen. Ihr könnt Euch nicht entschließen, das vor etlichen 100 Jahren übliche Schulgeld um ein Deut zu erhöhen. Wie soll der Mann doch in aller Welt bestehen? — Zu diesem geringen Lohn, welchen Ihr einem Schweinehirten nicht einmal bieten dürft, füget Ihr nun noch manchen Verdruß und Verachtung.“³⁶

Wilberg beschrieb in seiner Anklage, wie gering der Stellenwert der Schule auf dem Lande war. Niemand dachte daran, die Besoldung der

³⁵ Der ganze Titel: Johann Friedrich Wilberg, Der märkische Lehrer- und Kinderfreund, ein Handbuch für Lehrer in Bürger- und Landschulen, vielleicht auch ein Lesebuch für Leute, welche sich aus dem Verstande ihrer Kinder was machen. Dortmund Bd. 1 1795, Bd. 2 1798. Dieses Buch ist zur Zeit nicht mehr auffindbar; zu Beginn der Forschungen über die Schule in Overdyck, vor mehr als 15 Jahren, hat es in außerordentlich schlechtem Zustand noch vorgelegen. Es muß leider ohne Seitenangabe zitiert werden.

³⁶ Ebd.

Lehrer von Zeit zu Zeit angemessen zu erhöhen oder seine Spargroschen für einen Schulneubau auszugeben. Sollte der Lehrer sich dasjenige, was er mehr zu benötigen glaubte, doch nebenher als Handwerker oder als Knecht verdienen! „An Euere Schulhäuser wendet ihr nichts, das schlechteste Loch ist gut genug. Kurz, an des Lehrers Wohl und Weh . . . ist Euch nicht gelegen.“ Wie die Schulen dann aussahen, beschrieb er gleichfalls. Die Bauern würden ihre Kinder, „wie man wohl eine Heerde Schweine treibt“, in die Schule schicken, „welche gemeiniglich enge und niedrig ist; dunkel, weil keine ordentliche Fenster darin, die Wände vom Rauche schwarz, weil sie beinahe nie geweißt wird“³⁷.

Über das alles sollten sich die Bauern jedoch nicht beschweren und auch nicht darüber, daß ihre Kinder nicht „gerathen, wenn sie Euch nicht lieben, im Alter Euch nicht pflegen und in der Wirthschaft nicht recht beistehen“. Es sei ihre eigene Schuld, „wenn sie Euch das Vieh zu Schaden gehen lassen, Euch die Schweine lahm werfen, die jungen Bäume beschädigen und Euch manchen Verdruß machen; denn das alles ist die Folge davon, daß Ihr die Lehrer und Kinder nicht achtet“³⁸.

Deutlich kann aus allem das Programm der neuen Schule herausgelesen werden: die Kinder verständiger und besser zu machen. Doch setzte dieses — wie Wilberg in seinen Erinnerungen bemerkte — bereits bessere und verständigere Eltern voraus³⁹. Konnten diese von der Bedeutung der Reform überzeugt werden, so schien das größte Hindernis überwunden zu sein. Daher schrieb Wilberg diese handhafte, der Erfahrungswelt der Bauern entnommene Sprache, denn: daran daß die Kinder in ihrer Unwissenheit großen Schaden anrichteten, konnte sich jeder erinnern; der Weg zur Bildung schien damit plausibler. „Je verständiger nun Euere Kinder werden“, so lockte der erfahrene Lehrer, „desto mehr Freude werden sie Euch machen. Ihr und das Land werden glücklicher u. froher, der Ackerbau wird blühender und der Wohlstand in allen Ständen größer werden, und wir alle ein zufriedenes und ruhiges Leben führen können“⁴⁰. Und im Anschluß an diese Verheißung weist Wilberg den Weg, wie ihn sich die „Gesellschaft der Freunde der Lehrer und Kinder in der Grafschaft Mark“ erdacht hatte⁴¹.

Ob diese Anklage wie auch der Aufruf von den eigentlichen Widersachern der Schulreform, den Bauern, überhaupt begriffen werden konnte, muß dahingestellt bleiben. An sie war der Aufruf eigentlich nicht gerichtet, sondern an den vermögenden Teil der Bevölkerung, zu dem sicherlich die größeren Bauern zu rechnen waren. Aber vor allem die von

³⁷ Ebd.

³⁸ Ebd.

³⁹ Wilberg, Erinnerungen, S. 9.

⁴⁰ Wilberg, Märkischer Lehrer- und Kinderfreund, Bd. 1.

⁴¹ Im Unterschied zu den „Vorsätzen“ wurde von Wilberg nicht auf die Problematik der Titulierung der Lehrer eingegangen. Der Rest ist sonst inhaltsgleich, wenn auch von Wilberg besser formuliert.

Kant so bezeichneten „Werkkundigen der Gelehrsamkeit“⁴² sollten die Ideen aufnehmen und jeder an seinem Platz verwirklichen helfen. Diese waren es auch, die der Gesellschaft beitraten.

Von Anfang an haben die Prediger — nach allem, was über die Mitglieder bekannt ist, — in der Zahl überwogen. Viele von ihnen mochten den Eindruck haben, daß es mit der alten Schule nicht mehr weiterging. Außerdem hatten sie fast alle in Halle studiert und waren dort mit dem „Eudämonismus“, dem „Utilitarismus“ und anderen Bewegungen in Berührung gekommen, die sie die Nützlichkeit der Schule für das Wohl des Staates erkennen ließen. Die Ideen von der „Nationalerziehung“⁴³ und der „bürgerlichen Glückseligkeit“ hatten ihre Wirkung nicht verfehlt, zumal sich diese Gruppe als „geborene“ Schulaufseher ohnehin mehr als andere mit den Reformansätzen von überall her beschäftigte. Hinzu kam, daß von der Reck gerade um sie warb, weil nur über sie das „Ministerium“ (Konsistorium) beeinflusst werden konnte. Schließlich war die Schulaufsicht nach der gültigen Kirchenordnung Sache der Konfessionen unter der Oberaufsicht durch das Oberkonsistorium und das Oberschulkollegium in Berlin.

Die anderen Mitglieder der Gesellschaft, die in ihrem Mitgliederbestand bis nach 1800 zunahm und insgesamt auf 50 bis ca. 60 geschätzt werden kann, rekrutierten sich aus dem märkischen Adel, der Beamten-schaft, auch aus Kreisen der Fabrikanten, Kaufleute und Handwerker und nicht zuletzt aus dem Lehrerstand. Die letzteren waren wohl deswegen so gering vertreten, weil einem kleinen Dorfschullehrer die Mittel zur Mitgliedschaft fehlten und die Exklusivität der Gesellschaft dafür sorgte, daß mehr oder weniger nur die „Gebildeten“ den Zutritt erhielten. Schließlich wollte man auch Prämien an diese Gruppe verteilen und konnte sie daher als Betroffene schlecht aufnehmen.

Philip von der Reck fungierte wohl die ganze Zeit des Bestehens der Gesellschaft — sie mag bis etwa 1806 aktiv gewesen sein — als ihr Vorsteher. Wilberg vertrat, solange er in Overdyck wohnte, die pädagogischen Belange. Die Bibliothek auf dem Haus erleichterte ihm die Arbeit. Schriftführer war eine Zeitlang der schreibgewandte Sekretär auf dem benachbarten Haus Laer, Friedrich Ebel. Als weitere, bisher nicht erwähnte Mitglieder, sind zu nennen: der Direktor des Gymnasiums in Hamm

⁴² Als „Werkkundige der Gelehrsamkeit“ kann diejenige Gruppe bezeichnet werden, die aufgrund eines Studiums „spezifische Fähigkeiten und Fertigkeiten der Erziehung und Bildung dem gelehrten Stand“ verdankt, und im Umgang, im Praxishandeln mit „Menschen und Dingen ihres Amtsbereiches sich auf die Erfahrung der Herrschaft an- und hingewiesen sehen.“ Hinzu tritt — je nach Tätigkeit — die Kunst, die jeweiligen Arbeitsgebiete gedanklich durchdringen zu können, wie es vom Beamten, vom „rationalen“ oder „wissenschaftlichen“ Landwirt, vom Kaufmann und dergleichen verlangt wird. Vgl. dazu ausführlich: Roeßler, Entstehung, S. 186 ff.

⁴³ Vgl. Helmut König, Zur Geschichte der Nationalerziehung in Deutschland im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts (Monumenta Paedagogica, Bd. 1) Berlin 1960; Roeßler, Entstehung, S. 202 ff.

Snethlage⁴⁴, die Prediger Elbers zu Lüttringhausen im Bergischen, Lange-wiesche und Reinhard und der Herr von Berswordt auf Haus Weitmar in der Nähe und der Kaufmann Berger aus Witten.

Dem einzigen erhalten gebliebenen Protokoll kann weiterhin entnommen werden, daß die Gesellschaft um 1800 eine Abteilung für die „süderländischen Freunde“ mit Sitz in Lüdenscheid gegründet hat, um die südlichen Gebiete der Grafschaft besser betreuen zu können. Doch wurde über die Inaktivität dieser Gruppe geklagt⁴⁵; mehr ist bislang nicht über sie bekannt.

Den Pastor Broich aus Menden hatte man zum Ehrenmitglied ernannt; der Inspektor des lutherischen Ministeriums Johann Friedrich Dahlenkamp aus Hagen und Pastor Rautert gehörten zu ihr. Auf der protokollierten Sitzung wurden zu Mitgliedern vorgeschlagen: die Prediger Jagurmolle zu Hattingen, Eylert zu Hamm⁴⁶, Hasenclever zu Soest, Reichenbach zu „Voerde“, der katholische Canonicus Cruse aus Soest, Doktor Castringius aus Schwelm, der Herr Neuhaus auf Beierode und die Herren Bertram, Bruns und Lohmann aus Witten⁴⁷. Viele von ihnen werden im folgenden noch genannt werden müssen, weil sie sich aktiv an weiteren Projekten beteiligt haben.

Da die Akten der Gesellschaft allem Anschein nach bei von der Reck verblieben sind, können weitere Aussagen über die Mitglieder nicht gemacht werden. Bei allen Betrachtungen über sie ist es sinnvoll zu fragen,

⁴⁴ Bernhard Moritz Snethlage (1753—1840) war der Sohn eines Predigers. Nach dem Studium in Duisburg und nach einer Hauslehrertätigkeit in Holland, kam er nach Hamm und wurde hier Direktor des Gymnasiums. Er trat literarisch hervor, insbesondere durch seine Bemühungen, die Lateinschulen in Bürgerschulen umzuwandeln, eine Absicht, die später auch Natorp verfolgte. Von den Behörden wurde er mit Revisionen des Schulwesens beauftragt und erreichte ein Ansehen, das er als Direktor der Joachims-thalschen Gymnasiums in Berlin noch vermehrte. Snethlage hing der konservativen Richtung an, die sich nach dem Abgang Humboldts im späteren Ministerium der geistlichen, Medizinal- und Unterrichtsangelegenheiten durchsetzte und zu der man den Bischof Eylert und auch den vortragenden Rat Ludolph von Beckedorff zählen muß. Vgl. auch den Artikel über Snethlage in der ADB, Bd. 34, S. 516 ff.

⁴⁵ Von der Reck am 5. Juli 1800 an den Generalinspektor der lutherischen Synode. In: LKA Bielefeld: 0,8/23. Hier hieß es: „Schmerzhaft ist es der Gesellschaft außerordentlich, daß der ... Vorsteher im Süderlande, H. P. Kleinschmidt, seit 3 Jahren ganz unthätig ist, und die dortige Vereinigung ganz ohne Arbeit läßt, welche wohl des besten Willens ist“.

⁴⁶ Rulemann Friedrich Eylert (1870—1852) war der Sohn des Professors am dortigen Gymnasium und Predigers in Hamm Rulemann L. Eylert. Als einer der ersten Schüler legte Eylert das 1788 eingeführte Abitur am Gymnasium in Hamm ab. Nach dem Studium in Halle war er zunächst 14 Jahre Prediger in seiner Heimatstadt und wurde 1805 als Hofprediger nach Potsdam berufen. 1810 zum Konsistorialrat ernannt, wurde er 1818 Bischof als Nachfolger Sacks und damit Mitglied des Staatsrates. Als „Confessionarius“ des Königs arbeitete er seit 1822 im Kultusministerium. 1849 schied er hier aus.

⁴⁷ Protokoll der General-Conferenz der Gesellschaft, abgehalten in der Wirtschaft am Krengehdanz (zwischen Bochum und Witten) am 3. Juni 1800, In: LKA Bielefeld: 0,8/23. Im Anhang unter Nr. 4 abgedruckt.

in welcher Position sie sich sonst befanden. So ist hervorzuheben, daß z. B. Dahlenkamp der Generalinspektor für das lutherische Schulwesen der Grafschaft war und damit der Gesellschaft außerordentlich helfen konnte⁴⁸. Andererseits mußte gerade dieser Mann immer wieder seine Mitprediger davon überzeugen, daß die Aktionen der Gesellschaft keinen Angriff auf die kirchliche Schulaufsicht bedeuteten.

Bei allen Aktionen lag der Gesellschaft sehr viel daran, die Schulreform auf möglichst breiter Basis abzusichern. Nur so konnte die Versorgung mit Schulen überhaupt erst erreicht werden. Deswegen nahm sie jeden Mann auf, der diesem Ziel diene. In den Konferenzen sollten die Argumente genannt und die Konflikte ausgetragen werden. Die Kompromisse lagen dann jenseits der bisherigen Standpunkte. Ihnen jedoch wollten sich die Mitglieder unterwerfen, was selbst von der Reck manchmal schwer fiel.

Ergebnis der Gründungsphase der Gesellschaft waren die zwei Petitionen gewesen, die die Einsicht vermittelten, daß mit Petitionen allein nichts zu verändern war. Doch mußte erst das Kriegsende abgewartet werden. In der folgenden Zeit kam es zur eigentlichen „Blüte“ der Aktivität. Es wurde so viel projiziert und angeregt, daß es nunmehr nötig ist, die einzelnen Ansätze systematisch zu beschreiben und darauf zu verweisen, daß vieles nebeneinander entwickelt wurde und die Erfahrungen von einem auf das andere Vorhaben übertragen wurden. Die Querverbindungen erst knüpfen die Projekte zu einem großen Schulreformversuch zusammen.

Die Zusammenarbeit mit Synode und „Ministerium“

Ohne die Duldung der das religiöse Leben in der Grafschaft bestimmenden märkischen evangelisch-lutherischen Kirche hätte die Gesellschaft kaum wirksam werden können. Die Kirchenbehörde der Provinz, das „Ministerium“, brachte die Frage der Reform mehrfach vor die Synode. Sie stützte sich dabei auf die in der „Clev- und Märckischen Evangelisch-Lutherischen Kirchenordnung“ des Jahres 1687 enthaltenen Bestimmungen⁴⁹ und auf das Generallandschulreglement von 1763⁵⁰.

⁴⁸ Johann Friedrich Dahlenkamp (1740—1817) war von 1768—69 Feldprediger, dann bis 1773 in Essen und seit 19. Juni 1773 erster Pfarrer in Hagen. Von 1797—1800 war er Generalinspektor. 1811 legte er sein geistliches Amt nieder. Auch sein Nachfolger im Ministerium, Bädcker, gehörte der Gesellschaft an. Er wurde von der Reck als „Bundesbruder“ bezeichnet.

⁴⁹ Abdruck bei: Scotti, Sammlung. Bd. 1 Nr. 397 S. 595 ff. hier besonders S. 618 ff.

⁵⁰ Zur Organisation der evangelisch-lutherischen Kirche der Grafschaft Mark, vgl. die Einleitung in: Walter Göbell (Bearb.), Die evangelisch-lutherische Kirche in der Grafschaft Mark. Verfassung, Rechtsprechung und Lehre. Kirchenrechtliche Quellen von 1710 bis 1800 (Beihefte zum Jahrbuch des Vereins für Westfälische Kirchengeschichte, H. 5/6) 2 Bde. Bethel 1961, hier Bd. 1 S. XIV ff.

Die Kirche verfügte über eine bis auf die Ortsgemeinde herabreichende Verwaltungsorganisation. Niemand sollte sich diese jedoch als funktionierend vorstellen⁵¹. „Anzuweisen“ oder zu „befehlen“ gab es hier nichts. Immerhin tagte das wichtigste Organ der Kirche, die Synode, jedes Jahr, auch wenn einige Gemeinden ihre Teilnahme beharrlich verweigerten. Die zu ihr entsandten „Subdelegaten“ der einzelnen „Predigerklassen“, die deputierten Pfarrer und die zwei bis vier gewählten Kirchenältesten aus jedem Klassikalkreis, in dem jeweils mehrere Kirchspiele zusammengefaßt waren, ergaben zusammen mit der eigentlichen Behörde, vertreten durch den Generalinspektor (später Generalsuperintendent), seinen weltlichen Assessoren und dem Sekretär, einen durchaus tauglichen Apparat kirchlicher Aufsicht.

Wie den Synodalprotokollen zu entnehmen ist, hatten die „Subdelegaten“ der Predigerklassen den Auftrag, über alle Angelegenheiten ihres Bezirkes zu berichten, dem Generalinspektor sollten sie jährlich „eine gewissenhafte Nachweisung über den Zustand des Kirchen- und Schulwesens“ besorgen⁵². Ihnen unterstanden auch die Kandidaten des Predigamtes; insgesamt gesehen waren sie eine Art Mittelinstanz zwischen Pfarrer am Ort und Ministerium. Zu ihren weiteren Aufgaben gehörte auch die Obergangsaufsicht über die Schulen, die jeder Ortspfarrer für sich betreute. Der Generalinspektor vermittelte dann die Ergebnisse der Aufsicht an die vorgesetzte Behörde, die Regierung von Cleve-Mark, die manchmal Konsistorium, manchmal Schulkollegium genannt wurde. Bei allem hatte die Schulaufsicht jedoch den Rang eines Nebenamtes.

Die Anregung zur gemeinsamen Arbeit von Ministerium, Synode und Gesellschaft kam sicherlich von den Geistlichen, die sich als Mitglieder der Gesellschaft der Freunde für die Schulreform engagiert hatten. Ihnen ist zu verdanken, daß sich die Synode seit längerer Zeit wieder grundsätzlich mit den Problemen der Schule befaßte und sie nicht mehr nebenbei erledigte. Dennoch dauerte es Jahre, bis die Gesellschaft eine offizielle Einladung erhielt, ihre Wünsche der Synode vorzutragen.

Im § 8 des Protokolls der am 18. und 19. Juli 1797 in Hagen abgehaltenen Synode wurde der Wunsch fixiert, mit der Gesellschaft in eine „nähere Verbindung zu treten, und zwar in der Art, daß jene Gesellschaft ersucht würde, ihre etwaigen, nützlichen Vorschläge über Schul-

⁵¹ So äußerte sich der Inspektor Dahlenkamp 1797 in einem Zirkular kritisch über das Ministerium: „Es war — halten Sie mir meine Freimütigkeit zu gute — Es war eine aus disproportionierten nicht ineinandergreifenden Rädern bestehende Maschine, wo bald ein Rad ging, bald das andere stillestand, wo auch ein Engel an der Spitze stehend keinen einförmigen zweckmäßigen Gang hineinbringen konnte.“ Zit. nach: ebd. S. XXV. Es gab auch immer noch Orte, die keinen Subdelegaten hatten und keine Klassikalversammlungen abhielten. Dann gab es Klassen, die zwar darüber verfügten, in denen aber der Subdelegat nicht auf die Synode kam. „Am Ausgang des 18. Jahrhunderts heißt es: Synodal-Beschlüsse wurden niedergeschrieben, gelesen, vergessen, und jeder tat, was ihm gutdünkte.“ S. XXVI.

⁵² Ebd. S. XXV.

sachen dem Synodus zu communiciren“. Der Subdelegat und Mitglied der Gesellschaft Clasen wurde mit der Vermittlung des Wunsches beauftragt und sollte „ihnen unsere Hochachtung versichern“⁵³.

Die Protokolle der kommenden Jahre weisen nach, daß das Ministerium durchaus auf seiten der Gesellschaft stand, auch wenn es nicht immer alles unterstützte. Von der Reck konnte darin eine Zustimmung zu seinen Aktionen ausgedrückt sehen. Einer Verlegung der eigentlichen Verantwortung aus dem Bereich der Kirche auf die Gesellschaft stimmten die Synodalen jedoch nie zu. Hier blieben sie, wie noch gezeigt wird, hartnäckige Verteidiger der alten Ordnung.

Der Wille zur Mitbeteiligung der Synode wurde bei der nächsten Zusammenkunft protokolliert. „Synodus trägt den beyden Herren Inspectoren auf, nach ihrer besten Einsicht den großen Gegenstand der Verbesserung des protestantischen Schulwesens in der Grafschaft Mark gemeinschaftlich zu beherzigen, darüber Beschluß zu fassen und Wege und Mittel zu wählen, für unser Zeitalter und die Nachwelt hierunter das möglichste Gute zu wirken.“ Es wurde ferner der Beschluß gefaßt, in einem „bey Gelegenheit der auf den 5ten Jul. in Berlin angesetzten Huldigung“ zusammen mit den Reformierten gemeinschaftlich aufgesetzten Huldigungsschreiben an Friedrich Wilhelm III. darauf hinzuweisen, „die Vorschläge und Wünsche zur Verbesserung der Schulen in unser Provinz allergnädigst zu realisiren“⁵⁴.

Auf der Synode am 2. und 3. Juli 1799 stand die Schulreform erneut auf der Tagesordnung. Dahlenkamp berichtete über die Gesellschaft und ihre Mitglieder, „denen ihr Stand, ihre Staatsämter und ihre Weltverbindungen Einfluß verschaffen, [die] vom reinen Eifer für Menschenwohl belebt, ernstlich auf die Verbesserung des öffentlichen Schulwesens denken, und ein Schul-Kollegium für die Gr[afschaf]t Mark zu Stande zu bringen, sich angelegen seyn lassen“⁵⁵. Auf die Debatte um dieses Schulkollegium, dem Kernstück der kommenden Reform, folgten jedoch schon einige Mahnungen an die Kirchenbehörde, darauf zu achten, daß die

⁵³ Protokoll der Synode, in: Göbell, Evangelisch-lutherische Kirche, Bd. 2, S. 695 ff., hier S. 705. (Die Sperrungen und Kursivsetzungen wurden weggelassen, auch bei den folgenden Protokollzitataten).

⁵⁴ Protokoll der Synode des Jahres 1798, in: Göbell, Evangelisch-lutherische Kirche, Bd. 2, S. 721. FrWIII. antwortete durch die KO vom 5. Juli 1798 sehr unbestimmt. In: StA Münster: KuDK Hamm Nr. 754. In diesen Zusammenhang gehören auch die Bemühungen des neuen Ministers von Massow, wie sie durch die KO vom 3. Juli 1798 gekennzeichnet sind. In dieser KO hatte FrWIII. den Auftrag zur Schulreform erteilt. Abdruck bei: Jeismann, Tendenzen, S. 97. Infolge des neuen Schwunges wurden Erhebungen angeordnet, die sich auf die älteren des OSK vom Jahre 1787 stützen sollten. Dahlenkamp berichtete am 31. Dez. 1798 der Reg Emmerich, daß er diese nicht habe. Er sandte dann die „Allgemeinen Bemerkungen über den Zustand der deutschen Stadt- und Landschulen in unserm Ministerio“ am 22. Febr. 1798 ab. Diese finden sich auch in den Akten des OSK. Die Erhebung in: LKA Bielefeld: 0,8/22, alle anderen Vorgänge: ebd.: 0,8/23.

⁵⁵ Ebd. S. 734.

Schule nicht der Aufsicht durch die Kirche entgleite. Für so wirksam wurden die Initiativen der Gesellschaft gehalten.

Einzelne Prediger begriffen sogar schon die Herausforderung durch die weltlichen Mächte. Wollten sie nicht unterliegen, so mußten sie in den Ideenwettbewerb eintreten und zeigen, daß sie sehr wohl noch zur Reform der Schule fähig waren. Doch die Mehrzahl gab sich mit einer Feststellung des Rechtszustandes zufrieden, der eindeutig die Rechte an der Schule nachwies. Das Ministerium wollte eben deswegen „die gemeinnützigen Pläne dieser verehrungswürdigen Gesellschaft“ prüfen und befördern, „weil kein Stand mehr Verpflichtung, Gelegenheit und Veranlassung hat, sich mit dem Unterricht und der Bildung der Jugend theoretisch und praktisch zu beschäftigen, und die dazu nöthigen Kenntnisse sich zu erwerben, als der protest[antische] Prediger“⁵⁶.

Dann wurde festgestellt, daß nach dem 1794 erschienenen „Allge[meinen] Landrecht, der Kirchenordnung, dem Herkommen, seit der Reformation, und den wiederholten ernstlichen Befehlen der Hochlöbl. Clev[isch] Märk[ischen] Regierung, dem protest[antischen] Prediger die Aufsicht der Volksschule seiner Gemeinde obliegt und von so manchem dieser Prediger bisher mit sichtbarem Nutzen ist geführt worden“. Abschließend heißt es in dem Protokoll des Jahres 1799 mit deutlicher Sorge: „Synodus trägt dem Herrn Inspector auf, gemeinschaftlich mit d[em] H. Praeses der ref[ormierten] Synode bey der Hochlöbl[ichen] Landesregierung und der oben gedachten Gesellschaft alles Nöthige dahin einzuleiten, daß den rechtschaffenen Protestantischen Predigern bey der vorseienden allgemeinen Schulverbesserung, ihr bisheriger Wirkungskreis nicht nur nicht verengert, sondern vielmehr erweitert und möglichst gemeinnützig gemacht werde.“⁵⁷

Es war also keine Rede davon, Kirche und Schule unter den neuen Vorzeichen zu trennen und die Schule der „Nation“ zu überantworten. Dieses hielt nicht einmal das Oberschulkollegium für möglich. Niemand wußte das Geld für eine veränderte Schulträgerschaft auf Dauer zu beschaffen. Unter den neuen Zielen der Volksschule wollten die Kirchen dafür sorgen, daß das Christentum der Schule erhalten blieb: die Verbindung von Thron und Altar wurde befestigt. Zwar wurde, wie sich zeigen wird, immer mehr der Schulfachmann gefordert — die Schulaufsicht konnte kaum noch ein Nebenamt sein — dennoch hielt die Mehrzahl der Prediger an der Ansicht fest, daß sich dies durch ein wenig Hinzulernen schon erledigen ließe. Nur wenige hatten von der Grundsätzlichkeit des Wandels in der niederen Schule überhaupt eine Vorstellung; schließlich fühlte sich nach der alten Ordnung jeder autorisiert genug, um auch die neuen weltlichen Inhalte mitbestimmen zu können.

Ein Jahr später, auf der Synode des Jahres 1800, kam es endlich zur persönlichen Vorstellung Philip von der Recks vor den Synodalen und zu

⁵⁶ Ebd. S. 734 f.

⁵⁷ Ebd.

einem gewichtigen Gespräch am Rande des Konvents. Obwohl dabei die wichtige Frage der Neuordnung der Lehrerprüfung und der Inhalte der Lehrerbildung diskutiert wurde, weil die kirchliche Schulaufsicht sich als unfähig zur konsequenten Anwendung der neuen Vorstellungen gezeigt hatte, hieß es im Hauptprotokoll — der sicheren Position entsprechend —, daß „das eine und das andere näher zu überlegen sei“ und daß das Resultat den Synoden „communiciert“ würde⁵⁸.

Die Auswertung der Synodalprotokolle unter der Frage, wie sich das Verhältnis von Gesellschaft und lutherischer Kirche entwickelt hat, zeigt, daß die Aktivitäten der Gesellschaft die Kirche immer mehr zum Reagieren zwangen. Die Regsamkeit wandelte sich dabei von einer anfänglichen Zustimmung zu einer mehr skeptischen Einstellung, die mehr und mehr von eigenen Reformvorstellungen begleitet wurde. Es blieb schließlich, dies kann bereits vorweggenommen werden, bei dem Ergebnis, sich mehr oder weniger anzupassen, obwohl sich der Nachfolger Dahlenkamps, der Generalinspektor Bädeker, seit 1800 immer wieder die Anregungen der Gesellschaft zu eigen machte und wie sein Vorgänger durchaus ernsthaft Reformen durchsetzen wollte. Doch auch er kam nur mühsam gegen den „Schlendrian“ und die Bastionen der alten Kirchengemeindeschule voran.

Alle Reaktionen der Synodalen wurden wesentlich politischer und mehr auf die Erhaltung der eigenen Position gerichtet, als zur Zeit des Generallandschulreglements, das fast nichts geändert hatte. Zunächst nämlich war die Schulordnung mit „inniger“ und „herzlicher“ Freude begrüßt worden; die Inspektoren sollten sie durchsetzen⁵⁹. Ein Jahr später wurden die Maßnahmen von der Synode als schwerlich durchführbar bezeichnet⁶⁰. Zwei Jahre später war nur noch die Rede von der Einsendung der Schulkataloge, die erhebliche Mühe machte⁶¹. Von einer strengen Durchführung des Reglements sprach niemand mehr, da es nach „der strengen litter“ ohnehin nicht durchzuführen sei⁶².

Auf diese Erfahrung, daß die unteren Instanzen nach mehr oder weniger Gutdünken und auf die jeweiligen Verhältnisse bezogen die Edikte verwirklichten, stützte sich die Einstellung des Oberschulkollegiums, als die ersten Vorschläge der Gesellschaft abgelehnt wurden. Auch die zukünftigen, vielfach perfekt gedachten Vorschläge fielen dieser Einsicht

⁵⁸ Protokoll der Synode zu Hagen, am 1. und 2. Juli 1800, in: Göbell, Evangelisch-lutherische Kirche, Bd. 2, S. 742 ff., hier S. 751.

⁵⁹ Vgl. die Protokolle der Synoden der Jahre 1764, 1765, in: Göbell, Evangelisch-lutherische Kirche, Bd. 1, S. 363 und 369.

⁶⁰ Protokoll der Synode des Jahres 1767, in: ebd. S. 384.

⁶¹ Der Schulkatalog war durch Reskript vom 27. Juni 1765 angeordnet worden und sollte die jährlichen Schulvisitationen, die wegen schlechter und weiter Wege ohnehin nicht durchzuführen waren, ablösen und unterstützen. Der in eine Vielzahl von Fragen gegliederte Katalog war zweimal jährlich zu Johannis und Weihnachten abzuliefern. Die Behörden erstickten deswegen zwar im Papier, ändern tat sich jedoch wenig. Reskript teilweise abgedruckt in: ebd. S. 385, Anm. 3.

⁶² Protokoll der Synode des Jahres 1765, in: ebd. S. 369.

zum Opfer. Denn noch gab es keine Exekutive, deren Anordnungen in jedem Fall befolgt wurden. Daran mußten die Einwohner und auch die Kirchenvertreter erst gewöhnt werden.

Die Frage bei allen Überlegungen, Eingaben und Projekten der Zeit seit 1795 hieß, ob sie so realitätsbezogen waren, daß sie nicht wie alle anderen Anläufe nach kurzer Zeit versandeten. Dagegen stand die emsige Regsamkeit der Gesellschaft und die noch zu beschreibende Förderung der Kriegs- und Domänenkammer in Hamm. Beides wurde von der Geistlichkeit mit Unbehagen beobachtet, denn ganz so sicher waren sich selbst die Traditionalisten nicht. Daß deren Ansichten sich jedoch durchsetzten, macht die Abwehr der Attacke deutlich, mit der die Gesellschaft die Hebung des Lehrerstandes doch noch zu erreichen suchte.

Die Neuordnung der Lehrprüfung und der Prüfungsstoffe

Seit der Gründung der Gesellschaft, und ohne daß dieses ihre anfängliche Absicht war, rüttelten die Pläne an der überkommenen kirchlich geprägten und verantworteten Schulverfassung. Schon die Schule in Overdyck verließ die gewohnten Bahnen konfessionell getrennter Schule. Fast unbemerkt und in ihrer Tragweite nicht abgeschätzt begannen die weltlichen Unterrichtsinhalte an Gewicht zu gewinnen; jedenfalls war die Möglichkeit der Säkularisierung jetzt gegeben⁶⁸. Die Herausbildung eines eigenen Unterrichtsfaches Religion ist ein deutlicher Hinweis auf diese Entwicklung.

Von dem „bürgerlichen Nutzen“ war im Generallandschulreglement noch nicht die Rede gewesen, Katechismus und Bibel dominierten. Die Prüfung der Lehrer wurde wegen dieser Aufgabensetzungen unter kirchlicher Kontrolle abgenommen. Über die Form gibt das Protokoll der Synode von 1799 Auskunft, zugleich aber auch über den Mißbrauch. Die Synode habe durch „die Beschwerden mehrerer Classen mit Mißvergnügen erfahren, daß in manchen Gemeinden des ministerii von den Schulbeerbten, Schullehrer angestellt würden“, ohne daß die Lehrer auf „legale Art geprüft und zum Schulamte tüchtig befunden worden“. Einige Prediger beschwerten sich darüber, daß an vielen Schulen Lehrer angestellt wurden, „ohne dem Prediger der Gemeinde davon die geringste Notiz zu geben, ohnerachtet nach den Gesetzen und nach der Natur der

⁶⁸ Vgl. Roeßler, Entstehung, S. 62 ff. Die Forderung des in der Grafschaft Mark in hohem Ansehen stehenden Schulmannes Jacob Hoogen, in der Volksschule keine kirchliche, sondern eine Staatsanstalt zu sehen, stieß auf großes Unbehagen. Vgl. den anonymen Beitrag: Über den frühen Unterricht der Kinder in der christlichen Religion. In: Quartalschrift für Religionslehrer. Bd. 2 (1805) S. 604 ff. Über Hoogen: Westphälischer Anzeiger. Bd. 18 (1807) S. 81 ff. Vgl. auch den Brief Natorps an von Rochow, in: ebd. Bd. 14 (1805) S. 675 ff. Vgl. auch: Enno Fooken, Die geistliche Schulaufsicht und ihre Kritiker im 18. Jahrhundert (Probleme der Erziehung, Bd. 5) Wiesbaden 1967.

Sache die Aufsicht über die niedern Schulen der Gemeinde den Predigern derselben zustünde“⁶⁴.

Eigentlich mußte jeder anzustellende Schullehrer, wie dieses in der bereits erwähnten Antwort des Oberschulkollegiums angesprochen wurde, von dem „zeitlichen Inspectore ministerii“ oder einem beauftragten Prediger geprüft werden⁶⁵. Bei der Anstellung war in jedem Falle der Prediger der Gemeinde hinzuzuziehen, denn dieser sollte mit dem Lehrer die nächsten Jahre auskommen und über ihn die Aufsicht führen. Da viele Geistliche sich jedoch nur wenig um die Schule kümmerten oder gar nichts von den Schulsachen verstanden, hatte es immer wieder einreißen können, daß das Geschäft der Lehreranstellung im Stillen erfolgte. Schon von Zedlitz hatte einmal gewünscht, „alle Bierlummel aus dem Chorrock“ zu peitschen⁶⁶, um die damit verbundene Vernachlässigung der Schulen steuern zu können. Es muß aber gesagt werden, daß viele Schulgemeinden froh waren, wenn sie zu einem möglichst geringen Gehalt nicht nur einen Prediger, sondern auch einen Lehrer fanden. Daß diese dann fast völlig untauglich waren, schien wenig zu stören.

Von der Reck trug den Deputierten der Synode des Jahres 1800 vor, diesen Zustand zu beenden und nur noch Lehrer mit einem Zertifikat einer öffentlichen Prüfung anzustellen. In der Prüfung selbst sollte „auf eine große Summe gemeinnütziger Kenntnisse und auf Kenntnis der Un-

⁶⁴ Göbell, Evangelisch-lutherische Kirche. Bd. 2 S. 735. Im General-Land-Schul-Reglement von 1763 hieß es dazu im § 13: „Ob wir nun gleich die adeliche und andere Patronen in ihren Rechten die Kuester und Schulmeister zu erwählen und zu bestellen ungekraenckt belassen wollen; so muessen doch alle unsere Consistoria, durch die Superintendenten, Inspectores, Praepositos und Ertz-Priester, dahin sehen, daß weder ungeschickte und untuechtige, noch auch ruchlose und einen boesen Wandel fuehrende Kuester und Schulmeister angesetzt, oder, wo sie angesetzt worden, geduldet werden.“ Die „Vocation“ blieb damit den Patronen weiterhin überlassen, die Aufsicht und die Bestätigung lag in den Händen der Kirchenbeamten.

⁶⁵ Dieses entsprach genau den Bestimmungen. Doch wurden sie nur selten beachtet. Hinzu kam, daß nicht alle Gemeinden aus der Synode vertreten waren, da einige sich der Kirchenbehörde aus einem Eigenkirchendenken heraus nicht unterstellt fühlten.

⁶⁶ Zedlitz an Rochow, vom 26. Dez. 1773. In: Jonas/Wienecke, Sämtliche Schriften, Bd. 4 S. 52. Der nach Ansicht der Oberen schlechte moralische Lebenswandel vieler Geistlicher führte im ausgehenden 18. Jahrhundert unter dem Regime Woellners zur Verschärfung der Amtsüberwachung. So heißt es in einem Reskript vom 5. Dez. 1797, daß die Prediger und Schullehrer zu beobachten seien, ob sie „bey ihrem Amte in Kirchen und Schulen nicht nachlässig sind, dabey aber einen unsträflich moralisch guten Wandel führen, weil nach Unserer Allerhöchsten Landesherrlichen Intention alle physisch und moralisch untauglichen Subjecte nicht ferner ein öffentliches Amt im Staate bekleiden sollen.“ Von den Unterbehörden wurden daraufhin systematische Befragungen aller Kgl. Bedienten eingeleitet, um derartige untaugliche Subjekte herauszubekommen. Es wurden Zeugnisse ausgestellt und einige Personen entdeckt. So einige, die dem Trunk ergeben waren, einer der „wegen seiner Magd, die sich versäuft hat, im üblen Gerüchte“ stand. In den Aktenstücken sind derartige mit einem X versehenen Fälle weiter untersucht worden; herausgekommen ist dabei vermutlich wenig. Aktenstücke in: StA Münster: KuDK Hamm 758. Die Conduitenlisten übernahmen diese Funktion bei den Beamten.

terrichts-Methode sowohl in Theorie als auch in Praxis gesehen“ werden⁶⁷. Die Kandidaten sollten sich nicht mehr einem einzigen Prediger stellen, sondern einer Prüfungskommission, der qualifizierte Prediger, der Inspektor des Ministeriums und ein Deputierter der Gesellschaft angehören sollten.

Beendet werden sollte auch die bislang übliche Form der Anstellungsprüfung am Ort der Tätigkeit. Zukünftig seien nur einige Prüfungen im Jahr nach öffentlicher Bekanntmachung einzurichten, zu der sich die Kandidaten mit einem schriftlichen Zeugnis über ihren bisherigen Lebenswandel, „von sehr glaubwürdigen Persohnen ausgefertigt“, melden sollten. Niemand sollte dann mehr zu einer Stelle zugelassen werden, der nicht das Zeugnis der „Wahlfähigkeit“ erhalten hatte⁶⁸. Erst dann sollten die „Schulbeerbten“ ihn wählen können.

Wie sowohl das eigentliche Protokoll der Synode als auch das der Nebenverhandlungen ausweisen, waren sich die Kirchenmänner mit von der Reck einig, die Anregung aufzunehmen und den Mißbräuchen entgegenzutreten. Es wurde daran gedacht, bei der Regierung ein Landesgesetz darüber zu beantragen⁶⁹. Dazu wollte der Generalinspektor die Meinung der Subdelegaten und ihrer „Classen“ einholen.

Wie die Antworten auf die Umfrage ergaben, waren die Prediger sich im allgemeinen darüber einig, daß gegen die Regeln verstoßen wurde, doch kritisierten sie die Vorschläge von der Recks als weit über die Sachregelung hinausschießend. Fast alle lehnten sie deswegen ab. So zollte der Subdelegat des Kirchenkreises Valbert, Rurmann, der Mühe der Gesellschaft zwar seinen Respekt, zog dann aber „einige Umstände näher in Erwägung“. Er meinte, daß bei der Einführung einer öffentlichen Prüfung zunächst einmal die Examinatoren über pädagogische Kenntnisse verfügen müßten. Diese müßten sie sich erst einmal beschaffen. Zum an-

⁶⁷ Protokoll der Nebenunterredung vom 2. Juli 1800, in: LKA Bielefeld: 0,8/23. Im Anhang unter Nr. 5 abgedruckt.

⁶⁸ Ebd. Die Einrichtung einer Prüfungskommission, die Ordnung der Prüfung erfolgte nach dem Muster der „Instruktion für die geistlichen Examinations-Commissionen in den Provinzen“ vom 3. Febr. 1793. Nach dieser Instruktion sollte die Prüfungskommission über den Lebenswandel der Kandidaten Nachrichten einziehen, desgl. auch über die bereits im Amte befindlichen Prediger und Schullehrer. Bei der Prüfung mußte der Kandidat seinen Lebenslauf vorlegen, dieser war nach einem vorgegebenen Schema anzufertigen. Danach wurden die eigentlichen Prüfungsfragen gestellt. Es folgte eine Probepredigt. Das Ganze wurde in einem Protokoll festgehalten. Über die Prüfungen wurde jährlich zweimal der vorgesetzten „immediaten Commission“ berichtet. Abdruck der Instruktion in: Göbell, Evangelisch-lutherische Kirche, Bd. 2. S. 650 ff., Anm. Die Kommissionen wurden unter FrVIII. durch KO vom 19. Jan. 1798 aufgelöst. In: LKA Bielefeld: 0,8/23.

⁶⁹ Nach Übermittlung des Synodalprotokolls hatte ohnehin die Reg in Emmerich Bädcker und Dahlenkamp am 28. Aug. 1799 zum Entwurf einer Instruktion aufgefordert. Vgl. auch Protokoll der Synode vom 1. und 2. Juli 1800, in: Göbell, Evangelisch-lutherische Kirche. Bd. 2, S. 750.

dern verlangte er, daß die Prüfungskommission „dem zeitlichen Inspector ministerii subordiniret bleiben“ müsse⁷⁰.

Das Prüfungsergebnis sollte immer den kirchlichen Behörden gemeldet werden, die Synode die Kontrolle ausüben. Des „Feld der Wissenschaften“ in der Ausbildung stimmte ihn bedenklich. Er befürchtete, „daß diese nicht zu weitläufig würden, damit man ihnen [den Kandidaten] nicht Sachen vorlege, die theils über ihren Horizont gehen, theils auch in den Landgemeinen, wo lesen, schreiben, rechnen und nur etwas über die gemeine Erkenntnis eines Christen erhabene Einsicht in die Religion die Hauptsache ist, nicht allemal anwendbar sind“. Die wichtigsten Voraussetzungen des Lehrers seien nun einmal ein guter Charakter und ein gutes Verhältnis zum Christentum. Daher müsse auch die Bibel als Schulbuch beibehalten werden, „weil es das vornehmste und wichtigste Buch ist, die einzige Erkenntnis-Quelle, woraus die Christen alles, was zum Glauben und Gottseligkeit dienet, schöpfen müssen“⁷¹. Ein weltliches Lesebuch garantiere dies nicht mehr.

Der Prediger Lehmann aus Werdohl begrüßte zunächst auch die Absicht. Er wollte das „Collegium examinatum“ mit guten Pädagogen und Pfarrern besetzt sehen, auch von der Reck einen Platz dabei einräumen. Er befürchtete jedoch, daß die Etablierung der Kommission zu einer Minderung der kirchlichen Rechte führen würde. Er erwähnte Gerüchte, Wilberg zum Generalinspektor für das evangelische Schulwesen zu machen; ein Grund mehr, an der kirchlichen Aufsicht festzuhalten. Er warnte vor einer Entwicklung in der Lehrerbildung, die „zu hoch gespannt“ sei und „simplifiziere“. „Sie mögten uns fast unsere Dorfjugend verderben“, da sie „anfangs den Himmel voller Geigen sehen und in der Folge unzufrieden werden“, meinte er. Es ginge nicht an, die Lehrer zu sehr zu „verfeinern“. Abschließend faßte er zusammen: „Ich denke, man kann den Schullehrer in seinem Stande schätzen und ehren, ohne diesen ... in die Luft zu heben und ohne jene ehrwürdigen und nutzbaren Menschen anmaßungssüchtig, stolz, mit einem Wort, zu Narren zu machen.“⁷²

Lehmann sah im realistischen Vergleich mit seinen Erfahrungen die Lehrer vor der Erziehungswissenschaft stehen und scheitern, weil sie keinerlei Voraussetzungen mitbrachten. Deswegen hielt er mehr vom „Biedersinn“, von „alter deutscher Treue“ und „Redlichkeit“ der Lehrer, wobei er eine Vervollkommnung der Ausbildung nicht ausschloß. Er meinte dann noch: „Endlich thue man nicht, als ob die Schullehrer die ganze Welt umbilden könnten und sollten, als ob dieser Stand der einzige in der Welt sey, durch welchen Gutes gewirkt werden könnte“. Die Leh-

⁷⁰ Rurmann am 23. Nov. 1800 an Bädeker. In: LKA Bielefeld: 0,8/23.

⁷¹ Ebd. Bei Krünitz, Land-Schulen, S. 73 heißt es: „Schreib ein Wort so, wie es in der Bibel und im Gesangbuch steht.“ Vgl. auch: C. Busch, Einige Gründe, warum denn doch die Bibel in den Landschulen beybehalten werden könne. In: Quartalschrift für Religionslehrer. Jg. 1 (1804) S. 37 ff.

⁷² Lehmann am 16. Nov. 1800 an Bädeker. In: LKA Bielefeld: 0,8/23.

rer würden auch wohl keinen Fonds finden, „aus welchem die Bedürfnisse des Luxus für sie und ihre Familien könnten befriedigt werden“⁷³.

In ähnlicher Weise antworteten die anderen befragten Prediger. Es muß jedoch auch andere Stimmen gegeben haben, denn Bädeker beantragte am 15. August 1801 aufgrund eines Beschlusses der Synode des Jahres 1800 bei der Regierung, die Prüfung auf der Grundlage des Vorschlages der Gesellschaft zu verbessern. Er wurde jedoch am 2. Oktober von der Behörde in Emmerich dahingehend instruiert, es bis zu einem „allgemeinen Schulplan“, der von von Massow gerade ausgearbeitet wurde⁷⁴, bei der alten Regelung zu belassen. Diese, zuletzt in einer Verordnung vom 14. Mai 1790 präzisiert, eröffnete nur die Etablierung einer Kommission bei der Regierung oder die Prüfung durch Kommissare am jeweiligen Anstellungsort.

Der Instruktionsentwurf der Gesellschaft von 1804

Mit dem Beschluß des Jahres 1800 hatte die Synode immerhin den Weg freigemacht für eine Neuregelung — trotz aller Bedenken. Sicher war nur, daß sie von der kirchlich verfaßten Schulaufsicht nur ungern abgehen würde. Eher suchte sie, sich der Zeitströmung anzupassen, um die eigene Position zu verstärken. Der Beschluß der Regierung hatte sie dann für die kommende Zeit der Lösung des Problems enthoben.

Im Jahre 1804 kam es zu einem neuen Anlauf in der gleichen Frage. Von der Reck und der Bürgermeister der Stadt Hamm, Wiethaus, die inzwischen zu „Deputierten“ der Märkischen Stände avanciert waren, beschwerten sich am 12. Mai bei der Kriegs- und Domänenkammer in Hamm, daß trotz des Hinweises auf die gültigen Reskripte die alten Mißstände wieder eingerissen seien. „Es ist ein Hauptgebrechen des Schulwesens in hiesiger Provinz, daß die Prüfung der Schullehrer nicht nach einer Norm, ja wohl nicht selten sehr unzuweckmäßig vorgenommen wird, weil bald diesem, bald jenem Prediger der Auftrag zur Prüfung erteilt wird, oder vom Inspector selbst geschieht, welcher dann durch Mangel an gehöriger Muße es nur unvollkommen verrichten kann“⁷⁵.

Die Deputierten verwiesen auf die Vorschläge von 1800, um wiederum die Etablierung einer „permanenten Commission“ zu erreichen. Sie regten an, „dieses Geschäft Männern . . . [mit] anerkannten pädagogischen Kenntnissen“ zu übertragen. Der lutherische Prediger Hasenclever aus Gevelsberg, der reformierte Prediger Beckhaus zu Wetter und der katholische Canonicus Cruse aus Soest sollten in Herdecke, „als so ziemlich dem

⁷³ Ebd.

⁷⁴ Vgl. Heinemann, Schule im Vorfeld, S. 353 ff.

⁷⁵ In: StA Münster: KuDK Hamm Nr. 782.

Mittelpunkt der Provinz“, ihre Arbeit verrichten. Der Kommission sollte auch die Prüfung der Lehrer übertragen werden, die „in bessere Stellen befördert zu werden wünschten“⁷⁶.

Absicht des Antrages war, neben der Verbesserung der Prüfung auf dem Wege zu einem überkonfessionellen Schulwesen voranzukommen. Doch verhinderte wiederum ein verwaltungsinterner Grund die Unterstützung durch die Kriegs- und Domänenkammer. Die Petenten wurden auf die Zeit verwiesen, in der die Schulsachen zum Ressort der Kammer gehören würden; der neue Antrag konnte somit nicht früher als am 1. September eingereicht werden⁷⁷.

Um der ganzen Sache weiteren Schwung zu geben, veröffentlichte eines der Mitglieder der von der Gesellschaft der Freunde eingesetzten Kommission, der Prediger Hasenclever, seinen „Entwurf zu einer zweckmäßigen Einrichtung der Prüfungen der protestantischen Schullehrer in der Grafschaft Mark“⁷⁸. Diesen Plan hatte er am 19. Juli 1804 den anderen Mitgliedern vorgelegt, ohne deren Zustimmung erreichen zu können. Wichtigster Grund dafür war die Einschränkung des Entwurfs auf die protestantischen Schulen, die von der Gesellschaft nicht hingenommen wurde, obwohl auch von der Reck für die Absicht Hasenclevers stimmte.

Von der Reck wurde vielmehr beauftragt, Bädeker den im Anhang abgedruckten „Entwurf einer Instruktion für die Examinatoren der künftigen Lehrer an niedern Bürger- und Landschulen“⁷⁹ als Stellungnahme der Gesellschaft zu übermitteln. Es wurde im Schreiben vom 13. Oktober damit zugleich auf den Entwurf der Instruktion geantwortet, den Bädeker ihm im vorigen Jahre übersandt hatte und der — wie oben interpretiert — abgelehnt worden war. Von der Reck vergaß nicht zu erwähnen, daß Wilberg durch seine Krankheit „das ganze Prospect verloren“ hatte. Der Entwurf sei jedoch vorher von zwei Predigern geprüft worden; aus der Erinnerung sei der neue Plan entwickelt worden. Seiner Meinung würde das Ganze nicht entsprechen, da er die Katholiken nicht einbeziehen wollte. Sie seien zu sehr mit ihrem Schulwesen zurück⁸⁰.

Ohne auf diese Hintergründe hinzuweisen, reichte Bädeker den umfangreichen Entwurf der Gesellschaft an die Subdelegaten weiter, da er

⁷⁶ Eingabe vom 12. Mai 1804. In: ebd.

⁷⁷ Vgl. Kapitel I, Anm. 104.

⁷⁸ In: Quartalschrift für Religionslehrer. Bd. 1 (1804) S. 438 ff. Vgl. auch: Etwas zur Geschichte der Schullehrerprüfung in dem luth. Ministerio der Gr. Mark. In: ebd. S. 739 ff. (Hier ist die im gleichen Jahr erlassene Instruktion inhaltlich zitiert). Über Hasenclever und seine Reformpläne vgl.: Jeismann, Tendenzen, S. 87 ff.; ders., Die Eingabe eines Schwelmer Lehrers an das preußische Innenministerium, Sektion für Kultus und Unterricht, aus dem Jahre 1814. In: Westfälische Zeitschrift, Bd. 118 (1963) S. 115 ff.; Dorothea Stupperich, F. Hasenclever und die Schulreform in Schwelm 1804—1814. In: Jahrbuch des Vereins für Westfälische Kirchengeschichte. Jg. 63 (1970) S. 81 ff.

⁷⁹ Im Anhang unter Nr. 6.

⁸⁰ Von der Reck am 13. Oktober 1804 an Bädeker. In: LKA Bielefeld: 0,8/23. Als Kommissare wurden Hasenclever, der Prediger Ek und der „Official Cruse“ aus Soest vorgeschlagen. Dieser war Katholik.

nicht „eigenmächtig handeln“ konnte, wie er von der Reck schrieb⁸¹. Fast alle Antworten der Prediger fielen negativ aus. Ja, es wurde von der Reck sogar seine Beteiligung bei dem Plan vorgeworfen, so sehr stieß der Plan einer über alle Konfessionen sich erstreckenden Organisation nun schon auf Ablehnung. „Die Vorschläge des H. v. d. Reck haben wohl die Sache verdorben“, argwöhnte der Prediger Reichenbach, als er die Einwände seiner „Classe“ berichtete⁸².

So drohte erneut ein Projekt der Gesellschaft zu scheitern, das von allen als das realitätsbezogenste angesehen werden kann. Zwar wollten die Reformer mit der Prüfungsordnung zugleich auch die gesamte Ausbildung der Lehrer reformieren. Doch eigentlich suchten sie nur das einzuführen, was auf den besseren Seminaren in Berlin und Halberstadt bereits gängig war⁸³. Wilberg hatte der Gesellschaft dabei seine eigene Ausbildung als Muster empfohlen.

In Zukunft sollten die Kandidaten nach ihren Kenntnissen und pädagogischen Grundsätzen befragt werden. Zuvor hatte meistens der Nachweis der guten Gläubigkeit verbunden mit der mehr oder weniger wichtig genommenen Beherrschung des Unterrichts der Elementartechniken genügt. Nunmehr sollten die Prüflinge Mindestkenntnisse vorweisen, etwa in der deutschen Sprache, in Gesang und Musik, in Rechnen und Meßkunst und im „Gemeinnützigsten aus der Natur-, Erd- und Vaterlandskunde“, in der „Lehre vom Menschen“ und schließlich auch in der „Religions- und Sittenlehre“⁸⁴.

Der Kandidat sollte überdies seine Lehrmethoden theoretisch erläutern können und den Nachweis erbringen, daß er mit der Organisation des Unterrichts in den zumeist einklassigen Schulen zurechtkam. Deswegen hatte er in einer praktischen Prüfung sein methodisches Geschick, insbesondere in der „sokratischen“ Lehrweise, zu beweisen. Die Schulzucht sollte von ihm überlegt und nach Regeln angewendet werden können. Auch sollte nach seinen „literarischen Kenntnissen“ gefragt werden, um seine Belesenheit zu ermitteln. Prüfungsprotokoll und Zeugnis und die Weitermeldung des Ergebnisses an ein noch zu errichtendes „Provinzial-Schul-Collegium“ sollten die Prüfung insgesamt zu einer unumgehbaren Hürde machen und die Schulreform inhaltlich sichern helfen⁸⁵.

⁸¹ Antwort vom 26. Okt. 1804. In: ebd.

⁸² Antwort vom 19. Dez. 1804. In: ebd.

⁸³ Vgl. zu diesem Komplex den auf dem „Entwurf einer Instruktion“ aufbauenden Vorschlag Bernhard Christian Ludwig Natorps, Schema zu einem Schullehrer-Examen. Als Beilage G angefügt in: ders., Grundriß zur Organisation allgemeiner Stadtschulen. Duisburg und Essen 1804. S. 277 ff. Eine einheitliche Regelung für Gesamtpreußen erfolgte wohl erst durch Reskript vom 1. Juni 1826. In: Jahrbücher des Preußischen Volksschul-Wesens, Bd. 4 (1827) S. 154 ff.; auch Rönne, Unterrichts-Wesen, Bd. 1 S. 416 ff.

⁸⁴ „Entwurf einer Instruktion“. Vgl. Anhang Nr. 6.

⁸⁵ Ebd.

Das ganze Programm war aus der Zusammenfassung aller bisherigen Überlegungen entstanden, daher eigentlich wenig aufregend, wenn nicht die Absicht bestanden hätte, die Schranken der Konfessionen einzureißen.

Die Einwände der Prediger und die Instruktion von 1807

So wohldurchdacht und praktikabel der Vorschlag einer gemischt besetzten Prüfungskommission auch war, ihn zur Regel zu machen, lag in der Hand der Synodalen und vor allem der Subdelegaten. Im Oktober hatte Bädeker den Entwurf zur Prüfung weitergereicht, und bis Ende Dezember lag — wie bereits kurz angedeutet — das zumeist ablehnende Urteil der Prediger vor. Alle wandten sich gegen die Absicht, der Kirche das Mittel der Prüfung aus der Hand zu nehmen, obwohl in Einzelfragen wiederum mehr oder weniger die Absicht gutgeheißen wurde⁸⁶.

Der Prediger Stein schrieb zu Beginn: „Es muß alles beim Alten bleiben; so sprechen die alten Weiber auch, wenn wir ihnen ein neues Gesangbuch geben wollen; und wir sollen doch klüger seyn“. Er hielt eine besondere Prüfungskommission für sehr „zweckmäßig“ und „wünschenswerth“, daran könne wohl keiner zweifeln. „Nur muß sie nicht, wie der H. v. d. Reck will, vom Ministerio getrennt seyn...“⁸⁷.

Ähnliche Gedanken machte sich Hasenclever. „Ich bin nicht der Meinung derjenigen Herren Amtsbrüder, welche behaupten, es muß bei der alten Observanz bleiben: denn die hat bekanntlich in Puncto des Schullehrerexamens nichts getaugt. Woher kommen wir sonst an das Heer von geistesarmen und durchaus untauglichen Menschen, denen die Erziehung unserer Jugend übergeben ist?“⁸⁸ Aber auch er konnte sich nicht für eine weltliche Institution erwärmen. Die Wahl der Mitglieder müsse weiterhin durch die Synode erfolgen, da im „Interesse ihrer Amtswirksamkeit“ die weitere Mitbeteiligung an der Schule erforderlich sei. Wegen der „Verwandtschaft des Berufs“ sei die Angelegenheit auch nicht so schwierig, daß sie Fachleute verlange.

Bei allem sollte die Gesellschaft der Freunde von den Ergebnissen der Prüfung jeweils benachrichtigt werden, um „dadurch ihre uneigennütigen Bemühungen um die Verbesserung des Schulwesens zu ehren“. Und er schloß: „Rätlicher scheint es mir daher, sich lieber auf das einzuschränken, was sich an die bestehende Konstitution anschließt u. leicht ausführbar gemacht werden kann, als auf einmal alles umfassen zu wollen u. darüber vielleicht nichts zu Stande zu bringen.“⁸⁹

⁸⁶ Antworten Oktober bis November 1804. In: LKA Bielefeld: 0,8/23.

⁸⁷ Ebd.

⁸⁸ Ebd.

⁸⁹ Ebd.

Verglichen mit seinen eigenen Vorstellungen im „Entwurf“, die er in der „Quartalschrift für Religionslehrer“ veröffentlicht hatte, schien auch Hasenclever seine Ansicht nun zugunsten einer schlichteren Lösung geändert zu haben. Dieses war Bädeler zu verdanken, der mit ihm über die „Realisierung“ gesprochen hatte⁹⁰.

Hasenclever hatte in seinem veröffentlichten Lösungsvorschlag zu Anfang gemeint, daß das, was die Behörden den Ärzten, Wundärzten und Hebammen in einer geregelten Ausbildung und Prüfung abverlangten⁹¹, für die Schullehrer mindestens gleich wichtig sei. Auch die Privatlehrer sollten den Befähigungsnachweis erbringen müssen. Da die Prediger wie die Lehrer an der Aufgabe arbeiteten, „die ihnen Anvertrauten zu verständigen, guten, brauchbaren und glücklichen Menschen zu bilden“, sei ihnen die Prüfung zu übertragen⁹².

Bei der Erörterung der ihn leitenden Grundsätze ging Hasenclever von der Aufgabe der Schule aus, die den Endzweck habe, „die Ausbildung der edelsten Menschenanlagen in den Gemüthern der Kinder, oder die Uebung zum selbständigen Denken und Handeln nach den Geboten der Pflicht“ zu erreichen. Die Kinder seien zu „brauchbaren und glücklichen“ Mitgliedern der Menschheit und der Nation zu erziehen, oder: *„Kinder sollen in den Schulen zu verständigen und sittlichen Menschen und zu brauchbaren und glücklichen Bürgern gebildet werden.“* Auf dieser Basis sollte dann examiniert werden, ob der Kandidat „die Zwecke des Schulamtes und die Grenzen desselben hinlänglich kenne“, ob er dazu „Kraft, Kenntnisse und Geschicklichkeit“ besitze, ob man ihm den „guten und festen Willen“ dazu zutrauen könne⁹³. Auch durch besondere Fähigkeiten eines Kandidaten sollten sich die Prüfer nicht von einer ernsthaften Prüfung der Grundfähigkeiten abhalten lassen; derartige Eignungen könnten jedoch vermerkt werden, um für die spätere Verwendung Anhaltspunkte zu finden.

Im Anschluß an diese Vorüberlegungen entwickelte Hasenclever dann den „Umriss der ganzen Prüfung“, der nicht mehr enthielt, als aus den Vorüberlegungen bereits bekannt war. Bemerkenswert bei all diesen Überlegungen ist, daß sie bereits die Mehrzahl der Elemente enthalten, die noch heute das Prüfungswesen bestimmen. Hasenclever wurde übrigens 1816 in die „Kirchen- und Schulcommission“ der neu gebildeten Regierung in Arnswalde berufen. Seine Bemühungen um die Schule wurden damit wohl belohnt, zugleich der Konflikt, ob kirchliche oder weltliche Schulverwaltung, überbrückt.

⁹⁰ Nach: Bädeler am 26. Okt. 1804 an von der Reck. In: ebd.

⁹¹ Vgl. Einzelheiten über die Examinationskommission für die Medizinalverwaltung in: StA Münster: KuDK Hamm Nr. 6.

⁹² Hasenclever, Entwurf, S. 442. Dieses war die allgemeinste und gängigste Formel, auf die die Schulreform der Zeit gebracht werden konnte. Sie könnte auch einem Reskript des OSK entnommen sein.

⁹³ Ebd. S. 445—447.

Das Ergebnis der von Bädeker eingeholten Meinungen und seine Distanzierung vom Entwurf Hasenclevers bewirkten, daß bis zur nächsten Synode kein entscheidungsreifer Vorschlag erarbeitet werden konnte. Die Synodalen beschränkten sich daher mit einem Hinweis auf die weitere Gültigkeit der Instruktion von 1799. Damit war wieder nichts Entscheidendes geschehen⁹⁴.

Bei allem wurde deutlich, daß keine Reform ohne die Prediger durchzuführen war. Solange ihnen nicht sehr deutlich der Vorteil eines neuen Verfahrens vor Augen gestellt werden konnte und solange ein Projekt der Gesellschaft ihren Erfahrungen mit der Bevölkerung widersprach, hielten sie an den alten Positionen fest. Dieses war verständlich, hinderte jedoch jeglichen Fortschritt, weil das Ermessen immer in die Hände derjenigen gegeben war, die über weniger Fachkenntnisse verfügten. Im Extremfall hielten diese sogar noch dann an den alten Formen fest, wenn sie sie selbst nicht mehr erfüllten und Schule Schule sein ließen.

Seit Jahren wuchs jedoch der Bedarf nach fachmännischer Schulverwaltung. Auf der Synode des Jahres 1806 kam es zu der Entschlie-ßung, daß „inskünftige, um den zu examinirenden meistentheils unbegüterten Schullehrern die Kosten der Reise zum Wohnorte des Gen. Inspectors zu ersparen, die Schullehrer von den Subdelegaten ihrer Klasse mit Zuziehung eines andern sachkundigen Predigers oder Schulmanns examiniert werden sollen“⁹⁵. Die zwischenzeitliche Lösung der am Wohnort des Generalinspektors Bädeker zu Dahl stattfindenden Prüfung wurde damit wieder aufgegeben, weil sie unzweckmäßig war. Zugleich war erstmalig die Mitwirkung von weltlichen Fachmännern ermöglicht. Unter der Hand konnten die Pädagogen damit erheblich auf die Prüfung einwirken und sie im Sinne ihrer Ziele ausbauen.

Trotz des scheinbaren Rückschritts war die Prüfung also nicht mehr auf den Stand zurückzubringen, der der strengen Regelung entsprochen hätte⁹⁶. Dieses erkannten wohl auch die Synodalen, die 1806 den Predigern Dahlenkamp und Hasenclever aufgaben, die „im Jahre 1799 angefertigte und von der Regierung gutgeheißene Instruction zum Grunde“ zu legen und sie mit den Hasencleverschen Ausführungen zu „amal-

⁹⁴ Vgl. den Bericht: „Die evang. luth. Synode zu Hagen in der Grafschaft Mark, den 9. und 10. Juli 1805. In: Quartalschrift für Religionslehrer. Bd. 2 (1805) S. 720 ff., hier S. 722.

⁹⁵ „Die evang. luth. Synode zu Hagen in der Grafschaft Mark den 8. und 9. July 1806“, in: ebd. Bd. 3 (1806) S. 573. Über die Reisekosten hatte die Synode bislang nicht nachgedacht, wohl aber über die Renumeration für eine Kommission. So sah Hasenclever in seinem Entwurf Diäten von 3 Rtlr. pro Tag vor. Auf Antrag von der Recks, wie aus einer Fußnote hervorgeht, hatten die Landstände sogar bereits 30 Rtlr. für diesen Zweck bewilligt. Vgl. Anm. 78. Ebd. S. 444.

⁹⁶ Die Prüfungsprotokolle der Zeit weisen aus, daß die Prüfungen immer mehr nach einer den Instruktionsentwürfen angenäherten Form erfolgten. Vgl. z. B. das Protokoll der Prüfung des Lehrers Schünder vom 3. Febr. 1801. In: LKA Bielefeld: 0,8/23.

gamieren⁹⁷. Das Inspektorium sollte dann um die Genehmigung der Neuordnung bitten.

Das Hin und Her zwischen den Reformern und den Traditionalisten war damit in eine neue Phase getreten. Der Sachverstand, der nach den Prüfungsprotokollen der Zeit ohnehin schon weit in die Prüfungen vorgedrungen war, setzte sich langsam auch in der Synode durch. Inzwischen hatte auch die Kriegs- und Domänenkammer eingegriffen und angeordnet, daß alle für untauglich befundenen Schullehrer zu Kursen auf ein Seminar geschickt werden sollten. Gingen sie nicht „freiwillig“, so wurden sie solange „visitiert“ und begutachtet, bis sie mürbe zur Weiterbildung waren⁹⁸.

1807 kam es dann endlich zur Festlegung einer neuen Ordnung im Prüfungswesen. Mit kleinen Modifikationen wurde die von den beiden Predigern erarbeitete Instruktion von der Synode verabschiedet⁹⁹. Wenn die Reformer auch nicht alles hatten erreichen können, so war in der Zukunft doch eine der Zeit angemessene fachliche Prüfung gesichert; zugleich damit die neuen Inhalte der Volksschule.

Diese Entscheidung fiel schon in die Zeit, in der die Gesellschaft der Freunde in Auflösung begriffen war. Mehr als die Fragen aufzugreifen, sie durch erste Entwürfe in die Diskussion zu bringen, hatte sie nicht erreicht. Es war ihr nicht gelungen, sich als Vertreter der „Nation“, als dritte Kraft im Prüfungswesen neben Kirche und Landesverwaltung zu etablieren. Dieses war in den älteren, weiter gültigen Rechtsordnungen nicht vorgesehen; Vertreter der „Nation“ im Schulwesen gab es dann einige Jahre später in den städtischen Schuldeputationen und Landschulvorständen als Ergebnis der preußischen Reformen. Doch betrifft dieses bereits den Komplex der Schulaufsicht; auf die Schulvorstände wird noch eingegangen werden.

Das Projekt: Gründung eines Provinzialschulkollegiums

Immer wieder stieß die Gesellschaft der Freunde bei ihren Reformvorhaben auf die zentrale Verteidigungsposition der Kirchengemeinschaft: die kirchliche Schulaufsicht, vertreten durch die Pfarrer auf der Ortsebene und das „Ministerium“ auf der Provinzebene. Sehr schnell machten die Reformer die Erfahrung, daß die dauernden Auseinandersetzungen mit pädagogisch ungebildeten Predigern die Reformen auf der Strecke bleiben ließen. Zu groß war die Macht der Ortspfarrer, als

⁹⁷ Vgl. Anm. 95. S. 573.

⁹⁸ Vgl. Quartalschrift für Religionslehrer. Bd. 4 (1807) S. 202. Durch die Einrichtung von Seminaren wurde die Prüfung vor einer derartigen Prüfungskommission immer seltener, da die Prüfung zum Aufgabenbereich des Seminardirektors gehörte.

⁹⁹ Vgl. Die evang.-lutherische Synode in der Grafschaft Mark. Hagen, den 7ten und 8. Juli 1807. In: ebd. S. 154.

daß sich ein Schullehrer gegen den eigentlichen „Schulherrn“ hätte auflehnen können.

Bevor die ersten offiziellen Reaktionen auf die Bemühungen der Gesellschaft vorlagen, die das Festhalten an der kirchlichen Position signalisierten, hatte es noch auf dem Gebiet der Schulaufsicht einen Frontalangriff auf die kirchliche Schulverfassung gegeben. Analog zu dem seit 1788 bestehenden reformierten „Provinzial-Schulkollegium“ im Herzogtum Cleve¹⁰⁰ wollten die Schulreformer eine zentrale Behörde für das Schulwesen errichten. Diese sollte bislang von der „Regierung“ verwaltete Schulaufsichtsrechte übernehmen und mit weiteren Befugnissen ausgestattet werden. Denn es erschien schon allein aus Gründen der Entfernung zwischen den zu beaufsichtigenden Schulen nötig, die Organisation zu ändern.

Die Mitglieder der Gesellschaft hielten die ältere Regelung für überholt, weil sich mit ihr nicht die Durchsetzung des Zieles der Errichtung einer konfessionspluralistischen, staatsbürgerlich orientierten Volksschule durchsetzen ließ. Die Schule als Sache der „Nation“, wie sie auch Humboldt in dieser Zeit forderte¹⁰¹, verlangte nach einer Schulaufsicht, die nicht nur die kirchlichen und staatlichen, sondern auch die Interessen der Bevölkerung vertrat und zugleich die weitgesteckte innere Schulreform betrieb.

Von Anfang an waren sich die Reformer darin einig, daß es wünschenswert wäre, das neue Provinzialschulkollegium von den alten Mächten relativ unabhängig zu etablieren und „blos unmittelbar von dem Ober-Schul-Collegio zu Berlin“ abhängig zu machen¹⁰². Diese Organisation auf provinzieller Ebene sollte sich dann nach unten hin fortsetzen. Die Gesellschaft entwickelte die Idee der Errichtung von „Kirchspielschulkollegien“, um einerseits die Bürger an der Schulaufsicht zu beteiligen und andererseits den Einfluß der Geistlichen einzudämmen. Schließlich sollten dadurch auch Möglichkeiten eröffnet werden, die Finanzbasis der Volksschulen zu verbessern. Denn Mitbestimmung schien gleichzeitig höheres Interesse und damit höhere Bereitschaft zum finanziellen Engagement zu versprechen.

Der neue Instanzenzug sollte also genau zwischen Kirche und Staat angesiedelt werden und in dreifacher Abstufung von der Ortsebene über die Provinzialebene bis zur Oberbehörde reichen. Die Neuheit, getragen vom erwachenden Bewußtsein des „Gemeingeistes“, befand sich damit

¹⁰⁰ Vgl. Wilhelm Meiners, Das Volksschulwesen in Mark und Cleve unter Steins Verwaltung (1787–1804). In: Mitteilungen der Gesellschaft für deutsche Erziehungs- und Schulgeschichte. Bd. 16 (1906) S. 113 ff., hier S. 116.

¹⁰¹ Wilhelm von Humboldt, Ideen zu einem Versuch, die Gränzen der Wirksamkeit des Staats zu bestimmen. In: Andreas Flitner/Klaus Giel (Hrsg.), Wilhelm von Humboldt. Werke in fünf Bänden. Bd. 1 Stuttgart 1960. S. 56 ff.

¹⁰² Protokoll der Konferenz vom 20. und 21. Okt. 1796. In: StA Münster: KuDK Hamm Nr. 781.

von Anfang an zwischen den Stühlen der etablierten Ordnung, und selbst das Oberschulkollegium schien später über den Versuch erstaunt zu sein, die eigenen Zuständigkeiten durch einen Unterbau zu ergänzen. Der Kampf zur Durchsetzung mußte damit nach drei Richtungen hin geführt werden.

Bei der Hartnäckigkeit der traditionellen Einstellungen war die Chance zur Realisierung damit von Anfang an gering. Doch hatten die Mitglieder von der Grundsätzlichkeit ihres Versuchs zunächst keine Vorstellung, da sich eins aus dem anderen entwickelte und ihnen später die Führung der Sache aus der Hand genommen wurde, dieses Mal nun nicht durch die Kirchenbehörden, sondern durch die Landesbehörden.

Den Auftakt zu dem Projekt gab ein jenseits aller Zuständigkeiten mit der Kriegs- und Domänenkammer in Hamm geführter Schriftwechsel. Mit dem Datum vom 29. Juni 1796 liegt ein „Pro memoria, die Verbesserung der Landschulen betreffend“ vor¹⁰³. Der Landrat Senft von Pilsach hatte es im Auftrag der Gesellschaft der Freunde verfaßt. Von der Reck übersandte es am 6. August dem Oberpräsidenten der westfälischen Kammern, dem Reichsfreiherrn vom Stein, und bat, „uns Hochdero Meynung darüber zu eröffnen“¹⁰⁴.

Von der Reck erhoffte sich die Förderung des Plans durch vom Stein. Gerade diesen hielt er für fähig, die Zusammenhänge zwischen Schule und „Staats- und Menschenwohl“ zu erkennen. Beide kannten sich seit Jahren von den Landtagsverhandlungen her, die vom Stein als Kommissar der Kammerverwaltung zu führen hatte. Es waren insbesondere die Fragen der Versorgung der preußischen Truppen gewesen, die vom Stein dort geregelt hatte¹⁰⁵. Aus allem fand von der Reck „in Hochdieselben . . . die günstigsten Umstände für die Wünsche der Gesellschaft vereint“¹⁰⁶.

In der 16seitigen Denkschrift Senft von Pilsachs folgten den einleitenden allgemeinen Bemerkungen detaillierte Vorstellungen zur Verbesserung der Schulaufsichtsstruktur. So sollten die neuen Kirchspielschulkollegien von den Landräten unabhängig von den bestehenden Kirchenvorständen organisiert und vom Oberschulkollegium mit Befugnissen ausgestattet werden. Alle Akten und Verhandlungen sollten der Gesellschaft „sub fide remissionis“ zugestellt und überall sollte „de concert.“

¹⁰³ In: ebd.

¹⁰⁴ In: ebd. Vom Stein war am 21. Juni 1796 zum „Ober-Praesidenten über die Cammer Collegia der Provinzen Minden, Ravensberg, Tecklenburg und Lingen, Cleve und Meurs, Mark und Geldern“ ernannt worden. Vgl. Erich Botzenhart (Bearb.)/Walter Hubatsch (Hrsg.), Freiherr vom Stein. Briefe und amtliche Schriften. Bd. 1. Stuttgart 1963. S. 431.

¹⁰⁵ Vgl. hierzu die Akten in: StA Münster: KuDK Hamm Nr. 125 bis 129. Auch Kurt von Raumer, Die Autobiographie des Freiherrn vom Stein. Münster/Köln/Graz 1960. S. 11.

¹⁰⁶ Von der Reck am 6. August 1796. In: StA Münster: KuDK Hamm Nr. 781.

zu Werke gegangen werden¹⁰⁷. Grundzüge der Organisation wollte die Gesellschaft im Druck veröffentlichen, ebenfalls die Richtlinien. „Dies dürfte zunächst Ermunterung und Wetteifer für die gute Sache wirken.“¹⁰⁸

Auch über die Gestaltung der nächsten Stufe gab es Vorschläge. „Die Organisation und Generaldirektorium... würde am zweckmäßigsten d. H. Oberpräsidenten... aufzutragen sein...“ Die weiteren Mitglieder sollten sein „ein Paar Deputierten aus den Landständen“, die vier Landräte, „ein Paar Mitglieder der Gesellschaft“ und je ein Geistlicher von „allen drei Religionen“¹⁰⁹.

In die Zuständigkeit der Behörde sollten alle niederen Schulen auf dem Lande fallen, von welcher Konfession sie bislang auch getragen worden waren. Zum weiteren Aufgabenkreis sollten gehören: „a) die Ausmittelung der nötigen Fonds zur Provinzialschulkasse, b) die Benennung eines Rendanten und dessen Instruktion“, c) die Aufsicht über die Kasse, d) die Verwendung der Gelder, e) die Anstellung eines Sekretärs und dessen Instruktion, f) die Aufsicht über die Landschulen, g) die Einziehung von Berichten und Vorschlägen zur Schulverbesserung von der Gesellschaft der Freunde, den Kirchspielschulkollegien, den Kirchenkreisen, den Synoden u. a., h) den Entwurf einer Instruktion für die eigene Behörde unter Genehmigung durch das Oberschulkollegium und schließlich i) die Einrichtung eines Provinzial-Lehrerseminars¹¹⁰.

Zweimal im Jahr sollten sich alle Mitglieder versammeln; die Kosten dafür sollten aus den Ständegeldern¹¹¹, aus dem „landrätl. Konferenzdiäten Fonds“ und aus Synodalgeldern erstattet werden. Nur in Einzelfällen war die Unterstützung einzelner Schulen aus dem Fonds vorgesehen, der zum Teil aus Kollekten gefüllt werden sollte. Die Prämien der Gesellschaft wären von dem Kollegium zu übernehmen.

Mit dem „Pro memoria“ lag ein umfassender Reorganisationsplan für die veralteten Schulbehörden vor. In seinem ergänzenden Vorschlag vom 26. Juli 1796 weist Senft von Pilsach darauf hin, daß sowohl die Gesellschaft als auch die Kammer über das „Bedürfnis eines Prov. Schul-Collegii und der Unterschulkollegien... ganz einverstanden zu sein“ scheine¹¹². Er hatte vermutlich inzwischen mit vom Stein die Angelegenheit besprochen, denn er meinte unter Abschwächung der zunächst sowohl die untere als auch die mittlere Ebene umfassenden Planung, daß bei der Durchsetzung „stufenweis“ vorgegangen werden müsse. Dem Provinzialschulkollegium müsse zunächst das Hauptaugenmerk gelten. Vom Stein sei auch zuzugestehen, den Plan „nach Gutfinden abzuändern oder zuzusetzen, und hiernächst das weitere Nötige zur Realisierung der Sache selbst einzuleiten“¹¹³.

¹⁰⁷ Pro Memoria vom 29. Juni 1796, in: ebd.

¹⁰⁸ Ebd. ¹⁰⁹ Ebd.

¹¹¹ Daraus bekam auch die Kammer ihre Gelder.

¹¹² In: StA Münster: KuDK Hamm Nr. 781.

¹¹⁰ Ebd.

¹¹³ Ebd.

Auch diese ergänzenden Bemerkungen wurden von von der Reck weitergeleitet. Vom Stein seinerseits übergab die Pläne dem Prediger Rischmüller an seinem Dienstsitz Minden zur Begutachtung. Dieser ergänzte das Vorhaben durch den Hinweis¹¹⁴, jedem Mitglied des Schulkollegiums einen besonderen Distrikt zu unterstellen. Dadurch sollte das Ganze überschaubarer werden, denn mit reiner Verwaltungstätigkeit an einem Ort wäre es nicht getan. Er hielt es auch für möglich, katholische Geistliche an der Aufsicht zu beteiligen. Doch müßten diese genügend Toleranz besitzen, wie z.B. Overberg in Münster, dessen Schriften auch von protestantischen Lehrern gerne gelesen würden¹¹⁵. Auf die Beteiligung der Kirchspieleingesessenen müsse großer Wert gelegt werden, da diese den „Ton“ in der Gemeinde angeben könnten. Somit sei auch für notwendige Verbesserungen mehr Verständnis zu erwirken.

„Das wichtige Werk der Verbesserung des Schulwesens in der Grafschaft Mark wird desto glücklicher von statten gehen“, so meinte Rischmüller abschließend, „wenn die Landprediger ihre Pflichten erfüllen, und sich durch den über alles Lob erhabenen Patriotismus der Gesellschaft der Freunde der Lehrer und Kinder, zu gleichem Eifer und Thätigkeit ermuntern lassen“¹¹⁶

Die Stellungnahme des Oberkammerpräsidenten vom Stein

Die ersten Stellungnahmen machten der Gesellschaft der Freunde Hoffnung. Vor allem die Antwort vom Steins vom 20. August 1796 gab zu weiteren Überlegungen Anlaß, obwohl vom Stein sich keineswegs eindeutig für die Unterstützung der Sache festlegte. Da sein Brief ein wichtiger Beleg für die Einschätzung der Schule als Mittel zur Förderung der Landeskultur ist, soll er ausführlich zitiert werden.

Wie die Mitglieder der Gesellschaft und vor allem Wilberg vertrat auch vom Stein die Ansicht, die Schule für die Eindämmung der von der frühen Industrialisierung ausgehenden Sekundärwirkungen zu benutzen, daher sei die „Verbesserung der Schulanstalten... mehr als jemals ein dringendes Bedürfnis bey dem gegenwärtigen Zustand der Civilisation seiner Bewohner“. Auf dem Lande habe „eine Folge den Ackerbau be-

¹¹⁴ Gutachten vom 21. Aug. 1796. In: ebd.

¹¹⁵ Bernhard Heinrich Overberg (1754—1826) war nach dem Studium in Münster zunächst Hofmeister, wurde 1779 zum Priester geweiht. Als Kaplan in Everswinkel widmete er sich insbesondere der Verbesserung des Schulwesens. Vom Frhrn. von Fürstenberg nach Münster berufen, gründete er die Normalschule als Mittelpunkt der Lehrerbildung des Fürstentums Münster. 1789—1806 erzog er die Kinder der Fürstin Gallitzin, gleichzeitig leitete er als Mitglied der Landesschulkommission die Reformen im Schulwesen, die von Fürstenberg initiiert worden waren. 1826, schon lange Konsistorialrat, gab er seinen Normalkurs zum letzten Male. Mit seinen pädagogischen Schriften wirkte er in weitem Umkreis.

¹¹⁶ Vgl. Anm. 114.

günstigenden Umstände . . . in die Hände des Landmannes eine beträchtliche Masse von Vermögen gebracht“ und darin habe „in seinem jetzigen Zustand von Rohheit eine Veranlassung zu zweckloser Verschwendung oder Befriedigung grober Sinnlichkeit seyn Brod, wenn nicht Erziehung dafür sorgt, ihm eine gewisse Anzahl, diesem Übel entgegenwirkender und leitender Grundsätze bezubringen“¹¹⁷.

Dieses gelte auch für die „Fabriquendistricts“. Hier sei „der Unterschied zwischen den oberen und den niederen Ständen, und die Verbindung unter ihnen weniger hart abgegrenzt, der Übergang vom Fabricanten zum Fabriquen, Verleger und Kaufmann häufiger“. Diese Beschreibung früher gesellschaftlicher Mobilität, die deutlich macht, wie gering die Bindungen durch die Geburtsstände noch hielten, führe „bey dem Mangel von sittlicher Ausbildung“ zu einem „Hang zur Lüge, der Nachahmung“, begleitet von einem „Geist der Turbulenz, des Ungehorsams“.

Es galt also, die durch die alte Ordnung gegebene Sicherheit und Ruhe durch einen versittlichenden Schulunterricht auch in dem „neuen Zustand der Civilisation“, dem sich ankündigenden industriellen Zeitalter, zu erreichen. Daher „verdient der vom einsichtigen Wollen und soviel Gemeingeist besitzenden Herrn Landrat von Senft entworfene Plan . . . jede Unterstützung“. Stein hob hervor, daß dieser Plan zugleich „das Interesse und die Mitwirkung des Publikums so genau an die Ausführung der Sache bindet“, und sprach damit den Sachverhalt an, daß nunmehr die „Nation“ ein Mitwirkungsrecht an der Schule erhalten sollte.

Über die Amtsgeschäfte der neuen Behörde meinte vom Stein, daß „die Aufsicht und Verwaltung des Ober-Schulcollegii“ durch „Correspondenz und Visitation“ dauernd erfolgen müsse, womit hier das Provinzialschulkollegium gemeint war. Deswegen müsse seine Zusammensetzung dem Zweck entsprechen. Es wäre also dem von Senft von Pilsach vorgeschlagenen Personal noch „ein Pädagoge und ein Geschäftsmann, die sich diesem Beruf unausgesetzt widmen“, hinzuzufügen. Da unter einem „Geschäftsmann“ in der Zeit ein Beamter verstanden wurde, wird schon hier deutlich, daß vom Stein eine Beteiligung der Landesverwaltung für unumgänglich hielt.

Aufgrund dieser positiven Antwort setzten sich die Reformer erneut zusammen und berieten am 20. und 21. Oktober 1796 in Hamme gemeinsam mit dem Landrat dessen drittes „Pro memoria“ vom 17. Oktober¹¹⁸. An der Beratung nahmen außer von der Reck noch der Hofrat Engels, die Prediger Engels zu Herringen und Senger zu Reck, Snethlage und als Schriftführer der Rektor van Haar teil¹¹⁹.

¹¹⁷ Entwurf des Schreibens, das bislang nicht veröffentlicht ist, in: StA Münster: KuDK Hamm Nr. 781. Es befindet sich auf der Stellungnahme von Rohrs als Randschrift.

¹¹⁸ In: ebd.

¹¹⁹ Nach dem Protokoll, in: ebd.

In dem einstimmig angenommenen Ergebnis finden sich mehrere Veränderungen gegenüber dem ersten Entwurf. Der Umfang der Aufgaben des Provinzialschulkollegiums wurde jedoch nicht verändert. In das Personal waren nun neben pädagogisch versierten Männern eine Vielzahl von Angehörigen der Verwaltung aufgenommen worden und zwar aus Regierung und Kammer. Insgesamt sah der Plan vor, neben dem märkischen Kammer-Präsidium und Direktorium je zwei bis drei Räte von Regierung und Kammer, einige Deputierte der Landstände aus der Ritterschaft und den Städten, auch aus den Land- und Steuerräten, weiterhin einige Justizbediente, Prediger und Pädagogen und „noch andere Männer von Kraft und gutem Willen“ aufzunehmen.

Hauptergebnis dieser Korrektur an dem ursprünglichen Entwurf war, daß die Verwaltungsbeamten nun auf einmal das Übergewicht bekamen, obwohl diese doch genauso wenig Schulfachleute waren wie andererseits die Geistlichen. Die Zahl der Prediger war verringert worden. Die Reformer konnten sich nach der Stellungnahme vom Steins und nach den Argumenten des Landrats nun auf einmal die Durchsetzung des Projekts nur über den Ausbau einer eng an die allgemeine Landesverwaltung angelehnten und beinahe von ihr abhängigen Behörde vorstellen. Das Kollegium sollte alle vierzehn Tage im Gebäude der Kammer in Hamm zusammentreten. Es paßte sich damit dem Rhythmus der Kammerverwaltung an.

Die Räte der immer noch die Schulsachen behandelnden cleve-märkischen Regierung sollten nunmehr eine eigenständige Deputation innerhalb des Kollegiums bilden, die anderen, zumeist auswärtigen Mitglieder, sich in Deputationen der Behörde in den verschiedenen Gegenden der Grafschaft versammeln. Die Kriegs- und Domänenkammer kam bei allem in eine Art Schlüsselstellung hinein, während die mit den Schulfachleuten und Schulkundigen besetzten Deputationen die Stellung von Exekutivorganen erhielten, die durch einen ausführlichen Schriftverkehr an die Zentrale gebunden werden sollten. Auch die vorgesehene Ernennung zu „Schulräten“ änderte nichts daran, daß die Aufseher im Lande unvermittelt zu „korrespondierenden Mitgliedern“ wurden. Damit bestand die große Gefahr, daß die ursprüngliche Idee der Ansiedlung der Behörde zwischen Kirchen- und Landesverwaltung nicht mehr realisiert werden konnte.

Die Veränderungen vom ersten zum dritten Entwurf lassen nur den Schluß zu, daß von der Kammer in Hamm dieses Ziel gesetzt worden war. Die Mitbeteiligung am Schulwesen zu erreichen, war in der Tat eine Absicht des vorgesetzten Generaldirektoriums, wie noch zu sehen sein wird. Nachteil der Überlegungen zu diesem Zeitpunkt war, daß die Kirchen als traditioneller Träger der Schulaufsicht mit ihren Rechtspositionen nicht so in die Debatte einbezogen worden waren, wie es für das Ziel sinnvoll gewesen wäre. Von der Kirche war eigentlich nur noch in Nebenbemerkungen die Rede. Kein Wunder, daß nach Bekanntwerden des

Plans in die Arbeit der Synode so unverhofftes Leben einzog und die Synodalen sich mehr und mehr des sie schützenden Rechtszustandes erinnerten.

Aber noch war die Verwirklichung des Provinzialschulkollegiums nicht nahe. Die Gesellschaft jedoch hoffte durch das positive Urteil vom Steins, der Realisierung erheblich näher gekommen zu sein. Auf einer weiteren Sitzung, am 20. und 21. Oktober 1796 wurden schon Berechnungen über die Kosten des Ganzen angestellt. Mit 220 Rtlr. glaubte man auszukommen; die Mittel sollten aus irgendeinem Fonds schon aufgebracht werden. Optimistisch wurde in derselben Sitzung daran gedacht, alle Schulen der Provinz dem Kollegium zu unterstellen. Denn fielen nicht auch die Gymnasien und die Stadtschulen unter dieselbe Theorie? Eine einheitliche Behörde würde viele Vorteile haben¹²⁰.

Einig waren sich die Mitglieder der Konferenz darin, daß das Schulkollegium der „allerhöchsten“ Genehmigung bedurfte und daß „das Provinzial-Schulkollegium ein von der Cammer und der Regierung ganz unabhängiges und bloß unmittelbar von dem Ober-Schul-Collegio zu Berlin abhängiges Collegium sein mußte“¹²¹. Auch später kannte die Verwaltung die Trennung von Instanzenzügen. Ein Beamter konnte daher durchaus zwei verschiedenen Kollegien angehören.

Auch für die Schwierigkeit, daß Kammer und Regierung in der Mark an verschiedenen Orten saßen und damit in der Verständigung behindert waren, war eine Lösung gefunden worden. Die Regierung sollte die Kasensangelegenheiten weiter verwalten dürfen. Zu den anderen Angelegenheiten sollten ihre Mitglieder nach Hamm reisen. Damit, so glaubte die Konferenz, wäre die Regierung in Emmerich zufrieden gewesen.

Wiederum war es die Aufgabe des Vorstehers der Gesellschaft der Freunde, die neuen Vorschläge an vom Stein weiterzuleiten. Vom Stein sollte die ganze Sache prüfen und „nach Gutfinden“ verändern und durch „Vortrag“ beim Generaldirektorium und Oberschulkollegium durchzusetzen suchen. Damit die Sache rascher vorankam, hatte von der Reck ein Verzeichnis der künftigen Mitglieder des Schulkollegiums beigefügt¹²².

In dieser 30 Personen umfassenden Liste stand wiederum vom Stein als „Ober-Cammer-Präsident“ an der Spitze, gefolgt vom anderen Mitglied des Cammerpräsidiums, dem „Cammer Direktor Tiemann“. Abgesehen von diesen beiden ergab sich in der Verteilung ein Verhältnis von 10 Mitgliedern der Landesverwaltung zu 8 Mitgliedern der Gesellschaft der Freunde zu 6 Vertretern der Kirchen¹²³. Von einer Gleichwertigkeit

¹²⁰ Nach dem Protokoll, in: ebd.

¹²¹ Ebd.

¹²² Von der Reck in seinem Begleitschreiben. In: ebd.

¹²³ Darunter waren je drei Räte von Regierung und Kammer und vier Land- und Steuerräte. Als Mitglieder der Gesellschaft: von der Reck, der Kriegsrat Spener, der Assistenzrat Ritter, der Assistenzrat Wiethaus, der Hofrat Engels, der Hofrat Jacobi, der Assistenzrat und Großrichter Terlinden. Von der Seite der Kirchen: jeweils der Praeses der reformierten und lutherischen Kirche, die Prediger Engels zu Herringen, Senger zu Reck, Bäumer zu Lünen, Hülsmann zu Lüdenscheid. Als letzter folgte Sneth-

der drei Kräfte war also nicht ausgegangen worden. Im Gegenteil, die Kirchenvertreter konnten fast immer überstimmt werden. Den Generalinspektoren der beiden Synoden kam kaum noch ein Gewicht zu, da geschickterweise die anderen kirchlichen Positionen möglichst auch noch mit Mitgliedern der Gesellschaft besetzt werden sollten.

Auch wenn die Verteilung der Positionen nicht streng nach einem Schlüssel erfolgen sollte, so mußte jedenfalls den Kirchen deutlich werden, daß sie mit ihren Argumenten in Zukunft nicht immer durchdringen würden. Die Vertreter des „Staats“ und der „Nation“ würden in Zukunft vereint die Geschicke der Schulen bestimmen, wobei auch schon deutlich gesehen werden konnte, daß die Dominanz der Landesverwaltung über die Vertreter der „Nation“ bedrohlich für deren Mitbestimmung werden konnte. Bei allem stand die Stellungnahme des Oberschulkollegiums noch aus.

Das Gutachten Peter Harkorts

Als der dritte Entwurf und die umfangreiche Liste von Schulräten vom Stein erreichten, müssen ihm erhebliche Zweifel an der Zweckmäßigkeit des Projekts gekommen sein. Da Sparsamkeit die oberste Maxime der preußischen Verwaltung war¹²⁴, drohte der große Apparat von 30 Mitgliedern von Anfang an ein Wasserkopf von Bürokratie zu werden. Doch wollte vom Stein die Sache nicht allein entscheiden, sondern sandte den Plan dem Kaufmann und Fabrikanten Peter Nicolaus Harkort auf Haus Harkort bei Hagen zur Beurteilung¹²⁵.

Vom Stein wollte seine Zweifel auf das Urteil eines verständigen Mannes stützen, der sich in Handel und Gewerbe auskannte und sich für die Schulen seiner Umgebung immer wieder eingesetzt hatte. In der Denkweise eines Mannes der aufkommenden „Industrie“ (gemeint: des Gewerbes) glaubte er wohl auch ein realistisches Gegenurteil zu den enthusiastischen Vorstellungen der Gesellschaft zu finden.

Harkort ließ sich mit der Beantwortung Zeit bis zum 18. März des Jahres 1797. Um seinen eigenen Ansichten das richtige Maß zu geben, holte

lage. Die Expeditions- und Registraturarbeiten sollten vom Schriftführer der Gesellschaft van Haar (auch Verhaar, oder von Haar geschrieben) übernommen werden.

¹²⁴ Vgl. hierzu die KO vom 23. Nov. 1797 an sämtliche Kammern. In: StA Münster: KuDK Hamm Nr. 758. Hier wurde darauf gedrungen, untaugliche Beamte abzusetzen, um die Personalkosten der Verwaltung einzusparen. „Der Staat ist nicht reich genug, um unthätige und müßige Glieder zu besolden, wer sich also dessen schuldig macht, wird ausgestoßen und sind hierzu keine großen Umstände oder Procedures nothwendig . . .“.

¹²⁵ Vgl. über Harkort: Wolfgang Köllmann, Friedrich Harkort. Bd. 1 1793–1838 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 27) Düsseldorf 1964, S. 21 ff., 29 ff. Harkort hatte sich auch für die Gründung einer Handlungsschule in Hagen eingesetzt und förderte die Gründung eines Lehrerseminars in Hagen.

er seinerseits wiederum Gutachten ein, und zwar vom lutherischen Prediger und Schulsachverständigen Möller in Elsey, dem Inspektor Dahlenkamp und dem Prediger Hasenclever in Gevelsberg, letzterer „ein junger gelehrter Mann voll guten Willens zu nützen, der einige Jahre informiert [d.h. unterrichtet] hat“¹²⁶.

Einleitend äußerte Harkort seine Genugtuung darüber, daß sich vom Stein überhaupt der patriotischen Sache der Schulen annahm. Was die Sache selber anging, so war er der Meinung: „der jetzige Zeitpunkt scheint günstig, da auch der Landmann und Tagelöhner anfängt, den Werth guter Schulen zu erkennen“. Dabei verwies er auf einige Beispiele, die diesen Willen erkennen ließen. So hätten sich einige Bauernhöfe zusammengetan, um einen Schullehrer anzustellen; einige Familien unterhielten mit beträchtlichen Kosten sogar eigene Schullehrer für ihre Kinder. Die Planung des Provinzialschulkollegiums sei jedoch weit übertrieben. „Ein Provinzial-Schul-Collegium scheint mir sehr wichtig! aber ein großes Personale überflüssig, gar schädlich; anfangs arbeitet man für die gute Sache, für Ehre; nachher wirds lau, einer schiebt die Arbeit auf den anderen — das Interesse singt [!]. Wenn Glieder aus Regierung, Kammer und Ständen gewählt werden, ist der Nutzen anschaulich! Wenn aber ein invalider Officier der bloß sein Metier kennt, Landrath wird, als solcher bestimmtes Mitglied des Collegii, wird er nützen können? oft einmahl wollen?“¹²⁷

Harkort stieß sich nicht allein an dem Optimismus, durch die Aufnahme von Männern bestimmter Ämter zugleich auch genügend Sachverstand für die Schulverwaltung zu bekommen. Er hielt die 30 Mann Behörde für ein Muster an Bürokratie und mangelnder Rationalität. Seine Kritik galt dann der nicht genügend durchdachten Verteilung der Aufgaben. So würden in Hamm gleich mehrere dort wohnende Personen sich die Arbeit teilen können, während für das ganze märkische Sauerland nur ein einziger Prediger, Hülsmann in Lüdenscheid, vorgesehen sei. Wie sollte dieser seinen Aufgaben nebenamtlich eigentlich nachkommen?

Auch an den Titeln nahm Harkort Anstoß. Wichtiger seien die Tätigkeit und der Erfolg. „Ehrwürdig wird aber das Collegium nicht durch Tittel, die Spott oder Verläumdung guter Absichten leicht erregen.“¹²⁸ Auch die vorgeschlagenen Kirchspielschulkollegien hielt er für ungeeignet und nicht zweckmäßig, weil es in kleinen Orten einfach an qualifizierten Mitgliedern fehlen würde und das Schulwesen damit überorganisiert sei. Er hielt ein „District-Collegium“ für geeigneter; hierbei könnten die Mitglieder aus einem größeren Kreis interessierter und geeigneter Männer gewählt werden. Diese Kollegien könnten dann den in ihrem Kreis wohnenden Mitgliedern des Provinzialschulkollegiums referieren.

Abschließend bemerkte Harkort, daß die Errichtung eines Lehrerseminars zur Verbesserung der Lehrerbildung viel dringlicher sei, zumal

¹²⁶ Gutachten Harkorts, in: StA Münster: KuDK Hamm Nr. 781.

¹²⁷ Ebd.

¹²⁸ Ebd.

es an Bewerbern nicht fehlen würde¹²⁹. Die Mittel hierfür ließen sich durch eine Kirchenkollekte zusammenbringen. Er beschloß sein Gutachten mit der Höflichkeitsformel: „Unsere Zeitgenossen, unsere Nachkommenschaft wird Sie segnen für die Einrichtung, der an Nützlichkeit keine gleicht und innere Zufriedenheit über gelungene gute Thaten sey Ihr Lohn“.

Die Entwicklung des Projekts durch eine vom Generaldirektorium in Berlin eingesetzte Kommission

Mit dem Gutachten Harkorts, mit dem das Aktenstück der Kriegs- und Domänenkammer schließt, war das Projekt noch keineswegs begraben. Aus den Akten des Oberschulkollegiums, wie sie in großen Zügen bereits von Jeismann interpretiert worden sind¹³⁰, ergibt sich, daß anlässlich des Besuchs des für die Provinz verantwortlichen Ministers im Generaldirektorium, von Heinitz¹³¹, am 9. September 1797 die Frage der Errichtung eines Provinzialschulkollegiums in der Kammer in Hamm erörtert worden ist.

In dieser Unterredung, an der neben von Heinitz und vom Stein auch von der Reck und Senft von Pilsach teilnahmen, wurden sich alle über die Notwendigkeit einer solchen Behörde einig; auch wurde der Bedarf eines Lehrerseminars für die Provinz anerkannt¹³². Die Einzelheiten der Organisation wollte der Minister einer Kommission übertragen, der der Kriegsrat und Kammerdirektor von Rappard, Senft von Pilsach, von der Reck, der ehemalige Großrichter in Soest und nunmehrige Kriegsrat und Kammerjustitiar Terlinden und Snethlage angehören sollten¹³³.

¹²⁹ Harkort schrieb dazu: „Achtung für Schullehrer muß der Staat zu bewirken suchen und selbst beweisen. Hierin ist bisher gar erbärmlich gefehlt. Leute von geringstem Herkommen, ohne eigene Erziehung und Sitte, vielleicht zu anderem Broterwerb untüchtig, widmeten sich diesem Stande; und was darf man von diesen erwarten? Wenn aber der Staat die Schullehrer selbst ehret, ihnen Vorzüge schenkt (so mancher Schulmann ist und war in Gefahr, zum Soldaten ausgehoben zu werden, wenn er die gehörige Größe hatte! und wenn das Regiment auch einen Rekruten dadurch einbüßt, ist der Schaden wohl so beträchtlich, als der fürs Publikum und den Lehrstand?), so wird das Publikum und die Jugend sie achten lernen!“ Auch zit. bei: Meiners, Volksschulwesen, S. 119.

¹³⁰ Jeismann, Tendenzen, S. 90 ff.

¹³¹ Der Chef des Bergwerks- und Hüttendepartements Friedrich Anton Freiherr von Heinitz (1725–1802) hatte sich seit seinem Dienstantritt 1777 um die Verbesserung der Schulen gekümmert. Seit 1786 gehörte das vereinigte Ministerium der rheinisch-westfälischen Lande zu seinem Ressort. Ihm unterstand damit die Kammer in Hamm. Vgl. Kelbert, Bildungswesen.

¹³² Promemoria der Regierung in Emmerich, etwa Sept. 1799, mit dem Titel: „wegen des in der Grafschaft Mark zu errichtendes Provincial Schul Collegio und Seminarii, extrahiert ex Actis der Märckschen Cammer sub rubro: acta betr. die neue wegen Verbesserung der Schulen getroffenen Einrichtung“. In: DZA-Merseburg: Rep 76 a-I-917. Dieses Aktenstück wurde dem OSK am 12. Sept. 1799 übersandt.

¹³³ Nach: ebd.

Vor der endgültigen Etablierung mußte diese Kommission noch durch das Generaldirektorium genehmigt werden. Am 16. November 1797 übersandte die Kammer das Protokoll der Unterredung an die Oberbehörde, die daraufhin Untersuchungen über die ökonomischen und pädagogischen Zustände sämtlicher Schulen des Verwaltungsdistrikts anordnete. Die Land- und Steuerräte erhielten Anweisung, Erhebungen durchzuführen. Die von Heinitz vorgeschlagene Kommission wurde durch Reskript vom 11. Mai 1798 in Aktivität gesetzt¹³⁴.

Den drei bestätigten Kommissaren Rappard, Senft von Pilsach und Snethlage — die anderen Gesprächsteilnehmer sollten zur Mitarbeit herangezogen werden — war damit die Ausarbeitung eines Plans zur Verbesserung der Schulanstalten in der Grafschaft Mark von „allerhöchster“ Stelle aufgetragen. Das Oberschulkollegium wurde erst später an der Planung beteiligt.

Am 4. August 1798 trat die Kommission in Hamm zur ersten Sitzung zusammen. Sehr schnell wurde eine Einigung über die Kosten der neuen Behörde erzielt. Die Tagung der zur Finanzierung vorgesehenen Stände stand vor der Tür. Die veranschlagten 730 Rtlr. zuzüglich 100 Rtlr. für die erste Anschaffung von „Utensilien“ wurden wohl auf Betreiben von der Recks in Zusammenarbeit mit dem Landtagskommissar der Kammer am 17. August von den Deputierten der Märkischen Stände bewilligt¹³⁵. Schwieriger und langwieriger wurden die Verhandlungen über die Bestimmung der Aufgaben und die Festlegung der Organisation, zumal sich die ersten Kostenberechnungen als überhastet und zu gering angesetzt erwiesen. Den verbleibenden Spielraum mußten die Mitglieder ausnutzen, doch hielten sie sich bald nicht mehr daran.

Bei allen Diskussionen hatte der Kammerdirektor von Rappard die Funktion, die Vorschläge der einzelnen Mitglieder auf einen Nenner zu bringen. Er ordnete auch die Vorschläge in das bisherige Rechtssystem ein und übernahm die Prüfung der Übereinstimmung mit den Verwaltungsprinzipien, ließ jedoch die Klarheit vermissen, die das Risiko eines Scheiterns hätte verringern können¹³⁶.

Die Erarbeitung der Grundlinien wurde zu Beginn des Jahres 1799 abgeschlossen. Am 25. Februar konnte die abschließende Beratung stattfinden, der neue Plan wurde dann am 28. Februar der Kammer in Hamm überreicht, die ihn mit einem fast in allen Punkten befürwortenden Gutachten am 14. April über vom Stein an das Generaldirektorium weiterleitete¹³⁶.

¹³⁴ Das Schreiben an die Landstände ist datiert vom 15. August 1798. Der Landtagskommissar KuDR Müller beantragte die Summe unter Hinweis auf die Anregung des Minister Heinitz. Der Bericht über die Bewilligung wurde am 29. Aug. 1798 erstattet. In: StA Münster: KuDK Hamm 135. Auch: KuDK Hamm Nr. 781.

¹³⁵ Vgl. seinen Bericht über die von den anderen Kommissionsmitgliedern erarbeiteten Vorschläge vom 23. Okt. 1798. In: DZA-Merseburg: Rep 76 a-I-917. Wegen der schlechten Witterung wurden die Beratungen vorwiegend schriftlich geführt.

¹³⁶ Nach: Vgl. Anm. 132.

Es ist nicht nötig, alle Einzelheiten der vorangegangenen Diskussion wiederzugeben¹³⁷. Es genügt, aus dem endgültigen Vorschlag diejenigen Umrisse nachzuzeichnen, die der Oberschulrat Meierotto in einem „Extract“ aus sämtlichen Akten festgestellt hat¹³⁸. Die Kommission hatte am „Fundamentalprincip“ festgehalten, die neue Behörde als selbständiges Kollegium unter dem Oberschulkollegium zu etablieren. Neu jedoch war, daß sie die Schulen nunmehr eindeutig unter die Gegenstände der „Landespolicey“ rechnete und behauptete, daß sie bislang zur Ungebühr bei der Regierung zu Emmerich verblieben seien¹³⁹. Eigentlich ein unverständliches Argument angesichts der Tatsache, daß die Schulen immer noch unter die „Kirchenpolicey“ fielen und damit der Konsistorialverwaltung unterstanden, die von der „Regierung“ ausgeübt wurde. Doch hatte die Gründung des Oberschulkollegiums schon deutlich gemacht, daß die Ansicht der Kameralisten sich durchsetzte. Die Kommission wollte diese Entwicklung nur fortsetzen.

Ausgehend von diesen Grundannahmen, die die Schule als Angelegenheit des Staates im Sinne der Zielsetzung des Allgemeinen Landrechts betrachteten, hatte sich die Kommission dann auf einen Apparat geeinigt, der aus drei Mitgliedern — einem „Geschäftsmann“ und zwei Pädagogen — bestehen sollte. Exclusive der Gehälter der weiteren außerordentlichen Mitglieder im Lande wurden die Gesamtkosten nunmehr bereits auf 3390 Rtlr. geschätzt. Der erste Kostenanschlag wurde weit überschritten. Zur Deckung sollten nach vom Steins Ansicht, die zu säkularisierenden Güter auf dem rechten Rheinufer, eventuell auch der Landessteueretat herangezogen werden¹⁴⁰.

Bemerkenswertes Ergebnis der Überlegungen war weiterhin, daß sich alle, mit Ausnahme von der Recks und Snethlages, für die Unterstellung auch der Gymnasien unter die neue Behörde aussprachen. Die notwendigen Visitationen sollten durch einen „visitor perpetuus“, einen Schulinspektor, durchgeführt werden, seine Berichte an das Kollegium gehen.

¹³⁷ Erhalten sind die „Bemerkungen“ Terlindens vom 1. Febr. 1799 und die in Anm. 179 erwähnte Zusammenfassung von Rappard. Hinweise auf Gutachten Senft von Pilsachs, von der Recks und Snethlages existieren. Vgl. die Notiz Senft von Pilsachs. In: DZA-Merseburg: Rep 76 a-I-917. Unterlagen über die Verhandlungen des Jahres 1798, ein Protokoll vom 4. Aug., ein Bericht von Rappard vom selben Tage. In: StA Münster: KuDK Hamm Nr. 134.

¹³⁸ Vgl. Anm. 132.

¹³⁹ Diese Auffassung entsprach der Meinung der wichtigsten Wissenschaftler des „Policeyrechts“ der damaligen Zeit, z.B. auch Schlözers in Göttingen, bei dem der Freiherr vom Stein studiert hatte. Einen repräsentativen Überblick bei: Johann Heinrich Bergius, Policey- und Cameral-Magazin. Bd. 8. Frankfurt a. M. 1774, S. 85 ff.

Unter dem älteren Begriff „Policey“ läßt sich die gesamte innere Verwaltung begreifen; unter „Kirchenpolicey“ damit die Kirchenverwaltung. Vgl. Hans Maier, Die ältere deutsche Staats- und Verwaltungslehre (Polizeiwissenschaft) (Politica, Bd. 13) Neuwied 1966.

¹⁴⁰ Gutachten vom 21. Mai 1799. In: DZA-Merseburg: Rep 76 a-I-917.

Das Recht des Vorspanns sollte ihm bewilligt werden; eine Kalkulation der anderenfalls entstehenden Reisekosten war nicht angestellt worden¹⁴¹.

Die Kommission hatte sich gleichfalls auf die Errichtung von Kirchspielschulkollegien geeinigt. Hier sollten Prediger und Eingesessene zum Wohl der Schule zusammenarbeiten. Laufend sollte dem Schulkollegium in Hamm berichtet werden. Zu erwähnen ist weiterhin, daß über die Frage der Errichtung eines Lehrerseminars keine endgültige Einigung erzielt wurde. Sonst waren alle Überlegungen der Gesellschaft der Freunde aufgegriffen und verarbeitet worden¹⁴².

Einige Vorschläge mußten bei aller Reduzierung des Aufwandes an Personen das Projekt schon in dieser frühen Phase in Frage stellen. Vom Stein wies bereits am 21. Mai 1799 das Generaldirektorium darauf hin, daß der Entwurf in großen Teilen mit den bestehenden Rechts- und Aufsichtsverhältnissen nicht zu vereinbaren sei. Die Rechte der Kirche an der Schule seien zu wenig beachtet, auch die Bindung an die Regierung in Emmerich nicht deutlich genug gesehen. Außerdem: „Die öffentlichen Lehranstalten sind so genau mit der kirchlichen Verfassung verbunden, sowohl in Ansehung der Theilnahme der Seelsorger am Unterricht, der Abhängigkeit der Schullehrer von ihnen als der Gegenstände des Unterrichts, unter denen Religion das wichtigste ist, daß sich eine Verbeßerung mit Vorübergehung der Geistlichkeit gar nicht denken läßt.“¹⁴³

Unter Desillusionierung des Reformansatzes wies vom Stein auf die besonderen Verhältnisse der Kirchenverfassung in der Grafschaft Mark hin, um auf die Eingliederung der Provinzialschulbehörde in den bestehenden Rahmen zu dringen. Zwar hielt er die Errichtung eines eigenständigen Kollegiums schon wegen der räumlichen Entfernung von Emmerich für notwendig, er wollte es jedoch als Deputation des Cleveschen Konsistoriums errichtet sehen; ähnlich wie die Kammer in Hamm aus einer Deputation der Kammer in Cleve entstanden war.

Die Verbindung zur Kirche wollte er dadurch erhalten wissen, daß er bat, zu Mitgliedern des Kollegiums nur ausgewählte Geistliche zu ernennen. Es genüge daher die Ernennung Snethlages, Eylerts und die des Predigers Offelsmeyer aus Cleve unter Führung des Justitiars Terlinden. Für die Kirchspielschulkollegien konnte sich vom Stein, in Anlehnung an die Harkortschen Bedenken, nicht erwärmen¹⁴⁴.

Mit dieser verkleinerten und den lokalen Verhältnissen angemessenen Einrichtung würden sich zugleich die Kosten unter 1000 Rtlr. senken lassen. Würden die Diäten und die Kosten für den Vorspann hinzugerech-

¹⁴¹ Daran wurde später vom OSK erhebliche Kritik geübt, denn der Vorspann, das Recht auf Transport durch die dienstpflchtigen Bauern, wurde in der Zeit stark eingeschränkt, weil er durch steigende Benutzung zu einer erheblichen Belastung der Bauern führte.

¹⁴² Einzelheiten nach der Zusammenfassung von Rappards vom 23. Okt. 1798 und den „Bemerkungen“ Terlindens vom 1. Febr. 1799. In: DZA-Merseburg: Rep 76 a-I-917.

¹⁴³ Abschrift des Begleitschreibens. In: ebd.

¹⁴⁴ Nach: ebd.

net, käme er auf einen Betrag von 2400 Rtlr., der mit 700 Rtlr. aus den Staatskassen, mit 500 Rtlr. von den Ständen, mit 1000 Rtlr. aus dem Steueretat und mit 200 Rtlr. aus dem „Aerario Ecclesiastico“ aufgebracht werden könne. Eventuell könne auch daran gedacht werden, einzelne Pfarrstellen einzubeziehen, um deren Einkünfte zur Realisierung des Plans zu verwenden¹⁴⁵.

Das Generaldirektorium beantwortete den Bericht des Oberpräsidenten durch das Reskript vom 15. Juni 1799. Unter Berücksichtigung der vom Steinschen Monita wurde nunmehr die vollständige Ausführung eines Reglements angeordnet¹⁴⁶. Dieser auf den Grundlinien des Ministers Heinitz beruhende neue Plan — also der fünfte Entwurf — wurde dann am 11. September 1799 über die Kammer in Hamm dem Generaldirektorium zugeleitet, das ihn dem Oberschulkollegium zur Begutachtung überwies und es nach Jahren der Planung erstmals offiziell mit dem Vorhaben bekannt machte. Als vorgeschlagene Mitglieder des Provinzialschulkollegiums wurden namentlich erwähnt: als Dirigent Terlinden¹⁴⁷, die Prediger Dahlenkamp und Eylert und der katholische Canonicus Cruse aus Soest als geistliche Mitglieder. Weiterhin der geistliche Inspektor des Soester Ministeriums der reformierten Kirche Sybel, dann Snethlage und nicht zuletzt auch Wilberg, der als zweites pädagogisches Mitglied neben Snethlage die Aufsicht über sämtliche deutschen (niederen) Schulen führen sollte. Ein Sekretär und zugleich Registrator und ein Bote vervollständigten das Personal.

Der Hauptunterschied zu dem vorigen Entwurf lag darin, daß die Kirchen nunmehr direkt mit den Landesbehörden zusammenarbeiten sollten ohne Repräsentanz der „Nation“ im Schulkollegium. Deren Mitarbeit sollte über „außerordentliche“ Mitglieder erfolgen. Alles in allem summierte sich der Apparat dadurch wieder zu einer Größenordnung,

¹⁴⁵ Ebd.

¹⁴⁶ In: ebd. Dieses Dokument ist eines der wichtigsten zur Beurteilung der vom Generaldirektorium betriebenen Politik. Heinitz stellte fest, daß die Kirche ihre Mitbeteiligung durch das ALR nicht verloren habe. Es müsse vielmehr die „Concurrenz“ der Prediger zum Wohl des Staates aufgehoben werden. „Diese ganze Classe der Staatsdiener [Prediger] wird einmal für den Religions-Unterricht des Volks besoldet, und kann ohne mer Kosten zur Erweiterung desselben füglich genützt werden.“ Er wollte eine sparsame neue Verwaltung entwickelt sehen. Alles überzählige Geld sollte zur Entwicklung der Schulen verwendet werden. Kirchspielkollegien traute er nicht, dennoch könne ein Schulvorstand mit begrenzten Aufgaben eingerichtet werden. Das PSK sollte vor allem für einen einheitlichen Unterricht unter Berücksichtigung der Pädagogik sich einsetzen. Eylert, Dahlenkamp und ein katholischer Prediger sollten dieses nebenamtlich tun. Die Kosten von 2090 Rtlr. sollten durch die Stände aufgebracht werden. Das Seminar in Wesel war zu erhalten. Das Geld für die Schulentwicklung solle durch Steuern aufgebracht, die „ärmere Classe“ gänzlich befreit werden.

¹⁴⁷ Dieser hatte sich bereits am 28. Februar 1799 in einem Schreiben an von Massow im OSK um die Stelle beworben. Aus dieser Quelle informierte sich dann der Minister inoffiziell über das Vorhaben, das zu seinem Ressort gehörte. Bereits im Dez. 1798 hatte ihm Terlinden den ersten Plan übersandt. In: ebd.

die schon von Harkort als übertrieben angesehen worden war. Sonst blieb es bei dem Prinzip der Kollegialität, womit das Stimmrecht auch für die außerordentlichen Mitglieder galt. Bei Stimmengleichheit gab der Präsident den Ausschlag. Jeden Mittwoch wollten sich alle auf dem Rathaus in Hamm versammeln, wo auch die Kammer regelmäßig tagte¹⁴⁸.

Die Unterschiede zu dem vorherigen, so heftig kritisierten Entwurf waren insgesamt gesehen gering. Grundsätzliche Verbesserungen waren nicht erfolgt. Das Abdrängen der Mitglieder der Gesellschaft in die Position von außerordentlichen Mitgliedern änderte wenig, da die Stimmenverhältnisse in etwa gleich blieben. Es bestand damit die Gefahr, daß das Projekt schon allein wegen der Mißachtung der vom Generaldirektorium erteilten Richtlinien scheiterte. Die 45 Paragraphen des bislang wohl vollständigen und umfangreichsten Entwurfs einer Unterbehörde des Oberschulkollegiums zu dieser Zeit in Preußen überhaupt, kamen so wiederum in den Verdacht, an der Wirklichkeit vorbeiorientiert zu sein.

Die Ablehnung durch das Oberschulkollegium

Der nur wenig revidierte fünfte Entwurf wurde, trotz der Befürwortung durch das Generaldirektorium, dann am 31. März 1801 durch das Oberschulkollegium verworfen¹⁴⁹. Auf ein Votum des Oberschulrats Meierotto hin, das die ganze Misere der damaligen Schulplanung offenlegte, schloß sich der Minister den Bedenken gegen die Errichtung des Provinzialschulkollegiums an. Ob dabei eine Rolle gespielt hat, daß sich das Oberschulkollegium wegen der vom Generaldirektorium zurückgehaltenen Information vor vollendete Tatsachen gestellt sah, ist den Akten nicht zu entnehmen; aus einigen Briefen jedoch klingt eine leichte Mißstimmung.

Mit dem oben erwähnten Erlaß antwortete das Oberschulkollegium zugleich ganz allgemein auf die Bemühungen des Generaldirektoriums, sich der Schulen anzunehmen. Von Heinitz hatte diese Aufgabe immer seinen Behörden empfohlen, wenn auch unter Umgehung des traditionellen Rechtsstandpunktes, daß die Schule Sache der „Kirchenpolicey“ sei¹⁵⁰. In seinem Begleitschreiben vom 24. November 1799, mit dem er von Massow den Plan des Provinzialschulkollegiums vorlegte, machte er

¹⁴⁸ Plan vom 11. Sept. 1799, in: ebd.

¹⁴⁹ Reskript an das GenDir. In: DZA-Merseburg: Rep 76 a-I-917.

¹⁵⁰ Hinzuwiesen ist in diesem Zusammenhang auch auf ein Protokoll vom 14. Sept. 1787, in dem bei einer Bereisung der Provinz durch den für die Grafschaft im Generaldirektorium zuständigen Minister Heinitz auch über die Schulen diskutiert wird. Es heißt darin, daß der Minister die Kammerverwaltung auf die Sache der Schulen aufmerksam machte, „wenngleich auch solches nicht zu ihrem, sondern zum Ressort der Regierung gehöre, daher auch die Departements-Räthe“ sich gehörig erkundigen und von Zeit zu Zeit über den Stand des Schulwesens berichten sollten. In: StA Münster: KuDK Hamm Nr. 780. Von dieser Zeit an interessierte die Kammer überhaupt erst das Schulwesen; Steins Reaktion entsprach damit den Forderungen seines Chefs.

deutlich, wie sehr er das Wohl der Nation als von der Funktionstüchtigkeit der Schulen abhängig ansah. „Ueberzeugt von dem großen Einflusse guter Schul-Anstalten, und zweckmäßiger Jugend Bildung auf das allgemeine und individuelle Wohl des Staats und seiner Unterthanen, habe ich es mir von jeher angelegen seyn lassen, dazu in dem mir zu Finanz-Verwaltung anvertrauten Provintzen nach Möglichkeit, mit zu wirken, und ein Hochlöbliches Ober Schul Collegium, in dessen verdienstvollen Bemühungen, dieserhalb zu unterstützen. Ich habe solches, besonders in der Grafschaft Marck, als einer industrie vollen, und mit allerhand Gewerbe, versehenen Provintz, bey jedesmahliger Recherche, den Cammern und den Departements-Räthen angelegentlichst aufgegeben.“¹⁵¹

Heinitz berichtete über seine Erfahrungen mit den Schulreformen der Provinz Mark und verwies auf Schriftstücke, mit denen er die Oberbehörde der Schulen immer wieder allgemein in Kenntnis gesetzt hätte, was freilich in diesem Fall nicht zutraf. Er überreichte dann die von der Kammer in Hamm übersandten Akten, aus denen Geschichte und Verlauf der Verhandlungen um das Provinzialschulkollegium hervorgingen, und wies noch einmal auf die Wichtigkeit eines Funktionierens der „Policeyaufsicht“ auf der untersten Verwaltungsebene hin. Er erwähnte die mangelhafte Organisation des Schulwesens durch die Regierung in Cleve und die anderen Hindernisse und befürwortete schließlich ein Zusammengehen von Schule und „Policey“, wie es schon in den nach der polnischen Teilung neuerworbenen Gebieten in Schlesien und Süd- und Neu-Ostpreußen zu einer Verbesserung des Schulwesens geführt habe. Anschließend bat er um Prüfung nach den Grundsätzen des Oberschulkollegiums.

In seinem Votum bemühte sich Meierotto um eine gerechte Würdigung und führte zunächst „das Gute“ an. Er begriff die Idee der Errichtung eines Schulkollegiums als so „natürlich“, wie „die Idee, ein Oberschul-Collegii separirt vom Ober-Consistorio zu errichten“¹⁵². Dieses würde den Vorteil haben, in Zukunft in der Mitte des Schulbezirks arbeiten zu können und „beständige“ Visitatoren zu haben, die nach gleichen Grundsätzen arbeiteten. Durch die Mitwirkung der außerordentlichen Mitglieder „verbände sich also point d'honneur, Eifer, eigenes selbstgewähltes Interesse, Einfluß mit den regelmäßigen, und durch organisirte Behörden in Ordnung und im Gleichen gehaltenen Geschäftsgang“.

Meierotto erkannte an, daß die vorgelegte Reform zur Verbesserung der Schulaufsicht in der Grafschaft dienlich sein würde, zumal diese eine Gegend sei, „wo eine gewisse Strebkraft und Thatkraft in der Nation, und bis zu dem so genannten gemeinen Mann hinunter, sich zu Hülfe kommen würde; und wo es auch an eigenen nicht zu benutzenden Fonds der Provinz nicht ganz fehlen möchte“. Die Zeit sei dem Plan günstig, denn die „Gemüter“ seien auf so etwas „rege gemacht, und ganz davon

¹⁵¹ In: DZA-Merseburg: Rep 76 a-I-917.

¹⁵² Votum Meierottos ohne Datum. In: ebd. Abschrift in: StA Münster: KuDK Hamm Nr. 782, auch für die folgenden Zitate.

voll“. „Wo jeder glaubt, die zu entfernte, zu beschäftigte Regierung sei an der bisherigen Vernachlässigung und an dem schlechten Zustande schuld, und nur dadurch könne gebessert werden“, daß eine neue Behörde errichtet würde, und da das Interesse „gerade jetzt von Personen geweckt werde, die glücklicher Weise sich zusammenfinden. Von Personen, die Reichthum, hohen Stand, Interesse, Gelehrsamkeit, Kentniß des Schadens, und mancher Mittel ihm abzuhelpen, zusammen verbinden. Von Guths besitzenden, Geschäfts Männern, Finanz-Verständigen, Rechtsverständigen, erfahrenen praktischen Paedagogen, höherer sowie niederer Schul-Classen, von tolerant, und aus für das Schulinteresse eingekommenen Männern aller drei Confessionen“. Er meinte einsehen zu können, daß Kammerverwaltung und Generaldirektorium sich mit guten Gründen an der Planung beteiligt hätten. Allein die Namen vom Stein, Rappard, Terlinden und Senft von Pilsach würden für die Qualität der Gedanken sprechen; und auch die Frage der Finanzierung könne sicherlich geregelt werden.

Das Gute des Plans ließe sich wie folgt zusammenfassen, und von diesem Standpunkt aus müßten dann die Fragen gestellt werden: „1. daß die Einrichtung eines neuen Landes-Collegio von der projectierten Art jetzt möglich. 2. Ist die Schulaufsicht und Bearbeitung der Schulsachen der Regierung auf immer abzunehmen schlechterdings nothwendig, oder wenigstens rathsam. 3. Und wenn dies geschehen muß, und ein eignes Collegium zu ernennen die Wohlfahrt der Provinz befördern, leistet denn das schon gewählte Personal das rechte, das Einzige? 4. Oder lässet sich für die ersten Jahre ein Vorschlag thun, der sich nichts Gutes auf eine Zukunft hindert, der die künftige bleibende Einrichtung nach der einige Jahre hindurch gemachten Probe, und erlangter Erfahrung auf einen recht sicheren Fuß stellen kann und muß.“

Die Durchsetzung sei (wegen der Aufhebung alten Rechts) nur mit königlicher Genehmigung möglich und nur dann, wenn der Nutzen der Einrichtung auf Dauer nachzuweisen wäre. Dann müsse auch die Deckung der Kosten gesichert sein. Hierbei kämen die ersten Zweifel, die die optimistische Erwartung dämpften, denn: „Der Nutzen dieser neuen Einrichtung kann nicht anders als spät erfolgen. Das neue Collegium würde selbst sehr gemessen und langsam erst Versuche machen, und diese, wie allenthalben, wo nicht Erfahrung leitet, und zurückhält nicht überall ohne Fehlgriff machen.“

Meierotto hielt dem Generaldirektorium vor, daß es selbst immer auf ein behutsames Vorgehen bei der Realisierung von Projekten hingearbeitet habe. Aus den übersandten Akten sei zu erkennen, daß man auf die Verminderung des Personalbestandes zwar hingewirkt habe, doch sei in dem letzten Plan nichts davon zu verspüren. Weiterhin müßten sich die Planer vor Augen halten, daß die traditionelle Aufsicht durch Geistliche nicht so ohne weiteres durch eine weltliche Aufsicht abgelöst werden könne. Vielmehr müsse versucht werden, die Geistlichen für die Reform

zu gewinnen, um nicht ein Übel durch ein anderes — hier die neue Abhängigkeit von einem weltlichen Aufsichtsbeamten — zu ersetzen. Aus dem Plan der Kommission gehe nicht hervor, daß man sich etwas habe einfallen lassen, „wodurch die Geistlichen mehr in das Interesse des Schulwesens könnten gezogen werden“.

Auch sei dies noch nicht einmal die gewichtigste der ungelösten Fragen. Woher sollten denn eigentlich die Finanzmittel kommen? Der Antrag enthielte schon die Summe von 2000 Rtlr., und es ließe sich zeigen, daß wegen der Nichtberücksichtigung einiger Fakten noch mindestens weitere 1000 Rtlr. Kosten entstünden. Da inzwischen jedoch alle herangezogenen Quellen vom Generaldirektorium verworfen seien, blieben zur Zeit nur die 730 Rtlr. der Stände übrig, und diese Summe sei noch nicht einmal auf Dauer sicher. Selbst wenn zu ihr noch Steuern hinzukämen, würden insgesamt doch nicht mehr als 1000 Rtlr. zusammenkommen. Und wozu seien überhaupt die hohen Geldbeträge erforderlich? Weil die Landstände sich der „Hoffnung“ hingäben, „dadurch den Wohlstand der nächsten Generation befördert zu sehen“.

Wenn die Planer ihre Vorschläge überhaupt ernst meinten, dann kämen sie mit der geringen Summe ohnehin nicht aus. Es genüge nicht zu erfahren, wieviele tausend Taler für die Verbesserung der Lehrerausbildung, für bessere Besoldung der Lehrer, für die Schulunterhaltung noch auszugeben seien. Wie viele hunderttausend Taler noch erfordert würden, um neue Schulen und Klassen zu bauen und auszustatten, ließe sich denken. Daß viel Geld in die Schulen fließen müsse, wisse jeder, und spätestens hier müsse nach dem Sinn der Planung überhaupt gefragt werden. „Ein Collegium, das dies bloß gesehen und herausgebracht hat, muß selbst in Verzweiflung gerathen und eben so Verzweiflung an der guten Sache allgemein hervorbringen, wenn es gar nichts hat, auch nur an den geringsten Orten, oder hie und da nur zum Anfange wirklich zu helfen. Ein neues Collegium, was für sich 3000 Rthlr. kostet, muß jährlichen Fonds von 10 bis 12 000 Rthlr. gewiß schon ausgemittelt haben, um wirklich helfen zu können.“

Mit der Erläuterung dieses Zusammenhangs war Meierotto an den Kern des Projekts vorgestoßen und hatte den Hauptmangel bloßgelegt. Ohne eine genügende Finanzausstattung konnte eine wirksame Tätigkeit des Provinzialschulkollegiums nicht gesichert sein, und deswegen seien die Behörde und ihr Nutzen überhaupt in Frage zu stellen. „Wenn also der löbliche Eifer, und das lebhafteste Interesse für Verbesserung des dortigen Schulwesens nicht wirklich das ganze Gehalt des neuen Personals schaffet und dreimal so viel leicht und sicher auszumitteln sucht, um den zehnten Theil der durch das neue Personale entdeckten Uebel — und Bedürfnisse abzuheilen, so rath es die Vorsicht, sich auch nicht einmal auf Besetzen eines Collegii einzulassen, daß selbst bloß zum Klagen und Murren und eben so andere allgemein aber verfehlte Hoffnungsmurrer zu machen berufen wäre.“

Insgesamt gesehen reichten die vom Generaldirektorium vorgelegten Beweise nicht aus, um den schwerwiegenden Eingriff in die Struktur der Schulaufsicht zu rechtfertigen. Dies müsse auch über die Absicht zur Errichtung eines Lehrerseminars gesagt werden; nur allein wegen der Entfernung von 15 bis 20 Meilen und einer einmaligen, unglücklichen Wahl eines Seminarleiters¹⁵³ brauche niemand auf die Idee zu kommen, ein neues Seminar zu errichten. Überhaupt scheine die Kammerverwaltung nicht genügend tun zu wollen, um die bestehenden Zustände zu verbessern, wie denn auch das ganze Projekt ohnehin als ein Unternehmen der „Privatpersonen“ vom Stein, Rappard und Terlinden anzusehen sei, denn als Kammermitglieder — und damit den Verwaltungsgrundsätzen untertan — hätten sie eine andere Stellung dazu einnehmen müssen.

Nicht richtig durchdacht sei weiterhin, daß dem Lehrer Wilberg bei eventueller Abwesenheit Snethlages auch die Aufsicht über die gelehrten Schulen übertragen sei. Dies jedoch könne er nicht, wie er überhaupt alles das nicht tun könne, was die Kommission von ihm erwarte. „Von den 275 Schulen, die Gymnasien ungerechnet, welche die Grafschaft zählt, und wie viele müssen nicht auch um die zu starken Schulen zu trennen und Gemeinden neu zu versorgen hinzukommen! sind sicher 200 Landschulen. Jede soll halbjährig durch ihn visitiert werden; auf jede Schule 1 Tag oder auf 3 zwei Tage gerechnet macht mehr Tage als das halbe Jahr hat! Woher nimt er die Zeit zu Schulberichten, zu Vorträgen, zum Prüfen der Lehrer, zum Zustutzen derselben, zum Lesen der Cirkulare?“¹⁵⁴

Die Wilberg aufgetragene Arbeitslast mache mindestens zwei Beamte erforderlich und dies allein für die deutschen Schulen. Überhaupt könne auch keiner der vorgeschlagenen Personen sich der Sache nur halb widmen, ohne seine bisherigen Pflichten zu versäumen, da die Schulaufsicht nur nebenamtlich ausgeübt werden solle. Die Kommission würde damit das Gehalt der Beamten Snethlage und Wilberg deren Schulen auferlegen. Und wie stelle man sich die Erteilung des Unterrichts vor, wenn beide auf Reisen wären? Wie seien die Diäten und der Vorspann geregelt? Dies allein könne weitere 2000 Taler kosten.

Nach all diesen Ungeklärtheiten und bei den vielen offenen Fragen konnte Meierotto die Zweckmäßigkeit des Provinzialschulkollegiums nicht mehr einsehen, zumal das bislang bereitgestellte Geld viel nutzbringender anzulegen sei. „Ich bin weit davon entfernt, zu behaupten, daß die Mitglieder nicht alles sollten werden können . . . Wer wünschte nicht vielmehr, daß jene Männer schon jetzt Commissionsweise sich vereinigen, daß dazu das von den Landständen angebotene Geld schon auf das nächste Etatsjahr benutzt; und der rege Eifer der Schulfreunde be-

¹⁵³ Vgl. dazu die Kritik von der Recks im Abschnitt: „Die Gründung eines Lehrerseminars auf Overdyck.“

¹⁵⁴ Votum Meierottos, Vgl. Anm. 152.

nützt würde, um zu den 730 Rthlr. noch mehr und so viel als zu Reisen, Diäten, Expeditionskosten nothwendig ist, zugeschossen zu sehen.“¹⁵⁵

Eine neue „Commission“ zu bilden, blieb das einzige Ergebnis der fast vierjährigen Arbeit, die sich in der Interpretation Meierottos „ohne Erfahrung“ angeleitet als „Fehlgriff“ erwies. Nach Ansicht der Oberbehörde hatten sich alle Reformen viel deutlicher an den Realitäten zu orientieren; nur durch das Anknüpfen an die Tradition und die alte Ordnung schien der Fortschritt möglich. Alle anderen Planungen blieben Projekte.

Das Ende des Projekts Provinzialschulkollegium

Die Gesellschaft der Freunde und die Kommissionsmitglieder erfuhren erst ein Jahr später, daß sie keinen Erfolg gehabt hatten. Zwar entwarf Meierotto bereits am 19. Februar 1800 die Antwort mit der Quintessenz der Kritik, doch unterblieb die Absendung an das Generaldirektorium. Vielleicht wollte von Massow, der von der Reck bereits am 24. April 1798 auf seine Schulreformpläne hingewiesen worden war¹⁵⁶, die schwerwiegende Entscheidung noch eingehender überprüfen.

Seit seinem Amtsantritt versuchte der Minister einen „Schulplan“ vorzulegen¹⁵⁷. Auch er wollte das Behördensystem der Schulaufsicht nach unten durch provinziale Behörden ergänzen. Insofern kam das Projekt durchaus gelegen. Auch gegen die Mitbeteiligung der Eingesessenen konnten keine grundsätzlichen Bedenken erhoben werden. Nur war dieser Wunsch nach dem gültigen Recht nicht zu verwirklichen. Deswegen mußte eine neue Grundordnung des Schulwesens entwickelt und mit königlicher Genehmigung vollzogen werden. Diese Planung aber benötigte Zeit, um die regionalen Rechtsverschiedenheiten aufzunehmen und durch ein neues Gesetz aufzuheben.

Eine Genehmigung der märkischen Pläne hätte die Gefahr mit sich gebracht, zu früh regionalen Sonderwünschen die Zügel schießen zu lassen. Außerdem waren sich die Verwalter nicht einig, ob die so außergewöhnliche Beteiligung der Bürger an der Schule mehr als eine vorübergehende Mode war. Hinzu kam die eklatante Mißachtung der Verwaltungsgrundsätze, die Meierotto den Plan als „Privatsache“ deklarieren ließ, um den daran beteiligten Beamten eine Brücke zu bauen. Denn wie selten hatte der Plan seinen Nutzen nicht nachweisen und nicht einmal

¹⁵⁵ Ebd.

¹⁵⁶ In: DZA-Merseburg: Rep 76 a-I-917. Mit diesem Schreiben begrüßte von der Reck von Massow im Amt.

¹⁵⁷ Dieses wird aus einer Bemerkung deutlich, daß in Zukunft durch generelle Regelungen die Tätigkeit des Schulkollegiums ohnehin übersichtlicher würde. Vgl. auch: Alfred Heubaum, Die Geschichte des ersten preußischen Schulgesetzentwurfs (1798—1807). In: Monatsschrift für höhere Schulen. Jg. 1 (1902) S. 20 ff., 111 ff., 145 ff., 209 ff., 305 ff.

langfristig den Erfolg versprechen können. Die Oberrechnungskammer hätte die Ausgaben nicht genehmigt.

Schon Terlinden hatte von Massow am 15. Dezember 1799 in einem Privatbrief angedeutet, daß die Geschäfte des Kollegiums viel zu kompliziert seien. Es würde genügen, einen einzigen Beamten mit den Aufgaben zu betrauen, doch dürfe er mit seiner Kritik nicht weitergehen, „ohne meinen hohen Vorgesetzten anzugreifen“¹⁵⁸. Er meinte damit vermutlich Heinitz, der die Kommission etabliert und mit Direktiven versehen hatte. Zu allem kam hinzu, daß Heinitz unterlassen hatte, das Ober-schulkollegium und die Regierung von der Absicht rechtzeitig zu unterrichten. Auch vom Stein hatte dieses nicht getan.

Von Massow sprach diesen Sachverhalt in seiner Antwort vom 19. März 1799 an Terlinden an. Er lobte zwar den Eifer der Kommission, kritisierte dann: „... so würde es gut gewesen seyn, wenn diese Gedanken, ehe man sie an das Generaldirectorium eingesandt, zuvor der eigentlichen Behörde, nemlich dem Ober-Schul-Collegio zur Prüfung vorgelegt“ hätte¹⁵⁹. Und im September beschwerte sich die Regierung in Emmerich durch ihren Präsidenten, daß geplant sei, dieser Behörde die Schulsachen zu entziehen. Zugleich spielte von Rohr der Oberbehörde einige Aktenstücke zu, die dieser bislang unbekannt waren und sie über die Aktion unterrichteten¹⁶⁰.

Was im Anschluß an die Benachrichtigung des Generaldirektoriums noch erfolgte, kann als Abgesang betrachtet werden. Fast ein Jahr später, am 31. März 1801, schrieb von Massow an von Heinitz seine grundsätzlichen Bedenken. Dieser informierte am 20. April die Märkische Kammer von dem negativen Ausgang der Sache¹⁶¹. Damit wird wahrscheinlich, daß der Brief vom 19. Februar 1800 nicht abgesandt worden ist oder daß das Konzept falsch datiert wurde.

Mit dem Schreiben vom 31. März wurden auch die überlassenen Akten wieder dem Generaldirektorium überstellt, das diese wieder nach Hamm zurücksandte. Alle Bemühungen, so meinte von Massow, würden nutzlos bleiben, „so lange nicht die Schullehrer ... hinlänglich besoldet werden, um die Stellen mit brauchbaren Subjekten besetzen zu können, u. es nicht zweckmäßig zu sein scheint, die Schulreform mit Etablierung einer kostbaren Schulcommission anzufangen, die noch kaum Fonds hat“. Und über Wilberg meinte er: „Auch meldet, besonders gegen den p. Wilberg, als Bedenken, daß er nicht ganz dem Geschäfte, welches ihm zugedacht wird, gewachsen sein möchte, da es ihm an gelehrter Bildung fehlet, u. seine übrigen Verhältnisse nicht zu der Autorität, die ihm beigelegt werden soll, passen.“¹⁶² Wilberg verließ wohl deswegen bereits im folgenden

¹⁵⁸ In: DZA-Merseburg: Rep 76 a-I-917.

¹⁵⁹ Entwurf in: ebd.

¹⁶⁰ In: ebd.

¹⁶¹ In: ebd.

¹⁶² Abschrift in: StA Münster: KuDK Hamm Nr. 782.

Jahr Overdyck, um in Elberfeld (also im Ausland) eine geachtete Stellung als Lehrer und Schulinspektor anzutreten. Um seine Einkünfte werden ihn später selbst Schulaufsichtsbeamte in hohen Rängen beneidet haben.

Wenn auch von Heinitz im Generaldirektorium zunächst keine andere Möglichkeit hatte, als sich der Entscheidung des Oberschulkollegiums zu fügen¹⁶³, gab er die Sache doch noch nicht auf. In seiner Antwort vom 20. April meinte er, daß er zunächst auf die Meinung des Oberschulkollegiums eingegangen sei, um die gute Sache „nicht durch die Form leiden zu lassen“. Er sprach sich dann noch einmal für die Errichtung einer „permanenten Commission“ aus und verwies auf das Bedürfnis des „Publicums“ der Grafschaft, deren Anwalt er zu sein vorgab. „Letzteres [die Ablehnung] haben wir mit unseren Pflichten, für das Wohl der Provinz u. ihrer Eingesessenen zu sorgen, nicht vereinigen können.“¹⁶⁴ Es bliebe weiterhin die Aufgabe, die Ansicht des Oberschulkollegiums so bekannt zu machen, daß das Interesse der Öffentlichkeit in der Grafschaft nicht großen Schaden nehme und sich von den Schulen abwende.

Selbst diese Argumente konnten von Massow nicht beeindrucken. Am 21. Mai 1801 wiederholte er die Gründe, die eine Ablehnung des Projekts nötig gemacht hätten und bestand darauf, daß die Schulaufsicht viel einfacher zu regeln sei und dieses zu einem viel geringeren Preis. Dennoch sah er ein, daß die Gefahr gegeben sei, daß die Stände ihren Beitrag von 730 Rtlr. wieder zurückziehen würden, wenn sie ihre „Lieblingsidee“ nicht mehr verfolgen könnten; doch müsse erst abgewartet werden, ob die Stände überhaupt noch willig seien, die Summe auch für die Zukunft herzugeben¹⁶⁵.

Als von Heinitz dann auf die bald durchzuführende Reorganisation der Verwaltung des Cleveschen Landes verwies, wobei dann auch die Frage der Schulaufsicht geklärt werden könnte, und er sich nur bereit erklärte, sich für die Bestimmung des ständischen Beitrags zu Diäten und Kommissionsgeldern zu verwenden¹⁶⁶, sah von Massow in seiner Antwort vom selben Tage die Idee des Provinzialschulkollegiums als erledigt an. Er empfahl, durch den Landtagskommissar Erdmannsdorf auf dem kommenden Landtag den Antrag stellen zu lassen, die Gelder für die angesprochenen Zwecke zu verwenden und sie bei der Kriegskasse in Hamm zu lagern¹⁶⁷.

Die Kammer in Hamm tat, wie Heinitz daraufhin anordnete. Sie wies am 3. Juli 1801 ihren Kommissar an, die Bereitstellung der Mittel zu

¹⁶³ Von Massow hatte seinem Schreiben einen Entwurf für ein Reskript beigelegt, aus dem genau hervorging, was das OSK wollte. Abschrift in: StA Münster: KuDK Hamm Nr. 782.

¹⁶⁴ Abschrift in: ebd.

¹⁶⁵ Abschrift in: ebd.

¹⁶⁶ GenDir am 20. Juni 1801 an OSK. Abschrift in: ebd.

¹⁶⁷ Abschrift in: ebd. Zweck dieser Kassenregelung war, die Gelder unter die Kontrolle zu bekommen und ihre Verwendung überprüfen zu können, wogegen sich die Stände wehrten.

verlangen¹⁶⁸. Damit war auch der inzwischen in die Debatte gekommene Vorschlag der Stände, eine kleine Schulkommission zu gründen, erledigt¹⁶⁹. Gefragt, ob sie bereit wären, die 730 Rthl. auch auf Dauer zu zahlen, entschieden die Deputierten der Stände in der Versammlung am 3. und 4. September 1801 in Hörde, die Gelder lieber für die Verbesserung von Lehrergehältern und „in specie für Prämien für sich auszeichnende Schulmänner“¹⁷⁰ zu verwenden. Zugleich wurden von der Reck und der Bürgermeister Wiethaus mit der Verteilung der Mittel beauftragt¹⁷¹. Eine weitere Initiative der Stände ist nicht mehr festzustellen, obwohl im Entwurf der Instruktion für die Examinatoren von 1804 ungebrochen von einem Provinzialschulkollegium die Rede war¹⁷².

Aus dem großen Projekt der Errichtung eines Provinzialschulkollegiums kam auf diese Weise eine den Verhältnissen zwar angemessene, mit den Wünschen verglichen jedoch kümmerliche Tätigkeit für den Vorsitzenden der Gesellschaft der Freunde heraus. In Zukunft konnte er als Beauftragter der Stände Prämien an verdiente Schullehrer verteilen, mehr nicht. Am 8. Oktober 1801 genehmigte von Heinitz diese Tätigkeit¹⁷³ und am 27. Oktober forderte der Kriegs- und Domänenrat von Beust die Deputierten auf, erste Vorschläge einzureichen¹⁷⁴. Auch das Oberschulkollegium stimmte der Sache zu, erwähnte in dem Reskript vom 23. November 1801 jedoch wieder die Möglichkeit, eine Kommission zu bilden, der außer den beiden Deputierten der Stände, einem Mitglied der Kammer in Hamm auch pädagogische Sachverständige angehören sollten. Für diese Kommission könnten Anweisungen — etwa nach der Instruktion für eine ähnliche Kommission für Cleve diesseits des Rhein — in Kraft gesetzt werden. Terlinden müsse unbedingt hinzugezogen werden, während für Snethlage, der nach Berlin ginge, Ersatz gesucht werden müsse¹⁷⁵.

¹⁶⁸ Entwurf in: ebd.

¹⁶⁹ So im Schreiben vom 20. April 1801, GenDir an OSK, erwähnt als Vorschlag der Stände. Zu ihr sollten gehören: Terlinden, Snethlage und Wilberg. Abschrift in: ebd.

¹⁷⁰ Protokoll der in der Landständischen Versammlung in Hoerde am 3. und 4. September 1801 geführten Verhandlung. In: StA Münster: KuDK Hamm Nr. 140. Es hieß hier: „In betref der zur Verbesserung des Schulwesens zu bewilligenden Summen waren die Herrn Landstände darin einig, daß die Einführung eines Provinzial-Schulkollegii zu vermeiden seyn werde. Die von den resp. Hohen Departements verlangten 730 Rthl. und 100 Rthl. wollten sie dagegen vorläufig der Gemeinnützigkeit des Endzwecks halber, jedoch nur auf Ein Jahr bewilligen.“ Die 100 Rthl. waren ursprünglich für die „Utensilien“ der Behörde gedacht gewesen.

¹⁷¹ Wiethaus war Bürgermeister in Hamm, er vertrat damit die Städte.

¹⁷² Für 1804 glaubt dieses noch feststellen zu können: Fr. Klein, Das niedere Schul- und Seminarwesen der Grafschaft Mark von 1775—1825. Dortmund 1925, S. 15. Vgl. die Instruktion im Anhang unter Nr. 6.

¹⁷³ Auf Bericht der KuDK Hamm vom 18. Sept. 1801 an GenDir. In: StA Münster: KuDK Hamm Nr. 782.

¹⁷⁴ Notiz in: ebd.

¹⁷⁵ In: ebd.

Zu der Errichtung dieser Kommission ist es nach den bisher gefundenen Akten nicht gekommen. Mit dem Weggang Snethlages und Wilbergs fehlten die fachlich qualifizierten Pädagogen, auch machten sich nach den Jahren andauernden Kampfes gegen die Bürokratie in der Verwaltung die ersten Ermüdungserscheinungen bemerkbar. Von der Reck resignierte zwar noch nicht, doch setzte er sich nicht mehr in der früheren Weise ein. Dieses wird um so verständlicher, da inzwischen weitere Reformansätze der Gesellschaft gleichfalls zu keinem wesentlichen Erfolg geführt hatten, wovon noch zu berichten ist.

Als Deputierter der Stände bemühte er sich in den folgenden Jahren, die Prämien in Höhe von 20, 30 oder mehr Reichstalern an die richtigen Lehrer zu bringen.

Am 30. Juni 1802 übersandte er eine erste Liste von Lehrern der Kammer. Er benannte auch einen aus Lippstadt, einer Stadt, die gar nicht der preußischen, sondern der lippischen Verwaltung unterstand¹⁷⁶. Von Beust, als Beauftragter der Kammer, war zwar zunächst damit einverstanden, wollte jedoch außer den Namen auch etwas über die Verdienste der vorgeschlagenen Lehrer wissen und sich nicht mit der Formel zufrieden geben, daß sie sich durch „strenge Pflichterfüllung und durch eine verständige Lehrart auszeichnen“¹⁷⁷. Er benötigte diese überprüfbaren Formulierungen für seinen Bericht nach Berlin, wie dieses auch für die in früheren Jahren ausgeteilten Prämien der Fall gewesen war¹⁷⁸.

Von den ersten 33 vorgeschlagenen Lehrern erhielten zunächst 26 eine Prämie¹⁷⁹; ausgelassen waren ein Regimentschullehrer und der Lehrer aus Lippstadt, für den sich die Kammer jedoch durch ein Schreiben an die lippische Regierung so einsetzte, daß auch er seine Prämie erhielt¹⁸⁰. Die restlichen Fälle konnten kurz darauf geklärt werden. Bemerkenswert ist noch, daß sich die Deputierten die Mühe gaben, der Kammer in Hamm ein Verzeichnis von Visitationsfragen des Präsidenten von Herder in Weimar zu überreichen. Von den dort gestellten 23 Fragen hatten sie 17 als brauchbar für die Schulverhältnisse in der Grafschaft Mark angesehen¹⁸¹.

¹⁷⁶ Ein deutlicher Hinweis darauf, daß es von der Reck nicht auf bürokratische Genauigkeit ankam. Vgl. Anm. 242.

¹⁷⁷ So von der Reck und Wiethaus in ihrem Schreiben vom 30. Juni 1802. In: ebd.

¹⁷⁸ Schon für das Jahr 1798 ist nachzuweisen, daß das OSK der Regierung 80 Rtlr. für bedürftige und verdiente Schullehrer zur Verfügung stellte. Ab 1803 erhöhte sich die jährlich überwiesene Summe auf 100 Rtlr. Die Ausgaben wurden von der Oberrechnungskammer kontrolliert. Vgl.: StA Münster: KuDK Hamm Nr. 758.

¹⁷⁹ KuDK Hamm am 16. Juli 1802 an Reck und Wiethaus. In: StA Münster: KuDK Hamm Nr. 782.

¹⁸⁰ Entwurf des Schreibens und Nachricht, daß er 20 Rtlr. von der Fürstin Pauline erhalten habe. In: ebd.

¹⁸¹ In: ebd. Schon im Jahre 1801 und zwar am 22. Dez. hatten sich Terlinden und von Beust an die märkische Regierung zu Emmerich mit der Bitte gewandt, ihnen die Instruktion zur Visitation für die Kommissare in Cleve zu übersenden. Nach einer Erinnerung vom 23. Jan. [?] erfolgte die Übersendung dann am 16. Febr. 1802. Die In-

Wiethaus und von der Reck erkannten bald selber, daß die Verteilung von Prämien ein mißliches und unangenehmes Geschäft war, solange keine Kriterien vorlagen, nach denen sie die Gelder hätten gerecht verteilen können. Sie hielten daher einen Schulvisitator für dringend erforderlich, um sich nicht nur auf die dürftigen Hinweise von Geistlichen stützen zu müssen. Die Kammer in Hamm antwortete, daß sie sich für den fachlichen Teil der Prämienverteilung nicht zuständig hielt, und verwies die Deputierten mit ihrem Katalog an die Regierung in Emmerich¹⁸². Mit dieser Behörde hatten die beiden jedoch nichts im Sinne, und so unterblieb die Festlegung von Richtlinien. Wieder einmal hatte das Ressortdenken über die sinnvolle Zusammenarbeit entschieden.

Die Neuordnung der Schulaufsichtsverhältnisse im Jahre 1806

Die Aktivitäten der Gesellschaft der Freunde im Prüfungswesen und in der Schulaufsicht erreichten, daß auch die Kirchenbehörden sich immer intensiver um eigene Reformansätze bemühten. Solange die landesherrliche Oberaufsicht über die Schulen von der cleve-märkischen Regierung wahrgenommen wurde, schienen sie trotz allem noch nicht beunruhigt zu sein. Erst als am 1. September 1804 die Schulsachen durch die Verwaltungsreform auf Betreiben vom Steins der Kriegs- und Domänenkammer übertragen wurden¹⁸³, mußten die Eigenrechte auch aktiv verteidigt werden¹⁸⁴.

Im Jahre 1805 oder 1806 forderte die Kammer unter ihrem Präsidenten von Vincke¹⁸⁵ den Generalinspektor Bädeker auf, einen „Entwurf einer Instruction für die anzuordnenden Schulconsistorien“ vorzulegen. Der daraufhin entstandene Vorschlag wurde am 8. und 9. Juli 1806 von der lutherischen Synode „mit Bedachtsamkeit“ geprüft und für „zweckmäßig“ befunden, ohne daß die Diskussion darüber noch verfolgt

struktion war über 12 Seiten lang, und es ergab sich aus den Bemerkungen, daß in Cleve bereits eine Kommission eingesetzt war, die sich die Schulen nacheinander vornahm. Ihr gehörten der Prediger und Assessor des Schulcollegii Schultheis und der Bauinspektor Lehmann an. Die Revision der Schulen bezog sich auf alle inneren und äußeren Angelegenheiten, ein Muster, das in der Grafschaft Mark zur Etablierung einer ähnlichen Kommission hätte führen können. Die Gründe für die Ablehnung sind bereits angeführt worden. In: ebd.

¹⁸² KuDK am 19. Okt. 1802 an von der Reck und Wiethaus. In: ebd.

¹⁸³ Vgl. Teil I, Anm. 104. Eine Bekanntmachung dieser Veränderung erfolgte im Westfälischen Anzeiger Bd. 14 (1805) S. 15.

¹⁸⁴ So heißt es z.B. im Protokoll der reformierten Synode vom 24. und 25. Juni 1800 unter § 16, daß sich der Präses Grevel für das „Beste der Schulen“ einsetzen wolle und sich standhaft „seinen Einfluß, und seine wohlhergebrachten Rechte“ nicht schmälern lassen wollte. In: StA Münster: KuDK Hamm Nr. 754.

¹⁸⁵ Von Vincke war am 24. Nov. 1804 als Präsident der Kammer in Hamm und Münster von vom Stein eingeführt worden. Vgl. E. von Bodelschwingh, Das Leben des Oberpräsidenten Freiherrn von Vincke. Teil I (1774—1816). Berlin 1853. S. 250.

werden kann. Die Absicht der Kammer war, in Zukunft nur noch diejenigen Prediger mit der Schulaufsicht zu beauftragen, „denen man Sachkunde und guten Willen“ zutraute¹⁸⁶.

Die überraschende Neuheit lag in der Absicht, die Grafschaft nunmehr in 16 Schulaufsichtsbezirke einzuteilen und diese je einem Schulinspektor zu unterstellen. Die Bezirke deckten sich dabei nicht mehr mit den Grenzen der Predigerklassen. Erstmals wurden damit Kirchen- und Schulaufsichtsbezirke getrennt. Bei der inhaltlichen Ausfüllung ging die Kammer dann jedoch unter der Devise vor, an die alten Verhältnisse anzuknüpfen. Analog der Ordnung der Kirchenaufsicht sollten die neuen „Schulcommissare“ eine Mittelinstanz zwischen Kammer und Ortsschulaufsicht bilden. Wie die Subdelegaten die Aufsicht über die Prediger und die Kandidaten führten, so sollten die Kommissare die Schulen ihres Bezirks revidieren und die Lehrerbildung überwachen.

Unverkennbar war bei diesem Ansatz das Bestreben, die Schulen aus dem bürokratischen Winkel herauszuholen und sie in die allgemeine Verwaltung und Kontrolle hineinzuziehen. Vom Stein und von Vincke versuchten damit, der Schule den ihr nach der Theorie des „Policeywesens“ zukommenden Platz anzuweisen¹⁸⁷. Wie sehr sie dabei von den Zeitgenossen verstanden wurden, macht trotz aller Höflichkeitsformeln ein Artikel in der Quartalschrift für Religionslehrer deutlich, in dem es hieß: „Die hochlöbliche Kammer in der Grafschaft Mark hat das Schulwesen zu einem Hauptgegenstande ihrer Aufmerksamkeit und Fürsorge gemacht. Sie geht davon aus, daß überall die gehörige Anzahl von Schulen vorhanden seyn, — die Schulgebäude am bequemsten Orte liegen, — die sämtlichen Schullehrer ihr ordentliches Auskommen haben, — und die innere und äußere Einrichtung der Schulen dem Geiste der Zeit und dem wahren Bedürfniß des Volks entsprechen soll.“¹⁸⁸

Wenn es auch in den nächsten Jahren wegen des neuen Krieges noch nicht zu dieser fast idealen Verfassung im Schulwesen der Grafschaft kam, so war, wie sich nach 1815 bestätigte, jetzt eher die Möglichkeit zur Reform gegeben. Die Schulen waren ohnehin nicht von heute auf morgen zu verbessern, und auch eine bessere Aufsicht allein konnte nur dann etwas ausrichten, wenn zugleich das finanzielle Fundament ausgebaut wurde¹⁸⁹. Erst dann war die Aussicht gegeben, die qualifizierteren Lehrer

¹⁸⁶ Vgl. Protokoll der Synode. In: Quartalschrift für Religionslehrer. Bd. 3 (1806) S. 573. Zugleich wurde über die Reform der Lehrerprüfung ein Beschluß gefaßt.

¹⁸⁷ Vgl. etwa: Bergius, Policy-Magazin. Bd. 8. Frankfurt 1774, S. 85 ff. Artikel „Schulwesen“. Die dort gemachten Aussagen können als repräsentativ gelten.

¹⁸⁸ Allgemeine Schulvisitation in der Grafschaft Mark. In: Quartalschrift für Religionslehrer. Bd. 4 (1807) S. 168.

¹⁸⁹ Wie diese Entwicklung in der Grafschaft verlief, können folgende Hinweise verdeutlichen. Die KuDK Hamm überreichte der Regierung zu Emmerich am 6. Aug. 1798 einen Bericht des Landrats Senft von Pilsach, in dem dieser als Reihenfolge der Verbesserungen angab: 1) Verbesserung der Besoldungen, 2) Bessere Einrichtung der Schulhäuser, 3) zweckmäßige Einrichtung, um den Schulbesuch zu erhöhen. Weiterhin wurde

auch anzustellen, die Schulen mit Lehrmitteln zu versehen und die Gebäude herzurichten. Mit dieser Schulentwicklung blieb die Schulverwaltung seither immer beschäftigt, da sich nicht nur die Zahl der Schulkinder durch den Bevölkerungszuwachs vermehrte, sondern sich auch die Schultheorie entwickelte und damit neue Anforderungen gestellt wurden. Wie unendlich mühsam der Fortschritt dabei erkämpft wurde, wird deutlich, wenn die später erlassenen Gesetze mit den frühen Reformansätzen verglichen werden.

Kurz erwähnt werden muß noch eine Initiative, die vom Generalinspektor Bädeker im Herbst des Jahres 1806 ergriffen wurde. Am 27. November schlug er der Kammer vor, bei jeder Schule einen Schulvorstand zu errichten. Auf dem Lande sollten ihm der Prediger und einige Deputierte der Gemeinde und der Bauernschaften, in den Städten neben den Predigern Deputierte des Magistrats, der Gemeindevorsteher und einige „angesehene“ Bürger angehören¹⁰⁰. Die „Kirchspielkommissionen“ waren dabei Vorbild. Diese Schulvorstände sollten die „Amtstreue und das sittliche Betragen“ der Lehrer, die Kenntnisse und den Fleiß der Kinder, die Einrichtung des Unterrichts, die Schulausstattung, die Schuldisziplin, die Erhebung des Schulgelds, die Hilfslehrergehälter und die Sorge für einen guten Zustand der Schulgebäude übertragen bekommen.

die Erhöhung des Schulgeldes von 1 auf 2 Stüber gefordert, bis max. 6 Stüber bei vier und mehr Kindern pro Elternhaus. Es sei auch daran zu denken, das Schulgeld ganz abzuschaffen und durch eine Abgabe zu ersetzen. Die Reg. antwortete am 26. Sept., nachdem sie einen Bericht des Inspektors Dahlenkamp eingeholt hatte, daß wegen der fehlenden Akten (diese waren in französischer Hand) nicht festgestellt werden könne, warum die Sätze des Landschulreglements nicht eingeführt worden seien(!). Eine Erhöhung des Schulgelds wurde als schwierig angesehen, eher könnten die „Geerbtten“ in den Ämtern zu höheren Leistungen herangezogen werden. Dahlenkamp hatte darauf verwiesen, daß der gemeine Mann die höheren Sätze nicht zahlen konnte, da die Preise in den letzten Jahren gestiegen seien, außerdem sei es ungerecht, daß der Bemittelte genauso viel zur Unterhaltung der Schule beitrage wie der Arme. Das Schulgeld sollte nach Klassen erhoben werden, evtl. sei auch eine Abgabe nach dem Vermögen einzuführen. (Vgl. hierzu die Gedanken von der Recks über den Schulfonds.) „Zweckmäßige Belehrung und Bildung der Jugend ist für einen Staat doch gewiß ein eben so großes Bedürfnis, als alle anderen, wozu jetzt jeder Unterthan nach proportion das Seinige beytragen muß.“ (Dahlenkamp in seiner Antwort vom 6. Sept.) Am 28. August 1798 gab dann Massow ein Reskript an alle Unterbehörden heraus, in dem er darauf hinwies, daß das OSK an einem Schulplan arbeite. Es wurden Tabellen angefordert, die vom OSK nach der Gründung erhoben worden waren; diese sollten ergänzt eingereicht werden. Zwischen dem OSK und dem GenDir wurde in der Zwischenzeit verhandelt. Am 27. Aug. 1799 gewährte das GenDir dem OSK seine Unterstützung beim Schulbau, zur Besorgung des Brennholzes für die Schultube und für die Erhebung des Schulgeldes. Die Kammer setzte am 6. Okt. die Regierung davon in Kenntnis, doch es änderte sich nur wenig. Die Gesellschaft der Freunde konnte deshalb in einer Petition vom 17. Juni 1800 auf die gleichbleibende Armseligkeit der Schulen hinweisen. Und noch 1806 war kein Erfolg festzustellen, wenn der Bericht der landständischen Kommission, dem die Suche nach „Surrogaten“ für das Schulgeld aufgetragen worden war, die Lage richtig beschreibt. Bericht der Kommission vom 17. Febr. 1806. in: StA Münster: Cleve-Mark Landstände Nr. 370, alle anderen Aktenstücke in: ebd.: KuDK Hamm Nr. 782.

¹⁰⁰ In: LKA Bielefeld: 0,8/23. Vgl. auch: Willemsen, Schulwesen, S. 156 ff.

Die Kammer äußerte am 5. Dezember ihre Zustimmung, legte jedoch Wert darauf, möglichst überkonfessionelle Einrichtungen zu entwickeln, zugleich auch ältere Einrichtungen nicht zu übergehen¹⁰¹. Bädeler teilte diese Entscheidung am 20. Dezember seinen Predigern mit und bat um Vorschläge zur Besetzung und weiteren Einrichtung. Im weiteren Verlauf entwarf er eine Instruktion, die von der Synode genehmigt wurde. Am 10. Februar 1807 mußte er jedoch berichten, daß der Krieg die weitere Ausführung verhindert habe. Die Kriegskosten ließen keinen Schulbau mehr zu. Dennoch sollte er im amtlichen Auftrag die Instruktion anfertigen¹⁰².

Zu dieser kam es nicht mehr, weil die Kammer in Hamm aufgelöst wurde. Dennoch waren die Ideen nicht verloren, denn am 17. Februar 1810 reichte Bädeler dem Präfekten des Ruhrdepartements einen Schulverbesserungsplan ein, der an das zuständige Ministerium weitergereicht wurde¹⁰³. Daraus entstand dann die Verordnung Nr. 48 des Ruhrdepartements vom 10. August 1810, in der die Aufgaben der Schulvorstände näher bestimmt wurden¹⁰⁴. Daran knüpfte später eine Verordnung über die Schulvorstände vom Jahre 1829 an.

Die Aufgaben der „Schulkommissare“

Mit der Errichtung einer „allgemeinen Schulvisitation“ und der Einsetzung von besonderen Schulkommissaren, war ein entscheidender Fortschritt in der Schulaufsicht gemacht und die Basis für die zukünftige Ausgestaltung gelegt. Die Kammer unterstützte die in Gang gekommene Reformbewegung noch dadurch, daß sie die Land- und Steuerräte anwies, sich in stärkerem Maße als bisher der „Schulpolicy“ zuzuwenden. Die Zahl der schulpflichtigen Kinder in den Gemeinden sollte erfaßt, der bisher geleistete Beitrag zum Schulhausbau ermittelt und die Einziehung des Schulgelds überwacht werden. Wichtig beim letzteren war, daß in Zukunft nicht mehr die Lehrer, sondern die Steuereinnahmer die zustehenden Summen kassieren sollten, womit der Lehrer endlich von der direkten Abhängigkeit von den Eltern¹⁰⁵ frei wurde. Zugleich konnte auf diese Weise auch die „Zahl der unvermögenden Familien, die kein Schulgeld bezahlen können, angegeben“ werden¹⁰⁶.

¹⁰¹ Ebd.

¹⁰² Ebd.

¹⁰³ Ebd.

¹⁰⁴ In: Sammlung der Präfectur-Verhandlungen des Ruhr-Departements, Jahr 1810. Dortmund (1810) S. 217 ff.

¹⁰⁵ Die Eltern zogen ihre Kinder einfach aus der Schule zurück, wenn der Lehrer auf dem Schulgeld beharrte, oder der Lehrer konnte wegen der Armut der Eltern das Schulgeld nicht einfordern, so daß ihm die Last der Not aufgebürdet wurde. Vgl. auch: Quartalschrift für Religionslehrer. Bd. 4 (1807) 4. Quartal, S. 191 f.

¹⁰⁶ Allgemeine Visitation in der Grafschaft Mark. Vgl. Anm. 188.

Mit der tabellarischen Erfassung der wirtschaftlichen Grundlage einer jeden Schule wurde, wie es hieß, zugleich „eine allgemeine Schulvisitation in Verbindung gesetzt“¹⁹⁷. Der Konsistorialrat und Prediger Busch zu Dinker, die Prediger Müller zu Soest, Wülfinh und Eylert zu Hamm, der Präses der reformierten Synode Senger zu Reck, Krupp zu Unna, Natorp zu Essen, Zimmermann zu Hattingen, Hasenclever zu Gevelsberg, Dahlenkamp und Aschenberg zu Hagen, Hengstenberg zu Fröndenberg, Bädeker zu Dahl, Hülsmann zu Lüdenscheid, Kleinschmidt zu Altena und Gottschalk zu Iserlohn machten sich an die Erledigung ihrer Amtspflichten. „Um bey der Schulvisitation keinen wichtigen Punkt unerfragt zu lassen, wurde dem sämmtlichen Visitations-Commissarien eine ausführliche musterhaft entworfene, Instruction ertheilt.“¹⁹⁸

Die Produkte der Visitationen waren — wie schon immer — umfangreiche Protokolle. In ihnen wurden der „innere“ und der „äußere“ Zustand der Schulen untersucht, jeweils in Anwesenheit der „etwaigen Scholarchen oder Schul-Vorsteher“, denen eine Schulaufsichtsfunktion zustand, und der Obrigkeit, „welche die Direction über die Schule“ führt¹⁹⁹. Von der Visitation wurden sowohl die höheren als auch die niederen Schulen betroffen. Es wurden bis ins Detail gehende Fragen gestellt, über die Art der visitierten Schule, wem das Berufungs- und Bestätigungsrecht bei der Lehrerwahl zustand, über die Personaldaten des Lehrers, seine Amtstüchtigkeit, seine „Amtsführung und das sittliche Betragen“, seine Rüstigkeit, seine Einkünfte, seine Nebenämter. Gefragt wurde nach der Zahl der schulbesuchenden Kinder, nach dem Schulbesuch überhaupt, der Zahlung des Schulgeldes, der Beschaffenheit des Schulgebäudes und dessen Unterhaltung, nach der Heizung der Räume, dem Schulinventar, den Schulfonds, den etwa erforderlichen Zuschüssen für eine auskömmliche Besoldung des Lehrers, dem Fonds für Schulprämien, dem Schuletat und schließlich nach der Stellung der Schule innerhalb des Schulkreises²⁰⁰.

Bei den „interna“ richteten sich die Fragen auf die Schulordnung, auf die Unterrichtszeit, auf die Ferien, auf die Lektionen, auf die verwendeten Schulbücher, auf die Klassengliederung der Schule, auf die Prinzipien der Schülerauswahl, der Schulentlassung, der Prüfungen, der Schulzucht. Weiterhin hatte der „Commissarius“ zu untersuchen, ob die Schule den örtlichen Bedarf an Schulbildung decke, ob man die Schule erweitern müsse oder zu ergänzen habe durch Anlegung einer Mädchenschule oder durch Aufnahme des Industrieunterrichts. Es wurde auf die Erfassung der örtlichen Situation deswegen geachtet, um daraus Folgerungen für eine Erweiterung der Schulkapazitäten ziehen zu können.

¹⁹⁷ Ebd. S. 169 ff.

¹⁹⁸ Ebd.

¹⁹⁹ Ebd.

²⁰⁰ Ebd.

Mit dem Fragenkatalog, der nunmehr nicht in einer einmaligen Aktion wie bei den Befragungen des Oberschulkollegiums²⁰¹ erhoben wurde, bekam die Verwaltung erstmals einen kontinuierlichen Einblick in die Schulen. Die Kammerverwaltung wurde damit in den Stand gesetzt, die Schulen über ein vorgegebenes Muster zu vergleichen. Auffällig ist, wie sehr dabei das Schema darauf angelegt war, den eigentlichen Schulbedarf zu ermitteln, um sich des Nutzens jeder einzelnen Einrichtung sicher zu sein. Wie detailliert jede Schule erfaßt wurde, geht z.B. aus dem Bericht hervor, den der Schulkommissar Bernhard Christian Ludwig Natorp 1806 anfertigte und zur Grundlage eines Reorganisationsplanes machte²⁰².

Die Änderung in der Schulaufsicht durch die Einrichtung von Schulaufsichtsbezirken und geistlichen Kommissaren war das sichtbare Ergebnis der Initiative der Gesellschaft der Freunde. Doch was fehlte, war die Beteiligung der „Nation“. Nur zwischen Kirche und Staat fanden in Zukunft die eigentlichen Debatten statt. Die einige Jahre später gewährte Mitbestimmung durch die Schulvorstände erwies sich als zu geringfügig. Sie wurde im 19. Jahrhundert zur reinen Ausführungshilfe degradiert.

Die weitere Geschichte des Schulvorstandes zeigt, wie außerordentlich schwierig es immer war, die Eingesessenen auf Dauer zu aktiver Mitarbeit im Schulwesen zu bewegen. Die „Schulkundigen“ waren eben keine Fachleute und fühlten sich bei der sich entwickelnden Schultheorie immer im Hintertreffen. Zu sehr wirkte auch die mächtige Stellung der Geistlichkeit im Gemeinwesen nach. Sie bestimmte weiterhin die Inhalte der neuen Schule unter dem Aspekt der Religionssicherung²⁰³.

Erst in zweiter Linie ging es um die „bürgerliche Gesellschaft“. Diese verstand sich dabei unter der Verbindung von Thron und Altar ebenfalls christlich, dadurch war der Weg frei zur Entwicklung des konfessionellen Volksschulwesens.

Durch die Verlagerung der Schulaufsicht von der Regierung auf die Kriegs- und Domänenkammer hatte sich die Anschauung durchgesetzt, die Schulen nunmehr unter die Gegenstände der „Landespolicey“ zu rechnen. Eine Ansicht, die sich in den preußischen Reformen noch stärker auswirkte und zur Eingliederung des Oberschulkollegiums in das Ministerium des Innern und erst danach zur Ausgliederung in das Ministe-

²⁰¹ Vgl. Anm. 189. Diese Befragungen stützten sich auf die Tradition des „Schul-catalogus“, der durch Order vom 14. März 1765 eingeführt worden war. In: HStA Düsseldorf: Cleve Mark Generalia XVI A Nr. 185.

²⁰² Visitationsprotokoll über die Schulen der Stadt Bochum vom 7. Aug. 1806. In: StA Münster: Großherzogtum Berg A 2 Nr. 79. Der Autor darf nicht mit einem Bochumer Prediger gleichen Namens verwechselt werden.

²⁰³ Vgl. hierzu etwa die bereits erwähnte Predigt des Praeses der reformierten Synode Senger zu Reck auf der Synode am 17. und 18. Juni 1806. In: StA Münster: KuDK Hamm Nr. 754.

rium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten führte²⁰⁴. Auf der Regierungsebene wurden die Schulsachen noch länger in den Abteilungen des Innern geführt.

In der Grafschaft Mark konnte um 1805 niemand hoffen, daß die Beteiligung der Kriegs- und Domänenkammer an der Schulaufsicht einen derartigen Aufschwung nach sich ziehe. Dennoch setzten einige auf diese Neuorganisation, wie z. B. Natorp. Er schrieb am Schluß seines Bochumer Revisionsprotokolls von 1806: „Das hier noch sehr todte Interesse für das Schulwesen kann nicht besser geweckt werden, als durch die Errichtung einer sehr guten Schule und eine scharfe Schulpolizey.“²⁰⁵

Die Gründung eines Lehrerseminars auf Overdyck

Von Anfang an hatte die Gesellschaft die Verbesserung der Schulen auch über die Verbesserung der Lehrerbildung zu erreichen gesucht, womit dem neuen Berufsstand zugleich ein gesteigertes Selbstbewußtsein vermittelt werden sollte. Alle Versuche in dieser Richtung wurden begleitet von der Absicht, die Ausbildung der zukünftigen Volksschullehrer nach Overdyck zu ziehen, um hier endlich ein märkisches Lehrerseminar zu gründen. Wilberg sollte der Leiter der Anstalt werden. Er war ohnehin weit und breit der einzige Fachmann der neuen Schule. Ihn besuchten auch immer wieder die Lehrer der Umgebung. Warum sollte der Hospitationsbetrieb nicht durch ein Seminar aufgewertet werden können?

Bislang war die Grafschaft Mark auf die Absolventen des Seminars in Wesel angewiesen. Dieses war 1784 gegründet worden, kam aber trotz vieler Vergünstigungen und selbst bei nur geringen Anforderungen in den Aufnahmeprüfungen mit 10 bis 15 Schülern nie so recht in Blüte²⁰⁶.

²⁰⁴ Die Intention, die Schulen als Sache der inneren Verwaltung anzusehen, findet sich u. a. in der „Nassauer Denkschrift“ des Jahres 1807 des Freiherrn vom Stein deutlich ausgedrückt. In: Botzenhart/Hubatsch: Freiherr vom Stein, Bd. 2, S. 380 ff., hier vor allem S. 386.

²⁰⁵ Vgl. Anm. 202.

²⁰⁶ Vgl. zur Seminargeschichte: Nachricht von dem Schulmeisterseminarium zu Wesel. In: Westphälisches Magazin. Bd. 2 (1786) S. 317 ff.; Wilhelm Meiners, Das Volksschullehrerseminar in Wesel (1784—1806). In: Zeitschrift des bergischen Geschichtsvereins. Bd. 38 (1905) S. 361 ff.; Nachricht von der gegenwärtigen Einrichtung des Schulseminariums zu Wesel. In: Westfälischer Anzeiger. Bd. 4 (1800) S. 792 ff., 1189 ff. Schon 1769 hatte der reformierte Konsistorialrat C. F. Baumann bei der Synode in Cleve den Antrag zur Errichtung eines Seminars eingereicht. Er wollte im Weseler „Contubernium“, einem stiftischen Wohnhaus für arme Gymnasiasten, den Anfang machen und die Gedanken Rochows im Westen verbreiten. Erst im Zusammenhang mit einem von ihm ausgearbeiteten Reglement für die reformierten deutschen Schulen von 1782, wurde der Plan wieder aufgegriffen. Die Regierung beteiligte sich mit 1000 Rtlr. am Unterhalt, die Stiftung und die clevisch-reformierte Synode kamen für das Gehalt des Seminarleiters auf.

Mit den Seminarlehrern hatte man große Schwierigkeiten. Der Kandidat Hagemeister, der vom dritten Direktor des Philanthropins in Dessau Christian Heinrich Wolke

Dem Wunsch nach einer Verlegung des Seminars stand von Anfang an entgegen, daß sich die märkischen Stände auf einem mit den clevischen Ständen gemeinsam abgehaltenen Landtag zur Zahlung von 100 Rtlr. im Jahr zur Unterstützung des Seminars verpflichtet hatten und davon nur durch einen gemeinsamen Beschluß hätten loskommen können. Nun gab es seit der Besetzung des linken Rheinufers keinen gemeinsamen Landtag mehr. Die märkischen Stände traten seither nur durch Deputierte zusammen und hatten alleine kein Recht, die Stipendien für vier Absolventen zu kürzen.

Die Situation wurde durch die Unattraktivität des Weseler Seminars noch verschärft. Oft waren die Stipendienplätze nicht einmal zu vergeben, weil die Kandidaten zu lange auf eine Anstellung warten mußten. Sie waren als qualifizierte Kräfte einerseits zu teuer für arme Gemeinden, andererseits standen die Geistlichen auf dem Lande der Ausbildung in Wesel sehr skeptisch gegenüber, weil sie entweder von Gymnasiallehrern durchgeführt wurde oder von Seminarleitern, denen niemand so recht traute.

Von der Reck fragte daher am 5. Juli 1795 — in der Zeit der ersten Petitionen und des großen Optimismus der Gesellschaft — den Landes- oder Ständedirektor von Hövel, ob ein „Proclama“ an die Stände hier Abhilfe schaffen könne. Am Rande des Briefes vermerkte von Hövel zustimmend, daß von der Reck wohl auf von Rohr einwirken wolle, um bei der Neubesetzung nicht wieder einen „Gelehrten“ als Seminardirektor zu erhalten. Denn dieser würde nur „gelehrte Pinsel, statt Schullehrer bilden“²⁰⁷.

Am 17. Juli 1795 wandte von der Reck sich an seine „Herren Mitstände“. Ausführlich stellte er seine Gründe für die Verlegung des märkischen Anteils am Seminar dar. Den bisherigen Leiter, Dr. Fallenstein, hielt er für völlig ungeeignet zur Ausbildung von Volksschullehrern²⁰⁸,

empfohlen worden war, gab nach einem Besuch bei von Rochow auf. Bis der Nachfolger ebenfalls bei von Rochow ausgebildet war, verging wiederum ein Jahr. 1784 war die Eröffnung. Trotz der Stipendien fehlten nun die Schüler. Es wurden zunächst einige aus dem Gymnasium überwiesen.

1792 übernahm J. S. Ph. Fallenstein dann den Unterricht, kam aber bald durch den Lebenswandel seiner Frau in Verruf. 1796 folgte ihm der Lehrer Behrendt, der dann 1802 vom späteren Seminardirektor in Soest, Ehrlich, abgelöst wurde. Der Versuch, das Seminar auch nach dem Einmarsch der Franzosen aufrechtzuhalten, scheiterte 1806.

²⁰⁷ Brief von der Recks und die Bemerkung Hövels in: StA Münster Cleve-Mark Landstände Nr. 339.

²⁰⁸ Ebd. Immerhin war Fallenstein als Autor hervorgetreten: Johann Salomo Philipp Fallenstein, Was wird von einem Landschullehrer gefordert? Wie muß er gebildet werden? Und welches ist der Zweck der Schulseminarien? Duisburg 1793. Fallenstein wandte sich in dem Buch selbst gegen die Theoretiker in den Studierstuben, wollte aber eine Ausbildung durchsetzen, die hohe Ansprüche stellte. So sollte der Seminarist Lateinkenntnisse besitzen, um die „Judicia“ besser verstehen zu können, ohne jedoch zum Gelehrten zu werden. Für die tatsächlichen Gegebenheiten eines Landschullehrers schien dies zu hoch gegriffen.

denn: „Gemeinhin hat der Gelehrte einen so hohen Flug genommen, daß er sich zu der Region, worin der Landlehrer wirken soll, nicht wieder herablassen kann.“ Von Wesel als Garnisonstadt ginge auch eine sittliche Gefahr für die jungen Leute aus, der nur durch Verlegung des Seminars auf das Land begegnet werden könne. „Wer das Gesagte prüfet, wird mir beifallen . . ., daß das Land der rechte Ort sei, um Lehrer für das Landvolk zu bilden. Die ländliche Ruhe und Stille — die Schönheiten und Abwechslungen der Natur, dem Unterricht künftiger Lehrer der Landjugend in so vieler Hinsicht förderlich; selbige mit vernünftigen Grundsätzen des Ackerbaus und der Gartencultur bekannt zu machen, daselbst viel eher möglich ist.“²⁰⁹

Abschließend unterbreitete er seinen Vorschlag, die bislang nach Wesel gegebenen 100 Taler dem „königlichen“ Lehrer Wilberg als künftigem Seminarleiter zur Verfügung zu stellen. Denn, so fügte er hinzu: „Von seinen Fähigkeiten dazu zeugt die hiesige Schule, welche jeder Kenner nur mit Vergnügen verläßt, und seine pädagogischen Schriften hat das Publicum mit Beifall aufgenommen. Wozu also Geld und Menschen außer Landes zu senden, um Kenntnisse zu erwerben, welche gewisser und wohlfeiler, und ohne Gefahr für die Sitten der Seminaristen im Lande gesammelt werden können.“²¹⁰

Die Deputierten der Landstände stimmten auf den Versammlungen am 3. und am 29. August 1795 zu, die Sache dem „ganzen ständischen Corpore“ zum Beschluß vorzulegen. Von der Reck wurde am 13. November in Kenntnis gesetzt²¹¹, daß er sich mit der Erledigung noch bis zum nächsten Landtag in Emmerich gedulden müsse. Es half ihm dabei nicht, daß er in einem Brief vom 15. Oktober, um der Sache weiteren Schwung zu geben, noch mitgeteilt hatte: „Der H. Präsident von Rohr hat auf seiner Reise nach Emmerich die hiesige königliche Freischule besucht. Er äusserte nachher, daß es nur von den Ständen der Mark abhängen würde, den Beitrag zu dem Seminar zu Wesel einzuhalten, und dagegen eines hier unter der Leitung des königl. Lehrers Wilberg zu etablieren.“²¹²

Die Ablehnung durch die Regierung

Es schien zunächst alles den von von der Reck und Wilberg gewünschten Weg zu gehen. Wie Wilberg in seinen Erinnerungen berichtet, wurden nach dem Besuch von Rohrs „mehrere Lehrer angewiesen, die Schule zu Hamm[e] zu besuchen, und Bericht abzustatten über das, was sie in Be-

²⁰⁹ Ebd. Vielleicht sollte der Unterricht zu dem führen, was im angrenzenden Münster bereits praktiziert wurde. Vgl. Anton Bruchhausen, Anweisung zur Verbesserung des Ackerbaus und der Landwirthschaft Münsterlandes. 2 Tle. Münster 1790.

²¹⁰ Ebd. Vgl. Wilbergs Schriften im Literaturnachweis.

²¹¹ In: StA Münster: Cleve-Mark Landstände Nr. 339.

²¹² Ebd.

treff des Lehrstoffs, der Behandlung desselben, der Schulzucht etc. sich gemerkt hatten, welchen Gebrauch sie von dem Bemerkten machen wollten etc.“²¹³. Um so größer war die Überraschung, als von Rohr den Landständen mitteilte, daß er den Abzug der Gelder nicht genehmigen könne.

Die vermeintliche Zusage wurde von ihm — nunmehr in Kenntnis der Akten — am 7. Januar 1796 dahingehend korrigiert, „daß Ihnen die Bewandniß der Sache unrichtig vorgetragen worden; und wir uns auf den geschehenen Antrag nicht einlassen können“²¹⁴. Unter Hinweis auf die außerordentlich verwickelte Stiftungsstruktur des Seminars in Wesel, auf die langfristige Bindung der 100 Rtlr. durch gemeinsamen Beschluß der cleve-märkischen Stände und auf die Schwierigkeiten bei der Unterbringung der Kandidaten in Stellen, war von Rohr nur dann bereit nachzugeben, „wenn die löblichen Stände sonst Mittel finden können, ein besonderes Seminarium für Lutherische Schullehrer in der Grafschaft Mark zu errichten“²¹⁵.

Diese Entscheidung entsprach korrekt der Rechtslage. Der Abzug der Gelder hätte das Seminar vor unlösbare finanzielle Schwierigkeiten gestellt. Die Stipendien waren ohnehin der einzige Anreiz zum Besuch, da sonst 1 bis 2 Rtlr. Schulgeld zu zahlen war. Bislang hatten die Gelder noch nicht einmal dazu ausgereicht, einen zweiten Lehrer anzustellen, wodurch bei jedem Lehrerwechsel der ganze Betrieb zusammenbrach. Auf die Mittel aus Stiftungsgeldern konnte die Regierung daher nicht verzichten. Es sei denn, daß für Overdyck bessere Finanzquellen zu erschließen waren.

Am 2. Februar schrieb von der Reck an von Hövel, daß er die Antwort der Regierung dreimal gelesen habe, ohne jedoch die Widerlegung aller Argumente zu finden. „Man sieht derselben sehr wohl an, daß die Vorstellung [Eingabe] nicht angenehm gewesen“, meinte er und schob die Ablehnung auf die „Räthe welche keine Landschulen kennen, nicht einsehen und daher den schicklichen oder unschicklichen Unterricht im Seminario zu beurteilen unfähig sind“²¹⁶. Anschließend wies er auf die vom Oberschulkollegium empfohlenen Krünitzschen Vorschläge über die Landschule und die Seminare hin. Dann ermunterte er seine Mitstreiter: „Kinder machen unbedachte Vorschläge. Ein Corps von Männern darf aber nicht gleich gegründete Vorschläge bei einigem Widerspruch aufgeben.“²¹⁷

Wegen einer Krankheit konnte von der Reck das weitere Vorgehen nicht sofort besprechen. Doch ließ er sich selbst durch einen Brief von Rohrs vom 21. Februar nicht von weiteren Überlegungen abhalten. Am

²¹³ Wilberg, Erinnerungen, S. 72.

²¹⁴ Ein Antrag wurde am 12. Dez. bei der Regierung eingereicht. In: Vgl. Anm. 211.

²¹⁵ Ebd.

²¹⁶ In: ebd.

²¹⁷ Ebd.

23. März 1796 bat er um die Übersendung der Akten und entwarf eine neue Eingabe²¹⁸. Die Stände schlossen sich erneut an und forderten die Regierung am 14. Juli zur Überprüfung ihres Standpunktes auf.

In seinem Formulierungsentwurf gab von der Reck seinen Mitständen zu bedenken, daß sie schon aus Eigennutz die Sache fördern könnten. Denn eine bessere Schule verspräche „treuere Knechte und Mägde“ und „verständigere und bessere Pächter“. Zugleich würden sie sich Ruhm erwerben, denn: „Ganz Sache des Adels mit dessen Erhaltung und Flor genau verbunden sind gute Schulen, Ehrendoll dies Geschäft der Bildung der Nation, lohnend für Zeit und Ewigkeit.“²¹⁹

Auf diesen Appell hin erfolgte die befürwortende Beschlußfassung der Deputierten der Stände. Und erneut lehnte die Regierung das Ansinnen ab. Am 24. August 1796 präziserte die Regierung ihre Ablehnung durch die Begründung, daß „das Gehalt des Inspectors Seminarii aus dem Fond der Weselschen reformierten milden Stiftung bezahlt wird“. Ferner sei in Wesel der Unterricht der Seminaristen durch eine Übungsschule gesichert; was im übrigen auch für Overdyck zutraf. Was von der Reck jedoch als betrübliches Zeichen mangelnder Einsicht in die Anforderungen der neuen Schule ansehen mußte, war die Bemerkung, „daß es den Gemeinen überlassen bleibt, wen sie als Lehrer anstellen. Neben den Seminaristen gibt es brauchbare Subjekte auch anderswo“. Außerdem könne der Beschluß, die Stipendien zurückzuziehen, ohnehin nur von einem gemeinsamen cleve-märkischen Landtag gefaßt werden²²⁰.

Nach diesem zweiten Bescheid mußte auch von der Reck einsehen, daß er von der Regierung die Unterstützung seines Vorhabens nicht mehr erwarten konnte. Doch hielt er die Sache immer noch nicht für aussichtslos, weil er die Stände hinter sich wußte. Am 21. Dezember 1796 deutete er ihnen an, welchen Weg er nunmehr einschlagen wollte. „Sorgen meine Hochgeehrten Herrn Mitstände für die 100 Rthlr. Gehalt, so lebe ich in der festen Hoffnung, durch die Wohlthätigkeit und Vaterlands-Liebe unserer Mitbürger, in Stand gesetzt zu werden, ein Gebäude zum Aufenthalt der Seminaristen auf meinen Gründen, nahe bei der Schule, ausführen zu können und ein bleibendes Institut für die Provinz zu stiften ...“²²¹. Wenn schon das Seminar aus Wesel nicht zu verlegen war, dann wollte er ein neues bauen.

Er verwies erneut auf das „sittenverderbende Wesel“, wo „täglich die Ausbrüche der Immoralität sich zeigen“²²², hier hatte er wohl zu viele Erinnerungen aus seiner Soldatenzeit, die nicht zum Ideal des Volks-

²¹⁸ Ebd.

²¹⁹ Vorschlag vom 14. Juli 1796. In: ebd.

²²⁰ In: ebd. Durch KO vom 4. Dez. 1804 sollte zwar ein Landtag stattfinden, er fiel jedoch aus. Der nächste ist vermutlich erst 1805 zusammengetreten. Inzwischen regelten Deputierte die notwendigen Beschlüsse und Amtsgeschäfte. Vgl. Aktenstücke in: StA Münster: KuDK Hamm Nr. 137.

²²¹ In: StA Münster: Cleve-Mark Landstände Nr. 339.

²²² Ebd.

lehrers seiner Prägung paßten. Er appellierte zum Schluß: „Meine Hochgeehrten Herrn Mitstände bitte ich daher so dringend als die Liebe zum wahren Wohl des schönen Landes, dessen Bewohner ich zu sein, für Glück achte, es mir einflößen kann, den gethanen Vorschlag mit Nachdruck durchzusetzen, indem das Wohl und Weh von Tausenden davon abhängt, deßen Besorgung und Abwendung ständische Pflicht erheischt.“²²³

Immer wieder hat von der Reck die Landstände an den Inhalt geburtsständischer Sorgepflicht erinnert. Auch dieses Mal schaffte er es, die Stände zu einem weiteren Antrag zu bewegen, obwohl in der Sache, wie er selbst sagte, nichts neues mehr zu sagen war. Auf den Antrag der Stände vom 7. Januar 1797 erfolgte erneut die Absage. Am 20. Januar wurde den Ständen eröffnet, sich durch landesherrliche Genehmigung von der Zahlungsverpflichtung befreien zu lassen²²⁴. Doch hatte ein Antrag wegen der negativen Einstellung im Oberschulkollegium kaum Aussicht auf Erfolg; von Meierotto war dieses am 6. Oktober in einer Aktennotiz festgehalten worden²²⁵.

Damit war das Mittel der Eingabe an die Regierung endgültig verbraucht. Wenn die Regierung nicht zu überzeugen war, so mußte ein Ausweg gefunden werden. Hierbei lag nahe, sich der Hilfstruppen der Schulreform zu versichern und die Gesellschaft der Freunde stärker in Aktion zu bringen.

Die Eingabe an die Kammer

Von der Reck hatte bei seinem Versuch, das Seminar von Wesel nach Overdyck zu ziehen, bislang als Mitglied der Ständeversammlung operiert. Nunmehr ermunterte er die Gesellschaft der Freunde zu eigener Aktivität. Da seit seiner Antwort auf das Projekt des Schulkollegiums der Freiherr vom Stein als Förderer der eigenen Bestrebungen galt, lag es nahe, sich erneut an ihn zu wenden. Zwar war die Kammerverwaltung noch nicht mit den Schulsachen beauftragt, doch zog die Eingabe vom Mai 1797 auch Vorschläge zur Finanzierung eines neuen Seminars heran. Damit war zumindest eine formale Zuständigkeit gegeben²²⁶. Die Eingabe wurde übrigens auch den Ständen zur Einsicht und eventuellen Förderung übersandt²²⁷.

²²³ Ebd.

²²⁴ In: ebd.

²²⁵ Vgl. dazu den späteren Sinneswandel des OSK.

²²⁶ Die Kammer war für Steuern usw. zuständig. Bei der Kammerverwaltung existierten bis dahin keine Akten über das Seminar, auch die Regierung war wegen des Aktenverlustes durch die franz. Besetzung nicht handlungsfähig und ließ sich, wie ein Vermerk vom 9. Dez. 1790 ausweist, erst einmal die Akten von den Landständen kommen. Vgl. Nr. 70 ad Protokoll vom 18. Dez. 1790. In: StA Münster: Cleve-Mark Landstände Nr. 308 a.

²²⁷ In: StA Münster: Cleve-Mark Landstände Nr. 339. Es wurde darauf hingewiesen, daß frühere Anträge keinen „Beyfall“ bei der Regierung bekommen hätten.

In der Sache wurde wenig neues gesagt. Detailliert wurde der Plan des Seminars auf Overdyck entwickelt, wobei nur die Finanzierungsvorschläge neu waren. Ähnlich wie beim Plan des Schulfonds dachte die Gesellschaft an die Speisung des Seminarfonds aus vielen Quellen. Selbst habe man inzwischen einen eigenen Stipendienfonds von 80 Rtlr. angesammelt, der zur Unterstützung von drei Kandidaten ausreiche. Damit sei aber der Bedarf bei etwa 200 Stellen nicht zu decken. Die Einnahmen sollten daher vergrößert werden, um mindestens sechs Plätze zu schaffen. Armenfonds und jedes Kirchspiel sollten mit einem Taler im Jahr herangezogen werden. Weiterhin wurde daran gedacht, ein Brückengeld für Fußgänger der „Herdecker Brücke“ zu erheben und Teile aus dem Verzinsungs- und Tilgungsfonds für Städteschulden in Anspruch zu nehmen²²⁸.

Wie die Geschäftsordnung vorsah, teilte vom Stein der Regierung in Emmerich die Eingabe mit. Diese erteilte am 30. Juni 1797 eine Absage. Der Regierungspräsident von Rohr verwies auf die inzwischen erfolgte Verbesserung des Weseler Seminars. Es würde inzwischen sogar von Jünglingen aus anderen Provinzen besucht, was in Overdyck wegen der in der Mark herrschenden Kantonpflicht nicht erwartet werden könne. Auf die Finanzierungsvorschläge wurde geantwortet, daß eine Heranziehung der Armenfonds nicht in Frage käme, auch die anderen Vorschläge wurden verworfen.

Als einzige Möglichkeit wurde die Erhebung einer freiwilligen Beisteuer angesehen. Diese könne aber auch direkt dem Seminar in Wesel gegeben werden. Vom Stein antwortete am 11. Juli ähnlich. Um nun um die „Allerhöchste Genehmigung und Erlaubniß zur Aufforderung des Publici zu ergiebigen Beyträgen nachzusuchen“ — denn Kollekten und dergleichen benötigten eine Genehmigung — sollten der Kammer ein ordentlicher Plan, ein Grundriß des Seminargebäudes und ein „Entwurf zur Lehr-Anstalt selbst“ eingereicht werden. An Empfehlungen der Kammer sollte es dann nicht fehlen²²⁹.

Mit diesem Ergebnis wandte sich von der Reck im Namen der Gesellschaft am 16. August 1797 an die Landstände²³⁰. Zugleich legte er einen Jahresetat für das Seminar vor, der auf 340 Rtlr. beziffert wurde und folgende Positionen aufwies: 1) das Gehalt des Seminarleiters und zugleich ersten Lehrers mit 100 Rtlr., 2) das Gehalt des zweiten Lehrers mit 50 Rtlr., 3) Mittagessen für die Seminaristen, pro Seminarist 30 Rtlr., zusammen 180 Rtlr., 4) für Bücher, Instrumente und Anschauungsmo-

²²⁸ Ebd. Die Städte sollten deswegen herangezogen werden, weil der „Bürgerstand von diesem so nützlichen Institute gleichfalls Vortheil ziehen wird“.

²²⁹ In: ebd.

²³⁰ In: ebd. Nunmehr war die Rede von einem „Provinzial-Schullehrer-Seminarium“; die Sache bekam ein größeres Format.

delle 10 Rtlr. Alles in allem 340 Rtlr. Er bemerkte: „für den blühenden Zustand unserer Provinz doch wohl eine wahre Kleinigkeit“²³¹.

Den Herren Mitständen traute er zu, daß „Hochdieselben in dero Weisheit Mittel und Wege zur Errichtung eines so direct zum Wohl des Landes beziehenden Zwecks“ finden werden. Da keine Hilfen aus öffentlichen Fonds zu erwarten wären, bat er die Stände, notfalls ein persönliches Opfer zu bringen, und verwies dabei auf seine eigene Opferbereitschaft²³². Wiederum setzte er alle Mittel der Überredungskunst ein, um „15000 Kindern zu helfen“. Wiederum erinnerte er an die Vaterlandsliebe und die Standespflicht. „Niemand ist nähmlich ärmer und des Mitleids würdiger, als der durch versäumte Staatspflicht schlecht unterrichtete Mensch... Je mehr an anderen Orten das wahre Wohl des Volks von seinen Stellvertretern verkannt oder verabsäumt wird, um so mehr wünsche ich, ich leugne es nicht, meine Hochgeehrten Herrn Mitständen die Ehre, und den bey allen Nachdenkenden wahren Ruhm, für die Bildung des Volkes einen so entscheidenden Schritt getan zu haben. Repräsentanten eines Volkes sollen und müssen ja auch wohl für dessen Bildung, eines der nöthigsten Bedürfnisse aller Menschen, pflichtmäßig sorgen, wenn anders sie vorwurfsfrey in dieser Hinsicht gegen Gott und Vaterland handeln wollen.“²³³

Trotz der wohlgeformten Adresse wollten die Stände nur eine freiwillige Spende aufbringen und sich nicht auf Dauer verpflichten. Wenn der „Staat“ schon wollte, daß die Landkinder besser unterrichtet würden, dann sollte er dafür sorgen, daß die Mittel dazu bereitgestellt wurden. Die Stände brachten 180000 Rtlr. im Jahr für die Krone auf²³⁴, davon wären wohl auch Schulverbesserungen und Seminar zu zahlen gewesen.

Das Ergebnis der Aktion war wiederum enttäuschend. Denn es entstand der Eindruck, daß die Stände nur die Reformen unterstützen wollten, die sie nichts kosteten. Allerdings muß berücksichtigt werden, daß die Kriegskosten in den vorangegangenen Jahren die Finanzkraft angegriffen hatten. Alle Appelle an die Verpflichtung des Adels und alle Drohungen mit der Revolution schienen an der grundsätzlichen Einstellung gegenüber den Schulen für die niederen Stände nichts zu ändern. Von der Recks Ansatz wurde damit hier eigentlich am wenigsten begriffen. So ge-

²³¹ Ebd.

²³² Ebd. Er forderte die Stände auf, auf der Abgabe aus den Armenfonds zu insistieren. Außerdem, was würde schon ein einziger Taler bei der Linderung der Not in einer Gemeinde helfen. Weiterhin werde der „besser unterrichtete Mensch nicht so leicht als der Unwissende verarmt“. Auch die Abgabe eines Talers aus jedem Kirchenfonds könnte keine Unmöglichkeit sein, zumal der Religionsunterricht dadurch verbessert werden könnte. Er erwog auch, die „Exemten“ — die außerhalb der Gemeinde wohnenden Eigentümer — in die Steuer einzubeziehen.

²³³ Ebd.

²³⁴ So nach den Resolutionen über den Steueretat. In: StA Münster: KuDK Hamm Nr. 125.

fährdet schien die eigene Position schon länger nicht mehr zu sein; mit der Angst vor einer drohenden Revolution ließ sich nichts mehr ausrichten.

Der Lehrbetrieb des Seminars auf Overdyck

Ungeachtet der finanziellen Schwierigkeiten hatte von der Reck um das Jahr 1796 in unmittelbarer Nähe der Overdycker Schule ein Seminargebäude errichten lassen. Den Baugrund hatte er kostenlos zur Verfügung gestellt, Pächter und gutwillige Bauern hatten wie beim Schulbau die notwendigen Fuhren und Hilfsleistungen erbracht. Wann die Aufnahme der ersten Seminaristen begann, ist nicht genau festzustellen. Nach den Angaben von der Recks erfolgte diese bereits kurz nach Gründung der Gesellschaft der Freunde. Vielleicht haben die ersten Stipendiaten zunächst im Hause des Gutsherrn gewohnt²³⁵.

Der Betrieb begann mit drei Stipendiaten, deren Unterhalt aus dem Fonds der Gesellschaft der Freunde bezahlt wurde. Als mit der Zeit die Finanzkraft der Gesellschaft größer wurde, „beschloß man mehrere Alumnen anzunehmen, und die jährlich zureichenden Unterstützungsgelder bis zu 40 Rthlr. zu erhöhen“²³⁶. Maximal scheinen sechs Seminaristen aufgenommen worden zu sein, die in zweijähriger Ausbildung die Meisterschaft Wilbergs nachzuahmen versuchten.

Zu ihrer besseren Einübung wohnten die Kandidaten täglich dem Unterricht Wilbergs bei, um auf diese Weise sowohl mit der Schulpraxis als auch mit der Methode und der Schulordnung bekannt gemacht zu werden. Über regelmäßig aufgegebene Bibelsprüche mußten sie katechesieren und dann auch über verschiedene Themen Aufsätze anfertigen. Die Vermittlung praktischen Handelns stand vor der Vermittlung der Theorie im Vordergrund. Dieses entsprach den bekannten Seminartheorien und den Anforderungen an den zukünftigen Dorfschullehrer. Die Unterrichtsstoffe waren deswegen wie in der Schule auf diejenigen beschränkt, die der Landmann überhaupt anwenden konnte; Unnützes wurde nicht gelehrt. So wurde auf die Geschichte des Königlichen Hauses und auf einen weitläufigen Geographieunterricht verzichtet. Intensiver wurde die eigene Umgebung behandelt. Es wurde aufmerksam gemacht, „daß die Grafschaft Mark ein gesegnetes Land ist, mit Flüssen und Wäldern gezieret, mit Steinkohlen und Salz versehen . . .“²³⁷.

Diese summarische Aufzählung macht deutlich, wie wenig, gemessen an späteren Ausbildungszielen der Seminare (auch schon unter dem Nachfolger Wilbergs), von der Reck vermittelt sehen wollte. Aber selbst dieses mußte erst mühsam erreicht werden .

²³⁵ Später war die Rede davon, daß die Seminaristen in ausgewählten Kosthäusern ihr Quartier bezogen.

²³⁶ Brief von der Recks vom 31. Dez. 1805. In: StA Münster: Großherzogtum Berg. Gruppe A 2 Nr. 166.

²³⁷ Ebd.

Jegliche sogenannte „Afteraufklärung“ galt es zu vermeiden, um die Seminaristen nicht mit unnötigem Wissen vollzustopfen. Vielwiser und Besserwiser waren nicht gefragt.

Die Prediger achteten gleichfalls darauf, daß ihnen die Klugheit und Weltkunde der Schulmeister nicht über den Kopf wuchs, wie von der Reck feststellte. „Häufig sind die Klagen der Herrn Prediger über den Stolz der im Seminar gebildeten Schullehrer, vielleicht eine Folge der Bildung der Gelehrten, welche in dazu nicht hinlänglich vorbereitete Köpfe von ihrem Wissen einpfropfen, und welcher dann nicht gehörig verdaut, Eigendünkel und Unbiegsamkeit erzeugen mag. Diesem wird hier entgegengearbeitet und glaubt man, daß wenn neben dem Vorangegangenen die Aufmerksamkeit rege gemacht, und der Verstand durch Urtheilen und Schließen gestärkt werden sich vieles erforderlichen Falls noch sehr leicht erlernen ließe. Zum Beweise dessen nenne ich den in hiesiger Schule gebildeten Collaborateur Vierhaus zu Hamm.“^{237a} Einer der Absolventen hatte es dabei bis zu einem Hilfslehrer am Gymnasium gebracht.

Den größten Vorzug der seminaristischen Ausbildung in Overdyck sah von der Reck in der durch die ländliche Lage bedingten Absperrung von negativen Umwelteinflüssen. „Was aber den Jünglingen dieses Instituts noch einen besondern Vortheil gewährt, ist, daß sie fern vom Geräusche der Städte, im Schoße der Natur, ihre Vorbereitungszeit verleben, ohne aus der gewohnten Sphäre zu kommen; daß sie täglich sehen und hören, wie Landkinder eigentlich unterrichtet werden müssen, von einem Sachkundigen die dazu erforderlichen Handgriffe — wenn ich mich so ausdrücken darf — erlernen, dahingegen auf den meisten Seminarien man eine Normalschule vergeblich sucht, also weder Auge noch Ohr an Ordnung und Regelmäßigkeit gewöhnt werden kann.“²³⁸ Diese beinahe romantisch anmutende Stadtfucht, das Eingehen auf die handhaft-sinnhafte Erfahrungsweise der Landlehrer und dergleichen bestimmten auch in der Zukunft die Frage, ob Seminare in größeren Städten oder nicht vielmehr auf dem Lande oder in kleineren Städten zu errichten seien.

Die Seminaristen sollten ganz im bäuerlich-ländlichen Lebens- und Erfahrungskreis bleiben und ihren Halt im Christentum finden. Da Absolventen verschiedener Konfessionen das Seminar besuchten, hieß es nur allgemein: „1. Bete herzlich zu Gott an jedem Morgen um Kraft zu deinem großen Werke. 2. Bete so aus dem Herzen mit den Kindern vor und nach dem Unterricht und erhalte sie 3., während desselben so heiter und froh als nur möglich durch eigene Heiterkeit und Wechsel [?]. 4. Dem Nützlicheren stehe das Nützliche nach. 5. Prüfe erst, ob sie auch verstehen, was du sagst, und endlich 6., Rede nie unvorbereitet über Gott und göttliche Dinge, und so werde deinen Schülern Gott durch dich recht lebenswürdig, und Jesus das Bild seiner Liebe, über alles theuer, der Nächste ihnen lieb und das Vaterland ihnen werth“²³⁹.

^{237a} Ebd.²³⁸ Ebd.²³⁹ Ebd.

Der Lebenskreis der Schüler war fest bestimmt wie der ihrer Lehrer, und von der Reck und Wilberg wollten diese als natürlich angesehene Ordnung nicht stören. Eher im Gegenteil, sie wollten mit der Abkapselung und der Eingrenzung des Wissens im Sinne der von ihnen interpretierten „Aufklärung“ erreichen, daß die Ruhe wieder einkehrte in einer Zeit, in der die französischen Revolutionsarmeen vor der Tür gestanden hatten. Die Bedrohung der alten Ordnung könnte, so glaubten sie, durch etwas mehr Eifer für die Bildung der Landkinder aufgefangen werden, und diese würden ihren Verstand einzig und allein dazu benutzen, unter „Freiheit“ die Einfügung in die nunmehr „vernünftig“ verstandene alte Ordnung zu begreifen.

Die Lösung des Finanzproblems durch Beteiligung der Stände an den Kosten des Seminars

Als die Regierung und die Kammer sich weigerten, ein Seminar in Overdyck finanziell zu unterstützen, und von den Ständen nichts mehr erhofft werden konnte, war von der Reck wieder auf sich und die Mithilfe der Gesellschaft angewiesen. Wie hoffnungslos es war, auf die Unterstützung der Behörden zu rechnen, macht ein Bericht von Rohrs an das Geistliche Departement deutlich, der an das Oberschulkollegium weitergereicht wurde.

Im Gegensatz zu vom Stein in dessen Bericht vom 6. Februar 1798²⁴⁰, hielt von Rohr die Gründung eines weiteren Seminars für gänzlich überflüssig²⁴¹. Er beharrte auf seiner Ansicht, daß Lehrer woanders als auf einem Seminar gebildet werden könnten. Der Bedarf von 10 bis 15 Lehrern für die Grafschaft könne auch durch gute Meisterlehrer gedeckt werden²⁴².

Niemand in der Provinz konnte nach diesem Bericht vom 10. November 1798 erwarten, daß sich die Regierung auf die Seite der Reformer stellte. Sie hatte fast alle Projekte durch das starre Festhalten am einmal geschaffenen Rechtszustand mehr oder weniger behindert. Die Juristen in ihr dachten mehr an die Sicherung des Bestehenden als an die Zukunft und erwiesen sich als unfähig, die neuen Zielsetzungen in der alten Ordnung unterzubringen. Dieses entsprach wohl auch nicht der juristischen

²⁴⁰ Vgl. Anm. 313. Zitiert in Vinckes Bericht.

²⁴¹ In: StA Münster: KuDK Hamm Nr. 774.

²⁴² Im: Westfälischen Anzeiger, Bd. 6 (1801) S. 553. Hier wurde der Bedarf auf jährlich 10 Lehrer geschätzt; es wären damit mindestens 20 Seminaristen bei zweijährigem Kurs notwendig gewesen. Die Kosten wurden auf mindestens 1000 Rtlr. veranschlagt, zuzüglich derjenigen für die Weiterbildung bereits im Amte stehender Lehrer. Die Kosten sollten entweder vom Staat oder vom Publikum aufgebracht werden. In der Quartalschrift für Religionslehrer, Bd. 3 (1806) wird die Zahl der Lehrer der Grafschaft mit 131 lutherischen, 25 reformierten und 34 katholischen angegeben.

Denkweise. Ganz anders war die Einstellung der Kriegs- und Domänenkammer, die wegen der strengen Ressorttrennung zunächst jedoch kaum handeln konnte.

Diesem Konflikt entzog sich das Oberschulkollegium, um die eigenen Pläne nicht zu gefährden, immer wieder durch nachgebende Entscheidungen, oder es verwies auf künftige Ordnungen. So auch im Falle des Seminars. Es entschied am 15. Juni 1799, „ob es nicht das Beste seyn wird, die protestantischen Schullehrer der dortigen Provinz zu Wesel und die katholischen zu Emmerich bilden zu lassen und welche Veränderungen bey beyden Anstalten einzurichten dienlich seyn möchten“²⁴³. Später hatte es freilich gegen die Einrichtung des Seminars in Soest nichts einzuwenden. Aber zu diesem Zeitpunkt war Wesel nicht mehr preußisch.

Mit der Festlegung der Unterbehörden auf den Ausbau des bestehenden Seminars war für die nächste Zeit entschieden, daß in Overdyck nur eine Einrichtung fortgeführt werden konnte, die ein Mittelding zwischen der alten Meisterlehre und einem Seminar war. Dabei gab es in der unmittelbaren Nachbarschaft bereits die ersten Überlegungen, daß in Zukunft die Volksschullehrer auf einer Art „Akademie“ ausgebildet werden sollten²⁴⁴.

Solche Projekte und Ideen kamen, wie die Geschichte des preußischen Seminarwesens zeigt, um weit mehr als einhundert Jahre zu früh. Noch hatte man ganz andere Sorgen. Denn es fanden sich auch für Overdyck anfangs nicht genügend Nachwuchskräfte, die überhaupt von den Stipendien Gebrauch machen wollten. Noch war der „Schullehrer“ trotz der Aufwertungsversuche durch die Gesellschaft der Freunde ein unattraktiver Beruf. Die Angebote scheinen daher auch vorwiegend von Lehrer-
söhnen in Anspruch genommen worden zu sein.

Um hier Abhilfe zu schaffen, schrieb die Gesellschaft der Freunde die Stipendien öffentlich aus. Im „Westfälischen Anzeiger“ des Jahres 1801 konnte das Publikum lesen: „Die Gesellschaft der Freunde der Lehrer und Kinder ist gesonnen, zweien jungen Leuten aus der Gr. Mark, einer reformirter und einer lutherischer Konfession, welche sich dem Schul-

²⁴³ Das Schreiben ist abgedruckt bei: Adolf Sellmann, Die Förderung des Schulwesens der Grafschaft Mark seitens der lutherischen Geistlichkeit. In: Jahrbuch des Vereins für evangelische Kirchengeschichte. Bd. 37 (1936) S. 74 ff., hier S. 89 f. Der Geheime Rat Freiherr von Wylich wurde mit einer Inspektion in Wesel beauftragt, die zu einer Reorganisation führte. Vgl. den Bericht in: Westphälischer Anzeiger. Bd. 4 (1800) S. 792 ff., 1189 ff. Eine Gegenäußerung erfolgte ebd. Bd. 6 (1801) S. 551 ff.

²⁴⁴ Einen Vorschlag dazu hatte der Prediger Dahlenkamp aus Hagen ausgearbeitet. In seiner Denkschrift: „Die Mängel der deutschen Schulen“ forderte er, eine überkonfessionelle Lehrerbildung einzurichten. Dabei erhob er die Forderung auf Anhebung des Ausbildungsniveaus. „Studierende müssen auf Akademien ziehen, ebenso nöthig, vielleicht noch nöthiger wäre für künftige Schullehrer eine hohe Schule, wo sie unterrichtet und gebildet würden; daß eine solche Anstalt gleich was Vollkommendes geleistet, oder die Ausführung unsern Nachkommen aufbehalten würde.“ Zit. nach: Klein, Schulwesen, S. 40. Die Denkschrift findet sich an verschiedenen Stellen in den Akten.

amate im Vaterlande widmen, — von dem Lehrer Herrn Wilberg werde prüfen, ob dazu fähig — und dann von ihm bilden lassen wollen, ausser freien Unterricht jährlich jedem 40 Rthlr. zu geben. Man wünscht, daß lusttragende Jünglinge 16 Jahr alt, gesund an Leib und Seel, sich dazu je eher je lieber in Overdyck melden, und Bescheinigung ihrer guten Auf-
führung von ihrem Herrn Prediger mitbringen.“²⁴⁵

Mit der Zeit reichten die 40 Taler im Jahr, die als Zuschuß zur Beköstigung gezahlt wurden, nicht mehr aus. Die Preise stiegen, und der Nachfolger Wilbergs, der Lehrer Lieth, berichtet, daß im Jahre 1804 die Stipendiaten etwa 25 bis 30 Taler zulegen mußten, um ein „ordentliches“ Kosthaus zu finden. Lieth kannte die Verhältnisse deswegen so gut, weil er selbst zwei Seminaristen beköstigte²⁴⁶.

Durch die Ausweitung des Seminarbetriebs, durch die Anstellung eines Musiklehrers, der zur Hälfte von den Seminaristen direkt und zur anderen Hälfte von der Gesellschaft der Freunde unterhalten wurde²⁴⁷, erhöhten sich die durchschnittlichen jährlichen Kosten für einen Seminaristen nach und nach auf 70 Rtlr.; zur Zeit des Berichtes bei 7 Seminaristen also auf 500 Taler. „Diese großen Kosten würde sie aber doch nicht so leicht haben bestreiten können, wenn die respect. Herren Landstände nicht schon über 300 Rthlr. zu diesem Behuf mit gereicht hätten.“²⁴⁸ Wie aber kam es zu dieser Unterstützung, die die Behauptung, daß die Stände sehr zurückhaltend auf die Schulreformpläne reagierten, widerlegen würde?

Wie bereits beschrieben, hatte von der Reck bei den Landständen erreicht, daß diese sich mit zunächst 730 Rtlr., dann mit 830 Rtlr. an den Kosten eines Provinzialschulkollegiums beteiligen wollten; die Gelder waren dann jedoch für Prämien ausgesetzt worden, nachdem das Projekt vom Oberschulkollegium abgelehnt worden war. Mit der Verwaltung der Gelder waren von der Reck und Wiethaus betraut worden.

Neben Dankesbriefen von Lehrern kam es bei der Prämienvergabe immer wieder zu unschönen Petitionen derjenigen, die nicht begreifen konnten, warum gerade ihr Nachbar und nicht sie selbst eine Prämie verdient hatte, obwohl sie doch denselben Unterricht betrieben. 10 Taler verteilte die Regierung in Emmerich an die Lehrer, 20 bis 30 dagegen die

²⁴⁵ Westfälischer Anzeiger Bd. 6 (1801) S. 1161. Vgl. auch III des im Anhang unter Nr. 4 abgedruckten Protokolls der Generalkonferenz der Gesellschaft vom Juli 1800.

²⁴⁶ „Nachricht über die Lehrerbildungsanstalt zu Overdyk bey Bochum“, vom 25. Nov. 1806. In: StA Münster: Großherzogtum Berg, Gruppe A 2 Nr. 166, § 4.

²⁴⁷ Die Gesellschaft der Freunde hatte im „Westfälischen Anzeiger“ Nr. 82 des Jahres 1803 nach einer „Sammlung musicalischer Handstücke“ gefragt. Diese Frage wurde von B. C. L. Natorp, ebd. Bd. 11 (1804), ausführlich beantwortet. Natorp legte großen Wert auf einen guten Musik- und Gesangunterricht. Vgl. Bernhard Christian Ludwig Natorp, Briefwechsel einiger Schullehrer und Schulfreunde. Bd. 1 Essen 1811, 2. Aufl. 1823, S. 249 ff. Desgleichen seine Zirkulare, „den Gesangunterricht in den Schulen betr.“, vom 1. Okt. 1822. In: Jahrbücher des Preussischen Volks-Schul-Wesens. Bd. 1 (1825) S. 248 ff., 260 ff.

²⁴⁸ „Nachricht über die Lehrerbildungsanstalt“ usw. Vgl. Anm. 246.

Deputierten der Stände, und angesichts dieser Summen schien eine Klage sich zu lohnen; außerdem war der Neid sehr groß²⁴⁹.

In dieser Situation schien es klug zu sein, sich einem Wunsche der Gesellschaft der Freunde zu fügen und aus dem Prämienfonds eine Teilsumme für die verbesserte Ausbildung der Lehrer bereitzustellen. Die Gesellschaft zielte dabei zunächst eine Beteiligung in Höhe von 200 Rtlr. an und wandte sich deswegen an die Deputierten von der Reck und Wiethaus. Welch Wunder, daß der Deputierte von der Reck die Sorgen des Vorstehers der Gesellschaft der Freunde von der Reck verstand und sich in der Eingabe vom 4. August 1804 an die Kriegs- und Domänenkammer dafür einsetzte, das Seminar in Overdyck zu unterstützen.

Die Deputierten betrachteten das Ergebnis der Prämienverteilung und stellten fest, daß — wegen der fehlenden Richtlinien — auch nicht qualifizierte Lehrer eine Prämie erhalten hatten, weil sie von Predigern vorgeschlagen worden waren, die selber nichts von der Schule verstanden. Es fehle ein guter „Normalunterricht“ — eine Musterschule war damit gemeint —, und überdies blieben die meisten Lehrer trotz der Aktion Dilettanten ihres Faches, „welche bald hier bald dorthin greifen, ohne selten einen Accord zu treffen; von Methode nichts wissen, wohl nicht einmal ahnen, daß es eine bessere als die ihrige gebe. Wofür zahlt denn das Land also eigentlich Praemien? —“²⁵⁰

Zur Verbesserung dieses unhaltbaren Zustandes forderten von der Reck und Wiethaus, nur denjenigen eine Prämie zu geben, die nachweislich nach Richtlinien unterrichteten. Im anderen Falle sollte der Lehrer zur Strafe mit den Kosten der Visitation belastet werden, um die er zur Erreichung der Prämie nachgesucht hatte²⁵¹. Das schien zwar drakonisch,

²⁴⁹ Vgl. hierzu den Bericht im: Westphälischen Anzeiger. Bd. 9 (1802) S. 1417 f. Wilberg hatte im Jahre 1798 eine derartige Prämie erhalten, die gemessen an den sonstigen Leistungen eine ungewöhnliche Höhe hatte. In dem Bescheid der Regierung zu Emmerich vom 19. Dez. 1798 hieß es: „Se. Königl. Majestät von Preußen unser allergnädigster Herr lassen dem Schullehrer Wilberg zu Hamm hiebei dreißig Rthlr. Berliner Cour. welche demselben als ein Zeichen des Wohlgefallens an seinem bisher bewiesenen Fleiß und Amtstreue durch Dero Oberschulcollegium bewilligt sind, übermachen und gewärtigen der Einsendung einer Quitung über den richtigen Empfang mit nächster Post.“ In dem Bericht darüber im „Westfälischen Anzeiger“ Bd. 2 (1798) wurde Wilberg diese Belohnung gegönnt, zumal er und der Freiherr viele ungünstige Urteile über ihre Schule zu ertragen hätten, insbesondere von denjenigen, die sich als gebildet betrachteten. Diese Ehrung führte übrigens zu einer Erörterung der Frage, ob man Schullehrer überhaupt öffentlich belohnen dürfe und dieses dann auch noch verkünden solle. Der Neid und das Gefühl, sich „zurückgesetzt“ vorzukommen, machten sich in den Einwänden breit. Vgl. ebd. Bd. 5 (1800) S. 1451 ff.

²⁵⁰ In: StA Münster: KuDK Hamm Nr. 782.

²⁵¹ Vgl. hierzu den bereits erwähnten Herderschen Katalog. Nunmehr sollte der Visitationskatalog der cleveschen Kommissare, der vom OSK genehmigt war, zugrundegelegt werden. Für 5 Rtlr. hatte die Regierung den Katalog auch drucken und unter die Lehrer verteilen lassen. „Diese Anleitung hat das Gute, daß sie keine Revolutionen in dem Schulunterricht bewirken, sondern eine bessere Benutzung der vorhandenen Lehrmaterialien gewähren will.“ So von der Reck und Wiethaus in ihrer Eingabe vom 4. und 7. August 1804, In: StA Münster: KuDK Hamm Nr. 782.

doch angesichts des Geldhungers der Lehrer unumgänglich. Nach diesen Vorbemerkungen kam langsam der eigentliche Wunsch zum Vorschein, denn die Bittsteller bemerkten, daß mit dem Gelde ein größerer Erfolg erreicht werden könnte, wenn die Lehrerbildung direkt gefördert werde.

Die notwendige Summe wurde mit 200 Rtlr. bestimmt. Damit, versprachen sie, werde endlich der Zustand beendet, „hie und da bei Lehrern in der Provinz junge Leute zum Schulamte bilden zu lassen“. Dadurch könne ohnehin nichts „zweckmäßiges“ erreicht werden, und es werde nur „eine leidige Pfscherei von Generation zu Generation fortgepflanzt“. Und um diesem noch Nachdruck zu verleihen, fügten sie die Supplik eines Lehrers hinzu, aus der das ganze Elend der bisherigen Ausbildung ersichtlich werden sollte²⁵².

Die Überraschung bei der Kammer in Hamm über diesen Schachzug von der Recks war groß. In Randbemerkungen hieß es: „warum der Lieth denn so geeignet“ sei? oder: „ist nicht erklärt, bleibt daher un-consequent“²⁵³. Es war daher nicht verwunderlich, daß die Kriegs- und Domänenkammer in ihrer Antwort vom 30. August 1804, mit der die erbetene Summe bewilligt wurde, zwischen den Zeilen und auch direkt einige kritische Bemerkungen über das merkwürdige Antragsverfahren vernehmen ließ. Die Kammer hielt die Darstellung der Deputierten für „einseitig und übereilt“, war auch nicht der Meinung, daß Overdyck allein für eine gute Seminausbildung in der Grafschaft in Frage käme²⁵⁴.

Diese angesichts der damaligen Möglichkeiten wohl der Praxis nahestehenden Ansichten trafen, wo sie treffen sollten. An der Reaktion Philip von der Recks vom 30. September, die er allein unterzeichnet hat, obwohl er als Deputierter der Stände firmierte, wird deutlich, daß er

²⁵² Von der Reck und Wiethaus an die KuDK Hamm vom 4./7. August. In: StA Münster: KuDK Hamm Nr. 782.

²⁵³ Auf dem Schreiben. Ebd.

²⁵⁴ Ebd. Zwischen der Kammer und den Deputierten schien ein gespanntes Verhältnis zu bestehen, da die Kammerräte nach von der Reck die Bürokratie zu genau nahmen. Die Deputierten vermißten die Bereitschaft, die der Freiherr vom Stein als Oberpräsident gezeigt hatte, solange er noch (bis 1802) in Hamm gearbeitet hatte. Außerdem waren sie, wie die Äußerung eines Mitglieds der Gesellschaft der Freunde im „Westfälischen Anzeiger“ Bd. 14 (1805) beweist, durchaus mit der Regierung unzufrieden. Hatte diese doch einem Lehrer, der durch eine Reform in seiner Schule „ins Gedränge geraten war“, eine Prämie von 10 Rtlr. zuerkannt und ihm ihre Zufriedenheit ausgedrückt. Die Gesellschaft erhoffte sich von der Übertragung der Schulsachen an die Kammer, die ab 1. Okt. 1804 erfolgte, eine gesteigerte Wirksamkeit und endlich auch eine fachmännischere Behandlung ihrer Anträge. Mit großem Bedauern reagierte man daher auf die Nachricht vom Weggang des Freiherrn vom Stein nach Berlin Ende Oktober 1804. „Wie gerne“, so hieß es im Westfälischen Anzeiger, Bd. 13 (1804) S. 1648, „würde das Vaterland ein Schullehrer-Seminarium aus den Händen des nun aus seiner Mitte scheidenden Herrn Oberpräsidenten als ein Denkmahl seiner speciellen Vorsorge für Eltern und Kinder, Lehrer und Zöglinge empfangen, und unter der Aufsicht des verehrten Mannes haben entstehen sehn, dessen liberale Grundsätze, von welchen er bey seiner Sorgfalt für die Veredlung des Volkes, durch Schulen und ihre Lehrer auszugehen pflegt, hinlänglich bekannt sind!“

zwar legal vorgegangen war, dennoch privates und öffentliches Interesse nicht weit genug auseinandergehalten hatte. In ungewöhnlicher, wenn auch versteckter Schärfe griff er die Arbeit der Kammer an, die ihm seit Jahren trotz der Erweckung großer Hoffnungen kaum geholfen hatte.

Sehr deutlich verwies er auf ihre Unkenntnis in Schulsachen, da sie nicht einmal eine geistliche und Schuldeputation besäße; hätte sie eine, so würde ihr „das nothwendige Erforderniß einer beßern Lehrmethode u. einer desfallsigen allgemeinen Vorschrift zunächst einleuchtend seyn“²⁵⁵. Dann, unumwunden auf die mangelnde Einsicht anspielend, meinte er: „wird es gewiß recht sehr zur Aufmunterung der Gesellschaft der Freunde d. Lehrer und Kinder gereichen, wenn eine hochlöbl. Kr. u. Dom.-Kammer von deren nützlichen Bemühungen überzeugt ist. Und bei einer solchen Überzeugung läßt sich dann auch mit Recht voraussetzen, daß gedachte Bemühungen bei einer hochlöblichen Kammer überall Unterstützung finden werden“²⁵⁶.

Zu den kritischen Äußerungen, in der die Stellungnahme als „eingemischt, übereilt und einseitig“ bezeichnet worden war, gab von der Reck einen gewitzten Kommentar. „Eingemischt“ konnte er den Antrag nicht finden, da er ihn als Hauptgegenstand des Schreibens ansah. „Über-eilt“ hätte er auch nicht gehandelt, und daß er den Lieth ohne vorherige Prüfung als Seminarleiter empfohlen hätte, wies er weit zurück. „Dies ist aber nicht denkbar, da ich ihn täglich beobachten kann und durch eine nunmehr zweijährige Beobachtung mich von seinen Fähigkeiten zur Bildung junger Lehrer zum Schulamte überzeugt habe, mithin überall eigner Überzeugung, womit sich also keine Übereilung vereinigen läßt, zum Grunde lag.“²⁵⁷

Er erinnerte die Kammer abschließend daran, daß die Schule in Overdyck „nach der Bestimmung des Ober-Schul-Collegii eine Muster-Schule für die Provinz seyn sollte; und daß sie das seyn kann, davon kann sich jeder, der sie sieht, überzeugen“ — also nicht die Kammer, die die Schule in Overdyck bislang nicht einmal hatte besuchen lassen. Von der Reck führte noch weitere Vorzüge des Seminars in Overdyck an: eine geringe Zahl von Schulkindern, die Dotation der Stelle aus „königlichen“ Mitteln, der hinreichende Raum, der zur Verfügung stehe, die Sammlung von nützlichen Schriften und dergleichen mehr, und beendete die Antwort: „Sowohl aus vorbemerkten Gründen nun, als überhaupt, hätte sich eine so üble Aufnahme der geschehenen Äußerung von dazu noch eigens deputierten Landständen so wenig in der Form als in der Art erwarten lassen, wobei wir auf unser voriges Schreiben Bezug nehmen.“²⁵⁸

Von einer Antwort der Kammer ist nichts bekannt. Der durchaus herrische Ton hat seine Wirkung nicht verfehlt. Vom Untertanengeist war von der Reck jedenfalls nicht geplagt, wie überhaupt die allgemeine Landesverwaltung hinter dem „ständischen Corpore“ in der Machtfülle noch

²⁵⁵ In: ebd.²⁵⁶ Ebd.²⁵⁷ Ebd.²⁵⁸ Ebd.

weit zurücktrat. Der König war fern in Berlin und erschien nur in Gestalt des Steuereintreibers und des Richters. Die Steuern zu bewilligen, war jedoch Sache der Stände, und bis zum Schreibmaterial und den „Utensilien“ hing die Kriegs- und Domänenkammer von den Landständen ab. Und wenn der Monarch in den Krieg zog, dann verhandelten seine Kommissare mit den Ständen um die Verpflegung der Truppen. Die noch während des letzten Krieges erwiesene Treue schien von der Reck durch die Verwaltung schlecht erwidert zu werden; daher der gereizte Ton.

Die Abrechnung mit der Kriegs- und Domänenkammer läßt jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß von der Reck wiederum nur wenig erreicht hatte. Zwar gab es nun so etwas wie ein Seminar in Overdyck, das zwei bis drei Lehrer im Jahr entließ. Auf Dauer gesehen würde sich damit im Schulwesen der Grafschaft jedoch wenig ändern lassen. Außerdem mußten die Gelder der Stände jedes Jahr wieder neu bewilligt werden. Ihnen fehlte also die Zukunft. Dann war inzwischen das Projekt der Schulverwaltungsreform abgelehnt worden. Alles zusammen ließ die Gereiztheit bald in Resignation umschlagen. Woher sollte auch ein neuer Mut genommen werden? Die Idee von der Beteiligung der „Mittelstände“ schien mehr oder weniger verloren zu sein.

Die Gesellschaft der Freunde im Sog der Erweckungsbewegung

Über Jahre hindurch bemühte sich die Gesellschaft der Freunde, die Schulreform ins Land zu tragen, und sie wandte dazu noch ein weiteres bekanntes Mittel an: Sie schrieb „Preisfragen“ aus²⁵⁹. Diese wiederum machen deutlich, wie sehr sich die Zielsetzungen innerhalb der Gruppe veränderten. Immer mehr geriet sie in das Fahrwasser der Orthodoxie und Erweckungsbewegung und gab die „bürgerlichen“ Zielsetzungen auf.

Seit wann diese Preisfragen ausgeschrieben wurden, ist nicht deutlich zu fixieren. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß dieses erst seit der Jahrhundertwende nach Ablehnung der großen Projekte erfolgte. In ihnen wurden vorwiegend Fragen aus dem Bereich der religiösen Erziehung vorgeschlagen. Die Schullehrer sollten wohl angeregt werden, neue Wege für das nunmehrige Fach Religion in der Volksschule zu finden. Als Muster dieser Absicht kann die im Jahre 1804 gestellte Aufgabe angesehen werden: „Wie lehrt man in Schulen am zweckmäßigsten die Religion Jesu?“²⁶⁰

²⁵⁹ So prämierte die Akademie der Wissenschaften in Berlin z.B. im Jahre 1788 die Aufgabe: „Welches sind im Zustande der Natur die Gründe und die Gränzen der Gewalt der Eltern über ihre Kinder? Findet ein Unterschied zwischen den Rechten des Vaters und der Mutter Statt, und worin besteht derselbe? Bis auf welchen Grad können Gesetze diese Macht ausdehnen oder einschränken?“ In: Berlinische Monatsschrift. Bd. 10 (1787) S. 96.

²⁶⁰ Westfälischer Anzeiger. Bd. 13 (1804) S. 1441. Fragen dieser Art sind allem Anschein nach schon früher gestellt worden.

Preisfragen mit solchen Themen stießen im radikaler „aufgeklärten“ Publikum auf starke Kritik, da hinter ihnen nicht zu Unrecht die Absicht vermutet wurde, die überkonfessionelle Erziehung in den Volksschulen wieder einzuschränken. Kaum sei das „Denken“ in die Schulen gekommen, werde es schon wieder abgebaut. Ein Ungenannter argwöhnte dies im „Westfälischen Anzeiger“.

Er fragte speziell, ob die Lehrer mit der „Sokratik“ und der „Catechetik“ als Methode im Unterricht überhaupt noch etwas anfangen könnten, da diese doch den Weg zum Denkenlernen versperren würden. „Freylich kommt viel auf gutes Catechisieren an. Aber für Kinder, wie sie unsere niedere Stadt- und Landschulen besuchen, gehören vielleicht mehr Denkübungen als Catechisationen. Diese gehören für die etwas mehr erwachsenen Kinder.“²⁶¹ Diese — so kann der Gedankengang fortgesetzt werden — könnten dann, wenn sie das „Denken“ beherrschten, durchaus wieder mit der Tradition auswendig zu lernender christlicher und weltlicher Lehrsätze konfrontiert werden. Die Gesellschaft möge doch lieber pädagogische Fragen stellen, wie es selbst der Generalinspektor des lutherischen Ministeriums Bädcker verantworte, um die Denkfähigkeit von Lehrern und Kindern anzuspornen²⁶².

Ein anderer Kritiker erklärte in derselben Zeitschrift, daß die „Catechetik“ in der Regel „in einem bloßen *Abfragen eines auswendig* erlernten Catechismus“²⁶³ bestünde. Er fuhr fort: „Wenn diese Verfahrungsart nicht einen todten Mechanismus begünstige und zu einer späterhin eintretenden Gleichgültigkeit gegen religiöse Gedanken u. Gefühle den Grund lege: dann könnte man sie vielleicht wohl als die unschädlichste ansehen.“ Das Auswendiglernen würde keinen so großen Schaden anrichten, dennoch müsse auch seine Wirksamkeit bezweifelt werden. Denn bei näherem Hinsehen zeige sich, daß aus dieser Art zu unterrichten gerade die „gräuliche Geistesverkrüppelung und Herzensverdrehung im Volke“ herrühre. „Denn man mustere nur einmahl die ganze Reihe schlechter Catechismen, welche in den Schulen im Gebrauche sind . . . ; was für ein verschrobenes Wesen müßte doch herrschend werden, wenn sich alle Ideen, welche in diesen Catechismen enthalten sind, in dem Geiste der Menschen wirklich entwickelten und wirksam würden.“²⁶⁴

²⁶¹ Ebd. Bd. 12 (1804) S. 604 f.

²⁶² Ebd. Bädcker hatte eine gute Antwort eines Schullehrers drucken lassen. Das Unterrichtsverfahren von Sokratik und Katechetik wurde nicht aufgegeben, sondern nur verbessert. Vgl. u. a. aus den Kreisen der Schulmänner: Heinrich Gottlieb Zerennner, Etwas über Sokratik und Katechetik; oder: Erinnerung an einige zwar bekannte, aber selten beobachtete Regeln, diese Kunst betr. In: Der deutsche Schulfreund. Bd. 6 (1793) S. 62 ff.; Bd. 8 (1794) S. 3 ff.

²⁶³ Ebd. Bd. 13 (1804) S. 1441 f.

²⁶⁴ Ebd. Er nannte: „den hagenschen, dortmundischen, bergischen, heidelbergischen, seilerschen und ähnliche Catechismen.“ Von dem einheitlichen von Woellner geplanten Katechismus war hier nicht die Rede, ein Indiz dafür, daß die Maßnahmen des Ober-Schul-Collegiums nicht auf der unteren Ebene angekommen waren. Vgl. hierzu: Die

Der Autor meinte, daß durch die Katechesationen in den Schulen die Irreligiösität geradezu gefördert werde. Zugleich würden damit die Bemühungen, das Volk aufzuklären und ihm vernünftige Begriffe an die Stelle des Aberglaubens zu setzen, ad absurdum geführt, denn: „In den meisten Schulen, worin die Schullehrer ihre Catechismen und Ordnungen des Heils zu erklären sich bemühen, besteht dieses Erklären in nichts anderm, als daß die Lehrer den Schülern zur Erläuterung dunkler Ausdrücke andre nicht viel deutlichere, oft wohl gar noch viel dunklere Ausdrücke vorsagen und ihnen diese dann wieder so lange abfragen, bis sie sie behalten haben.“²⁶⁵

Die Methode der Katechesation paßte also nicht mehr zu den Zielen der neuen Volksschule, die auf Aufklärung in den vorgegebenen Verhältnissen gerichtet waren. „Die bessere Art der Unterweisung, die aber immer noch äußerst selten ist, besteht darin, daß man die Grundsätze des Rechts u. der Pflicht, und die Grundwahrheiten einer reinern Religion dem Verstande der Kinder einleuchtend zu machen sich bemüht.“²⁶⁶ Ganz deutlich stand hier die neue Lehrform gegen die alte.

Im Vergleich zu den früher interpretierten Wilbergschen Unterrichtsprinzipien²⁶⁷, wird deutlich, daß die Gesellschaft der Freunde, wenn sie an der Sokratik und Katechetik festhielt, nunmehr ihren Kurs geändert hatte. Wenn sie die Reform der Schulen dahingehend zu steuern suchte, daß die Verstandesübungen in den Schulen wieder zurückgedrängt wur-

Christliche Lehre im Zusammenhang. Auf Allerhöchsten Befehl für die Bedürfnisse der jetzigen Zeit umgearbeitet und zu einem Lehrbuch in den niedern Schulen der Preussischen Lande eingerichtet. Mit Königl. Preuß. allergnädigstem Privilegium. Berlin 1792. Die ersten Gründe der Christlichen Lehre. Auf Befehl, und mit allergnädigstem Königlich Preussischem Privilegio. Berlin 1790.

Die Bemühungen, einen einheitlichen Katechismus einzuführen, standen im Zusammenhang mit dem Religionsedikt von 1788, mit dem eine einheitliche christliche Lehre durchgesetzt werden sollte. Vgl. hierzu: Karl Heinrich Sack, Urkundliche Verhandlungen betreffend die Einführung des preussischen Religionsedikts v. J. 1788. In: Zeitschrift für historische Theologie. Bd. 29 (1859) S. 3 ff.; ders., Zur Geschichte des geistlichen Ministeriums Wöllner. In: ebd. Jg. 1862, S. 412 ff.

Der später in der Grafschaft Mark gebrauchte Katechismus von: Johann Dietrich Pilger, Vollständige christliche Religions- und Tugendlehre usw. Soest 1806, wurde vom Soester Ministerium beschlossen. Er enthielt auf 245 Seiten 172 Fragen und Antworten. Die Zukunft der Katechese war damit gesichert.

²⁶⁵ Ebd. S. 1443 f.

²⁶⁶ Ebd.

²⁶⁷ Wilberg änderte in späteren Jahren in Elberfeld auch seinen Kurs. Immer mehr vertrat er ein erweckerisches Luthertum. Nach dieser Auffassung war der Lehrer ein „Gehülfe Gottes“, der die Kinder zur Seligkeit führte. „Dem Menschen ist es Bedürfnis, die von Gott in die Menschenherzen geschriebenen und von Jesu durch Wort und That erläuterten, Regeln des Lebens mit völliger Hingebung in Gott, und aus Liebe zu ihm, als Richtschnur seines gesammten Wollens und Wirkens stets gelten zu lassen ...“. Der Rationalismus wurde abgelehnt: „Gott erdenken, dessen Dasein durch Gründe des Verstandes erweisen zu wollen, dünkt den frommen Menschen auch nicht einmal Verstand, sondern Mißverständnis zu sein.“ Vgl. Johann Friedrich Wilberg, Aufsätze über Unterricht und Erziehung für Lehrer und Eltern. Bd. 1. Essen 1824, S. 10,8.

den, kaum daß sie eingeführt werden sollten, so war das die Kehrtwendung von dem ursprünglich gesetzten Ziel der Aufklärung. Und dabei war selbst dieses Ziel kein revolutionäres gewesen, aber es mußte vielen Mitgliedern nun als solches erschienen sein.

Wilberg lehrte zur Zeit dieser Debatte bereits in Elberfeld. Der Gesellschaft fehlte damit wohl der pädagogische Fachmann. Die Prediger verhinderten nicht, daß die allgemein vordringende streng religiöse Richtung auch die Gesellschaft ergriff und ihre Ziele veränderte. Genau diese Tendenz sprach der bereits zitierte Anonymus an, wenn er darüber debattierte, ob ein vernünftiger Religionsunterricht mit der Herzensbildung in Einklang zu bringen sei. „Ein Religionsunterricht, welcher den Verstand aufklärt, ohne das Herz zu bilden, ist ein einseitiger Unterricht, welcher nur halben Werth hat. Gehört aber diese Verfahrungsart zu dem Unfuge in Methodik des Religionsunterrichts: dann ist es *wenigstens* ein ebenso starker Unfug, wenn man *bloß auf das Herz zu wirken sucht u. die Aufklärung des Verstandes vernachlässigt oder als Nebensache betrachtet.*“²⁶⁸

Zu sehr werde durch die Preisfragen die Herzensbildung gefördert und damit die „Aufklärung“ des Volks zugleich gehindert; die Folgen seien bereits in dem Sektierertum zu erkennen. „Denn wird nicht die religiöse Bildung durch vernünftige Belehrung begründet; macht man Gefühle des Herzens oder Bilder der Phantasie zur Basis der Religiosität: dann läuft man Gefahr, den Menschen statt zum wahren Glauben — zum Irrglauben, statt zur ächten Religiosität — zur geistlichen Tollheit zu bilden.“²⁶⁹

Dem neuen Leitbild des Unterrichts „Herzensbildung“ konnte auch die Verwaltung nicht zustimmen. Seit dem Abgang von Woellners setzte sich in ihr mehr und mehr die liberale Gesinnung durch. Von Massow wollte zwar durch die Schulen Landbewohner erzogen haben, die fest im Glauben standen, sie sollten dennoch „denken“ können. Erweckerische Sektierer paßten nicht zu dieser Auffassung. Die zunehmende Distanzierung der Kriegs- und Domänenkammer von der Gesellschaft und von von der Reck wird damit verständlicher²⁷⁰. Wenn die Schule und das Seminar in Overdyck dennoch in gutem Ansehen standen, so lag das an ihren Lehrern, die nicht so ganz in das religiöse Konzept passen wollten²⁷¹.

²⁶⁸ Westfälischer Anzeiger. Bd. 13 (1804) S. 1446.

²⁶⁹ Ebd.

²⁷⁰ So zumindest in der Politik, wie sie von vom Stein und von von Vincke vertreten wurde. Die Richtung, in die sich die Gesellschaft entwickelte, brachte zugleich den Beweis, daß die Verwaltung das Schulwesen nicht einer Korporation anvertrauen durfte, da diese keine Kontinuität der Gesinnung versprechen konnte. Die Ordnung der Schulen mußte jedoch auf Dauer gesichert werden. Vgl. hierzu die KO vom 3. Juli 1798. In: Synodalarhiv Bochum: Acta die Einrichtung des Schulwesens betr. Nr. 40. Abdruck bei: Jeismann, Tendenzen, S. 97.

²⁷¹ Die Verteilung von Preisaufgaben wurde nach dem Ende der Gesellschaft (etwa 1807) fortgesetzt von „Schulfreunden“, in deren Namen B. C. L. Natorp und der Prediger Hasenclever in der: Zeitschrift für Pädagogik, Erziehungs- und Schulwesen, Bd. 2

Die Konkurrenz der Lehrerkonferenzgesellschaften

Overdyck war zwar von Anfang an eine Art Pilgerstätte für Pädagogen gewesen, doch keineswegs die einzige Möglichkeit für die Weiterbildung der Lehrer. Schon nach wenigen Jahren machten die Lehrerkonferenzgesellschaften mehr und mehr Konkurrenz. Ziel dieser Gesellschaften war, im geselligen Beisammensein über pädagogische Tagesfragen zu diskutieren. Dabei wurden die neuesten Schriften und Theorien besprochen und von den Mitgliedern mit eigenen Vorstellungen konfrontiert. Überall in Deutschland verbreitete sich diese Bewegung²⁷² und erreichte um 1800 auch die Grafschaft Mark²⁷³.

Unter einer derartigen Gesellschaft darf man sich jedoch nicht in jedem Falle eine wohlgeordnete, durch Statuten geregelte größere Einrichtung vorstellen. In der Mehrzahl war sie nur ein lockerer Zusammenschluß weniger Lehrer und Prediger aus dem Umkreis; nicht jede wurde daher aktenkundig. Overdyck taucht in den Quellen nicht als eine solche Gesellschaft auf, doch ist nicht zu bezweifeln, daß Wilberg hier schon vor der Jahrhundertwende eine Konferenz versammelt hat. Ihm stand dazu die reichhaltige Bibliothek von der Recks zur Verfügung. Später, in Elberfeld, setzte er diese Bewegung fort. 1806 gründete er dort eine Konferenz mit Bibliothek, aus der dann der spätere Lehrerverein erwuchs²⁷⁴.

Nach Wilbergs Weggang aus der Provinz erfuhren die Konferenzgesellschaften einen neuen Anstoß durch Bernhard Christian Ludwig Natorp, der sich seit der Übernahme des Schulkommissariats des Bochumer Schulkreises rege um die Weiterentwicklung der Schulen kümmerte²⁷⁵. In seiner Zeitschrift „Quartalschrift für Religionslehrer“ vermittelte er Beschreibungen und Hinweise, um die Bewegung zu verbreiten.

(1807) S. 354 ff., eine Aufgabe stellten. Es sollte für den praktischen Unterricht ein „planmäßig angelegtes und methodisch ausgearbeitetes praktisches Handbuch“ prämiert werden, das sich den Denk- und Verstandesübungen im Unterricht der Landschulen anbot. Die Prämie betrug 125 Tlr. Berliner Courant, oder 150 Taler „hiesiges Geld“.

²⁷² Vgl. etwa die Statuten einer Gesellschaft in Halle, die 1789 gegründet wurde. In: Krünitz, Land-Schulen, S. 120 ff. Die Schullehrerkonferenzgesellschaften stehen in einem engen Zusammenhang mit den allgemeinen Lesegesellschaften, die im ausgehenden 18. Jahrhundert überall gegründet wurden; auch mit den geheimen Gesellschaften. Vgl. Habermas, Öffentlichkeit; Klaus Gerteis, Bildung und Revolution. Die deutschen Lesegesellschaften am Ende des 18. Jahrhunderts. In: Archiv für Kulturgeschichte. Bd. 53 (1971) S. 127 ff.; Nipperdey, Verein als soziale Struktur.

²⁷³ Der früheste Nachweis ist ein im August 1799 aus Unna eingereichtes Bücherverzeichnis. Die Systematik umfaßte 7 Gruppen: geistliche Sachen, Psychologie, pädagogische Schriften (ohne die Schriften der berühmten Schulmänner, aber mit Werken u. a. von Rist, Overberg, Wagemann, Rochow, Zerener, Schlez), Lebensbeschreibungen, Reisebeschreibungen, populäre medizinische Schriften und periodische Schriften. In: LKA Bielefeld: 0,8/23.

²⁷⁴ Vgl. Wilberg, Erinnerungen, S. 121; Langenberg, Wilberg, S. 53.

²⁷⁵ Vgl. dazu auch das nächste Kapitel. Über die von Natorp geförderte Schullehrerkonferenz in Weimar, im Kirchspiel Bochum vgl. Wilhelm Rüter, Entstehungsgeschichte der Kreislehrerbüchereien im Bereich der ehemaligen Grafschaft Mark. In: Mitteilungs-

Hier veröffentlichte er im Jahre 1805 neben einem Organisationsmuster Erfahrungen, die im Großherzogtum Berg gesammelt worden waren.

Auch dort gab es Prediger, die über die neue Aufgabe der Schule nachgedacht hatten und einsahen, wie sehr Staat und Nation von ihr abhängig waren. „Lange schon hatte man sich mit der Idee solcher Societäten herumgetragen“, so hieß es in dem Bericht. „Der eine Amtsbruder erweckte diese Idee bey dem andern; einer steckte den andern mit seinen Wünschen, Planen, Hofnungen an...“²⁷⁶. Ergebnis war die Gründung von Konferenzen in Solingen, Barmen und Remscheid.

Über die Wichtigkeit dieser „Societäten“ bestand kein Zweifel; sie waren ein wertvolles Erfahrungsfeld auf dem Weg zum Standesbewußtsein. „Nicht allein wirken die mannichfaltigen Verhandlungen in den Konferenzen, die gemeinschaftliche Lectüre zweckmäßig gewählter Schriften, auf die Bildung und Ermunterung der Societät selbst, sondern auch viele andere Schullehrer, welche in der Nähe solcher Gesellschaften leben, ohne selbst daran Theil zu haben, werden dadurch angefeuert, auf ihre Amtsführung wie auf ihre Fortbildung mehr Fleiß und Eifer zu verwenden.“²⁷⁷ Dann wurde das Musterbeispiel vorgeführt, es war die Konferenz in Remscheid.

Zu Mitgliedern wurden hier „blos öffentliche und Privat-Schullehrer“ gewählt. Andere „Schulfreunde“ sollten nur dann zugelassen werden, wenn sie sich mit dem Status eines „Mitlesers“ zufriedengaben und auf die Teilnahme an den Konferenzen verzichteten. Durch diese Regelung sollten einerseits die zahlungskräftigen Mitglieder nicht ausgesperrt, andererseits erreicht werden, daß die Lehrer die Diskussionen unter sich austragen konnten. „Mancher Schullehrer, der vor seinen Amtsbrüdern seine Meynung frey herausagt und seine Mängel und Gebrechen offenbart, würde schüchtern schweigen, wenn er in der Conferenz Zeugen erblickte, von denen er befürchten mußte, daß sie seine Meynung und seine Geständnisse mit mitleidigem Lächeln bemerken und wohl gar spöttisch ins Publicum bringen könnten.“²⁷⁸

Gerade den schwachen Lehrer galt es, zur Teilnahme zu ermuntern und ihn pädagogisch geschickt zu betreuen, um einen „esprit du corps“ zu entwickeln. Die äußeren Mitglieder waren dennoch von großer Wich-

blatt. Verband der Bibliotheken des Landes Nordrhein-Westfalen. N.F. 11. Jg. (1961) S. 85 ff.; ders., Geschichtlicher Rückblick auf die Entstehung der Kreislehrerbücherei. In: Das pädagogische Bibliothekswesen in Deutschland. Teil 4: Die Kreislehrerbüchereien und die pädagogischen Institute der Städte und Kreise. München/Frankfurt/Berlin/Hamburg/Essen 1964, S. 154 ff.

²⁷⁶ Schullehrer-Gesellschaften im Herzogth. Berg. Die Remscheider Gesellschaft. In: Quartalschrift für Religionslehrer. Bd. 2 (1805) S. 363 ff., hier S. 364.

²⁷⁷ Ebd.

²⁷⁸ Ebd. S. 367. Es gab in der Zeit sogar Prediger, die das Streben nach einem Standesbewußtsein durch die Gründung eigenständiger Schullehrersynoden analog zu den Predigersynoden ermöglichen wollten. Ein derartiger Antrag wurde jedoch auf der lutherischen Synode am 5. und 6. Juli 1803 in Hagen abgelehnt.

tigkeit. Sie sollten nach Zustimmung der Mitglieder auch den Zugang zur Literatur erhalten, die reihum kursierte. „Ein solcher Mann würde der Societät um so nützlicher seyn, jemehr er mit der Litteratur des Schulfachs bekannt und aus der großen Menge von Schulschriften die zweckmäßigsten auszusuchen und vorzuschlagen im Stände wäre.“²⁷⁹ Auch sollten diese Mitglieder aus anderem Stande die Möglichkeit erhalten, Abhandlungen zu bestimmten Problemen einzureichen.

Im Mittelpunkt der gemeinsamen Arbeit stand das eigentliche Interessengebiet des Lehrers, die „Schul- und Erziehungsschriften, Journale, Gedichte, Musicalien“ usw. Zirkulieren sollten „Schriften von Basedow, Campe, Salzmann, Resewitz, Rochow, Struve, Villaume, Niemeyer, Zerenner, Pestalozzi, Olivier, die pädagogische Bibliothek von Guts-Muths“²⁸⁰. Weiterhin vorgeschlagen wurden Schriften von Schwarz, Stephani, Schneider, Ith und Soyaux als Autoren über Pestalozzi, Völter und Pöhlmann²⁸¹. Alles, was in der damaligen pädagogischen Fachpresse einen Namen hatte, war damit in der Remscheider Bibliothek vertreten, ein deutlicher Hinweis darauf, wie schnell sich im „pädagogischen Jahrhundert“ (Niethammer) die Ideen der „Schulmänner“ verbreiteten und auch zu Veränderungen in der Schule führten. Dies war schon in früheren Jahren in der Grafschaft Mark der Fall gewesen²⁸².

Ziel der Konferenzen war es, nicht nur das pädagogische Gedanken-gut zu verbreiten, sondern seine Anwendung zu diskutieren; später haben die Lehrervereine diese Aufgabe übernommen. In einem kursierenden „Schreibebuch“ wurden alle Aufgaben, Vorschläge, Abhandlungen, Anfragen usw. festgehalten. Jedes Mitglied war bei „Strafe verbunden, bey jeder Conferenz irgend einen kürzern oder ausführlichen Aufsatz vorzulesen“²⁸³. Mit diesem Druckmittel hielt man das Interesse wach, so daß auch nach Jahren die Aktivität noch nicht nachgelassen hatte. „Es gereicht dieser Remscheider Schullehrer-Gesellschaft zu einem vorzüglichen Lobe, daß die Conferenzen selbst von den entferntesten Mitgliedern, welche 2 bis 3 Stunden weit darum kommen müssen, sehr regelmäßig besucht

²⁷⁹ Ebd. S. 366. Vgl. später etwa die von Natorp ausgewählten Autoren in: Bernhard Christian Ludwig Natorp, Verzeichnis auserlesener Schriften zur Anlegung einer Elementarschulbibliothek. 1. Aufl. Duisburg/Essen 1802. 2. umgearb. Aufl. ebd. 1805. Hier kommen bereits einige noch in der Remscheider Gesellschaft angeführte Autoren nicht mehr vor. Die Auswahl wird unter bestimmaren Gesichtspunkten vorgenommen.

²⁸⁰ Alle diese „Schulmänner“ gehörten zu den führenden Pädagogen der Zeit. Aus ihren Erfahrungen und Theorien schöpfte die Verwaltung in Berlin. Vgl. König, Nationalerziehung; Roeßler, Entstehung; Heinemann, Schule im Vorfeld.

²⁸¹ Die Schriften sind jeweils angegeben. Vgl. Anm. 276, S. 368. Zur Pestalozzi-Rezeption in der Grafschaft Mark, vgl.: Unterricht. In: Westfälischer Anzeiger. Bd. 10 (1803) S. 513 ff. Die Rezeption erfolgte eher als in der Behörde in Berlin.

²⁸² Vgl. hierzu die Bemühungen, die Rochowsche Methode im Seminar in Wesel einzuführen. Meiners, Volksschullehrerseminar, S. 366. (Seit der Entsendung des Kandidaten Hagemeister nach Reckahn 1783.)

²⁸³ Vgl. Anm. 276. Ebd. S. 368.

werden ...“²⁸⁴ Bei den Lehrervereinen war es später durchaus ähnlich.

Dieser Artikel der Quartalschrift mußte deswegen Aufmerksamkeit finden, weil bereits im Jahre 1801 das Ministerium der lutherischen Kirche entschieden hatte, die Societäten unter eine strenge, fast zensierende Aufsicht zu nehmen. Auf eine Liste von Büchern „zur Auswahl für die ersten Cirkel der Lesegesellschaft unter Predigern und Schullehrern“ in Unna vom Jahre 1799 hatte Bädeker bei der Regierung einen Zuschuß von 10 Rtlr. beantragt. Sein Antrag war am 28. August 1801 allgemein genehmigt worden unter der Bedingung, die Konferenzen unter Aufsicht eines „dem pädagogischen Fach und der Literatur bekannten Predigers“ zu stellen²⁸⁵. In Zukunft konnte die Synode damit über den Zuschuß Einfluß nehmen.

In der gleichen Zeit war das Ministerium durch Nachrichten aufgeschreckt worden, daß die Lehrer an Zirkeln beteiligt seien, in denen auch Bücher mit religionsspöttischem und predigerfeindlichem Inhalt kursierten²⁸⁶. Als Gegenmittel traten nun die genehmigten Lesegesellschaften in Aktion. Ihre Bibliotheken enthielten keine beleidigenden Schriften mehr, aber auch nicht die Schriften aller Pädagogen, die in Remscheid zur Diskussion aufmunterten. Es waren nur noch die Autoren vertreten, die den Lehrern praktisch helfen konnten, ohne zuviel von ihnen zu verlangen. Alles in der Tendenz der Overdycker Schulreform, die „Aufklärung“ nur in abgesicherter Weise zu betreiben.

Diese Tendenz wird an den Zielsetzungen noch deutlicher. Nach Meinung der Kirchenbehörde sollten die „Leseinstitute“ dazu dienen, daß Prediger und Lehrer „sich genauer kennen ... lernen, sich näher und unter einander durch das Band einträchtlicher Liebe ... verbinden, sich ihre Ideen, Meynungen, Wünsche und Amtserfahrungen gegenseitig mitzuteilen, sich mancherley pädagogische und Schularbeiten unter einander aufzugeben und die verfertigten Arbeiten gegen einander zu vergleichen ...“. Alles sollte helfen, den „Amtseifer“ zu fördern und von den Einsichten „unsrer deutschen Pädagogen mit lernbegieriger Bescheidenheit Gebrauch zu machen“²⁸⁷. Was förderlich war, bestimmten die Geistlichen. Erneut wurden die Schullehrer unter die Aufsicht der Kirche genommen und der Einfluß moderner Pädagogik durch den alten Träger der Schulverantwortung dosiert. Der Charakter der Konferenzen im Bergischen und in der Mark unterschied sich erheblich. Auch zwischen der Ansicht Natorps und der Kirchenobrigkeit war dieses Spannungsverhältnis zu sehen. Vielleicht deswegen wurde die Anschaffung der „Quartalschrift“ für jede Kirche untersagt²⁸⁸. Schließlich war die Zeitschrift auch vor-

²⁸⁴ Ebd. S. 370 f.

²⁸⁵ In: LKA Bielefeld: 0,8/23.

²⁸⁶ Vgl. Stenger, Beiträge, S. 25.

²⁸⁷ Nützliche Institute für die Schullehrer in dem luth. Ministerium der Gr. Mark. In: Quartalschrift für Religionslehrer. Bd. 3 (1806) S. 341 ff., hier S. 341.

²⁸⁸ Der Antrag Bädekers vom 26. Mai 1805 wurde am 23. Jan. 1806 abgelehnt. In: LKA Bielefeld: 0,8/23.

wiegend für „Gebildete“ gedacht. Noch rechnete sich die Mehrheit der Landschullehrer nicht dazu.

Trotz der Beschränkungen waren die Schullehrerkonferenzen eine wichtige Station auf dem Wege der Schullehrer zum eigenen Standesbewußtsein. Von der Gesellschaft der Freunde vorbereitet, von Wilberg zu einer Fortbildungsinitiative ausgebaut, nahmen sie seit 1800 dabei einen wichtigen Platz ein. Natorp führte bei seiner späteren Tätigkeit in der Kurmark Brandenburg die in der Grafschaft Mark gemachten Erfahrungen weiter und reformierte seit 1809 dort das niedere Schulwesen systematisch über die Errichtung solcher Reformzentren²⁸⁹.

Dennoch gab es zwischen den früheren Societäten und den behördlich empfohlenen Gesellschaften einen erheblichen Unterschied. Waren die ersteren noch Gründungen eines erwachenden Verständnisses vom Lehrerstand, und umfaßten sie die Lehrer aller Konfessionen, so wurden die jüngeren Einrichtungen schon eingengt auf die Lehrer bestimmter Konfessionen, womit nicht gesagt sein soll, daß hier und da nicht ein andersgläubiger Lehrer hätte Bücher entleihen können. Als weiterer Unterschied läßt sich erkennen, daß die Lektüremöglichkeiten eingeschränkt wurden²⁹⁰. Die konfessionellen Unterschiede wurden wieder stabilisiert, freigeistige Schriften ausgeschlossen.

In der weiteren Entwicklung des 19. Jahrhunderts blieb dann der Torso des konfessionell gebundenen Lehrerstandpunktes übrig, die Volksschule unterlag der konfessionellen Trennung. Nur in den Diskussionen um 1848 kam noch einmal die Hoffnung auf eine überkonfessionelle Schule auf. Diese Episode verhinderte jedoch nicht das weitere konfessionelle Auseinanderfallen, wodurch der Lehrerstand immer unfähiger wurde, eine einheitliche Vertretung zu formen und einen gemeinsamen Stand-

²⁸⁹ Vgl. den Schriftwechsel zwischen Petersen und Natorp. In: Natorp, Briefwechsel, Bd. 1. Hier ist auch von einer Konferenzgesellschaft die Rede, die in Teichheim (= Overdyck) unter dem Lehrer Thiel (= Lieth) existiere. Vgl.: Der Schullehrer Schneider zu Trinkenthal an seine Amtsgenossen in der Lindendorffschen Schullehrergesellschaft. In: ebd. Es wurden auch Musterstatuten vorgelegt. Natorp schrieb am 29. Dez. 1809 an seine Eltern aus Potsdam, seiner neuen Wirkungsstätte: „Ich habe den Plan, dort [in Krahne an der Wirkungsstätte von Rochows] durch den Prediger Frosch eine Schulmeister-Konferenzgesellschaft, gleich der Weitmarschen, zu errichten. Gestern habe ich die Sache in der Session [der kurmärkischen Kammer] vorgetragen und den Auftrag erhalten, darin nach Belieben zu verfahren. Heute habe ich die Sache eingeleitet und mir auf der Regierungskasse 36 Thl. anweisen lassen, um für die Mitglieder der neuen Gesellschaft Bücher anzuschaffen.“ Zit. nach: Gunnar Thiele, Die Organisation des Volksschul- und Seminarwesens in Preußen (1809–1819). Mit besonderer Berücksichtigung der Wirksamkeit Ludwig Natorps, Leipzig 1912 (Sammlung von Abhandlungen aus dem Gebiete der wissenschaftlichen Pädagogik, Bd. 1).

²⁹⁰ Ob Lehrer überhaupt lesen durften, schien nicht unstrittig. Vgl. Georg Christoph Friedrich Gieseler, Ob die Volksschullehrer lesen dürfen? und wie sie lesen sollen. Petershagen 1801. Im Oberschulkollegium wurde Einschränkung der Lesefreiheit erwogen.

punkt in den öffentlichen Diskussionen zu entwickeln. Eine derartige Einflußmöglichkeit wußte die immer dominierender werdende Schulverwaltung zu unterbinden.

Die Entwicklung der Seminartheorie durch Natorp

Die Konferenzgesellschaften machten deutlich, wie intensiv die Lehrer selber versuchten, die neuen pädagogischen Erkenntnisse zu integrieren. Die Geschwindigkeit des Fortschritts in der Schule wuchs mit der steigenden wissenschaftlichen Produktion. Sehr schnell war das ursprüngliche Ziel der Schule in Overdyck in der Theorie erreicht und überholt. Die Behörden mußten bereits bremsen. Die Reformen in den Schulen selbst geschahen dann mit solcher Selbstverständlichkeit, daß wir sie heute nur indirekt erschließen können. Wie schnell dabei die ursprünglichen Vorstellungen veralteten, wird am Seminar in Overdyck deutlich.

Gelehrte und Schullehrer gehörten nach der Ansicht von der Recks zu völlig verschiedenen Kreisen von Aufgaben und Einstellungen. Das Studium der Gelehrten sei auf die Bücher, auf die Theorie gerichtet; dasjenige der Lehrer müsse auf eine den Schülern angemessene Lehrpraxis zielen. Unter diesem Grundsatz hatte von der Reck die Reform des Weseler Seminars angestrebt und in Overdyck in die Tat umgesetzt. Tüchtige Lehrer nach seiner Façon wollte er haben und nicht gebildete Schulmänner, die durch ihre Ausbildung „selbst als verkrüppelt, mit gelehrten Floskeln ausgestaftet, mehr Ideen, als wirkliche Erfahrungen gesammelt“ hätten²⁹¹. Diese würden auf das „arme Menschengeschlecht“

²⁹¹ Von der Reck in seinem Brief vom 17. Juli 1795. In: StA Münster: Cleve-Mark Landstände Nr. 339. In diesem Brief ging von der Reck von der Tradition im Handwerk aus, in dem Unterricht nur dann gegeben werde, wenn jemand selbst einige Jahre das Handwerk getrieben habe, um dann auf die Diskrepanz zwischen der von einem Gelehrten vorgetragenen Theorie und der zu bewältigenden Praxis hinzuweisen. „Wer ein Handwerk gelernt und dasselbe schon einige Jahre getrieben, von dem kann man mit Grund erwarten, daß er wiederum anderen kann Unterricht erteilen und auf Erfahrung begründete Vorschriften geben könne. Thörigst aber würde man den wohl nennen, der um ein Gärtner zu werden, sich Vorlesungen über Hirschfelds Garten-Theorie halten ließe; und gewiß würde derselbe in meinem Küchengarten besonders, nur eine elende Rolle spielen; denn wie sehr der Theoretiker oft seine Methode zu vereinfachen und zu verändern genöthigt ist, sobald es auf Anwendung ankommt weiß ja ein jeder.“ Von der Reck verlangte deswegen, nicht „Gelehrte von Profision zu Direktoren ‘von Schullehrer-Seminarien’ anzustellen; die Folgen einer derartigen Berufung würden dies nachweisen. „Beide Lehrer und Schüler bleiben . . . in beträchtlicher Weise voneinander entfernt, und was kann dieses anders zur Folge haben, als Mißverständnisse und dazu hinwiederum anders nichts, als Schaden, ganz unberechenbaren Schaden, der dazu auf die Bildung unsterblicher Wesen großen Einfluß hat.“ Und weiter: „Des Seminaristen Begriffe müssen berichtigt, nicht durch neue vereint werden. Milch muß er haben, nicht harte, ihm unverdauliche Speisen; und wie ists möglich, daß der Gelehrte, welchen so oft Ideen von der Wirklichkeit entfernen, den Menschen bilden soll, der die Hand sogleich ans Werk legen muß, und nicht deshalb angestellt wird, Versuche zu machen, sondern dienliche Werkzeuge zum Wohl des Staates zu schaffen.“

losgelassen, „pfuschen“ und so erbärmlich „herumsudeln“, „daß der Staat, welcher sich eine gute und veredelte Menschenart versprach, dem Guten abgeneigte Geschöpfe erhält“²⁹².

Von der Reck vertrat mit diesen Feststellungen wohl den Konsensus seiner Standesgenossen, die sich die Erziehung zum Volksschullehrer nicht anders vorstellen konnten als in einer Meisterlehre in der Atmosphäre einer Kadettenanstalt. Damit konnte nur ein Lehrer einen Lehrer unterweisen, und die Einmischung von Gelehrten, seien sie auch Schulmänner, konnte — wie der Fall Fallenstein gezeigt hatte — die Sache nur umständlicher und geschwollener machen, womit wiederum den Landlehrern nicht geholfen war. „Dort [in Wesel] wird und kann nicht gezeigt werden, was ein guter Unterricht vermag, hier können sie es sehen, und wie es anzufangen, lernen. Dort wird der Kopf vollgepfropft, — hier das Herz gebildet, und die Aufmerksamkeit rege gemacht werden. Das Land wird sodann Lehrer erhalten, deren Arbeiten dessen Flor erhöhen und dessen Wohlstand gründen können.“²⁹³ So simpel dachten nicht einmal die Räte in der nicht gelittenen Regierung zu Emmerich, die immerhin für eine grundlegende Seminarreform sorgten²⁹⁴.

Wegen der mangelnden Finanzen und wohl auch wegen des Schreckens, den von der Reck mit seinen Vorstellungen den Fachleuten einjagte, war das Projekt des Seminars in Overdyck nie so recht in Gang gekommen. Hinzu kamen die ablehnenden Stellungnahmen der Verwaltung und Versuche an anderen Orten. So hatte der Prediger und Inspektor des lutherischen Ministeriums Sybel in Soest eine kleine Lehrerbildungsstätte gegründet, um für die Stadt und die Börde seinen eigenen Nachwuchs zu ziehen. Er unterrichtete selber Religion und gab auch methodische und pädagogische Anweisungen. Die übrigen Fächer wurden vom Konrektor des Gymnasiums und einigen Soester Schulmeistern erteilt. Hospi-

²⁹² Ebd.

²⁹³ Ebd. Die damit vertretene Auffassung zuzüglich einer strengen Kontrolle der Gläubigkeit entsprach derjenigen der KO vom 26. Juli 1787: „Ich habe Euern Bericht mit dem beigefügten Plan des von Euch gestifteten Schulseminarii erhalten. Ich bin mit Euch vollkommen einerley Meinung, daß die Grundsätze des Christenthums vornehmlich jungen Gemüthern mit Sorgfalt eingeprägt werden müssen, damit sie bei reifern Jahren einen festen Grund ihres Glaubens haben, und nicht durch die jezt, leider! so sehr überhand genommenen, so genannten Aufklärer irre geführt, und in ihrer Religion wankend gemacht werden. Ich hasse zwar allen Gewissens-Zwang, und lasse einen jeden bey seiner Ueberzeugung, das aber werde ich nie leiden, daß man in meinem Lande die Religion Jesu untergrabe, dem Volk die Bibel verächtlich mache, und das Panier des Unglaubens, des Deismus und Naturalismus öffentlich aufpflanze. Diese meine festen Gesinnungen können ihr zur Richtschnur bey Euern Schulanstalten nehmen ...“. In: Krünitz, Land-Schulen, S. 49 (die KO war an das Konsistorium in Breslau gerichtet; Krünitz wurde für alle Schulen zur Anschaffung empfohlen).

²⁹⁴ Durch Reskript vom 17. März 1801 verlangte von Massow einen detaillierten Bericht über das Seminar in Wesel. Darin wurde auch die Frage gestellt, ob es ausreiche, die Stellen zu besetzen, und wie die Mängel behoben werden könnten. Der Bericht wurde am 4. Sept. 1801 eingereicht, die Reform konnte beginnen. In: StA Münster: KuDK Hamm Nr. 783.

tiert wurde in der Petrischule, dort fanden auch die Probelektionen statt, und am Ende wurde ein Zeugnis der Wahlfähigkeit erteilt, so daß alles seine Richtigkeit hatte²⁹⁵.

Dieses kleine Seminar in Soest bestand seit dem Jahre 1798 und hatte bei durchschnittlich sechs Schülern etwa die Größe des Wilbergischen Instituts und besaß den großen Vorteil, in dem Inspektor einen Fürsprecher auf der Synode und bei der Verwaltung zu haben. 1804 scheint es eingegangen zu sein. Der Versuch war damit genauso wenig erfolgreich wie die Bemühungen, in Hagen eine Anstalt einzurichten; dieses Projekt kam über die Planung nie hinaus²⁹⁶.

Overdyck war demnach nicht der einzige Versuch, die Lehrerbildung neu zu etablieren. Die Gesellschaft der Freunde hatte zwar zum richtigen Zeitpunkt die Initiative ergriffen und die Kirchen- und Landesverwaltung wachgerüttelt, doch mußten die Mitglieder mit ansehen, daß sich niemand mehr für die Vergrößerung des Seminars in Overdyck einsetzen wollte. Von der Reck hatte es außerdem durch eine Art legaler Erschleichung von Mitteln aus dem Prämienfonds für das Seminar verstanden, die Beamten der Kammer in Hamm stutzig werden zu lassen. Es ist deswegen keineswegs verwunderlich, wenn nach diesem Zeitpunkt die rege Anteilnahme der Kammer an der Sache der Gesellschaft der Freunde aufhört. Die eigentliche Attacke gegen das Seminar aber führte B. C. L. Natorp.

Schon während seines Studiums in Halle hatte Natorp sich für die Nationalerziehungspläne interessiert. 1798 wurde er Prediger in Essen, das im Jahre 1803 an Preußen fiel. Sein Vorschlag, das dortige Schulwesen zu reformieren²⁹⁷, führte zu dem Angebot der Fürstin Pauline

²⁹⁵ Vgl. Wilhelm Zimmermann, Die Anfänge und der Aufbau des Lehrerbildungs- und Volksschulwesens am Rhein um die Wende des 18. Jahrhunderts (1770—1826). Teil 1. Köln 1953.

²⁹⁶ Der Generalinspektor der Synode, Dahlenkamp, nahm im Jahre 1789 die Bemühungen dazu auf, die bereits 1787 noch unter Woellner schon einmal abgelehnt worden waren. Dahlenkamp wollte zugleich auch eine Handlungsschule in Hagen errichten, um die Bedürfnisse von „Fabriken und Handlung“ zu befriedigen. 1799 richteten er und sein reformierter Amtsgenosse Grevel eine Eingabe an den König. Von Heinitz wollte es jedoch bei Wesel und Emmerich belassen. Vgl. Sellmann, Förderung, S. 74 ff.; Köllmann, Harkort, S. 31 f.

²⁹⁷ Bernhard Christian Ludwig Natorp, Ueber die Organisation der niedern deutschen Schulen. Mit besonderer Rücksicht auf die gegenwärtigen Bedürfnisse des Schulwesens in der Grafschaft Mark. Ein dem hochl. Kammer-Collegium zu Hamm überreichtes Gutachten. In: Zeitschrift für Pädagogik, Erziehungs- und Schulwesen. Bd. 2 (1807) S. 139 ff., 219 ff. Natorp sah die Wichtigkeit des Übergangs der Schulaufsicht auf die Organe des Staates. Die Abhängigkeit der Schule von der Kirche bezeichnete er als „Ueberbleibsel des weit früheren Zeitalters“, in dem man „die Schulen bloß für kirchliche Laboratorien ansah, die Einrichtung und Regierung derselben einzig und allein der Geistlichkeit überließ, den Schuldienst als eine Nebensache, die Küsterey hingegen als die Hauptsache behandelte“ (Ebd. S. 142). „Die niedern Volksschulen sind eben so wenig wie irgend eine andere Art von Schulen als kirchliche Institute, sondern als neben der Kirche für sich bestehende Institute des Staates anzusehen und zu behandeln“ (S. 143).

von Lippe-Detmold, dort Generalsuperintendent zu werden²⁹⁸. Natorp hatte weiterhin ein Gutachten über die Reform des niederen Schulwesens der Kammer in Hamm vorgelegt, dessen Prüfung vom Stein noch durchgeführt hatte, und an der auch der Prediger Eylert in Hamm beteiligt gewesen war²⁹⁹. Natorp war außerdem bereits für ein gänzlich neu zu errichtendes Schullehrerseminar für Cleve und Mark designiert, was die Kammer in Hamm wohlweislich von der Reck vorenthalten hatte³⁰⁰. Seit 1804 übte Natorp auch die Aufsicht über die Schule in Overdyck aus. Natorp war nach dem Abgang Wilbergs zu dem eigentlichen Schulsachverständigen in der Grafschaft geworden. Gestützt auf seine seit 1804 von einer „Gesellschaft westphälischer Gelehrten“ herausgegebenen „Quartalschrift“ hatte er sich zusammen mit dem Prediger Busch ein Forum pädagogischer Überlegungen geschaffen³⁰¹. An den dort veröffentlichten Überlegungen konnte niemand mehr vorbeigehen, wie der Artikel Hasenclevers über die Lehrerprüfungen schon nachgewiesen hat.

Schon im ersten Band seiner Zeitschrift rückte Natorp der überfälligen Seminarfrage zu Leibe³⁰². Seinen Lesern verhiess er: „so wie man zu Wesel auf die Verbesserung des jetzt vacanten clevischen Schullehrerseminariums die höchste Sorgfalt verwendet, so rückt durch die Verwendung des Herrn Oberpräsidenten die lang gewünschte Zeit heran, wo auch die Grafschaft Mark sich eines eigenen Schullehrerseminariums wird zu erfreuen haben“³⁰³, denn: „Nur durch die Bildung der *Schullehrer* kann eine wahre Verbesserung der *Schulen* bewirkt werden; denn bey den allgemein anerkannten und verbreiteten Resultaten der Pädagogik war es einzig und allein die Untüchtigkeit der Schullehrersubjecte selbst, welche der höchst nöthigen radicalen Schulverbesserung im Wege stand.“³⁰⁴

²⁹⁸ Vgl. Otto Natorp, B. C. L. Natorp, S. 65.

²⁹⁹ Aktenstücke in: StA Münster: KuDK Hamm Nr. 782. Vom Stein meinte, daß man die Sache nach der Einrichtung in Essen beurteilen könnte (am 19. Mai 1804).

³⁰⁰ Natorp, B. C. L. Natorp, S. 65. Auch Wilberg war einmal im Gespräch. Wilberg, Erinnerungen, S. 96.

³⁰¹ Natorp vermittelte die Überlegungen von Pädagogen wie Zöllner, Stephani, die von von Massow bei allen Schulplanungen zugrundegelegt wurden. Vgl. Heinrich Stephani, Grundriß der Staats-Erziehungs-Wissenschaft. Weissenfels/Leipzig 1797; ders., System der öffentlichen Erziehung. 2. verb. Aufl. Erlangen 1813. Massow hatte diese „Ideen“ überwiegend akzeptiert. Johann Friedrich Zöllner, Ideen über National-Erziehung besonders in Rücksicht auf die Königl. Preussischen Staaten. Berlin 1804. Vgl. auch: Heubbaum, Schulgesetzentwurf; König, Nationalerziehung.

³⁰² Ueber die Bildung der Elementarschullehrer in Seminarien. In: Quartalschrift für Religionslehrer. Bd. 1 (1804) S. 630 ff.

³⁰³ Ebd. S. 632 f. Vom Stein hatte sich in Münster für die Konstituierung einer Universität an der Stelle der dortigen Akademie eingesetzt und auch die Normalschule Overbergs erhalten. Vgl. dazu die Denkschrift an das GenDir: Wegen der Einrichtung der hiesigen Universität. In: Botzenhart/Hubatsch, Freiherr vom Stein. Bd. 1 S. 738 ff.; Stein an Schulenburg. In: ebd. S. 603.

³⁰⁴ Ebd. S. 633. Vgl. auch Thiele, Organisation, S. 1 ff.

Busch und Natorp führten in ihrem Plan die Hindernisse an, die ihrer Ansicht nach in der Grafschaft Mark und in Cleve einer Verbesserung der Seminare im Wege standen, wobei sie durchaus Teile derjenigen Argumentation übernahmen, wie sie von der Reck Jahre vorher bereits benutzt hatte. Nur in einem *Seminar* könne eine vernünftige Lehrerbildung betrieben werden, dieses dürfe nicht in einer größeren Stadt liegen, und die zukünftigen Lehrer seien nur durch erfahrene Praktiker auszubilden. Wie von der Reck erhoben auch sie die Forderung nach der Regelung der Lehreranstellung. In Zukunft dürften nur geprüfte Lehrer angestellt werden, und die Visitatoren hätten darauf zu achten, daß niemand hinter dem Soll zurückbleibe. Der große Unterschied zu den Vorstellungen von der Recks bestand nicht nur in der Tatsache, daß in der Natorpschen Anstalt etwas mehr „Liberalität“ herrschen sollte³⁰⁵, sondern darin, daß Natorp alle erziehungswissenschaftlichen Ergebnisse vermitteln wollte und damit zu einem gänzlich anderen Ansatz von Schulbildung kam, den er später weiterentwickelte.

Daß an den Gerüchten, in der Mark werde nunmehr tatsächlich ein Lehrerseminar etabliert, etwas Wahres war, wurde durch eine Nachricht im „Westfälischen Anzeiger“ bestätigt. Hier sprach sich am 21. Oktober 1804 ein Anonymus dafür aus, das Seminar nicht — wie er vernommen hatte — an das Gymnasium nach Hamm zu verlegen, sondern es in einem kleineren Ort wie Unna, Kamen oder Bochum zu etablieren, am besten jedoch gleich nach Essen zu verlegen³⁰⁶.

Doch alles Hoffen blieb vergeblich, weil sich im Jahre 1806 durch den Einzug der Franzosen die politische Lage grundlegend änderte und daher dem weitreichenden Seminarreformplan Natorps nicht mehr die Möglichkeit zur Ausführung gegeben wurde. Es dauerte noch bis zur Zeit nach der Wiedereingliederung der besetzten Gebiete, bis Natorp als Konsistorialrat in Münster seine Vorstellungen über die Lehrerausbildung im Seminar in Soest verwirklichen konnte³⁰⁷. In diesem Seminar, das nach der Besetzung durch die Anordnung der Kammer in Hamm unter dem Seminardirektor aus Wesel, Ehrlich, 1806 gegründet wurde, fand in der Zukunft die Ausbildung der Lehrer für die Grafschaft Mark statt³⁰⁸.

³⁰⁵ Vgl. hierzu die pathetischen Einleitungsworte zum Verbesserungsvorschlag. Ebd. S. 650. „Ja, die scheint nun allmählig verschwinden zu wollen, die unselige Zeit, wo man selbst in policirten [gut verwalteten] Staaten die Menschen und besonders die niedern Volksclassen bloß in die Schranken einer bürgerlichen Legalität einzuzwängen suchte; wie man bloß darauf bedacht war, sie zu ruhigen und gehorsamen Unterthanen, die um des Staates willen da seyen, zu erziehen, ohne auf ihre Veredelung und auf radicale Verbesserung ihres Zustandes mit Ernst und Eifer zu denken. Alle edlern Volksväter und Staatsdiener wollen eine bessere Generation, wollen *Veredlung* der Menschheit und Verbesserung ihrer Lage.“

³⁰⁶ In: Westfälischer Anzeiger. Bd. 13 (1804) S. 1387 f.

³⁰⁷ Natorps Plan von 1818. In: Klein, Schulwesen, S. 76 ff.

³⁰⁸ Vgl. Karl Kohlmann/Hermann Gramm, Festschrift zum hundertjährigen Jubiläum des Königlichen Schullehrer-Seminars zu Soest am 3. Oktober 1906. Soest 1906; Carl

Das Ende des Seminars auf Overdyck

War mit der Schrift der Prediger Busch und Natorp bereits das pädagogische Ende des Seminars angekündigt, so kam es durch die politischen Ereignisse des Jahres 1806 noch einmal zu einer kurzen Scheinblüte. Doch zuvor muß noch beschrieben werden, wie das Seminar überhaupt bei der Kriegs- und Domänenkammer aktenkundig wurde.

Als der Minister von Massow im Herbst des Jahres 1805 als Chef des Oberschulkollegiums eine Visitationsreise in die westlichen preußischen Provinzen unternahm³⁰⁹, erschien er auch zum Besuch von Schule und Lehrerseminar in Overdyck. Da diese Reise mehr den höheren Schulen galt, ist nicht genau zu erkennen, warum er hier Station machte. Doch war Overdyck eine Dotationsschulstelle; vielleicht war der Minister auf die Schule auch aufmerksam geworden durch die im vergangenen Jahr abgeschlossene Berufung des Nachfolgers von Wilberg.

Im Reskript vom 19. Dezember 1805 drückte von Massow seine Zufriedenheit mit der Schule in Overdyck aus³¹⁰. Er wollte jedoch wissen, warum der von der Bauernschaft Hamme gewählte Lehrer nunmehr in Overdyck wohne und ein Seminar betreibe. Aus den darauf angestellten Nachforschungen ergab sich, daß die Kammer in Hamm nichts von einem staatlich sanktionierten Seminar wußte. Sie mußte erst von der Reck auffordern, über diese Einrichtung zu berichten; diesem bürokratischen Akt verdanken wir heute die ausführliche Beschreibung von Gründung und Zielsetzung des Seminars³¹¹.

Am 31. Dezember 1805 reichte von der Reck seinen Bericht bei der Kammer ein, die ihn mit einem keineswegs günstigen Begleitschreiben am 26. Februar 1806³¹² an den Minister über die Zwischenstation des Oberpräsidenten von Vincke weiterleitete. In diesem Bericht kam deutlich zum Ausdruck, daß die Kammer das Seminar in Wesel ausbauen und Overdyck höchstens als eine Weiterbildungsstätte für Lehrer, als „Surrogat“ für ein Seminar, ansehen wollte. Die Kammer verwies dann auf den Streitfall über das Provinzialschulkollegium. Die von den Ständen bereitgestellten Mittel sollten besser zur allgemeinen Besoldungsverbesserung der Lehrer ausgegeben werden. Es gehe auch nicht an, das Gehalt des Lehrers in Overdyck weit über das anderer Lehrer zu stellen.

Gotthilf Ehrlich, Das Seminar zu Soest zur Bildung der Elementarlehrer für Schulen in den evangelischen Gemeinden der Provinz Westfalen. Elberfeld 1821; ders., Das evangelische Schullehrer Seminar in Soest und die Aufnahme in dasselbe. Soest 1829 (in: StA Detmold: M1-II B-125).

³⁰⁹ Die Reise wurde in der *Quartalschrift für Religionslehrer*, Bd. 2 (1805) S. 564 angekündigt. Über die Visitationen wird berichtet in: Schwartz, *Die gelehrten Schulen*, Bd. 3, S. 340 ff.

³¹⁰ In: StA Münster: Großherzogtum Berg Gruppe A 2 Nr. 166.

³¹¹ Aktennotiz des KuDR Erdmannsdorf vom 23. Jan. 1805 (mußte 1806 heißen!). In: ebd.

³¹² Entwurf in: ebd. Bericht gleichfalls in: DZA-Merseburg: Rep 76 a-I-953.

Die Kammer hätte sehr gerne das Seminar in Overdyck eingestellt, obwohl noch kein Rat es je gesehen hatte. Von Vincke stellte sich jedoch auf die Seite von der Recks. Er verwies auf die bereits von vom Stein in dessen Bericht vom 6. Februar 1798 geäußerten Bedenken, daß Wesel kein „schicklicher Ort“ für ein Seminar sei, „weil es als Garnison, als Handelsstadt zuviel Umstände enthalte, die die Seminaristen ablenken, verwirren, zerstreuen und verführen konnten“³¹³. Von Vincke befürwortete die weitere Existenz des Seminars auch deswegen, weil sie die Gesellschaft der Freunde zu neuem Eifer anregen würde und auf die Dauer damit eine Erhöhung ihres Zuschusses zum Seminarbetrieb erwartet werden könne, schließlich habe der Minister selbst nach Inaugenscheinnahme das Institut mit dem Prädikat „Land-Schullehrer-Seminar“ versehen. Die Anstalt müsse gefördert werden.

Mit dem Gegengewicht des vielseitigen Gutachtens „Votum zum Bericht des Schullehrer-Bildungsinstituts zu Overdyck“ war die Stellungnahme der Kammer in Hamm zunächst neutralisiert. Die Zukunft des Seminars lag in der Hand von Massows. Sollte das Seminar erhalten bleiben, so kam es auf eine baldige Legalisierung an, denn die Stände hätten sicherlich den Zuschuß entzogen, wenn sie von der rechtlichen Schwierigkeit gewußt hätten.

Angesichts der Übergabe des rechtsrheinischen Cleve am 15. Februar 1806 und der Festung Wesel am Tag darauf an den Kommissar des Prinzen Murat, Beaumont, ergab sich die für Overdyck günstige Situation, daß nun auf einmal überhaupt kein Seminar für die restlichen Gebiete von Cleve-Mark mehr existierte³¹⁴. In dieser außergewöhnlichen Situation mußte außergewöhnlich gehandelt werden, um aus der Sicht des Oberschulkollegiums überhaupt ein einigermaßen ordnungsgemäßes Verfahren bei der Lehrerbildung beizubehalten. Ja, es mußte der Verwaltung nun auf einmal sogar gelegen kommen, wenn an anderer Stelle noch ein Institut bestand, das ohne große Kosten die Versorgung der Mark mit Lehrern übernehmen konnte.

Daß das Oberschulkollegium tatsächlich diese Sorge hatte, geht deutlich aus dem Reskript von Massows vom 20. März 1806 hervor³¹⁵. Massow bestätigte zunächst den Empfang des Votums vom 26. Januar, das kurz vor der Abtretung Wesels geschrieben worden war. Er führte dann, gestützt auf ein positives Votum des Oberschulrats Sack, aus, daß nunmehr die Bildungsanstalt in Overdyck „in mehr als einer Rücksicht wünschenswerth“ sei. Von Massow entschied, da ohnehin ein Seminar von einer größeren Stadt entfernt existieren sollte, daß in Zukunft der

³¹³ In: ebd. Votum Vinkes auch in: DZA-Merseburg: Rep 76 a-I-953.

³¹⁴ Damit hörte das Seminar in Wesel nicht auf zu existieren. Es ging jedoch bald nach dem Weggang des Seminarleiters Ehrlich nach Soest ein.

³¹⁵ In: StA Münster: Großherzogtum Berg A 2 Nr. 166; Votum Sacks vom 20. März 1806 in: DZA-Merseburg: Rep 76 a-I-953; desgl. die Antwort vom 20. März an die KuDK Hamm.

Schullehrer Lieth, der sich „bereits als ein geschickter und gewissenhafter Seminaristen-Lehrer bewährt hat und dem unterzeichneten Departements-Chef als ein sehr qualifizierter Mann persönlich bekannt geworden ist“³¹⁶, den Seminarbetrieb aufrecht halten sollte.

Von Massow meinte, daß sich Lieth inzwischen wohl weitere Anerkennung in der Grafschaft erworben habe und daß daher bei den Ständen beantragt werden könne, „Ihm aus dem Schulverbesserungs-Fonds als Seminaristen-Lehrer, eine hinlängliche Besoldungs-Zulage gern“ zu bewilligen. Vorgesehen war eine Erhöhung um immerhin 120 Rtlr. unter der Bedingung, daß er „fernerhin 6—8 junge Männer zu Landschullehrern gehörig unterrichte und anleite“³¹⁷. Die Anweisung an die Unterbehörde schloß mit den Worten: „Übrigens habt Ihr in der Folge diesem Bildungsinstitute alle die Aufmerksamkeit zu widmen, die dasselbe verdient, um es zu einer immer größeren Vollkommenheit zu bringen, auch wegen Verfolg und der ganzen Einrichtung zur Genehmigung anhero zu berichten.“³¹⁸

Nun endlich, nach über zehnjährigem Ringen, schien von der Reck vor dem Ziel zu stehen. Nach unendlichen Querelen hatte es seine Gesellschaft erreicht, von allerhöchster Seite aktiv unterstützt zu werden. Nun bedurfte es noch einiger kleiner Verhandlungen, um die Sache auf Dauer abzusichern. Diese Verhandlungen kamen auch in Gang. Am 3. April 1806 wurden die Stände von der Kriegs- und Domänenkammer angewiesen, das Seminar in Overdyck zu unterstützen und die Summe für die Erhöhung des Lehrergehaltes zur Verfügung zu stellen³¹⁹.

Doch die Erledigung des Antrages zog sich hinaus, da die Stände in ihrer Antwort zu erkennen gaben, daß sie aus dem jahrelangen Streit um die Gelder des Weseler Seminars gelernt hatten. Sie hielten sich „nach der bestehenden Verfassung zu einer solchen Bewilligung nicht autorisiret“, da diese nur „von dem ganzen ständischen Corpore geschehen kann“³²⁰. Diese seit Jahren aufgeschobene Sitzung brauchte von der Reck jedoch nicht mehr abzuwarten, da das Ende seiner Schule durch die französische Besetzung bereits in Sicht war, ohnehin ging auch von der Reck im Maße der Belastung durch die Kriegereignisse das Geld für seine Unternehmungen aus.

Nach dem Tilsiter Frieden stand die Grafschaft Mark nicht mehr unter preußischer Verwaltung. Die Bemühungen von der Recks und der „Gesellschaft der Freunde der Lehrer und Kinder in der Grafschaft Mark“ kamen damit an ein fast „natürliches“ Ende. Dieses war für von der Reck eine fast schonende Weise, sich das Ende seiner Schulreformbemühungen zu erklären.

³¹⁶ Entwurf in: Ebd.

³¹⁷ Ebd.

³¹⁸ Ebd.

³¹⁹ Ebd.

³²⁰ Antwort vom 18. April 1806. In: ebd. Bericht der KuDK-Hamm darüber vom 24. April 1806 an das OSK, in: DZA-Merseburg: Rep 76 a-I-953.

III. Das Ende des Versuchs, die Landschulen zu verbessern

Der Weggang Wilbergs nach Elberfeld

Im Frühjahr des Jahres 1802 hatte Johann Friedrich Wilberg die „Freyschule“ und die Lehrerbildungsstätte in Overdyck verlassen und war einem Ruf zum Lehrer und Inspektor der Armenschule in Elberfeld gefolgt¹. Warum Wilberg Overdyck verließ, kann nur vermutet werden. Sicher ist aber, daß neben seinen Schwierigkeiten mit der einheimischen Bevölkerung finanzielle Gründe die Ursache waren. Während er sich selbst in seinen Memoiren noch Jahre später mit Groll der Eingesessenen erinnert, geben die Akten eine Art verwaltungsmäßiges Satyrspiel wieder.

Von der Reck meldete am 12. März 1802 dem Oberschulkollegium die Berufung Wilbergs nach Elberfeld, die mit einem Gehalt von 500 Talern verbunden war, und wies darauf hin, daß der dortige Minister von Hompesch alles täte, um gute Lehrer zu erhalten². Von der Reck brachte erneut in Vorschlag, in Overdyck ein Seminar für zwölf Seminaristen zu errichten und Wilberg dafür ein Gehalt von 500 Talern zu bewilligen. Er plädierte für Wilberg, „der seltene Talente mit der größten Redlichkeit verbinde“ und dessen Verlust nachteiliger für das Wohl der Menschheit sei als der Verlust des ersten Gelehrten. Am 13. März wandte er sich an Friedrich Wilhelm III. und erinnerte diesen an eine am 19. April 1890 gegebene kronprinzliche Erklärung, wonach er sich an dem „guten Fortgang“ des von der Reckschen Instituts interessiert gezeigt habe, und bat den Monarchen um die Förderung seines Antrages³.

Auch wenn hinter beiden Briefen die alte Einstellung sichtbar wurde, die Schule als Mittel zur Erhaltung von Sitte und Ordnung einzusetzen, und von der Reck schrieb: „Die Immoralität wächst durch schlechte Lehrer und Prediger so zunehmend, daß ein Vater für die Lage seiner Kinder in der Tat besorgt sein muß, und wie sollen Revolutionen vorgebeugt werden, wenn das wirksamste Mittel dagegen, die Religion und die daraus entspringende Sittlichkeit, nicht mehr gehoben und in Ansehen gesetzt werden soll?“, so stieß er mit seinem Antrag im Oberschulkolle-

¹ Zu ergänzen ist, daß Wilberg sich in Overdyck verheiratete und damit für seine Haushaltung mehr Geld benötigte, als ihm seine Stelle hier einbrachte, Von seiner Haushaltsführung schreibt er: „Das Gesetz der Haushaltung, keine Schulden zu machen, ließ sich vielleicht befolgen, da beide, Frau und Mann, sich ohne Unzufriedenheit Vieles versagen und Überflüssiges, das gemeiniglich theuer ist, entbehren konnten.“ Wilberg, Erinnerungen, S. 77.

² In: DZA-Merseburg: Rep 76 a-I-953.

³ In: ebd.

gium keineswegs auf freundliches Entgegenkommen. Zwar sah man dort die Notwendigkeit der Errichtung eines Seminars ein, wollte Wilberg auch auf eine entsprechende Stelle setzen, doch reichten die Mittel für die anderen Kosten nicht aus. Hier könnten nur die clevisch-märkischen Stände einspringen. Um Wilberg zunächst einmal zu halten, wurde ihm daher mitgeteilt, daß er dem Ruf aus dem Ausland nicht ohne königlichen Konsens folgen dürfe. Man müsse sich vorbehalten, „sich seiner zu ausgebreiteteren Geschäften zu bedienen und ihn verhältnismäßig zu renumerieren“.

Wilberg legte auf diese Entscheidung vom 23. März⁴ dem König in einer Eingabe vom 14. April 1802 seine Lage dar. Über elf Jahre lang habe er mit einem Gehalt von 120 Talern auskommen müssen und nur die Dankbarkeit gegenüber dem Freiherrn von der Reck habe ihn abgehalten, einem der vielen an ihn ergangenen Rufe nach auswärts zu folgen. Seine Gesundheit sei aber „durch einen starken Bruch und durch Hämorrhoidalflüsse zerrüttet, und er werde durch Schulden geplagt. Das Angebot nach Elberfeld von 500 Talern nebst freier Wohnung, Garten, Brand und Licht und die angebotene Versorgung seiner Familie nach seinem Tode habe ihn bewogen, das Angebot anzunehmen“⁵.

Während sich in den darauffolgenden Verhandlungen im Oberschulkollegium der Oberschulrat Zöllner für einen Abschied Wilbergs aus den preußischen Diensten aussprach, meinte sein Kollege Gedicke: „Überhaupt muß mit diesem Mann seit 1790 eine ungeheure Revolution vorgegangen sein, wenn er wirklich die Lobsprüche verdienen soll, die Frhr. v. d. R. ihm so freigiebig erteilt, da er seinen Verlust als Verlust für die Menschheit ersieht und lieber, wie er sagt, den ersten Gelehrten verlieren will als diesen Wilberg, der im Jahre 1790 bei seiner Prüfung sich, wie die beigelegten Akten beweisen, als ein sehr gewöhnliches Subjekt zeigte.“⁶

Der Blick in die Akten verhinderte jedoch nicht, daß Wilberg der Abschied am 28. April 1802 gewährt wurde⁷. So beglückend für Wilberg zunächst auch die Berufung auf die königliche Dotationsschulstelle gewesen war, so unersetzlich ihm die Erfahrungen, die er dort mit den Eingesessenen machen konnte, auch wurden, das Leben in Overdyck ließ sich mit dem städtischen Leben in Elberfeld nicht vergleichen. Overdyck war der Ort der Lehr- und Wanderjahre gewesen. Hier hatte Wilberg relativ unbeobachtet von der „Öffentlichkeit“ in seiner Schule diejenigen Experimente machen können, die ihn nach und nach zu einem der angesehensten Schulmänner der Grafschaft qualifizierten. Hier konnte er der Schule für den Bauernstand und die unterbäuerliche Schicht die Gestalt geben, die als Vorläufer der sich entwickelnden preußischen

⁴ In: ebd.

⁵ In: ebd.

⁶ Votum vom 24. April 1802, in: ebd.

⁷ In: ebd.

Volksschule angesehen werden kann. Sie war ein frühes Muster des Versuchs, mit Schule Gesellschaftsreform zu betreiben; zugleich der Versuch, die Ordnung stiftenden Traditionen mit den neuen staatsfördernden Zielen zu verbinden.

Der zweite Lehrer auf Overdyck: Christoph Lieth

Die Schule in Overdyck wirkte wie ein Sauerteig in der Schulreform des ausgehenden 18. Jahrhunderts. Diese Funktion wollte ihr Philip von der Reck erhalten. Er gab sich deswegen als Patronatsherr der Schule große Mühe, einen würdigen Nachfolger für Wilberg zu suchen. Er fand ihn in Christoph Lieth aus Emmerich, der, obwohl er der reformierten Kirche angehörte, von von der Reck auf die Stelle berufen wurde. Lieth war zu dieser Zeit 26 Jahre alt und stand im siebten Jahre seiner Schullehrtätigkeit⁸. Er verfügte nach den damaligen Maßstäben über eine gute Ausbildung und darüber hinaus über eine Lehrpraxis an verschiedenen Schulen⁹.

Im Vergleich zu Wilberg, der sich später wie von der Reck immer mehr der Erweckungsbewegung zuneigte, war Lieth ein anderer Charakter. Seine Stärke war, die Probleme von Schule und Seminar intellektuell und rational durchschauen und beschreiben zu können. Lieth plante mehr als Wilberg, der seinen Unterricht eher vom praktischen Handeln her aufbaute. Sein Unterricht ging deswegen mehr vom Verstand als von der Neigung der Schüler aus. Herzensbildung schien sekundär zu sein.

⁸ Christoph Lieth war 1776 in Düsseldorf geboren und evangelisch-reformierter Konfession. Vorgebildet für sein Schulumt hatte ihn der Prediger Cotta in den Jahren 1787–1791. Im Oktober des Jahres 1795 (also mit 19 Jahren) hatte er die Prüfung abgelegt, und zwar vor dem ref. Prediger Erkenzweig in Geldern. In Geldern war Lieth dann zwei Jahre, acht Monate Lehrer, in Issum neun Monate, in Emmerich drei Jahre und acht Monate und in Overdyck schließlich vier Jahre und neun Monate. Angaben nach seiner Conduiten-Liste in: Synodal-Archiv der evangelischen Kirche Bochum, Akte Nr. 40.

⁹ Vgl. hierzu etwa seinen Aufsatz: Verbesserungen. In: Westfälischer Anzeiger, Bd. 8 (1802). Hier berichtete er von dem Plan einer selbst entwickelten Reform der reformierten Schule in Emmerich, den er dem Regierungspräsidenten von Rohr vorgelegt hatte. Dieser Plan sei auch am 8. Januar 1802 durchgesetzt worden. Wichtiger Bestandteil war die Umgestaltung der alten Kirchengemeindeschule in eine „Erwerbschule“, also eine Industrieschule. Die Erträge waren anscheinend gut, denn außer einigen Kosten für die Belohnungen konnte „das Uebrige“ zur Schulkasse abgeliefert werden. Seine Kordeln pries er zu einem „recht billigen Preis“ an. Wie aus Anm. 2 und aus weiteren Berichten hervorgeht, waren die Jahre seit der Jahrhundertwende durch eine Teuerung gekennzeichnet, verursacht durch den Verfall des Geldes durch die hohen Ausgaben für das Heer in Preußen. In Berlin hatte man im Jahre 1799 sogar „eine mit Büffets besetzte Redoute“ am Ende des Karnevals durch KO vom 7. Februar abgesagt, um den Armen bei dem strengen Winter das Brot zu verbilligen. L. Schneider, Geschichte der Oper und des Königlichen Opernhauses in Berlin, Berlin 1852, S. 282.

Bei Lieths Anstellung traten insofern formale Schwierigkeiten auf, als seine Stelle aus der Kasse des Oberschulkollegiums besoldet wurde und nach den Buchstaben auf Dauer nur Absolventen des Berliner Schullehrerseminars offenstehen sollte. Lieth war jedoch kein Absolvent dieser Anstalt. Um dieses Problem zu lösen, wandte sich von der Reck in einem Privatbrief an von Massow, um festzustellen, ob überhaupt an die Berufung eines Lehrers anderer Herkunft zu denken war. Von Massow antwortete nach Beratungen im Oberschulkollegium am 28. Mai 1802 und „verstattete“ von der Reck, „ein Subjekt aus der dortigen Gegend zu wählen“¹⁰. Diese Gnade wurde jedoch auf dieses eine Mal beschränkt, wohl mit Rücksicht auf die persönlichen Verdienste des Freiherrn um die Sache der Schule.

Mit gleicher Post wurde die Regierung von dieser Entscheidung benachrichtigt. Erst als von der Reck im Besitz dieses Schreibens war, ließ er Wilberg gehen und meldete dessen Weggang am 14. Oktober 1802 nach Emmerich. Zugleich informierte er die Räte, daß er „dem Schullehrer Lieth zu Emmerich die vocation ertheilet“ habe¹¹. Dieses war in der Tat bereits am 27. September geschehen, und da Lieth ein geprüfter Lehrer war, hoffte von der Reck, daß die landesherrliche Konfirmation alsbald erteilt werden würde. Daß Lieth anderer Konfession war als Wilberg, schien von der Reck unbedeutsam, „da die hiesige Schule allen dreien Confessionen gemein ist und daher nur der christliche Religionsunterricht im allgemeinen erteilt wird“¹².

Von Emmerich aus gingen die Akten über Lieth und seine Berufung erst an das Oberschulkollegium nach Berlin. Nachdem auch diese Prüfung überstanden war, wurde am 3. November 1802 die Regierung mit dem Auftrag versehen, „den durch seine schriftlichen Aufsätze sich vorzüglich auszeichnenden Lehrer Lieth als Schullehrer in der Bauernschaft Hamme“¹³ zu bestätigen. Die diesbezügliche Urkunde wurde am 12. November ausgestellt und von der Reck zugeleitet unter der Voraussetzung, daß seine Konfession von der lutherischen Gemeinde akzeptiert würde. Zugleich wurde das Gehalt von 120 Rtlr. aus der Oberschulkasse angekündigt.

Bevor das bürokratische Verfahren zum Abschluß gekommen war, hatte Lieth seinen Unterricht in Overdyck bereits aufgenommen. Von Massow begutachtete ihn anlässlich seiner Visitation im Herbst des kommenden Jahres persönlich. Er muß außerordentlich zufrieden gewesen sein, denn in dem Reskript vom 19. Dezember 1805 wurde Lieth eine Prämie angewiesen. Er erhielt diese vor allem deswegen, weil „er zu-

¹⁰ In: StA Münster: Großherzogtum Berg Gruppe A 2 Nr. 166. Weitere Aktenstücke mit Voten Zöllners und Heckers im OSK in: DZA-Merseburg: Rep 76 a-I-953.

¹¹ In: ebd.

¹² Ebd.

¹³ In: ebd. Es wurde ausdrücklich darauf verwiesen, daß es sich um eine Ausnahme handelte, die sich auf das Vertrauen stützte, daß von der Reck schon einen guten Lehrer aussuchen würde. Von der Reck setzte sich dann für die Zahlung des Gehalts vom 1. Juni an beim OSK ein; vgl. Aktenstücke in: DZA-Merseburg Rep 76 a-I-953.

gleich als Seminarlehrer ein für die gantze Provinz überaus nützlicher Mann ist“¹⁴. Von der weiteren Absicht, ihm als Seminarlehrer eine Besoldungserhöhung von 100 Rtlr. aus der Kasse der Stände zu besorgen, wurde durch die Besetzung des Landes nichts mehr. Doch wurden ihm aus der Kriegskasse in Hamm 50 Rtlr. als Erhöhung angewiesen¹⁵. Eine weitere Bitte von der Recks, ihm das Gehalt angemessen zu erhöhen, wurde am 20. November 1806 von der Kriegs- und Domänenkammer unter Hinweis auf den Beschluß der Stände abgelehnt¹⁶.

Über Lieths Tätigkeit in Overdyck gibt es zu berichten, daß er sich daran machte, den Seminarbetrieb auf den neuesten Stand zu bringen. Zeugnis dieser Bemühung ist der Bericht, der aufgrund der Anforderung des Minister vom 20. März 1806 verfaßt wurde¹⁷. In diesem Dokument berichtet Lieth auf 36 Seiten über die Schule und das Seminar. In 12 Paragraphen wird nach einer Einleitung ein Überblick über die Geschichte der Schule, über die Tätigkeit Wilbergs, über die Gründung und Tätigkeit der Gesellschaft der Freunde, über seinen eigenen Amtsantritt und nicht zuletzt auch über die Lehrmethode in Schule und Seminar geboten.

Den Lehrkursus am Seminar beschreibt Lieth von Fach zu Fach. Für jedes der neun Fächer mit einzelnen Unterabteilungen wurden umfangreiche Richtlinien aufgeführt, in denen das Lehrziel erläutert und der Unterrichtsstoff festgelegt wurden. Dem Deutschunterricht wurde der Vorrang eingeräumt; mit ihm verbunden war der Unterricht in der Schönschreibekunst. Im Programm standen weiterhin die musischen Fächer Zeichnen, Malen, Gesang und die Instrumentalmusik. Die Richtlinien für das Fach Naturlehre wiesen aus, daß es „aufklärend“ wirken sollte, um dem „schädlichen Volksaberglauben“ durch Erkennen der Naturgesetze entgegenzuwirken. In dem Fach Naturkunde wurden Gegenstände des ländlichen Lebensbereiches „zur besseren Betreibung der Ackerwirthschaft und des Viehstandes“ behandelt. Im Geschichtsunterricht stand die Heimatgeschichte im Vordergrund, hierauf bauten sich dann die Vaterlands- und Menschheitsgeschichte auf. Zu allen Fächern gab es ausführliche Literaturangaben.

Der Lehrplan für das Seminar, wie er in dem Bericht zum Vorschein kommt, zeugte für die außergewöhnliche Qualifikation des Lehrers Lieth, denn gewöhnlich wurden solche Pläne nur von Geistlichen, d.h. studierten Lehrern gemacht. Sie allein verfügten über die nötige theoretische Ausbildung, so meinten sie selbst. Schon Wilberg hatte es die Verwaltung nicht so ganz abgenommen, daß ein Elementarschullehrer durchaus fähig sein konnte, sich Gedanken über die Schulen und die Lehrerausbildung zu machen.

¹⁴ In: StA Münster: Großherzogtum Berg Gruppe A 2 Nr. 166.

¹⁵ Aktenvermerk vom 23. Jan. 1805. In: ebd.

¹⁶ Aktenvermerk vom 26. Nov. 1806. In: ebd. Vgl. dazu auch den Bericht der KuDK-Hamm vom 24. April 1806 an das OSK, in: DZA-Merseburg: Rep 76 a-I-953.

¹⁷ „Nachricht über die Lehrerbildungsanstalt zu Overdyk bey Bochum.“ In: ebd.

Die Lehrmethode, so wie sie von Lieth entwickelt wurde, zielte darauf ab, die Seminaristen praktisch und theoretisch anzuleiten, wobei die Freischule wie bei Wilberg als Übungsschule diente. Über das Wochenende mußten die Seminaristen einen Unterrichtsentwurf schriftlich ausarbeiten; dieser diente zugleich als Übung im Stil und in der Orthographie. Die Probelektionen wurden dann gemeinsam besprochen.

Zu erwähnen ist noch, daß Lieth außerordentlich großen Wert auf die „sittliche“ Erziehung der Seminaristen legte. Hier strebte er zur „Beförderung der guten Sitten“ einen Mittelweg zwischen freier Entfaltung und Führung an. Mit diesem Erziehungsprinzip, so meinte Lieth, hätte er den besten Erfolg, zumal „die jungen Leute alle von ordentlichen Eltern kommen“.

Bei der Auswahl dazu half ohnehin die Gesellschaft der Freunde durch die Vergabe der Stipendien; außerdem mußte jeder Bewerber ein Sittenzeugnis von seinem Geistlichen vorweisen. Die so ausgewählten Kandidaten wohnten dann noch in sie beobachtenden Familien, ganz abgesehen davon, daß es auf dem Lande, wie immer von von der Reck herausgestellt, keinen Anlaß gab zu einem unordentlichen „Lebenswandel, wie dies leider auf Seminarien in Städten bisweilen der Fall ist“¹⁸.

Auf seine Weise versuchte Lieth zu verhindern, daß bei aller sittlich fördernden Umgebung die Seminaristen nicht weltfremd wurden. Er half ihnen bei der Bildung des „persönlichen Standes“ (Roessler). Im Kontakt mit Angehörigen verschiedenster Stände und Gebildeten auf Spaziergängen und in kleineren Gesellschaften brachte er ihnen die notwendigen Umgangsformen bei. „Bälle und Kirchmessen“ besuchte er nicht. Er zog „anständig frohe Zirkel“ vor. Dann schickte er sie einzeln bald „zu einem Prediger, bald zu einem Schullehrer“¹⁹.

Über allen gemeinsamen geselligen Veranstaltungen stand das Ziel der Erziehung zur Bescheidenheit. Die Seminaristen sollten lernen, die Verdienste anderer zu würdigen und gelten zu lassen und das als positiv Erfahrene zur Richtschnur ihres eigenen Verhaltens zu machen. Lieth wollte diese Erziehung zur Persönlichkeit dadurch unterstützen, daß er die Seminaristen bei allen Ereignissen als Schüler ansah, deren „belehrender Freund“ er sein wollte²⁰. Sein Seminarunterricht war bei allem mehr als eine Meisterlehre und einfache Praxisanleitung. Er war darauf gerichtet, Lehrer von bestimmter Haltung und bestimmtem Charakter zu bilden, ohne Zweifel aus der Selbsteinschätzung, daß diese dem „gelehrten Stand“ angehörten. Standen sie in der Stufenleiter der Lehrerberufe auch auf der untersten Sprosse, so sollten sie ihr Amt doch aus dem Bewußtsein der Verbundenheit mit den anderen Mitgliedern ihres Standes führen.

Fast fünf Jahre unterrichtete Lieth in diesem Geist an der Schule und am Seminar, als infolge des Tilsiter Friedens vom 7. und 9. Juli 1807 sein

¹⁸ Ebd.

¹⁹ Ebd.

²⁰ Ebd.

Gehalt aus der Oberschulkasse wegfiel. Angesichts der Kriegslasten konnte wohl auch von der Reck nicht daran denken, das Gehalt aus eigener Tasche für unabsehbare Zeit zu zahlen. Da auf eine Beteiligung der Bauern nicht zu hoffen war, stand Lieth mittellos da. Ein Bittbrief an Massow vom 25. Februar 1807 blieb unbeantwortet. Was blieb ihm übrig, als sich um eine in üblicher Weise fundierte Stelle zu bemühen, da nicht abzusehen war, daß die Grafschaft jemals wieder zu Preußen gehören würde. Von der Reck mußte Lieth gehen lassen, der den Ruf an die reformierte Schule in Wetter annahm²¹. Die Schule in Overdyck und das Seminar waren damit ohne Lehrer, sie wurden nie wieder in Gang gesetzt. Zugleich war damit das Ende der Gesellschaft der Freunde gekommen.

Hatte diese Gesellschaft in den Jahren vor der französischen Besetzung ohnehin nicht mehr viel von sich reden gemacht, weil fast alle ihre Anregungen von den zuständigen Behörden aufgenommen worden waren, so fehlte ihr mit der Schließung des Seminars der letzte Grund des Zusammenhalts. Bis zuletzt hatte sie für Stipendien für die Seminaristen gesorgt. Mit der Auflösung von Schule und Seminar entfiel ihre letzte Aufgabe. Für von der Reck war damit jedoch noch nicht alles ausgestanden.

Der Rettungsversuch durch Natorp

Das Ende der Schule wurde bestätigt durch die Klage der Kirchengemeinde in Bochum, die nach dem Weggang Lieths auf ihrem alten und kaum in die Diskussion gekommenen Recht bestand, das Schulgeld der Kinder der Bauernschaft Hamme einzuziehen. Seit Jahren hatten die Bochumer auf die „Schulstüber“ verzichten müssen, nun schien die Gelegenheit günstig, die eigenen Einkünfte zu verbessern. In seinem Brief vom 24. September 1810 bemerkte von der Reck dazu: „die Hauptschule zu Bochum verlangte von rückständigen Jahren von den Dorfeingesessenen das Schulgeld, und meiner Vorstellung bey der Hammschen Kammer ungeachtet, ward es von denselben eingezogen. — Das Haus stand leer —; die Unterhaltungskosten fielen mir wie vorher zur Last, und ich habe es also der Familie meines Verwalters eingeräumt“²².

Ohne überhaupt die Möglichkeit eines Ausweges zu suchen, bestand die Kirchengemeinde in Bochum auf ihrem alten Recht und führte die

²¹ Ebd. Lieth bat am 15. Dez. 1808 um Auszahlung des ausstehenden Gehalts, da seine Stelle in Wetter nur 220 Rtlr. einbrachte. Hierbei handelt es sich vermutlich um Taler clevischer Courant, deren Wert etwa 170 Berliner Courant entsprach. Der vorher erwähnte Brief Lieths an von Massow wurde „Bei den jetzigen politischen Umständen“ durch den OSchR von Scheve am 5. März 1807 ad acta gelegt. In: DZA-Merseburg: Rep 76 a-I-953.

²² Von der Reck am 24. Sept. 1810 an den Präfecten. In: StA Münster: Großherzogtum Berg Gruppe A 2 Nr. 166.

alten Zustände wieder ein. Da nun die Bauern wieder Schulgeld zu zahlen hatten, hatten sie ohnehin nur wenig Interesse an der Schule in Overdyck. Sie schickten ihre Kinder wie zu alten Zeiten in die veraltete Schule in Bochum; das Experiment der Schule in Overdyck schien damit vollends gescheitert.

Trotz dieser ungünstigen Ausgangslage ist noch ein Rettungsversuch der Schule in Overdyck zu verzeichnen. Noch vor der Auflösung der Kriegs- und Domänenkammer in Hamm im Jahre 1808²³ hatte der zuständige Schulkommissar des Bochumer Schulkreises, B.C.L. Natorp aus Essen, versucht das Ende der Schule abzuwenden. Sein Vorschlag vom 2. Oktober 1807, dem eine ausführliche Visitation vorausgegangen war, hatte zum Inhalt, die bisherige Freischule in eine öffentliche Landschule der Bauernschaft Hamme umzuwandeln. Mit den Bauern schien Natorp bereits gesprochen zu haben. Sie haben ihm wohl ihr Einverständnis gegeben, aus den umliegenden Bauernschaften für die Schule in Overdyck einen eigenständigen Schulbezirk zu bilden²⁴.

Natorp wollte die Bauernschaften Goldhamme, Hundthamme, die Baut Overdyck, Hofstede, Riemke und Marmelshagen mit insgesamt 47 lutherischen und 71 katholischen Haushaltungen und 129 Schulkindern aus der Kirchen- und Schulgemeinde Bochum herauslösen. Die Schule sollte damit auch in Zukunft konfessionspluralistisch sein; wenigstens dieser Vorteil sollte ihr erhalten bleiben. Vom Patronatsherrn von der Reck erhoffte Natorp, daß er wie bisher die Schulgebäude zur Verfügung stellte und auch für deren Unterhalt sorgte. Um die Besoldung aufzubringen, sollte jedes der Schulkinder im Monat 8 Stüber aufbringen. Das zusammenkommende Einkommen bezifferte er auf 206 Taler clevischer oder 172 Taler Berliner Courant. Nach Abzug der Nebenkosten würde ein Ertrag von 165 Rtlr. bleiben.

Die Summe lag deutlich unter dem Betrag, der für eine sichere Lehrerexistenz nach den Verhältnissen der Zeit anzusetzen war. Für die Eltern hatte der Plan den weiteren Nachteil, daß sie doppelt so viel Schulgeld zahlen mußten als bisher. Und war schon diese Summe für Familien mit einem Schulkind zu hoch, wie sollten sie dieses Geld für mehrere schul-

²³ An den Schulaufsichtsverhältnissen hatte sich zunächst nichts geändert. Erst 1808 wurde die französische Verwaltung durchgebildet. In dem Edikt „Nro. 48“ des Jahres 1810 bestimmte der Präfekt, daß die Schulkommissare weiterhin im Amte bleiben sollten. Die Prediger sollten gleichfalls weiterhin die Schulaufsicht führen, sie waren von Schulvorständen zu unterstützen. Den Maires stand — wie den Landräten zuvor — nur die „policeyliche Aufsicht“ zu. Abdruck des Edikts in: Sammlung der Präfectur-Verhandlungen des Ruhr-Departements. Jahr 1810. S. 217 ff. Vgl. auch Franz Ludwig Knemeyer, *Regierungs- und Verwaltungsreformen in Deutschland zu Beginn des 19. Jahrhunderts*. Köln/Berlin 1970. S. 47 ff. Durch Dekret vom 14. Nov. 1808 wurde das Großherzogtum Berg in vier Departements mit zehn Arrondissements usw. eingeteilt. Es folgte die Verwaltungsordnung vom 18. Dez. 1808. Bis dahin gab es die Kammer in Hamm. Vgl. Knemeyer, *Regierungs- und Verwaltungsreformen*, S. 54.

²⁴ Bericht vom 2. Oktober 1807. In: StA Münster: Großherzogtum Berg Gruppe A 2 Nr. 166.

pflichtige Kinder aufbringen? Die Schulgemeinde verfügte nicht über Grund und Boden, der Lehrer hatte kein einträgliches Nebenamt als Küster. Fehlte damit schon die notwendige Ackernahrung, wie sie bei anderen Schulen den Lehrer einigermaßen vor der Teuerung schützte, so mußte der Lehrer nach dem Natorpschen Vorschlag fast ausschließlich vom Gelde leben. Selbst wenn von der Reck noch etwas hinzugetan hätte, kam doch eigentlich keine Lösung zustande, die einen guten Lehrer angelockt hätte. Nicht mit einberechnet hatte Natorp überdies, daß die Kirchengemeinde in Bochum ihre Zustimmung zur Ausgliederung der Bauernschaften geben mußte. Wie sollte sie hierzu geneigt sein, wo sie doch um das ausstehende Schulgeld zur Verbesserung ihrer eigenen Einkünfte kämpfte?

Trotz dieser Vielzahl von Hindernissen und der schlechten Vorzeichen versuchte die Kammer in Hamm die Schule in der von Natorp entwickelten Weise zu fundieren und damit zu retten. Es gab auch schon einen Lehrer, der in Aussicht genommen war. Dieser, der ehemalige Garnisonsschullehrer Franz aus Münster, hatte durch den Abzug der preußischen Soldaten seinen Dienst verloren und sollte nunmehr in Overdyck versorgt werden. Sein Gehalt war auf 150 Rtlr. angesetzt, eine Summe, die ihn wiederum mit Brot versorgen konnte²⁵.

Mit dem Datum vom 15. Oktober 1807 unterbreitete die Kammer in Hamm Philip von der Reck ihren Vorschlag mit der Bitte um Stellungnahme²⁶. Eine Antwort von der Recks findet sich nicht. Er hat wohl auf das Angebot nicht mehr reagiert. Erst drei Jahre später wurde der Briefwechsel mit den Behörden wieder aufgenommen. Es findet sich ein Schriftwechsel vor, der nach Aufhebung der Kammerverwaltung nunmehr mit der Präfektur des Ruhr-Departements in Dortmund geführt wurde. Die Sache einer Fundierung der Schule in Overdyck auf Dauer kam dabei jedoch nicht mehr zur Sprache; sie war wohl auch mit dem Weggang Natorps nach Potsdam [1809] von der Seite der Schulaufsicht als erledigt anzusehen.

„Freiheit“ und „Schulrumor“ — Die Opposition der Eingesessenen

Auch mit der Aufhebung der Kammer in Hamm kam die Angelegenheit der Schule in Overdyck noch nicht zur Ruhe. Die Eingesessenen der Bauernschaft Hamme, die wohl zu Recht über das Vorgehen der Bochumer Kirchengemeinde empört waren und die aus Frankreich herüberkommenden Ideen von der „Freiheit“ handhaft ernst nahmen²⁷, ließen

²⁵ Nach Aktennotiz in: StA Münster: Großherzogtum Berg Gruppe A 2 Nr. 166.

²⁶ In: ebd.

²⁷ Vgl. P. Stenger, Wie ein westfälischer Bauer zu dem Kaiser Napoleon kam. In: Jahrbuch des Vereins für evangelische Kirchengeschichte der Grafschaft Mark. Bd. 7 (1905) S. 267 ff. Hier findet sich ein Beispiel für die Freiheitsauffassung.

den Freiherrn nicht zur Ruhe kommen. In einem Schreiben an den Präfekten von Romberg vom 12. Juni 1810 machten sie von der Reck das Gebäude seiner Schulstiftung streitig.

Seit von der Reck in das Seminargebäude seinen Verwalter hatte einziehen lassen, bezweifelten die Bauern, ob dieser Akt rechtmäßig sei. Ja, sie behaupteten, daß der Freiherr überhaupt kein Eigentumsrecht an dem Gebäude habe, da es schließlich zu einer Schulstiftung gehöre, an der sie auch beteiligt gewesen seien. Die Bauern, an der Spitze der Wortführer Rehlinghaus, ferner die Mitunterzeichner Husmann, Surmann, Knoop, Naderhoff, Gräve, Bitter, Harpen, Balke, Stratmann und Freudenberg waren der Auffassung, daß sie durch die beim Schulbau und beim späteren Seminarbau geleisteten Hand- und Spanndienste ein Miteigentumsrecht an dem Hause erworben hätten²⁸.

Dieser Vorwurf bedurfte einer sachlichen Klärung. Der Präfekt beauftragte den Bochumer Maire Jacobi mit der Untersuchung der Anschuldigungen. Jacobi gegenüber aber verweigerte von der Reck Auskunft über den Sachverhalt, da er Jacobi nicht unterstellt sei — ein deutlicher Hinweis auf die Gereiztheit von der Recks, der sich zu Unrecht angegriffen fühlte. Einem direkten Befehl des Präfekten jedoch würde er sich nicht widersetzen, wie er ihm am 3. August 1810 mitteilte²⁹. Umgehend, und zwar am 7. August, kam von Romberg diesem Wunsche nach, um die Sache so schnell wie möglich zu bereinigen. Am 6. September wurde die Anweisung Rombergs ausgeführt³⁰. Darin wurde deutlich, daß es Romberg darum ging, die Schulstiftung zu retten und das Gehalt für den dortigen Lehrer (den es ja nicht mehr gab) einzutreiben.

Am 24. September 1810 antwortete von der Reck in der gewünschten Ausführlichkeit auf die Vorwürfe. Er legte aus seiner Erinnerung zunächst die Motive der Schulgründung auf Overdyck dar, umriß seinen Anteil dabei und vertrat den Standpunkt, daß die Bauern ihre Fuhrdienste durch den langjährigen kostenlosen Schulbesuch bereits abgegolten bekommen hätten. Er fühlte sich angesichts der feindlichen Haltung der Bevölkerung gegen ihn ohnehin nicht mehr bewogen, noch weitere Opfer für die Allgemeinheit zu erbringen, und er bat den Präfekten abschließend, „den Supplicanten ab und zur Stufe zu verweisen“³¹.

Auf diese Stellungnahme hin beauftragte der Präfekt den Bürgermeister Jacobi, den Klägern die Argumente von der Recks darzustellen und die Gegenstände einzuholen, da ohnehin deutlich war, daß der Fall durch diese einmalige Erörterung noch nicht beendet werden konnte. Aufgrund

²⁸ Eingabe in: StA Münster: Großherzogtum Berg Gruppe A 2 Nr. 166. Die Vollmacht ist datiert vom 25. Nov. 1809.

²⁹ In: ebd.

³⁰ Entwurf in: ebd.

³¹ In: ebd. Von der Reck wies darauf hin, daß der Bittsteller katholischer Konfession sei und daß dessen Familie nie die Schule besucht habe, er daher ohne „Kenntnis der Sachlage und ohne alle Rechtskenntnisse mir die Benutzung meines Eigentums abspricht, und von Privateigentum in Gemeingut zu verwandeln gesonnen ist“.

des Berichtes von Jacobi wies er dann die Beschwerde der Bauern ab. Die Bauern aber gaben sich noch nicht geschlagen. Sie führten in ihrer zweiten Eingabe vom 20. Januar 1811 erneut Gründe dafür an, warum die Schule Besitz der „Commune“ sei. So habe von der Reck den vom Bauern Stratmann gekauften Grund zu Anfang der Schule geschenkt, was mehrere Bauern bezeugen könnten, weiterhin seien öffentliche Mittel für den Bau zur Verfügung gestellt worden, der Lehrer aus königlicher Schatulle bezahlt und große Schenkungen — wie die des Freiherrn von Fürstenberg — ihm nicht persönlich, sondern der Schule gemacht worden. Die Schule sei daher eine „milde“ Stiftung, wozu die Bauern übrigens noch vor zwei Jahren das Stroh zum Dachdecken gegeben hätten³².

Von dieser Mitbeteiligung der Eingesessenen hatte von der Reck in seiner Stellungnahme vom 23. Oktober selber gesprochen. Um die neueren Anschuldigungen zu überprüfen und der Wahrheit nachzugehen, beauftragte von Romberg am 29. Januar 1811 den Prediger und Schulkommissar Petersen, den Nachfolger Natorps: „Über den Grund oder Ungrund mit welchem der Herr von d. Reck das Schulhaus in Overdyck als sein Eigentum betrachtet, wollen Sie die nöthigen data sammeln, damit ich das weitere darüber veranlassen kann.“³³

Petersen machte sich ans Werk, korrespondierte mit Wilberg in Elberfeld und Lieth, der sich inzwischen in Ronsdorf befand. Auszüge beider Antworten fügte er seinem Bericht bei, den er am 23. Februar 1811 erstattete.

In seiner Argumentation stützte er sich zunächst auf die Stellungnahme Wilbergs, der für seinen ehemaligen Patron eintrat, aber die Sachlage nicht deutlicher machen konnte. Denn ob nun von der Reck einen eindeutigen Besitzanspruch an dem Haus hatte, mußte nach den Wilberg-schen Äußerungen über die Mitbeteiligung der Bauern, auch in ihrer spezifisch weigerlichen Form, weiterhin als ungeklärt angesehen werden. Ein weiteres Schreiben Jacobis vom 19. März 1811 machte deutlich, daß es sich wohl um eine Schule mit Stiftungscharakter handele, obwohl er abschließend auch nichts ganz Sicheres zu urteilen vermochte³⁴. Dem Schreiben war zugleich eine weitere Stellungnahme des Bauern Rehlinghaus beigefügt, in dem der Vorwurf der unberechtigten Nutzung des Gebäudes durch die Einweisung des Verwalters aufrechterhalten wurde³⁵. Wie sollte sich von Romberg in dieser Situation verhalten?

In seinem Bescheid vom 16. April 1811 an den „Chevallier Frh. von der Reck“ entschied er sich für die Bauern. Er begründete seinen Entschluß, das Gebäude als öffentliches Eigentum anzusehen, mit den Worten: „Ihre Eigenschaft ist keine andere als die eines Errichters und Oberaufsehers der Anstalt, und auch nur blos in dieser [Eigenschaft] sind Sie

³² In: ebd.

³³ In: ebd. Natorp hatte sein neues Amt in Potsdam am 3. August 1809 angetreten.

³⁴ In: ebd.

³⁵ Vom 30. Jan. 1811. In: ebd.

nach Lage der Akten vom Staat anerkannt, nicht entfernt aber als Eigentümer.“³⁶ Romberg machte von der Reck zur Auflage, die Schule wieder in Gang zu setzen und über Ausgaben und Einnahmen Rechnung zu führen. Bei allem berief er sich anstelle mangelnder Bestimmungen im Code Napoleon auf einschlägige Feststellungen im Allgemeinen Landrecht für die königlich preussischen Staaten von 1794³⁷.

Diese Entscheidung, die nach den aktenmäßig erfaßten Unterlagen wohl richtig gefällt war, bedeutete für von der Reck jedoch mehr als nur die Klärung des Eigentumsrechtes an Gebäuden, die früher einmal eine Schule und ein Seminar beherbergt hatten. Er sah darin, empfindlich wie er mit steigendem Alter wurde, einen Angriff auf sein Lebenswerk, auch wenn davon eigentlich nur noch die Gebäude zeugten. Denn es waren gerade die Bauern, um deren Kinder er sich über ein Jahrzehnt gekümmert hatte. Und diese, die so viele Wohltaten von ihm empfangen hatten, wollten ihm mit Hilfe des Allgemeinen Landrechts sein Werk schließlich doch noch streitig machen. Sollten die Bauern Recht behalten, bedeutete dies eine schwere persönliche Kränkung und das Scheitern seines patriotischen, an den alten Kategorien von Herrschaft entwickelten Lebensideals.

Eine derartige Niederlage aber wollte er nicht hinnehmen. Am 14. Juni 1811 antwortete er von Romberg und wies alle Forderungen und Vorwürfe mit Entschiedenheit zurück. Er legte die herangezogenen Bestimmungen des Allgemeinen Landrechts in seinem Sinne aus. Er verwies auf die Paragraphen über die Privatschulen, über die der Staat nur insofern ein Oberaufsichtsrecht hatte, als er die Aufsicht über die „physische und moralische Erziehung“ beanspruchen konnte. Er stellte fest, daß sich im Gegensatz zu der jetzigen Regierung die alten Behörden nie in die Sache eingemischt hätten. Er sei auch nicht Schulpatron im Sinne des gültigen Rechtes gewesen, weil er sonst das Patronatsrecht durch eine besondere Urkunde hätte verliehen bekommen müssen. „Ebenso wenig habe ich mein erworbenes Privat-Eigenthum den Gesetzen öffentlicher Foundation unterworfen.“³⁸

Systematisch verwies von der Reck auf die Verfahrensmängel der früheren Verwaltung, aus denen er nur den einen Schluß zog, daß eine Schule, wie sie die Antragsteller und die neue Verwaltung in Overdyck zu erkennen glaubten, gar nicht existiert habe. Und in der Tat konnte die Präfektur den Beweis dafür nicht antreten. Sah man jedoch von den Buchstaben ab, so war die Schule eindeutig immer als eine Stiftung zum Wohle der Menschheit bezeichnet worden, auch wenn sich diese Menschheit schließlich aus widerspenstigen Bauern der Bauernschaft Hamme zusammensetzte.

Zum hartnäckigen Widerstand von der Recks mochte, wie bereits kurz

³⁶ Entwurf in: ebd.

³⁷ Ebd. Vor allem auf Teil II Titel 12 § 19; Titel 11 § 193 und Teil I Titel 10 § 1044 (deren Inhalte sind im folgenden umrißartig wiedergegeben).

³⁸ In: ebd.

angedeutet, beigetragen haben, daß die Bauern, wie Wilberg einmal feststellte, die Begriffe von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit ganz elementar verstanden, als etwas, das sie auf ihre überkommenen Verhältnisse direkt anwenden konnten. Die Freiheit hieß also Freiheit von der Obrigkeit, wie sie in von der Reck gesehen wurde; Freiheit, wie sie auch durch den Schulzwang gehindert wurde, usw. Der „Schulrumor“ war die Folge dieser Irreführung³⁹.

Bei diesem Widerstand von der Recks blieb dem Präfekten von Romberg nichts weiter übrig, als der Gemeinde Hamme zu empfehlen, gegen von der Reck auf Herausgabe ihres Eigentums zu klagen⁴⁰. Die Gemeinde sollte also die Beschwerde als ihre eigene ansehen, sollte jedoch vorher die Bauern noch einmal befragen. Dieses muß geschehen sein, denn Jacobi trat dem Gedanken einer Klage näher. Als sich von der Reck jedoch weigerte, die bei ihm vorhandenen älteren Aktenstücke herauszugeben, um das Beweismaterial so vollständig wie möglich zu machen, meinte selbst der Bürgermeister, daß die Gemeinde auf der schmalen Aktenbasis ohne Kenntnis des Gegenmaterials wohl kaum mit ihrer Klage durchkommen werde⁴¹.

Er empfahl seinerseits jedoch, um von der Reck zu einer Klage zu bewegen, die Wohnung des Verwalters zwangsweise räumen zu lassen. Jacobi hielt sich dazu für berechtigt, weil er meinte, daß die Auflösung der Schule gerade zu dem Zeitpunkt erfolgt sei, als die Kammer in Hamm aufgelöst wurde, und von der Reck sich mit Hinterlist dieses günstigen Augenblicks der Verwaltungsohnmacht bedient habe. Als weiteren Grund führte er an, daß Kollekten immer der Genehmigung bedürften und damit die Sammlungen von der Recks rechtlich nicht haltbar waren. Die ganze Schulgründung sei überdies nirgendwo als eine private bezeichnet, da eine Freischule eben immer eine öffentliche Anstalt sei.

Wegen dieser Hinweise sprach sich der Präfekt erneut für die Aufnahme eines Prozesses aus, den jedoch, wegen der nicht sicheren Ausgangslage und der zu erwartenden hohen Kosten, niemand mehr führte⁴². Vielleicht ließen auch die politischen Umstände des Jahres 1812, die im Oktober eine Wende der napoleonischen Herrschaft durch den beginnenden Rückzug aus Rußland ankündigten, es ratsam erscheinen, nicht mehr gegen den adeligen Grundherrschaft vorzugehen.

Das Scheitern des letzten Wiederbelebungsversuches

Der Schriftwechsel zwischen Präfektur und von der Reck wurde erst im Jahre 1815 mit merklich freundlicherem Ton wiederaufgenommen. Am 12. Juli hatte der Bürgermeister Jacobi, der nun wieder der „Bürger-

³⁹ Vgl. dazu auch: Wilberg, Erinnerungen, S. 49.

⁴⁰ Am 19. Juli 1811. In: ebd. ⁴¹ Bericht vom 10. Dez. 1811. In: ebd.

⁴² Eine Räumung scheint nicht stattgefunden zu haben.

meister“ war, den Auftrag erhalten, sich mit dem Freiherrn in Verbindung zu setzen, um doch noch die Schule in Overdyck wieder in Gang zu bringen. Unter Berücksichtigung der veränderten politischen Lage — immerhin standen die Truppen der Verbündeten bereits in Frankreich — versuchte sich Jacobi nun in freundlicheren Worten. Er bat von der Reck, die Overdycker Schule in ihrer früheren Form als Musterschule wieder zu eröffnen, wobei er auf seine Mitgliedschaft in der Gesellschaft der Freunde hingewiesen haben mag.

Er konnte sich dabei auf die Worte des Präfekten stützen, der gesagt hatte: „Da indessen, seitdem die glückliche Regierungs Veränderung, und mit ihr diejenigen Verhältnisse wieder eingetreten oder noch eintreten werden, welche vormals unter dem Zepter unseres hochherzigen Monarchen blühten, so läßt sich auch hoffen, daß der Freiherr v. d. Reck zu Overdiek bei seinen religiösen Gesinnungen als Stifter jener Schulanstalt gerne alles beitragen wird, solche in ihrer ehemaligen Lage wieder neu zu befördern.“⁴³

Gestern noch sannen beide darüber nach, wie von der Reck ein Prozeß zu machen sei, und heute luden sie ihn ein, wieder dort anzufangen, wo seine Schule aufgehört hatte. Jacobi übernahm das delikate Geschäft, die Verfügung und Bitte von Rombergs zu überbringen und die Meinung zu erkunden, „damit die ehemals in einem so guten Ruf gestandene Schule wieder hergestellt werde“⁴⁴.

Doch so freundlich er auch geschrieben haben mag, erreicht hat Jacobi mit diesem Ansinnen eher das Gegenteil. Von der Reck war nicht der Charakter, der sich in dieser Weise aufmuntern ließ. Er stand inzwischen vor der Vollendung des 64. Lebensjahres und hatte nach den schweren Enttäuschungen genug von Reformplänen im Bereich des Bildungswesens. Ihm ging es ähnlich wie von Rochow, der auch im hohen Lebensalter resignierte und geschrieben hatte: „Über mein Zeitalter und dessen Benehmen gegen mich klage ich nicht. Ich wundre mich vielmehr, daß man mich nicht gar ekraziert. Sollte ich noch Jahre zu leben haben, und wie ich fast zweifle, so will ich solche so still als möglich und in einer Eingezogenheit verleben, die ich bloß auf wenige und die engsten Verhältnisse beschränke. Mir schadet der weitläufige Umgang. Gall' im Magen ist dabei meine Ausbeute.“⁴⁵

Aber das Alter allein war es wohl nicht. Von der Reck sah ein, daß sich sein Ansatz der Schulreform überlebt hatte und daß es daher gar nicht mehr möglich war, wieder an die alten Verhältnisse anzuknüpfen. Inzwischen war das Seminar in Soest eröffnet worden und hatte die Ausbildung der Lehrer für die Grafschaft übernommen, warum sollte er sich noch mit einer kleinen Landschule und den Bauern plagen. Außerdem bestand

⁴³ Anweisung in: StA Münster: Großherzogtum Berg Gruppe A 2 Nr. 166.

⁴⁴ Ebd.

⁴⁵ Rochow am 11. Dez. 1793 an Friedrich Nicolai. In: Jonas/Wienecke, Sämtliche Schriften, Bd. 4 S. 331.

die Gesellschaft der Freunde nicht mehr. Die wichtigsten ihrer Mitglieder lebten nicht mehr oder waren aus der Grafschaft Mark weggezogen. So ist es verständlich, daß von der Reck in seinem letzten in den Akten erhaltenen Schreiben mit deutlicher Resignation auf sein Lebenswerk zurückblickt, das zum Schluß noch als Alibi für diejenigen dienen sollte, die seine Weiterführung unmöglich gemacht hatten.

Nur aus taktischen Gründen stellte von der Reck schließlich Bedingungen auf, von denen er genau wußte, daß sie nicht mehr akzeptiert werden konnten. Und wenn er schon einen Wunsch erfüllen wollte, dann nur einen der preußischen Behörden. Aber auch das — so geht aus dem Brief mit aller Deutlichkeit hervor — wäre ihm angesichts der feindlichen Einstellung der Umwelt sehr schwer gefallen.

Overdyk, d. 20. July 1815

„An den Herrn Bezirks Bürgermeister Jacobi!

Auf Euer Wohlgeb. geehrte Zuschrift vom 17. c. die hiesige Schule betreffend, erwiedere hierdurch ergebenst: Daß deren Herstellung nicht von mir, sondern vom Gouvernment abhängig. Für meine Mühe und Kosten habe ich nie beynahe etwas anders als bitterm Verdruß geerntet. Die Protestanten kamen unordentlich, manche sandten ihre Kinder nur gezwungen; die Katholiken durch ihre Geistlichkeit, der jede Anleitung zum Denken und prüfen furchtbar und widrig ist, abgehalten, kamen gar nicht. Daß übrigens den um die Wiederherstellung der Schule supputirenden Individuen an der Schule gar nichts gelegen, sondern eine hier allgemein bekannte Nebenabsicht zum Grunde liegt, wissen Euer Wohlgeb. vielleicht auch; nicht weniger ist denselben ja auch bekannt, daß die Schule zu Bochum diese Schule nicht dulden will und selbst von den Eltern deren Kinder dieselbe besucht, das Schulgeld von der Zeit, daß noch ein mit königl. Gehalt wirklich angestellter Lehrer hier war, aller Gegenvorstellung ungeachtet durch execution beygetrieben worden ist.

Ehe nun dieses nicht beseitigt, sehe ich eigentlich nicht ab, für wen die Schule wieder hergestellt werden soll. Und so denn werde ich nie zugeben, daß in dem Gebäude ein anderer, als ein im Seminario zu Berlin gebildeter und mit einem Gehalte von daher besoldeter, der Fundation gemäßer Lehrer wohne und lehre.

Unter Anwünschung vieles Guten beharre
v. der Reck“⁴⁶

⁴⁶ In: StA Münster: Großherzogtum Berg Gruppe A 2 Nr. 166. In das Gebäude, das nach der Aufhebung des Seminars als Wirtschaft benutzt wurde, zog am 19. Nov. 1819 Graf Adelbert von der Recke-Volmerstein mit „Bibel und Schulbüchern unter dem Arm“ mit zwei Knaben und einem Mädchen an der Hand ein, um es zu einer „Rettungs-herberge für arme Waisen, für Vagabonden und Verbrecher-Kinder“ zu machen. Das daraus hervorgegangene Waisenhaus besteht noch heute. Vgl. Erinnerungen aus dem Leben der Gräfin Mathilde von der Recke-Volmerstein. Breslau 1873, S. 39 ff.

IV. Schlußbetrachtungen

I.

Über 15 Jahre zog sich der Versuch Philip von der Recks und der „Gesellschaft der Freunde der Lehrer und Kinder in der Grafschaft Mark“ hin, die Reform der deutschen Schulen voranzutreiben und die „Nation“ als dritte Kraft neben Kirche und Staat an dieser Gemeinwesenauflage zu beteiligen. Wenn auch die einzelnen Projekte kaum zu konkreten Veränderungen führten und überwiegend an den ihnen entgegenstehenden Rechts-, Verwaltungs-, Finanz- und Sozialverhältnissen, nicht zuletzt auch an den traditionellen Einstellungs- und Erwartungshaltungen der Betroffenen scheiterten, so waren sie dennoch nicht nutz- und wirkungslos.

Die Einsicht in die Prämissen von Planungsprozessen im Bildungswesen konnten die Mitglieder der Gesellschaft der Freunde noch nicht haben. Sie entwickelten notwendigerweise naiv Schritt für Schritt die Projekte unter den Leitgedanken von „Aufklärung“ und gesellschaftlichem Fortschritt als Aufgabe der „Nation“ im Gemeinwesen des bürgerlichen Staates. Wie Meierotto treffend bemerkte, taten sich Personen zusammen, die „Reichthum, hohen Stand, Interesse, Gelehrsamkeit, Kenntniß des Schadens [verursacht durch ein schlechtes Schulwesen], und mancher Mittel ihm abzuhelpen, zusammen verbinden“. Die Gruppe umfaßte, wie weiter ausgeführt wurde: „Guths besitzende, Geschäfts-Männer, Finanz-Verständige, Rechts-Verständige, erfahrene praktische Pädagogen, höherer sowie niederer Schul-Classen“ und insgesamt „tolerante, und auch für das Schulinteresse eingenommene Männer aller drei Confessionen“¹.

Der Sachverstand aller sollte helfen, die Projekte so zu planen, daß die Reformen auch stattfinden konnten und daß zugleich die Vertreter der „Nation“ sich als fähig erwiesen, gleichberechtigt neben Kirche und Staat zu treten. Doch guter Wille und Ideenreichtum waren zu wenig, um die Einordnung in das bestehende System und gleichzeitig dessen Fortentwicklung zu betreiben. Ohnehin herrschte die Ansicht vor, sich mit der Reform von alten Bindungen zu lösen, wogegen von den Trägern der Schule bald Widerspruch erhoben wurde. Hinzu kam die Irrealität mancher Vorstellung. Wenn ein Schulkollegium mehr kostete als die gesamte Landesverwaltung, dann ließ es sich nicht in die bisherigen Verwaltungsgrundsätze einordnen. Wenn nicht gesichert war, daß seine

¹ Votum Meierottos o. D. Abschrift in: StA Münster: KuDK Hamm 782. Die Wiederholung des Zitats erfolgt, um die Zusammensetzung der Vertreter der „Nation“ aus dem Blickwinkel des OSK deutlich zu machen.

Mitglieder auf Dauer die Aufgaben übernehmen wollten, und die Fachkompetenz von Zufälligkeiten abhing, dann brauchte erst gar nicht an die Etablierung gedacht zu werden, usw.

Die Beteiligung der Vertreter der „Nation“ garantierte nicht den zweckmäßigen Fortbestand einer Institution, in der weitreichende Entscheidungen gefällt werden mußten. Hier konnte nur ein hauptamtlicher Schulfachmann eingesetzt werden, der praktische Erfahrungen mit Kenntnissen des Schul- und Verwaltungsfeldes verband. Nur er versprach, das neue Bildungswesen abzusichern und fortzuentwickeln. Die Vertreter der „Öffentlichkeit“, des „Schulpublikums“, konnten nur eine Stufe darunter mitwirken, aber nicht mitbestimmen. So wurden der „Schulvorstand“ und die in Ausführung der vom Steinschen Städteordnung von 1808 gebildeten städtischen Schuldeputationen oder -kommissionen ihr Arbeitsfeld. Denn daß das Interesse des „Publicums“ gewahrt bleiben mußte, hatte schon von Heinitz deutlich gesehen. Ohne die Zahlungsbereitschaft der Bürger würde niemals ein leistungsfähiges Schulwesen zu errichten sein.

II.

Die Reformansätze hatten ihrerseits bereits eine Reihe von Vorläufern. Schon der Minister von Zedlitz hatte mit von Rochow erste Erfahrungen mit den Wirkungen einer reformierten Volksschule auf ein traditionell strukturiertes Gemeinwesen machen können. Doch obwohl von Rochows Versuchsschulen eine „fortdauernde Sensation“ machten und „auf die Verbesserung des Schulwesens einen ungemein günstigen Einfluß“² hatten, so führten die Widerstände dazu, daß von Rochow am Ende völlig resignierte und seinem Versuch keinerlei Zukunft gab.

Ähnlich erging es von der Reck, der in einem zweiten Anlauf dasjenige besser zu machen versuchte, was von Rochow unterlassen hatte. Doch es stellte sich heraus, daß auch die Hineinnahme der Vorbedingungen für eine gute Schule: eine neu verstandene Lehrerbildung, die Einführung eines Prüfungswesens, die Etablierung einer tauglichen Schulaufsicht, die Hebung des Ansehens des Lehrerstandes und die Überlegungen zur Finanzierung des ganzen Schulwesens nicht ausreichten, um die Widerstände und Hindernisse zu überwinden.

Die Überlegungen der Gesellschaft der Freunde zielten auf eine Reform, die die Volksschule im Zusammenhang mit ihren Vorbedingungen sah. Doch auch diese Reformer machten die „Fehlgriffe“, von denen Meierotto sprach, „wie allenthalben, wo nicht Erfahrung leitet und zurückhält“³; oder auf den Ablauf der einzelnen Projekte angewandt: die Gesellschaft entdeckte, daß die Reform eines Teilgebiets unweigerlich eine

² Krünitz, Land-Schulen, S. 397.

³ Vgl. Anm. 1.

Reform der anderen Teilgebiete nach sich zog, daß also die Reform der Lehrerbildung nicht ohne eine Veränderung der Prüfungsformen und diese wiederum nicht ohne eine Veränderung der gesamten Schulaufsicht möglich wurde. Oder an einem weiteren Beispiel: daß die neu ausgebildeten Lehrer nur dann wirken konnten, wenn ihnen die Brotsorgen genommen, die Schulen angemessen eingerichtet, die Schulordnung eingehalten und die Lehrer von der direkten Abhängigkeit von den Eltern gelöst wurden.

Die Haupterfahrung dieser zweiten Stufe von Schulplanung in Preußen war also die Entdeckung dessen, was wir heute einen Systemzusammenhang nennen. Diesen entnahm wenigstens das Oberschulkollegium dem Aktenbündel der ihr übersandten einzelnen Reformvorhaben, und von Massow versuchte sich, auch auf andere Erfahrungen gestützt, an einem „Schulplan“ für das gesamte Schulwesen⁴. Von Heinitz und vom Stein machten eine ähnliche Erfahrung. Deswegen wollten sie in ihrem Amtsbereich die Verwaltungsreformen dahingehend anlegen, daß die alten, untauglichen Verwaltungsformen zugunsten einer neuen Einheitsbehörde aufgehoben wurden. Die Auflösung der alten „Regierung“ und die Unterstellung der Schulsachen unter die Kriegs- und Domänenkammer seit dem 1. Sept. 1804 waren dann die erste, die Bildung der Sektion für Kultus und Unterricht im Ministerium des Innern die zweite und die Schaffung des eigenständigen Ministeriums der geistlichen, Medizinal- und Unterrichtsangelegenheiten die dritte Stufe der Reorganisation.

III.

Diese Neuordnung und Unterstellung unter einen Behördenzug der inneren Verwaltung entsprang einem weiteren Systemzwang. Wenn die Volksschulen — und nur über diese können hier Aussagen gemacht werden — die Aufgabe hatten, das „Volk“ (also die unterhalb der „Mittelstände“ befindlichen Unterschichten) als dritte „Klasse“ der bürgerlichen Gesellschaft zu produktiven Bestandteilen des Staats zu machen, so konnten sie nicht mehr der „Kirchenpolizey“ unterstehen. Die Schule als „annexum religionis“ gehörte damit der Geschichte an und mit ihr die gesamte Abhängigkeit von der Kirche. Die zukünftige Schule unterstand dem „Staat“, wie das Allgemeine Landrecht 1794 formulierte.

Als der neue Rechtskodex jedoch nur subsidiäre Geltung bekam und allein dort Recht setzte, wo keinerlei Rechtstradition vorhanden war, hatte der Gedanke von der Unterstellung der Schule unter den Staat nur noch Leitfunktion. Die Kirchenordnung von Cleve-Mark blieb gültig, die Schulen wurden weiterhin von den Kirchengemeinden getragen und die Aufsicht auch in Zukunft von den Geistlichen, wenn auch in der Zwischenstellung als „Schulkommissare“, geführt. Änderungen wurden erst

⁴ Vgl. Heubaum, Geschichte.

von dem Schulplan von Massows erwartet.

Von Heinitz hatte in seinem Reskript vom 15. Juni 1799 von genau dieser Basis aus gehandelt und die Eingliederung des Provinzialschulkollegiums in die weiterhin gültigen kirchenrechtlichen Vorschriften verlangt. Das streng legalistische Denken führte dann zu einer Kompromißkonstruktion zwischen alten Positionen und neuem Denken: der staatlichen Schulaufsicht durch Amtsträger der Kirche, die wegen des Ausbleibens einer schulrechtlichen Gesamtregelung bis 1918 ein dauernder Streitfall wurde. Das kirchliche Mitbestimmungsrecht blieb damit in der Form eines neben dem staatlichen Aufsichtswesen bestehenden Instanzenzuges vorhanden. Der Superintendent als Nachfolger des Subdelegaten, der Generalsuperintendent und das Konsistorium als Nachfolger von Generalinspektor und „Ministerium“ und nicht zuletzt der Evangelische Oberkirchenrat als Nachfolgebehörde des Oberkonsistoriums, um hier nur die protestantischen Instanzen zu nennen, behielten ihre Schulaufsichtsfunktionen bei.

Es hätte in der Macht des Königs gestanden, Kirche und Schule so voneinander zu trennen, daß die Schule gemäß dem System der „Polizeywissenschaft“ ganz dem Staat und seiner inneren Verwaltung unterstellt wurde. Doch niemand konnte sich um 1800 den Staat ohne Bindung an das Christentum vorstellen, wenn hier von wenigen Revolutionären abgesehen werden darf. Die Verbindung von Thron und Altar war so festgefügte Tradition, daß selbst der „Staat“ ihr untergeordnet schien, mit dem Ergebnis eines dauernden Konfliktherdes an den Reibungsstellen. Dieses wurde im 19. Jahrhundert dann deutlich an der Problematik der Konfessionsschule, der geistlichen Schulaufsicht usw.

Waren sich die Mitglieder der Gesellschaft der Freunde auch darin einig, ein überkonfessionelles Schulwesen zu etablieren, so erwies die Praxis, daß die Hineinnahme der Katholiken kaum möglich war, wobei über die Ursachen dazu nicht nachgedacht wurde. Die Ablehnung erfolgte mehr aus einem unbestimmten Gefühl heraus, daß die protestantische und die katholische Schultradition nicht unvermittelt vereint werden könnten. Hier war „Toleranz“ nötig, wie der Prediger Rischmüller einmal erwähnte. Die Anwendung dieses philosophisch-abstrakten Begriffs setzte jedoch Erfahrungen voraus, die in der Grafschaft zu dieser Zeit kaum gemacht werden konnten, da die Ortschaften überwiegend protestantisch waren.

IV.

Die Entwicklung des preußischen Volksschulwesens im 19. Jahrhundert zeigt, wie groß die Nachwirkungen des Reformansatzes waren. Immerhin machten Männer wie vom Stein, von Vincke, Natorp und Eylert hier ihre ersten Erfahrungen mit dem Versuch, die alte Kirchengemeindeschule

in der Ordnung von „Haus“ und „Stand“ zur Volksschule in der neuen „bürgerlichen“ Gesellschaft zu wandeln. Die Schule wurde aus ihren jahrhundertealten Traditionen gerissen und durch ein Planungsdenken in ihren Aufgaben im Gemeinwesen völlig neu interpretiert. Wenn auch die ‚dritte Stufe‘ der Planung durch die Kriegezeit seit 1806 nicht sofort ausgeführt wurde, so ist nunmehr sicher, daß die Schulpläne im Gefolge der preußischen Reformen nur deswegen hatten entwickelt werden können, weil die Voraussetzungen für ein modernes Schul- und Erziehungswesen bereits um 1800 so erforscht waren, daß alles sich in einem Unterrichtsgesetzentwurf zusammenfassen ließ. Der Süvernsche Vorschlag des Jahres 1819 wird damit auch von seinem organisatorischen Konzept her verständlicher⁵.

Die Tätigkeit der Gesellschaft der Freunde und die Wirkungen ihrer Vorschläge belegen die alte These Otto Hintzes, daß die Vorgeschichte der preußischen Reformen und damit auch die der in diesem Zeitraum entwickelten Schulreformpläne bis weit vor 1800 zurückreicht⁶. Die Akten- und Ideenkontinuität ist weit bedeutsamer, als bislang für diesen Zeitraum angenommen worden ist. Wie überhaupt diese Phase des entstehenden preußischen Schulwesens für das später nur entfaltete System von größerem Einfluß ist, als bislang allgemein eingeschätzt wurde.

Die Entdeckung des Systemzusammenhanges führte aber auch zur Festlegung des Systems, wenigstens in den Grundlinien. Die Entscheidung für die Unterstellung der Schulaufsicht über das Volksschulwesen unter die Kriegs- und Domänenkammer und damit gegen ein eigenständiges Provinzialschulkollegium führt z.B. zur Unterordnung der Volksschulsachen unter die Aufgaben der 1815 gegründeten Regierungen. Bis heute ist diese Ordnung erhalten geblieben. Ähnliches läßt sich im Prüfungswesen feststellen, das noch heute die Bestandteile enthält, die im Reformprojekt der Grafschaft Mark entwickelt worden sind. Und so reicht die Kontinuität vieler Reformteile bis in unsere Gegenwart, ohne daß überprüft worden wäre, ob nicht mit ihnen auch ein gutes Stück älterer Vorstellungen vom Sinn und Zweck der Bildungseinrichtungen mit tradiert worden ist.

Seit dem Scheitern der einzelnen Projekte der Gesellschaft der Freunde läßt sich aber auch fragen, ob sich im Bildungswesen, hier am Volksschulwesen deutlich gemacht, überhaupt ‚planen‘ läßt, da die zu erwartenden Reaktionen nur zum Teil abgeschätzt werden können. Schon die Reformer um von der Reck mußten die Erfahrung machen, daß sie nur jeweils kleine Bereiche behandeln konnten, wenn sie alle Einzelheiten festzulegen suchten. Da sich die Zahl der Planungsobjekte aber erheblich vermehren läßt und auch diese wiederum in komplexen

⁵ Abdruck in: Lothar Schweim (Bearb.), *Schulreform in Preußen 1809—1819* (Kleine pädagogische Texte, 30) Weinheim 1966, S. 123 ff.

⁶ Otto Hintze, *Preußische Reformbestrebungen vor 1806*. In: *Historische Zeitschrift*. Bd. 76 (1896) S. 413 ff. Vgl. dazu auch mit derselben These: Jeismann, *Tendenzen*.

Abhängigkeitsverhältnissen im Kultur- und Sozialfeld erscheinen, ist eine Schulreform keineswegs in den Einzelheiten vorauszuberechnen. Mehr als Rahmenordnungen scheinen sich unter vorgegebenen Zielsetzungen kaum entwickeln zu lassen, wobei diese selbst dann in dauernder Rückkopplung mit dem Erziehungsfeld modifiziert werden müssen.

Wie aus der Beckedorffschen Kritik am Süvernischen Unterrichtsgesetz deutlich wird, haben sich die Reformer auf der ‚dritten Stufe‘ des Planungsprozesses eines preußischen Bildungswesens genau diese Grenzen eines Gesetzes vor Augen geführt. Sie schufen ein „idealisches Formular“, ein „allgemeines Gesetz“, das den strengen Verwaltungsdenkern zu viel „Allgemeinheit“ und „übergroßen Spielraum“ enthielt⁷. Auf „Geist und Gesinnung“ der im Bildungswesen Tätigen wollten *diese* sich nicht verlassen. Sie forderten eine strenge Bürokratie, die sich später als innovationsfeindlich erwies und weitere Reformen auf die Dauer unmöglich machte. Die heutige Schule ist zu großen Teilen Ergebnis dieser Auffassung. Die Schule hängt immer noch in allen entscheidenden Systemteilen von der Verwaltung und nicht etwa vom „Schulpublikum“ oder den „Schulmännern“ ab.

V.

Ein weiterer Aspekt läßt sich an die Problematik des neu erfahrenen Bildungssystems anschließen: wie lassen sich außerordentlich tief verwurzelte Traditionen wie z. B. das ältere Kirchengemeindeschulverständnis brechen, ohne daß zerstörende, aggressive Sekundärwirkungen — etwa in Form eines offenen Widerstandes gegen die neuen Schulen — daraus erwachsen? Wilbergs Konflikte beim Eingewöhnen in das bäuerliche Gemeinwesen erreichten durchaus sehr kritische Punkte, wie wir gesehen haben.

Als Wilberg die Schule eröffnete, kam es zum Widerstand einiger Bauern, die den innerweltlichen Auftrag der neuen Schule nicht verstehen konnten. Die Eltern fingen an, die Kinder der Schule zu entziehen, „weil nach ihrer Ueberzeugung ... in der Schule nicht von Kühen, Pferden, Schweinen und andern irdischen Dingen die Rede sein solle. Der Herr Graf brachte die Widerspenstigen theilweise durch die Vertheilung eines Druckbogens wieder zurecht, auf dem er ihnen ad oculos demonstrirte, daß auch in der heiligen Schrift von Ochsen, Hunden, Katzen, Kameelen und anderem Gethier die Rede sei“⁸. Es war erst der handhaft-sinnhafte Beweis anhand der für das Leben unbestreitbar wichtigen Bücher zu erbringen, um den Widerstand abzubauen, dann konnte der Weg für die weiteren Bildungsmittel eröffnet werden. Um die Innovationen zu verwirklichen, mußte der Lehrer von den Eltern ungestört arbeiten

⁷ Vgl. Anm. 5 S. 222 ff. Hier S. 223 f.

⁸ Von Diesterweg berichtet in: Diesterweg u. a., Wilberg, S. 15.

können. Der fachmännische Standpunkt konnte von diesen nicht verstanden werden; eine ‚Übersetzung‘ in die Umgangserfahrung der Eltern schien aber nicht möglich zu sein.

Es muß festgehalten werden, daß Wilbergs Unterricht die Kinder weitaus mehr forderte, als dies jemals zuvor in den deutschen Schulen der Grafschaft der Fall gewesen war. Schon von Zedlitz hatte zu von Rochow bemerkt, daß der Unterricht mit dem Ziel, „die Bauerkinder zu Treibung ihres künftigen Gewerbes aufgeklärter“ zu machen und ihren Verstand zu bearbeiten, weit „mühsamer werden muß, als wenn der Schulmeister den Jungen eine Seite aus Luthers Katechismus auswendig lernen läßt“⁹. Wilberg hatte jedoch noch weiter gesteckte Ziele und konnte wegen seiner Unkenntnis des Platt nicht einmal an die Erfahrungswelt der Bauern anknüpfen. Hinzu kam die Sonderstellung seiner Schule, die als private Einrichtung des Gutsherrn angesehen wurde, da sie nicht auf dem üblichen Wege fundiert worden war. Alles ließ die Reformschule als Fremdkörper im Gemeinwesen erscheinen.

VI.

Wilbergs Stellung war davon erheblich betroffen. Er war nach dem älteren Verständnis eigentlich gar kein „Schulmeister“, der dem Pfarrer untertan war und Bibel und Katechismus einübte. Er war ein Gelehrter, ein ‚feiner‘ Herr, der die Sprache der Gebildeten sprach und nicht wußte, wie er sich verhalten sollte. Er mußte es sich gefallen lassen, immer wieder mißtrauisch beobachtet zu werden. Die Folge war, daß die Bauern ihre Kinder nur nach eigenem Gutdünken in die Schule schickten, wie es die Arbeit in Haus und Feld gerade zuließ. Ihnen erwuchs daraus kein Schaden, wenn die neuen Fächer „Weltkunde“, „Naturkunde“, „Geschichte“ und dergl. versäumt wurden, denn was sollte ein Bauer damit anfangen? Warum sollte er sich ‚aufklären‘ oder ‚bilden‘?

Kosten- und verantwortungsfreie Bildungseinrichtungen empfanden die Mehrzahl der Bauern als eine Art überflüssigen Luxus. Auch an anderen Orten war dieses so. Freischulen schienen deswegen keineswegs den Nutzen zu stiften, den ihre Gründer sich davon erhofften. „Der gemeine Mann und vornehmlich der Bauer ist nun einmal geneigt, nur das zu schätzen, was ihm etwas kostet“, meinte das kurmärkische Konsistorium aufgrund der mit Freischulen gewonnenen Erfahrungen¹⁰. Auf Overdyck hatte die mangelnde Einbindung der Schule in das ländliche Gemeinwesen eine weitgehende Mißachtung zur Folge: nicht einmal die Kohlen wollten die Bauern zum Heizen der Schulstube für die eigenen Kinder

⁹ Von Zedlitz an von Rochow vom 17. Jan. 1773, in: Jonas/Wienecke, Sämtliche Schriften, Bd. 4, S. 31.

¹⁰ Bericht vom 18. Juli 1799. In: Annalen des Preussischen Schul- und Kirchenwesens, Bd. 1 (1800) S. 23.

heranfahen. Die Schule nahm eine eigenartige Stellung zwischen Herrschaft und modernem Staatswesen ein, die Folgen zeigten sich überall.

Wenn die Kinder, wie von Zedlitz bereits 1773 schrieb, eigentlich „dem Staate“ gehörten und dieser Staat dafür sorgen wollte, daß sie „lesen, schreiben, rechnen und *richtig* denken“ lernen sollten, so bedeutete dieses aber in der Konsequenz, die Schulzeit wegen der gleichzeitig vermittelten neuen „bürgerlichen“ Inhalte „unersetzlich im folgenden Leben zu machen“¹¹. Denn die Schule mit langen Unterbrechungen zu besuchen, hieß nach der neuen Theorie „fast so viel, als sie gar nicht zu besuchen“. Der „Staat“ jedoch konnte sein ‚Programm‘ nicht verwirklichen, Overdyck mußte der Zeitumstände wegen aufgegeben und ad acta gelegt werden.

Die Auffassungen von der Wichtigkeit des Schulbesuchs standen sich also konträr gegenüber. Um die ältere Einstellung zur Schule zu verändern, um dem ganzjährigen und ganztägigen Schulbesuch näherzukommen, bedurfte es besonderer Formen, die während der Anfänge der Schule erst herausgefunden werden mußten. Wilberg scheint den Weg gegangen zu sein, diejenigen Bereiche des Lebens in der „bürgerlichen“ Gesellschaft mit Nachdruck zu behandeln, die die Eltern ihren Kindern nicht beibringen konnten. Auch das Verzeichnis der Schriften der Konferenzgesellschaft in Unna enthielt neben den Fachliteraturen Lebensbilder und Reisebeschreibungen, mit denen die kindliche Neugier geweckt wurde, um dann daran anknüpfend die neuen Bildungselemente zu vermitteln.

VII.

Hatte der Lehrer die Kinder erst einmal in der Schule und ließen ihn die Eltern seinen Unterricht entwickeln, so war für Wilberg die Möglichkeit der Vermittlung der neuen Unterrichtsinhalte gegeben. Diese wurden wohl am umfassendsten von Johann Georg Krünitz zusammengestellt. Seine Formulierungen erhielten die Genehmigung des Oberschulkollegiums und wurden damit zu Richtlinien der neuen Schule. „Ich sehe es sogar als ein Haupt-Geschäft der Regierungs-Kunst an, solche Verfügungen zu treffen, wodurch die heranwachsenden Bürger im Nähr-Stande zur Arbeitsamkeit gewöhnt, mit Lust und Neigung zum geschäftigen Leben erfüllet, und zu den besonderen Arbeiten, wozu sie einst nach Stand und Lage wahrscheinlich bestimmt sind, vorbereitet und angeleitet werden können; denn das Wohl der einzelnen Glieder, so wie des ganzen gemeinen Wesens [Gesellschaft], beruhet auf der willigen und verständigen Betriebsamkeit, die jeder in seinem Fache hat und beweiset. Der Staat sollte dem zu Folge, darauf sinnen, neben der nöthigen Cultur des

¹¹ Von Zedlitz an von Rochow o. D. In: Jonas/Wienecke, Sämtliche Schriften, Bd. 4, S. 55.

Verstandes und Bildung des Willens, den jungen Welt-Bürger, der seine und seiner Mitglieder Wohlfahrt einst durch nützliche Thätigkeit befördern soll, schon früh mit solchen Arbeiten zu beschäftigen, wodurch er sich selbst nähren, zu seiner künftigen Bestimmung geschickter und gelenkiger werden, und die Summe der Wohlfahrt des Ganzen vermehren könnte. Die Religion und die übrigen Kenntnisse, welche der Jugend eingepflanzt werden müssen, würden dabey nicht leiden, sondern gewinnen; denn sie sollen ja alle praktisch mit dem geschäftigen Leben verbunden seyn, und ihren Einfluß darauf beweisen; nicht aber in leeren und vom wirklichen Leben und Thun abgesonderten Speculationen bestehen.“¹²

Der Unterricht sollte helfen, die Ordnung im Staate zu garantieren. Dieser trat infolge der Tätigkeit der Gesellschaft durch die Kriegs- und Domänenkammer immer mehr in Aktion, um die „Berufspflichterfüllung“ zu sichern und bei allen Ausbildungsprozessen darauf zu achten, daß „das Volk nicht überfeinert und verbildet“ werde¹³. Jedem war sein Platz in den gemeinschaftsnotwendigen Berufen angewiesen, diesen sollte er mit Geduld und Umsicht ausfüllen. Ordnung und Überblick waren zum Funktionieren der großen Staatsmaschine notwendig. Der Untertan wurde erforderlich, der die von den neuen Obrigkeiten interpretierte Ordnung einsah und seine Freiheit nur innerhalb des durch die Verwaltung geordneten Systems suchte.

Auch den Bauern in der Grafschaft Mark wurde durch die neue Schule der „bürgerliche“ Katechismus beigebracht unter immerwährender Anknüpfung an die christliche Weltordnung, wie sie in der Bibel und dem eigentlichen Katechismus erschien. Obrigkeit blieb hier Obrigkeit, obwohl sich die Herrschaftsverhältnisse in der Phase der Aufklärung grundsätzlich wandelten und die Schöpfer des Allgemeinen Landrechts von der Vertragstheorie ausgingen, der alte Kosmos der Herrschaften sich zu einem modernen Staat veränderte.

VIII.

An die Erfahrungswelt der Eltern und Kinder mußte Wilberg anknüpfen. Alles im Unterricht mußte anschaulich gemacht werden, um darauf aufbauend die Tugenden des neuen, „staatsbürgerlichen“ Menschen zu vermitteln. Einen „besonnenen“ und nicht „gemeinschädlichen“ Menschen sollten die zukünftigen Volksschullehrer erziehen¹⁴. Dieser sollte so sicher wie die Vorfahren in der ständischen Welt nunmehr im Staate sein Ordnungsprinzip finden, eine neue Moral gewinnen. „Denn die Zeiten sind vorüber, als Biedersinn und Genügsamkeit noch Grundzüge

¹² Krünitz, Land-Schulen, S. 411.

¹³ Schram, Verbesserung, S. 62.

¹⁴ Ebd. S. 24. Vgl. Roeßler, Entstehung, S. 300 ff.

im Charakter der Völker, und ihrer Obern waren“ meinte Schram¹⁵. Die einfachen Lehren würden nicht mehr gelten und die „Verfinsterungsfreunde“ darauf bedacht sein, „politische Zerrüttungen und Umwälzungskatastrophen“ auszunutzen. Hier waren die „Volksfreunde von ächtem Beruf“ angesprochen, „das Elend der Menschen nicht noch zu vermehren“¹⁶.

Mit dem geringsten Aufwand an veränderndem Wissen suchte die Schule Wilbergs den Übergang von den Lebensformen der agrarischen Gesellschaft zur „industriellen“ zu bewerkstelligen. Das Generaldirektorium suchte schon lange nach Wegen, die Produktivkräfte der preussischen Staaten zu verbessern, wie schon die Forschungen von Heinz Kelbert und Kurt Hinze¹⁷ gezeigt haben. Ihm kamen deswegen jegliche Versuche zustatten, das Arbeits- und Sozialverhalten der Einwohner im Sinne der allgemeinen Staatswohlfaht zu verbessern. Dabei ging es nicht allein nur um eine direkte Schulung, etwa in Form des „Industrieunterrichts“, sondern auch um Verfahren, die in den aufblühenden Manufakturen und Gewerben und auch in der Landwirtschaft nötigen Arbeitskräfte für die neuen Produktionsprozesse vorzubereiten und die zugleich entstehenden Auswirkungen aufzufangen.

Schon die Schulen von Rochows hatten erwiesen, daß der Unterricht in diesem Sinne Nutzen brachte, indem er die in der handhaft-sinnhaften Welt traditional aufgewachsenen Kinder in die Lebensweisen der neueren „Civilisation“, wie vom Stein sie nannte, überführte. Die Schule übernahm in diesem Prozeß die Vermittlung neuer Verhaltensmuster: sie lehrte vernünftig denken, sie band die Kinder an den Staat als neue Obrigkeit, sie machte die Kinder kulturfähig, sie vermittelte Geschmack und Lebensart der Gebildeteren usw. — alles im angemessenen Zchnitt.

Auch die Kirchengemeindeschule älterer Art hatte herrschaftsstabilisierend gewirkt, nur war es für sie leichter, die Normen zu vermitteln, da sie die Symbole, Bilder und Sinnsprüche der Bibel und des Katechismus verwenden konnte und sich zugleich damit legitimierte. Die Erscheinungen der heraufkommenden industriellen Welt ließen sich jedoch nicht mehr anhand der christlichen Texte erschließen. Wie sollte z. B. eine Maschine damit interpretiert werden? Wie die völlig veränderte Lebensweise in einem Gewerbe? Und wie, spätestens seit der Bauernbefreiung, die Lösung der doch in der Bibel vorgesehenen herrschaftlichen Bindungen?

Die Gefahr der Verwahrlosung der Kinder war bei dem Übergang zum modernen Staat gegeben, vor allem in den frühen Industriestädten, z.B. Elberfeld. Wilberg versuchte hier schon 1802 die Schule zu einer

¹⁵ Ebd. S. 42 f. und 54. Schram war Professor für Lehre des Natur- und Staatsrechts. Seine Schriften wurden in der Grafschaft gelesen.

¹⁶ Ebd.

¹⁷ Vgl. Kelbert, Bildungswesen; Hinze, Arbeiterfrage.

Ersatzerziehungseinrichtung für die Kinder der Armen umzugestalten, um ihnen einen „sittlichen“ Halt zu vermitteln. Die Lösung der Armenfrage wurde von ihm damit durch die Ermöglichung von Qualifikation und versittlichender Erziehung angegangen. Vorformen dieses Verfahrens lassen sich schon einige Jahre früher nachweisen, wurden aber erst einige Jahre später allgemeiner angewandt und bilden dann bis in unsere Gegenwart die Grundstruktur für Zwangserziehungsverfahren.

IX.

Mit allen Randerscheinungen und Nebenwirkungen zusammen war die Schulreform in der Grafschaft Mark ein wichtiges Erprobungsfeld moderner Volksschule. Kirche und Staat lernten durch die Herausforderung der Gesellschaft der Freunde, ihre Positionen zu reflektieren und die Verwirklichungsmöglichkeiten theoretischer Ansprüche abzuschätzen. Die Entdeckung des Zusammenhangs von Schulorganisation, Schulverwaltung und Zielsetzungen von Wissens- und Normvermittlung wurde von der Gesellschaft der Freunde durch die praktischen Erfahrungen so weit vorangetrieben, daß die Oberbehörden in der Reflexion über das Geschehen eine weitere Bestätigung für den angenommenen Systemzusammenhang erhielt. Die Theoretiker des Schulwesens hatten dieses schon länger behauptet, in dem sie Theorien über die Organisation öffentlicher Schulen entwickelten, die dann zu „Nationalerziehungsplänen“ führten¹⁸. Die Frage aber, die Humboldt später immer wieder stellte, ob die „Nation“ die Schule tragen sollte, war in Preußen, wie der Fall Overdyck zeigt, bereits frühzeitig von der Verwaltung zuungunsten der „Nation“ entschieden worden.

¹⁸ Vgl. König, Nationalerziehung; Roeßler, Entstehung.

V. Anhang

Dokumente

aus der Geschichte der Gesellschaft der Freunde der Lehrer und Kinder
in der Grafschaft Mark

Nr. 1

Gesetze

der zur Verbesserung vaterländischer deutscher Schulen vereinigten
Gesellschaft in der Grafschaft Mark.

§ 1

Ein jedes Mitglied der Gesellschaft ist verbunden, sich auf die Einladung des Vorstehers zu einer Conferenz einzustellen, so lange sein jetziger Wohnsitz derselbe bleibt: zahlt aber im Ausbleibungs-Fall zum Fonds der Gesellschaft 15 Stüber Berliner Courant, und muß sich den von den anwesenden Mitgliedern gefaßten Entschlüssen fügen.

§ 2

Ein jedes Mitglied hat natürlich das Recht, Vorschläge zu thun; die Beschlüsse aber werden durch die Mehrheit der Stimmen festgesetzt; wenn aber *paria vota* da seyn sollten, entscheidet das Votum des Vorstehers.

§ 3

Jedem Mitgliede steht frey, ein neues Mitglied in der Conferenz zum Vorschlag zu bringen; welches aber erst in der nächsten Zusammenkunft durch die Mehrheit der Stimmen gewählt werden soll.

§ 4

Ein jedes Mitglied soll in jeder Conferenz anzeigen, wie es den von uns vorzeichneten Plan zur Verbesserung der Schulen in der Zwischen-Zeit von einer Conferenz zur andern zu erreichen sich bemüht hat.

§ 5

Machen die Mitglieder sich zu einer vernünftigen Verschwiegenheit ihrer Pläne anheischig und versprechen sich brüderliche Nachsicht und Erweisung aller Freundschaft; geloben auch bey dem Abgange eines unserer Mitglieder den Platz sofort wieder zu besetzen zu suchen; damit diese unsere Verbindung zum Wohle der Menschheit immer hin bestehe.

§ 6

Macht sich jedes Mitglied verbindlich, den Beschlüssen der Versammlung und der Weisung des Vorstehers möglichst zu fügen.

[In: DZA-Merseburg: Rep 76 a-I-917]

Nr. 2

Vorsätze dieser Gesellschaft

Wir wollen

1. alle im Amte müde und ermattete Schullehrer ermuntern, die unwissenden belehren und ihnen die Wichtigkeit ihres Amtes anschaulich zu machen bemüht sein.

2. uns bey Erledigung von Schullehrerstellen nach unseren besten Kräften beisteuern, dem würdigsten Subjekt den Platz zu verschaffen.

3. bey jeder günstigen Gelegenheit Schulen und Schullehrern Freunde und Gönner erwerben und mehr Aufmerksamkeit auf Schulen zu erregen suchen.

4. uns bemühen, dem Schullehrer-Stand mehr Achtung zu erwerben, welches zur Erreichung unseres Zwecks unentbehrlich nothwendig; nicht auch den durch verächtliche Neben-Begriffe herabgesetzten Titel Schulmeister durch den passenden von Schullehrer zu verdrängen suchen.

5. Schul-Examina als Ermunterungs-Mittel für Lehrer und Lernende, wo wir können, anpreisen.

6. Ordnung im Unterricht und Vertheilung der Kinder in Klassen zu bewirken suchen.

7. uns bemühen, den Unterricht im Schreiben angenehmer und fruchtbarer zu machen, z. E. daß Sittensprüche und nützliche Kenntnisse aus der Nationalgeschichte, auch Vorschriften den Kindern zum nachschreiben gegeben werden.

8. daß das Mechanische bey dem Gebet als höchst nachtheilig abgeschafft und mehr Anstand und Würde dabey beobachtet werde.

9. daß das leyerliche Lesen ohne Nachdenken und Ausdruck abgeschafft werde.

10. daß die Bibel, welche wir alle als die alleinige Quelle unseres Trostes und der Freude im Leben und Sterben erkennen, der Jugend theurer und werther gemacht und nicht zum schlechten Lesen lernen gemäßbraucht werde; dagegen, wo wir können, andere nützliche Lesebücher anpreisen und einzuführen suchen.

11. uns bemühen, das oft despotische Benehmen mancher Schullehrer, besonders aber schlagen und stossen beim Religions Unterricht, wodurch die heilsamen Lehren oft auf die ganze Lebenszeit verhaßt gemacht werden, zu hindern.

12. das Unschickliche des Schreyens, mit Anstrengung aller Muskeln beym Gesange, der Jugend vorstellen, und mit der Zeit einen sanfteren und herzerhebenderen, Christen anständign Gesang einführen.

13. da stehende Armeen zum Wohl des Staates nicht allein nützlich, sondern gar nothwendig geworden, der Jugend das Pflichtmäßige und Verdienstliche diesem Stande sich zu ergeben, wenn dazu aufgefordert werden sollte, vorstellen zu lassen und selbst vorzustellen.

14. die Schullehrer von den großen Vorthelen, welche Reinlichkeit des Körpers so wie der Schulstuben selbst, auf die Gesundheit haben, zu überzeugen und sie deshalb zur Aufmerksamkeit auf diesen Punkt ermuntern, damit die Kinder rein, die Schulstuben ordentlich, oft gelüftet und im Winter nicht zu heiß seyn.

[In: DZA-Merseburg: Rep 76 a-I-917]

Nr. 3

An alle brave und gute Menschen in der Grafschaft Mark, welchen das Wohl des Vaterlandes nicht gleichgültig ist.

Nicht zu Euch reden wir, die ihr zu kalt oder zu leichtsinnig seyd, auf Menschenwohl zu achten, oder deren Herz nur da schlägt, wo bloß eigenes Interesse in Anschlag kommt, und wenig um Eurer Mitbürger Glück Euch kümmert, obgleich Ihr bedenken solltet, daß das Wohl des Ganzen auch Euer eignes mit befördert.

Allein an Euch, Ihr weich geschaffne, edel gestimmte Seelen, die Ihr gern von den Euch anvertrauten Gütern dieses Lebens, ein Schärfflein zum Wohl des Vaterlandes opfert, sey unsre Rede gerichtet! Hört Ihr mitleidig auf unsre Klagen über die Bildung oder vielmehr Verderbung unsrer Landjugend. — Und wie kann das auch anders seyn! Seht sie an, die Lehrer und Bildner unsrer Landjugend, und Ihr werdet sie füglich in drey Klassen theilen können. Die *erste* umfaßt Leute, die gern Gutes stiften möchten, aber nicht können, weil sie es nie lernten und von einer vernünftigen Methode keinen Begriff haben. Die *andere* Klasse besteht aus Leuten, die, wenn sie auch eine bessere Methode kennen lernen könnten, sie aus Stolz und Trägheit nicht erlernen wollen. Die *dritte* aus Menschen, die unter den mancherley Hindernissen, welche sich dem gutgesinnten Lehrer so häufig in den Weg stellen, und durch Herkommen eine ihnen unüberwindliche Festigkeit erhalten haben, ermüdet, die Sache gehen lassen, wie sie geht.

Woher entsteht aber dieses, Ihr Guten? Daher: daß der Lehrerstand noch immerhin bey uns verachtet, unbemerkt, gar nicht in dem Ansehen steht, welches dieser verdienstvolle Stand so ganz verdient; daß man bey Besetzung der Schullehrerstellen es nicht zu beobachten scheint, daß man nothwendig selbst erst lernen müsse, ehe man lehren kann; und einem jeden, der sich dazu anmeldet, und kaum etwas lesen und kritzeln kann, ganzer Gemeinden größten Schatz — ihre Kinder, leichtsinnig anvertrauet.

Und was verdient doch wol mehr die Aufmerksamkeit des Menschen, als gerade der Mensch selbst? — Nichts kann daher wol wichtiger seyn, als die bessere Erziehung des Menschen. — Soll es aber damit besser als bisher werden: so muß der Schullehrerstand mehr geachtet seyn; er muß es erfahren, daß seine dankbaren Mitbürger es wissen, daß auf ihn das Wohl der künftigen Generationen lediglich ankomme; er muß durch Ermunterungsmittel zu besserm Unterricht kräftig gereizt; und ganz natürlich nicht jedem schlechten, dummen und hartherzigen Menschen, in dieser wichtigen Klasse von Staatsbürgern, ein Platz gegeben werden.

O, wie es jetzt geht, kann und darf es doch nicht fernerhin gehen! Traurig und niedergeschlagen würdet Ihr, edle Menschenfreunde! zurückweichen, kenntet ihr ganz die jetzige Lage unsrer Jugend. Geht, wir bitten Euch! geht selbst hin und sehts, wie es in unsern Schulen mit unbeträchtlicher Ausnahme, aussieht! Dicht auf einander gepreßt, in gemeinhin engen, dunkeln Gemächern, sitzt da der größte Schatz unsers Landes, die frohe, heitere Jugend, und athmet, zum Verderben seiner Gesundheit, dicke, erhitzte, faule Dünste ein — durch das gemeinhin finstre Aussehen des Lehrers, dem Kummer, Verdruß oder Verlegenheit das Gesicht verzerrt — durch den Anblick seines langen Steckens neben seinem furchtbaren Sitze, wodurch er ihrem Gedächtnisse leeren Wörterkram einbläuet, wird dieser Aufenthalt ihnen, auch für ihr Gemüth, recht nachtheilig, indem ihre natürliche Munterkeit dadurch unterdrückt wird. Und was ist doch auf der Lebensbahn ein froher Muth nicht werth? — Zur Unthätigkeit oder zum Stillsitzen mit Zwang gedrungen, denn wie selten sind die Schullehrer, die, indem sie sich mit dem einen Theile der Kinder beschäftigen, den andern Theil zugleich nützlich und angenehm zu unterhalten wissen, — sitzen sie da lange Stunden, und erlernen Worte, deren Sinn sie nicht fassen. So werden ihre Seelenkräfte zum großen Nachtheil des allgemeinen Wohls, auf immerhin abgestumpft. Formeln lernen sie — lange Sprüche — die, recht verstanden, und mit Liebe und Ueberzeugung gelehrt, ihre, noch eines jeden Eindrucks fähige Herzen, veredeln, und nie ganz vertilgbare Eindrücke zurücklassen würden, lernen sie, unter den peinlichsten Umständen, unter der sklavischen Behandlung, bloß auswendig herplappern. So will man sie den Weg zum Himmel lehren, und mit dem Wege durchs Leben bleiben sie unbekannt. Darf man sich also wundern, wenn, so hart und sklavisch als sie in der Schule behandelt wurden, sie gerade so auch gegen ihre

Mitmenschen handeln? Zur aufrichtigen Liebe gegen alle Menschen, ohne Unterschied des Standes, des Volks, der Religion und des äußern Glücks, werden sie nicht angeführt. Was kann ihnen also Beförderung des Menschenglücks zur Pflicht, und die Erfüllung dieser Pflicht leicht und angenehm machen? — Vom Vaterlande hören sie nichts, woraus soll denn Vaterlandsliebe in der Folge bey ihnen empor keimen? Eben so wenig werden ihnen, nach dem gewöhnlichen Schulunterricht, Eintracht, Offenheit, Uneigennützigkeit, Arbeitsamkeit, Großmuth, Treue u. s. w. eingeflößt. Unbekannt mit diesen Tugenden, tritt nun der junge Bürger in die Welt. Zieht selbst die Folgen für das allgemeine Wohl, ihr Nachdenkenden! aus einem solchen Verfahren, und gewiß! Ihr reicht uns liebreich und menschenfreundlich die Hände, wenn wir euch zur Ausführung unsers patriotischen Vorhabens um Hülfe bitten.

Wir sind nämlich der Meinung: daß dem Lehrer, der auf seine Vollkommenung am meisten bedacht ist, und in seiner Schule eine leichtere und zweckmäßigere Methode einführt, eine Prämie zuerkannt*, und sein Name als *der* eines nützlichen Bürgers, in unserm Intelligenzblatte öffentlich, zum Zeichen der Dankbarkeit, genannt werden müßte. Man ertheilt dem ja eine Prämie, der lebendige Hecken anlegt, Maulbeerbäume pflanzt, die besten Fohlen anzieht u. s. w. Edle Menschenfreunde! sollte der wol keine verdienen, der dem Vaterlande nützliche, verständige Bürger bildet? —

Jeder Mensch bedarf äußere Erweckungen, bedarf den Reiz, den gute Aussichten gewähren, wenn er Muth haben soll, Hindernisse glücklich zu besiegen, seine Kräfte gewissenhaft anzuwenden, seinen Mitbürgern und dem Staate nützliche Dienste zu leisten. Gewiß, der Schullehrerstand bedarf diese vorzüglich! Die Ueberzeugung der Aufmerksamkeit, die das Publikum seinen Verrichtungen schenkt; die Rettung unverdienter Verachtung, die oft auch dem Redlichen allen Muth benehmen wird, die öffentliche Anerkennung seiner Verdienste durch Bekanntmachung seines Namens; die Ertheilung einer Prämie, die die bescheidenen Wünsche hinreichend befriedigt, und seinen angewandten Fleiß belohnt, würden nach unserer Ueberzeugung, die mächtigsten Triebfedern seyn, seinem sinkenden Muthe aufzuhelfen, und seinen regen Eifer zum Wohl des Vaterlandes, in zweckmäßigerer Unterweisung unsrer lieben Jugend, immer mehr anzufachen.

Unsere liebe Grafschaft hat vier Kreise, in jedem gedächten wir zwey Preise, mithin achte auszusetzen. Mit Wenigem ändert man einen Stolzen, ermuntert den Trägen, und richtet den Niedergeschlagenen nicht auf; wir halten also fünf und zwanzig, und zwanzig Thaler hiesig Geld, für jeden Preis nothwendig. Schenkt die weise Güte unsrer Landsleute mehr, als das Erforderliche dazu: so könnte man auch Lesebücher den größten Schulen geben. Und, o Ihr Edlen! bedenkt, zu diesem Behuf zu geben,

* Welche die Gesellschaft nächstens bekannt machen wird.

heischt Menschen-, heischt Vaterlandsliebe von Euch; und wir, mit Thränen im Auge, bitten Euch, und geloben, von Allem getreulich am Ende des Jahres, Rechnung abzulegen. Nichts anders, als Liebe zu Lehrern und Kindern, treibt uns; überzeugt: daß Liebe für diese, Sorge für das dauerhafte Wohl des Vaterlandes ist. Augenscheinliche Beweise davon liefern uns die Rekanischen Schulen. (Siehe: Neue Beschreibung der Rekanischen Schule, vom Hrn. Pred. Riemann.

Wir fordern Euch also hierdurch, Ihr Edlen und Guten! auf, in beigehender Liste aufzuzeichnen, was Ihr, drey Jahre nach einander, zu diesem Segen und Glück über unser liebes Vaterland bringenden Behufe, geben wollt.

Und bedarf es noch andrer, als vorangeführter Gründe, Euch zu bewegen? — so erwäget, wir bitten Euch! Frankreichs trauriges und belehrendes Beispiel. Was anders, als Mangel an Moralität, stürzte dieses unglückliche Volk in nahmenloses Elend? Ein dummer, und mit den rechten Mitteln zu seinem wahren Glücke unbekannter Mensch ist zu allem Schlechten fähig — ist Werkzeug in der Hand des schlaun Bösewichts und des Aufrührers, zum Verderben des Vaterlandes. Glaubt doch nicht unsern gelehrt-verdrehten Köpfen, welche sagen: Frankreichs Aufklärung sey Schuld an seinem jetzigen Verderben, oder wie sie es sonst uns so gern schildern: Glückszustand. Fragt die unglücklichen Ausgewanderten, und sie werden es euch sagen, daß die höchste Unwissenheit den Landmann dort beherrscht. Fürchtet nicht, daß man den Landmann zu klug machen werde, indem ihr schon denselben zu schlau glaubt. Ihn gut zu machen, zu veredeln, zufrieden, bescheiden und ordentlich — kurz: ihn durch zweckmäßigen Unterricht zum Menschen und nützlichen Bürger des Staats zu bilden; das ist unser alleiniger Zweck. Und wer wollte zu einem solchen Unternehmen nicht thätig die Hand bieten! —

Die Gesellschaft der Lehrer und Kinderfreunde in der Grafschaft Mark

Reck zu Overdyck; Brinkmann, Pr. zu Bochum; Sindern, Pr. zu Eickel; Kipp, Regierungsreferendarius zu Cleve; Müller, Pr. zu Harpen! Elling, Pr. zu Grimberg; Schimmel, Pr. zu Weitmar; Wallberg, Schullehrer zu Hamm; Clasen, Pr. zu Lüttgendortmund; Schmieding, Pr. zu Witten; Westhoff, Pr. zu Herne, verw. von der Leithe; v. Bodelschwingh zu Bodelschwingh; Rumpf, Pr. zu Langentreer; Kannengießner, Pr. zu Lüttgendortmund; Stolz, Schullehrer in Wellinghoven; Grevel, Pr. zu Wellinghoven.

Ein hohes Generaldirektorium hat der Gesellschaft auf drey Jahr jährlich 50 Rthlr. bewilliget.

[In: Der deutsche Schulfreund Bd. 7 (1794) S. 159—167. In anderem Druck, in: DZA-Merseburg: Rep 76 a-I-917]

Nr. 4

[Protokollabschrift]

Actum in der Gen. Conferenz am Krengeoltanz am dritten Juny 1800

Präsentes

der Vorsteher

H. Pastor Sindern; H. Subdelegatus Classen; H. P[astor] Kannengießer; H. Sekretair Ebel; H. Director Gymnasii Schnethlage; H. Elbers; H. Wilberg; H. Langewiesche; H. v. Berswordt; H. Berger.

I.

Nachdem der im vorigen Jahr vorgeschlagene H. Langewiesche der Vorschrift nach aufgenommen,

II.

Legte der Vorsteher ein schon im verwichenen Jahre eingegangenes Buch der Gesellschaft vor, vom Verfasser der Gesellschaft gewidmet.

Beschluß: d. H. Bädeker ein Danksagungsschreiben zugehen zu lassen.

III.

Zeigte der Vorsteher an, daß nur ein Seminarist im gesellschaftlichen Institut vorhanden, welcher ein guter Schulmann zu werden verspreche. Es sey der Sohn des luth. Schullehrers Vollmann zu Halver. Traurig sey es doch, daß aus der ganzen Grafschaft Mark nur ein einziger Jüngling bey so vorteilhaften Anerbietungen der Gesellschaft sich zum Schulstande bilden lassen wolle. Auf dem Seminario zu Wesel sey voritzzt kein einziger Märker befindlich, und wohl nothwendig, die hochpreißliche Regierung hierauf aufmerksam zu machen, und wohl auch gut, daß die neu anzusetzenden Lehrer wieder von Zeit zu Zeit geprüft würden, damit man deren Fortschritte zum Bessern wahrnehmen könnte.

Beschluß: Es soll der hochpreißl. Regierung der Mangel an Seminaristen angezeigt werden, und die Bemerkung, daß die wahrscheinliche Ursache die traurige Lage der Schullehrer, welche nicht einmahl das geringe versprochene Schulgeld erhielten, und um mit den Gemeinden nicht zu zerfallen, nicht deshalb klagen dürften.

IV.

Stattete der Vorsteher Bericht über die unserm Bundesfreunde H. P. Sindern und ihm auf der vorigen G. Conf. aufgetragene Comms. an unsere Süderländischen Freunde ab. Bemerkte, daß er Lüdenscheid zum steten Versammlungsort der dortigen Abtheilung in Vorschlag gebracht, weil daselbst die meisten Glieder schon wohnhaft.

Beschluß: Die beiden Fr[eunde] H. P[astor] Sindern und H. Elbers zu deputieren, um der nächsten Versammlung unserer Süderländischen

Freunde beyzuwohnen, und sie dann zu ersuchen, jedesmahl unsere Gen. Conf. durch Deputierte zur Unterhaltung der nöthigen Gemeinschaft zu beschicken.

V.

Ward das Annahmeschreiben der Wahl zum Ehrenmitgliede des H. Pastor zum Broich zu Menden, unter allgemeinem Beyfall verlesen; und da der Vorsteher diesen braven Mann im vorigen Herbst kennen zu lernen Gelegenheit gehabt, so glaubte er versichern zu dürfen, daß dieses Ehrenmitglied der Gesellschaft zur wahren Ehre gereiche.

VI.

Hiernach wurden 2 Briefe von H. Inspector Dahlenkamp und H. P. Rautert, beyde Mitglieder der Gesellschaft, über den Mangel des Schulunterrichts und dessen elende Beschaffenheit verlesen.

Beschluß: Beyde als Belege des Schreibens ad § III der hochpreißl. Regierung vorzulegen.

VII.

Ward vom Vorsteher angezeigt, daß beym letzten Landtage von den Ritterbürtigen H. Stände, ihm, zum Behufe der Schulen 150 Rtlr. B[erliner] C[ourant] geschenkt worden, und die Frage aufgeworfen, wie selbige am rathsamsten zu verwenden seyn würden?

Beschluß: Der neu angelegten Schule am Tücking Kirchspiel Hagen 50 Rtlr. der neu anzulegenden Schule zu Heven, Kirchspiel Herbede 50 Rtlr. und 50 Rtlr. zur Disposition unserer Bundesfreunde im Süderlande zu überlassen.

VIII.

Zeigte der Vorsteher an, daß nur 4 Katechesationen diesmahl eingegangen.

Beschluß: H. Elbers zur Zensur und Bestimmung der Preise übergeben.

IX.

Unser B[undes]f[reund] H. Wilberg legte, durch seine schwere Krankheit behindert, die Einleitung zur Beantwortung der Frage: Was muß ein Landschullehrer wissen, was muß er lehren, der Gesellschaft vor.

X.

Ward noch ein Schreiben unseres Bundesfreundes H. P. Reinhard, die Abhandlung des H. Landrichters v. Büнау und ein Bericht des Minde-schen Landrats H. von Vinke zur Verbesserung der dortigen Schulen verlesen, so wie ein Schreiben des Schullehrers Vollmann, die Bitte enthaltend, auch dessen 2t Sohn zum Seminaristen aufzunehmen.

Beschluß: Die Bitte des p. Vollmann bewilligt, so wie den freyen Unterricht in Musik und Zeichnen für die Seminaristen beschlossen.

XI.

Ward beschlossen, daß diejenigen Gegenden, welche vom Versammlungsort der Gesellschaft zu entfernt, und eine hinreichende Zahl von Mitgliedern enthalten, sich jedesmahl 4 Wochen vor der Gen. Conf. versammeln um dasjenige was auf der Gen. Conf. discutirt werden soll, in Überlegung zu nehmen und dann ihre Vorschläge per Deputatum bey der Gen. Conf. vortragen zu lassen.

XII.

Desgleichen, den Vorsteher und d. H. Kammerherr v. Bodelschwing zur Synode zu Hagen zu deputiren, um eine zweckmäßigere Prüfung der Schullehrer zu bewirken.

XIII.

So auch im Westph. Anzeiger bekannt zu machen, daß die Gesellschaft einen reform. Seminaristen zu haben wünsche und im Fall derselbe sich nicht binnen $\frac{1}{4}$ Jahr melde, ein lutherischer angenommen werden würde.

XIV.

Zu neuen Mitgliedern wurden vorgeschlagen vom H. Director Schnethlage H. Pastor Jagürmolle zu Hattingen, H. Pastor Eylert zu Hamm, H. Canonicus Cruse zu Soest, von H. Elbers H. Pastor Hasenclever zu Gevelsberg, H. Doktor Castringius zu Schwelm, H. . . . Neuhaus auf Beierode, H. Pastor Reichenbach zu Voerde. H. Berg schlug vor d. H. Wilhelm Bertram, H. Bruns und H. Lohmann aus Witten.

A. u. S.

v. d. Reck Classen Sindern Kannengiesser Friedr. Ebel Schnethlage Berswort Elbers Berger Langewiesche Wilberg

Die Gen. Conferenzen wurden auf den ersten Dienstag im Januar festgelegt.

[In: LKA Bielefeld: 0,8/23]

Nr. 5

[Protokoll]

Actum Hagen in Synodo d. 2. July 1800

Sr. Hochw. Gn. der Freiherr v. d. Reck zu Overdiek und die in den diesjährigen Synodalacten genannten Deputirten hielten heute eine Conferenz. Es kommen dabei folgende Gegenstände in Überlegung:

I. Der Freiherr v. d. Reck trug Namens der Gesellschaft der Lehrer und Kinder Freunde bei dem Synodus dahin an

- a, daß künftig ein Lehrer, welcher in Schulen angestellt zu werden wünscht, vorher einer öffentlichen Prüfung sich unterwerfen müßte;
- b, daß bei dieser Prüfung auf eine große Summe gemeinnütziger Kenntnisse und auf Kenntniss der Unterrichts Methode, so wohl in Theorie, als Praxis gesehen würde;
- c, daß zu dieser Prüfung vom jedtmaligen Synodus außer dem Inspector des Ministeriums einige der zu diesem Geschäft vorzüglich tüchtigen Prediger als Commissaere ernannt werden möchten; wozu die Gesellschaft der Lehrer und Kinder Freunde jedesmal einen Deputierten sendete;
- d, Diese Deputation setzte jährlich, so oft sie es nöthig fände, einen Tag an, der zu diesen Prüfungen ausgesetzt und öffentlich in der Grafschaft Mark bekannt gemacht würde;
- e, Der zu Examinierende müßte ein schriftliches Zeugnis von seinem bisherigem Wandel, vorzüglich von dessen moralischen Seite vorlegen. Dieses Zeugnis müßte von sehr glaubwürdigen Persohnen ausgefertigt seyn;
- f, Keiner dürfte künftig zu einer vacanten Schullehrer Stelle in der Gr. Mark zur weiten, oder engen Wahl vorgeschlagen, oder gewählt werden, bis er ein Zeugnis von seiner Wahlfähigkeit von der obengenannten Commission vorgewiesen hätte.

II. Die Deputation der Synode zu der heutigen Conferenz fand diese Vorschläge umso viel mehr höchst annehmungswürdig, da auch der Synodus an diesem Morgen auf die nemliche Idee gekommen ist, wie das heutige Synodal-Protokoll ausweist und zweifelt nicht, daß das Ministerium dieselben ebenfalls aufs willigste und thätigste befördern würde.

von der Reck

Dahlenkamp

Wülfinh

Spitzbarth

Rumpff p. Langert

Schmieding

Möller

[von der Reck an Bädeker, 13 Okt. 1804]

Entwurf einer Instruktion für die Examinatoren der künftigen Lehrer an niedern Bürger- und Landschulen [1804]

Einleitung:

Die große Wichtigkeit wohleingerichteter und gutverwalteter Lehr- und Bildungsanstalten für alle Klassen der Landeseinwohner, um ihre aufwachsende Jugend zu verständigen und tugendhaften Menschen, zu nützlichen und glücklichen Bürgern erziehen zu können, macht es der vorgesetzten Behörde zu einer heiligen Pflicht, nicht nur das gesamte Schulwesen in deshaupt einer möglichst genauen Aufsicht und Leitung zu unterwerfen, sondern auch die Tauglichkeit der anzustellenden Lehrer insbesondere durch die dazu ernannten Examinatoren sorgfältig prüfen zu lassen und darnach ihre Anstellung zu bestätigen.

Welche Lehrer geprüft werden sollen:

Es darf daher weder in Städten, noch auf dem Lande, weder in einer Kirchspiel- noch einer Bauerschaft- oder concesionierten Nebenschule, bey Strafe der Cassation, jemand als Lehrer angestellt werden, der nicht vorher von dem angeordneten Examinatoren ordnungsmäßig geprüft, für anstellungsfähig erklärt und vom Provinzial-Schul-Collegium bestätigt worden ist.

Auch diejenigen Unterlehrer, welche bey größern Schulen mit Besoldung angestellt werden sollen, um eine Klasse der kleineren Schüler zu unterrichten, müssen vorher geprüft und dem Provinzial-Schul-Collegium zur Confirmation präsentiert werden, damit dasselbe darüber erkennen könne, nicht nur ob diese Zöglinge des Schullehrers-Standes die nöthigen Anlagen für die gewählte Lebensart besitzen, sondern auch, in wiefern ihnen schon jetzt ein Theil der Schulverwaltung anvertraut werden dürfe. — Jedoch bedarf es für diese, um in der Folge als Hauptlehrer bey einer Schule angestellt werden zu können, noch einer abermaligen Prüfung.

Schullehrer, die im Auslande bereits eine Schulstelle verwalteten, und von ihrer dortigen Behörde bereits ordnungsgemäßig geprüft und angestellt waren, sind bey einer Versetzung an eine Schule der hiesigen Provinz den angestellten Examinatoren das ausländische Zeugnis ihrer Tauglichkeit vorzuzeigen und sich in einem Colloquio mit denselben zu unterwerfen verbunden, bevor ihnen die höchste Confirmation ertheilt wird.

Wer die Prüfung verrichte?

Die Prüfung geschieht von demjenigen Prediger, der vom Provinzial-Schul-Collegium zur Ausrichtung dieses Geschäfts in einem bestimmten Bezirk der Provinz angeordnet ist. Dieser ist indessen verpflichtet, bey jeder vorzunehmenden Prüfung noch einen andern, im pädagogischen Fache bewanderten Prediger, oder auch einen geschickten Schullehrer zuzuziehen und das Prüfungs-Protokoll und Zeugnis von demselben mit unterzeichnen zu lassen.

Wenn ein Schul-Kandidat sich zur Prüfung persönlich oder schriftlich meldet, so bestimmt der Examinator ihm den Tag derselben und giebt ihm zugleich auf:

1. seinen Taufschein, die Zeugnisse seiner Lehrer und des Predigers seines dermaligen Wohnortes mitzubringen;
2. einen oder ein paar Aufsätze über eine oder einige leichtere Fragen aus dem Lehr- und Erziehungs-Fache, sowie auch eine völlig ausgearbeitete Katechese über einen religiösen, moralischen, oder sonst zur allgemeinen Menschenbildung gehörigen Gegenstand, welchen der Examinator vorschreibt, einzureichen.

Wie die Prüfung einzurichten?

Damit die in den verschiedenen Bezirken angeordneten Examinatoren die ihnen aufgetragene Prüfung der Schul-Kandidaten nach einer festen und gleichförmigen Norm verrichten und es so der höchsten Behörde möglich gemacht werde, auch unter denjenigen, welche von verschiedenen Examinatoren geprüft werden, eine sichere Vergleichung anzustellen, so werden die Examinatoren angewiesen, die Prüfungen nach folgendem Schema einzurichten und in dem einzusendenden Prüfungs-Protokoll nach den einzelnen Rubriken desselben die wahrgenommene Stärke oder Schwäche der Examinanden genau anzugeben.

Schema der Prüfungen:

I. Bekanntschaft mit den *Zwecken des Schulamtes.*

Hier kann gefragt werden nach den körperlichen, geistigen und moralischen Anlagen der Kinder — ihrer daraus hervorgehenden Bestimmung als Menschen, Familiengliedes und Bürger, — nach der erforderlichen Ausbildung jener Anlagen zu dieser Bestimmung durch Erziehung und Unterricht — nach dem Unterschied dieser beiden Geschäfte — was dazu von den Aeltern, was vom Schullehrer geschehen müsse, und was endlich den künftigen Lebensverhältnissen zu überlassen sey.

II. Gegenstände des Schulunterrichts:

Bey jedem dieser Lehrgegenstände müssen sowohl die eigenen Kenntnisse und Fertigkeiten des Examinanden, als auch insbesondere seine Fähigkeit und Methode, dieselben den Kindern mitzutheilen, erforscht werden.

A. *Deutsche Sprachen.* — Hierbey ist darauf zu sehen:

1. ob der Schul-Candidat das *Hochdeutsche richtig und geläufig spricht*;
2. ob er fertig und mit gutem, natürlichen Ausdruck sowohl Gedrucktes als Handschriften *liest*;
3. ob er deutlich, schön, orthographisch und mit hinlänglicher Gewandtheit im guten Ausdruck *schreibt*;
4. wie er die genannten Fertigkeiten beyzubringen gedenkt, wie die Buchstabenkenntniß, — das buchstabiren oder sillabiren, — das fertige ausdrucksvolle Lesen, — das Verstehen des Gelesenen, — das Schön- und Rechtschreiben, — die Fertigkeit im schriftlichen Ausdruck;
5. ob er von den Regeln der *Sprachlehre* selbst soviel weiß, ob zu den genannten Fertigkeiten erforderlich ist und diese den Kindern deutlich machen kann. — Hier kann nach den Hauptarten der Wörter und ihren Kennzeichen gefragt werden, — nach dem Unterschied der Wörter, die im gemeinen Leben häufig verwechselt werden — nach der wahren Bedeutung solcher, die oft wider ihrer wahren Bedeutung gebraucht werden. — Man kann fehlerhafte Redeformen und Provinzialismen nennen und verbessern lassen.

B. *Gesang und Musik.*

Diese Fertigkeiten dürfen keinem Schulmeister völlig fremde seyn. Er muß die Melodien guter Kinder- u. Volkslieder, und vorzüglich der kirchlichen Religionsgesänge, richtig singen können und soviel Musik verstehen, als dazu erforderlich ist.

Seine Fertigkeit im Orgelspielen bestimmt, ob er auch für solche Schulen geeigenschaftet sey, mit welchen der Organistendienst verbunden ist.

C. *Rechen- und Meßkunst.* — Hierbey ist

1. die Gewandtheit des Examinandus im *Kopfrechnen* zu erforschen und seine Kenntniß der eigenthümlichen Regeln und Vortheile dieser Rechnungsart, die als Uebungsmittel der Geisteskräfte und zum Bedarf gemeiner Leute so wichtig ist, als
2. das *Rechnen auf der Tafel* oder dem *Papier*. — Bey den hierin anzustellenden Versuchen ist nicht allein auf seine Fertigkeit, leichte und schwere Rechnungsaufgaben aufzulösen, sondern insbesondere auch auf

seine Einsicht in die Gründe des Verfahrens und auf die Fähigkeit zu sehen, diese den Kindern recht anschaulich zu machen.

3. Von der *Geometrie* wird wenigstens soviel zu fordern seyn, als zur Ausmessung solcher Flächen und Körper Quadrat- und Cubikmaaß nöthig ist, die unter Landleuten und gemeinen Handwerkern am häufigsten zu messen vorkommen, z. B. ein ziemlich regelmäßiges Grundstück — ein Baum zu Zimmerholz oder Brettern, eine Mauer u. s. w.

D. Das *Gemeinnützigste aus der Natur-, Erd- und Vaterlandskunde*, in wieferne es zur Erklärung der in hiesiger Provinz eingeführter, oder einzuführen empfohlener Lesebücher, für Stadt- und Landschulen, z. B. von Wilberg, Wilmsen, Holthaus pp. nöthig ist und schon aus jedem guten Handbuche der gemeinnützigsten Kenntnisse, z. B. von Funke, Junker pp. erlernt werden können.

1. *Naturgeschichte*. — Naturreiche und Hauptklassen der Produkte derselben. — Gifte, besonders einheimische — Gewinnung und Verarbeitung derjenigen Naturprodukte, welche im täglichen Leben am häufigsten vorkommen.
2. *Naturlehre*. — Körper — allgemeine und besondere Eigenschaften derselben — die gewöhnlichsten Naturscheinungen mit vorzüglicher Hinsicht auf den herrschenden Aberglauben und d. Wunderglauben, und auf Gesundheitspflege.
3. *Geographie*. — Welt — Sterne — Sonnensystem — Erde, Gestalt Bewegung derselben und daraus herrührenden Erscheinungen. — Eintheilung der Oberfläche unserer Erde, — Hauptländer unseres Erdtheils und Eigenthümlichkeiten derselben. — Hierbey ist zugleich die Bekanntschaft des Schulkandidaten mit der Geschichte zu prüfen.
4. *Vaterlandskunde*. — Unser Staat — unsere Provinz, Lage, Grenze, Eintheilung, Produkte, Flüsse derselben. — Vorgesetzte höhere und niedere Obrigkeiten, bürgerliche Vorzüge der Unterthanen. — Wichtige Verordnungen in Betreff des Religions- und Schulwesens.

E. *Lehre vom Menschen*.

1. *Körper- und Gesundheitslehre*. — Allgemeine Eintheilung des menschlichen Körpers — Lage, Beschaffenheit und Verrichtung derjenigen Theile, welche auf die Erhaltung des Lebens und der Gesundheit bedeutenden Einfluß haben, — darauf beruhende Regeln der Pflege derselben. — Werkzeuge der Sinne — Hauptregeln des Verhaltens zur Erhaltung der Gesundheit, in Krankzeiten, bey plötzlichen Unglücksfällen und beim Scheintode.
2. *Seelenlehre*. — Hauptkräfte der menschlichen Seele — Vorzüge vor den Tieren — zweckmäßige Behandlung aller geistigen Anlagen und Vermögen, besonders in der Jugend, des Wahrnehmungsvermögens,

der Denkkraft, der Vernunft, des Gedächtnisses und der Einbildungskraft.

F. *Religions- und Sittenlehre.* — Moralische Natur und Bestimmung des Menschen — Pflicht, Tugend, — Unterschied zwischen einem klugen und sittlichen Betragen, — Grundwahrheiten der allgemeinen Religionen — Wohltaten Jesu — heilige Schrift biblische Geschichte — Reformationsgeschichte. — Hierbey ist zugleich darnach zu fragen, wann und nach welcher Vorbereitung die Kinder zur Religion anzuleiten seyen — in wiefern dieser Unterricht für die Schulen gehöre — wie es anzufangen sey, daß der Glaube an die Religionswahrheiten ein erleuchteter und für Herz und Wandel wirksamer Glaube werden.

III. *Lehrmethode.*

Wenn

1. die *theoretischen Einsichten* des Schulkandidaten in die Methode, nach welcher den Schülern die nöthigen Kenntnisse und Fertigkeiten auf die kürzeste, angenehmste und wirksamste Weise beyzubringen sind, bereits bey den einzelnen Lehrgegenständen erforscht sind, so ist hier nur noch
2. darauf zu sehen, ob er diejenige *vorläufige Ordnung und Einrichtung* in der Schule, z. B. durch Abtheilung der Klassen und Vertheilung der Lektionen zu treffen verstehe, bey welcher eine vernünftige Methode mit Erfolg angewandt werden kann.
3. seine *praktische Fertigkeit* in der Methode müsse übrigens nach einer anzustellenden Probelektion in der Schule, insbesondere auch sein Gewandtheit in sokratischen Unterhaltungen mit den Kindern sowohl hieraus, als aus der eingereichten schriftlichen Katechese beurtheilt werden.

IV. *Schulzucht.*

1. Welche Ordnung soll in jeder Schule herrschen und welche Gesetze müssen zu dem Ende vom Lehrer gegeben werden?
2. Welche Mittel sind die zweckmäßigsten, jene Ordnung in der Schule aufrechtzuhalten und diesen Gesetzen Folgsamkeit zu verschaffen. — Welche sind die zweckmäßigsten Belohnungen und Strafen in der Schule zur Beförderung der Ruhe, der Ordnungsliebe, des Fleißes und der Sittlichkeit? — Was hat jeder Lehrer dabey zu beobachten, um diese Belohnungen und Strafen wirksam und dem Charakter unschädlich zu machen?

V. Literatur des Schulwesens.

Hierbey ist zu fragen nach den Büchern, die der Examinandus bereits gelesen hat, so wie nach den literarischen Hilfsmitteln, die er sonst noch kennt und zu seiner weiteren Fortbildung im allgemeinen und im einzelnen zu gebrauchen gedenkt.

Protokoll

Das Prüfungsprotokoll ist in ein eigenes zu diesem Behuf bestimmtes Buch einzutragen und muß enthalten:

1. den *Namen*, den *Geburtsort*, das *Alter* des Schulkandidaten und wie er sich zum Schulamte *gebildet*, mit Bemerkung der beygebrachten Zeugnisse
2. eine detaillirte *Angabe der bey der Prüfung befundenen Kenntnisse und Geschicklichkeiten*, sowie der *Mängel* nach den Rubriken des Schemas;
3. ein durch den befundenen Grad der Geschicklichkeit und die beygebrachten Zeugnisse seines Fleißes und seiner Moralität motiviertes und wohlabgewogenes *Urtheil über seine Tauglichkeit* zum Schulamte, in welchen ihm das Prädikat eines *brauchbaren*, oder eines *guten*, oder endlich eines *vorzüglichen* Lehrers für eine Land- oder für eine niedere Bürgerschule beyzulegen ist, je nachdem er entweder überall genüge leistet, oder aber mehr oder weniger minder wesentliche Mängel zeigt, deren baldige Ergänzung sich jedoch nach den Zeugnissen seines Fleißes und seiner Moralität mit Grunde erwarten läßt.

Zeugnis:

Das Zeugnis, welches jedem, der die Prüfung besteht, zu ertheilen ist, enthält ganz kurz die bey der Prüfung entdeckten *Vorzüge* und *Mängel*, mit der Ermahnung, die letzten durch gewissenhaften Fleiß und fortgesetzte Übung auszufüllen, legt dann demselben das ihm gebührende *charakteristische Prädikat* (so wie im Protokoll) bey und erklärt ihn so für *wahl- oder anstellungsfähig* an einer bestimmten Klasse von Schulen. — Es wird mit in das Protokollbuch eingetragen.

Abzuweisende:

Ohne Zeugniß sind zu entlassen und zwar

A. auf immer

1. alle diejenigen, welche solche *körperliche Gebrechen* an sich tragen, welche sie zu einer gehörigen Verwaltung des Schulamtes unfähig

machen, oder solche Verunstaltungen, welche die Kinder von ihnen zurückschrecken, ferner

2. solche, die begründeten Verdacht eines unmoralischen und irreligiösen Sinnes auf sich haben; endlich
3. diejenigen, welche ein zu geringes Maaß von Geisteskräften verrathen, um sich selbst weiter auszubilden und ihre Schüler zu Fertigkeiten im deutlichen Denken anleiten zu können.

B. Auf eine *künftige* Prüfung sind zu verweisen, deren Unwissenheit in den Lehrgegenständen, oder in der Methode zu groß ist, als daß sich erwarten ließe, daß sie bald durch literarische oder andere in ihrer Gewalt stehende Hilfsmittel das Fehlende ergänzen werden.

Bericht:

Eine Abschrift des Prüfungsprotokolls nebst den Beylagen der eingereichten Zeugnisse und Probearbeiten in originali so wie auch eine Abschrift des dem Geprüften erteilten Zeugnisses ist mittelst *Berichts an das Provinzial-Schul-Collegium* einzusenden und die weitere Verfügung desselben zu erwarten.

[In: LKA Bielefeld: 0,8/23].

VI. Quellen- und Literaturnachweis

1. Quellenverzeichnis

Archiv der Evangelischen Kirchengemeinde Bochum-Dahlhausen

Kirchenbuch

Deutsches Zentralarchiv Abt. II Merseburg (DDR)

Rep. 76 alt: I-917 (Acta Generalia des Kgl. Ober-Schul-Collegii von Verbesserung der Schulen in der Grafschaft Mark, 1788—1806)

Rep. 76 alt: I-953 (Acta des Königl. Ober-Schul-Departements über die von dem Freiherrn von der Reck auf Overdyck in dem Dorfe der Bauerschaft Hamme bei Bochum in der Grafschaft Mark etablierte Gnadenschule und damit verbundener Schullehrer-Bildungsanstalt. 1788—1807)

Familienarchiv Haus Laer Bochum

Akte Schule Steinkuhl

Landeskirchenarchiv Bielefeld

0,8/22 (Verzeichnis der Schulen 1798)

0,8/23 (Allgemeine Schulangelegenheiten 1798—1819)

Hauptstaatsarchiv Düsseldorf

Cleve Mark Generalia XVI Nr. 185 (Verfolg wegen des General-Land-Schul-Reglements auch Catalogorum)

Staatsarchiv Münster

Cleve-Mark Landstände Nr. 308 a (ohne Titel)

Cleve-Mark Landstände Nr. 333 (ohne Titel)

Cleve-Mark Landstände Nr. 339 (Wegen der Verlegung des Schul Seminarii 1795—1797)

Cleve-Mark Landstände Nr. 370 (Surrogate für bisheriges Schulgeld)

Cleve-Märkische Regierung Landessachen Nr. 1231 (Verfolg wegen Anlegung einer Gnaden-Schule in dem Dorfe Hamme, Gogericht Bochum, 1790/91)

Kriegs- und Domänenkammer Hamm Nr. 1 (Die Ernennung der bisherigen Cammer-Deputation zu Hamm zu einer wirklichen Kriegs- und Domainen Cammer der Grafschaft Mark, 1787)

Kriegs- und Domänenkammer Hamm Nr. 6 (Wegen einer neuen Cammer Instruction, 1791)

Kriegs- und Domänenkammer Hamm Nr. 12 (Die von der Kriegs- und Domainen Cammer aufzuarbeitende Consistorial Instruction für ihr Collegium, 1803—1804)

Kriegs- und Domänenkammer Hamm Nr. 125 bis 143 (Landtagskommissionsakten, 1791—1805)

Kriegs- und Domänenkammer Hamm Nr. 145 (Commissions-Generalia betr. den Cleve-Märkischen Landtag, 1806/07)

Kriegs- und Domänenkammer Hamm Nr. 754 (Von den reformierten Synoden eingesandte Synodal- und Classical Verhandlungen, 1796)

Kriegs- und Domänenkammer Hamm Nr. 758 (Besetzung und pflichtmäßige Verwaltung der Kirchen- und Schullehrer Bedienungen, 1797—1806)

Kriegs- und Domänenkammer Hamm Nr. 774 (Acta Generalia, wegen des Collecteden Wesens, 1793)

Kriegs- und Domänenkammer Hamm Nr. 780 (Das errichtete neue Ober-Schul-Collegium, item Verbeßerung der Schulanstalten)

Kriegs- und Domänenkammer Hamm Nr. 781 (Verbesserung der Schulanstalten in der Grafschaft Mark, 1796 ff.)

- Kriegs- und Domänenkammer Hamm Nr. 782 (Acta Generalia des Schulwesens, 1799—1805)
- Kriegs- und Domänenkammer Hamm Nr. 810 (Das Armen Wesen zu Bochum, sowie die wegen Abstellung des Straßenbettelns getroffenen Einrichtungen, 1802)
- Großherzogtum Berg Gruppe A 2 Nr. 79 (Bessere Organisation des Schulwesens in Bochum, 1800—1812)
- Großherzogtum Berg Gruppe A 2 Nr. 166 (Freyschule zu Hamme bei Bochum, 1802)
- Großherzogtum Berg Gruppe A 2 Nr. 329 (Steinkuhlen und Bredenscheider Bauerschaftsschulen, des Kirchspiels Bochum, 1803—1816)
- Regierung Arnsberg B-III-68 Bd. 3 (Kreis Bochum)
- Stadtarchiv Bochum
- Akte Nr. 1—21/3 (Personenstandsaufnahme von 1798)
- Synodalarhiv der Evangelischen Kirchengemeinden Bochum
- Akte Nr. 40 (betr. Schulwesen)
- Allgemeines Landrecht für die Preußischen Staaten, in Verbindung mit ergänzenden Verordnungen hrsg. von A. J. Mannkopf. 6 Bde. und 1 Registerband. Berlin 1837—1838
- Basedow, Johann Bernhard, Vorstellungen an Menschenfreunde und vermögende Männer über Schulen, Studien und ihren Einfluß auf die öffentliche Wohlfahrt. Hamburg 1768
- Bergius, Johann Heinrich Ludwig, Neues Policey- und Cameral Magazin, nach alphabetischer Ordnung. 6 Bde. Leipzig 1775—1780
- Bescheidene Prüfung der Circularverordnung Sr. Königl. Majestät von Preußen Friedrich Wilhelm des Dritten in allerhöchst dero sämtliche Regimenter und Battailons den Unterricht in den Garnisonschulen betreffend. Von J. Z. H. H. In: Monatschrift für Deutsche. Bd. 1 (1800) S. 271 ff.; Bd. 2 (1800) S. 44 ff., 161 ff.
- Botzenhart, Erich (Bearb.)/Walter Hubatsch (Hrsg.), Freiherr vom Stein. Briefe und amtliche Schriften. Bd. 1 Stuttgart, 1963; Bd. 2, Neub. von Peter G. Thielen. Stuttgart 1959.
- Bruchhausen, Anton, Anweisung zur Verbesserung des Ackerbaues und der Landwirthschaft Münsterlandes. 2 Tle. Münster 1790
- Busch, C[—], Einige Gründe, warum denn doch die Bibel in den Landschulen beyhalten werden könne. In: Quartalschrift für Religionslehrer. Bd. 1 (1804) S. 37 ff.
- Busch, C[—]/Bernhard Christian Ludwig Natorp, Über die Bildung der Elementarschullehrer in Seminarien. In: Quartalschrift für Religionslehrer. Bd. 1 (1804) S. 630 ff.
- Die Christliche Lehre im Zusammenhang. Auf Allerhöchsten Befehl für die Bedürfnisse der jetzigen Zeit umgearbeitet und zu einem Lehrbuch in den niedern Schulen der Preußischen Lande eingerichtet. Mit Königl. Preuß. allergnädigsten Privilegium. Berlin 1792.
- Die ersten Gründe der Christlichen Lehre. Auf Befehl, und mit allergnädigstem Königlich Preußischen Privilegio. Berlin 1790
- Ehrlich, Carl Gotthilf, Das Seminar zu Soest zur Bildung der Elementarlehrer für Schulen in den evangelischen Gemeinden der Provinz Westfalen. Elberfeld 1821
- Ehrlich, Carl Gotthilf, Das evangelische Schullehrer Seminar in Soest und die Aufnahme in dasselbe. Soest 1829
- Die Erziehung des Lippischen Landmanns. In: Neues Westphälisches Magazin zur Geographie, Historie und Statistik. Bd. 1 (1789) S. 256 ff.
- Diesterweg, Friedrich Adolf Wilhelm / Peter Heuser / Franz Abraham Fuchs, Johann Friedrich Wilberg, der „Meister an dem Rhein“. Essen 1847
- Fallenstein, Johann Salomo Philipp, Was wird von einem Landschullehrer gefordert? Wie muß er gebildet werden? Und welches ist der Zweck der Schuleseminarien? Duisburg 1793

- Froese, Leonhard/Werner Krawietz (Bearb.), Deutsche Schulgesetzgebung. Bd. 1 (Kleine pädagogische Texte. Bd. 37) Weinheim/Berlin/Basel 1961
- Gieseler, Georg Christoph Friedrich, Ob die Volksschullehrer lesen dürfen? und wie sie lesen sollen. Petershagen 1801
- Göbell, Walter (Bearb.), Die evangelisch-lutherische Kirche in der Grafschaft Mark. Verfassung, Rechtsprechung und Lehre. Kirchenrechtliche Quellen von 1710 bis 1800 (Beihefte zum Jahrbuch des Vereins für Westfälische Kirchengeschichte. H. 5/6) 2 Bde. Bethel 1961
- Hasenclever, Ferdinand, Entwurf zu einer zweckmäßigeren Einrichtung der Prüfungen der protestantischen Schullehrer in der Grafschaft Mark. In: Quartalschrift für Religionslehrer. Bd. 1 (1804) S. 438 ff.
- Humboldt, Wilhelm von, Ideen zu einem Versuch, die Gränzen der Wirksamkeit des Staats zu bestimmen. In: Andreas Flitner / Klaus Giel (Hrsg.), Wilhelm von Humboldt. Werke in fünf Bänden. Bd. 1. Stuttgart 1960, S. 56 ff.
- Jonas/Wienecke (siehe Rochow)
- Kant, Immanuel, Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung. In: Berlinische Monatsschrift. Bd. 4 (1784) S. 481 ff.
- Kehr, Carl, Verzeichnis der Besucher der Reckahnschen Schulen. Zur Zeit Eberhard von Rochows. In: Pädagogische Blätter für Lehrerbildung 7 (1878) S. 225 ff.
- Klaproth, Christian August Ludwig von / Carl Wilhelm Cosmar, Der Königlich Preussische und Churfürstlich Brandenburgische Wirkliche Geheime Staats-Rath an seinem zweihundertjährigen Stiftungstage den 5. Jan. 1805 usw. Berlin 1805
- Krünitz, Johann Georg, Die Land-Schulen sowohl wie Lehr- als auch Arbeits- und Industrie-Schulen betrachtet. Berlin 1794
- Krünitz, Johann Georg, Der Land-Pfarrer nach seinen verschiedenen Verhältnissen, Vorrechten oder Immunitäten und Pflichten usw. betrachtet. Berlin 1794
- Langenberg, Eduard, Johann Friedrich Wilberg. Elberfeld 1866
- Massow, Julius Wilhelm Ernst von, Ideen zur Verbesserung des öffentlichen Schul- und Erziehungswesens, mit besonderer Rücksicht auf die Provinz Pommern. In: Annalen des Preussischen Schul- und Kirchenwesens. Bd. 1 (1800) S. 76 ff., 181 ff., 361 ff.
- Mendelssohn, Moses, Über die Frage: was heißt aufklären. In: Berlinische Monatsschrift. Bd. 4 (1784) S. 193 ff.
- Müller, [—], Beschreibung eines westphälischen Bauernhofes. In: Westphälisches Magazin. Bd. 2 (1786) S. 258 ff.
- Natorp, Bernhard Christian Ludwig, Grundriß zur Organisation allgemeiner Stadt-schulen. Duisburg/Essen 1804
- Natorp, Bernhard Christian Ludwig, Verzeichniß auserlesener Schriften zur Anlegung einer Elementarschul-Bibliothek. 2. umgearb. Aufl. Duisburg/Essen 1805
- Natorp, Bernhard Christian Ludwig, Ueber die Organisation der niedern deutschen Schulen. Mit besonderer Rücksicht auf die gegenwärtigen Bedürfnisse des Schulwesens in der Grafschaft Mark. Ein dem hochlöbl. Kammer-Collegium zu Hamm überreichtes Gutachten. In: Zeitschrift für Pädagogik, Erziehungs- und Schulwesen. Bd. 2 (1807) S. 139 ff., 219 ff.
- Natorp, Bernhard Christian Ludwig, Briefwechsel einiger Schullehrer und Schulfreunde. 3 Bde. Essen 1811—1816; 2. Aufl. Essen 1823 ff.
- Pilger, Johann Dietrich C., Vollständige christliche Religions- und Tugendlehre in ihren leichtern Theilen für Kinder, im ganzen Zusammenhange für die reifere Jugend und für Erwachsene: Ein Hülfsbuch zur Menschenveredelung durch Religion und Tugend für alle Stände. Soest 1806
- Recke-Volmerstein, Gräfin Mathilde von der, Erinnerungen aus dem Leben der Gräfin Mathilde von der Recke-Volmerstein. Breslau 1873
- Resewitz, Friedrich Gabriel, Die Erziehung des Bürgers zum Gebrauche des gesunden Menschenverstandes und zur gemeinnützigen Geschäftigkeit. 2. Aufl. Kopenhagen 1776

- Resewitz, Friedrich Gabriel, Gedanken, Vorschläge und Wünsche zur Verbesserung der öffentlichen Erziehung als Materialien zur Pädagogik. 5 Bde. Berlin/Stettin 1778—1786
- Riemann, Friedrich Carl, Versuch einer Beschreibung der Reckahnschen Schuleinrichtung. Mit einer Vorrede von Friedrich Eberhard v. Rochow. Berlin/Stettin 1781
- Riemann, Friedrich Carl, Neue Beschreibung der Reckahnschen Schule, größtentheils zugleich ein practisches Handbuch für Lehrer welche nach Reckahnscher Lehrart unterrichten können und wollen. Berlin/Stettin 1792
- (Rochow, Friedrich Eberhard von), Friedrich Eberhard von Rochows sämtliche Schriften, hrsg. von Fritz Jonas / Friedrich Wienecke. 4 Bde. Berlin 1907—1910
- Rochow, Friedrich Eberhard von, Versuch eines Schulbuchs für Kinder der Landleute oder zum Gebrauch in Dorfschulen. Berlin 1772 (Wiederabdruck in: ebd. Bd. 1. S. 1 ff.)
- Rochow, Friedrich Eberhard von, Der Kinderfreund. Ein Lesebuch zum Gebrauch in Landschulen. Brandenburg/Leipzig 1776 (Wiederabdruck in: ebd. Bd. 1. S. 133 ff.)
- Rochow, Friedrich Eberhard von, Der Kinderfreund. Ein Lesebuch, zweiter Theil. Brandenburg/Leipzig 1779 (Wiederabdruck in: ebd. Bd. 1. S. 195 ff.)
- Rochow, Friedrich Eberhard von, Handbuch in katechetischer Form für Lehrer, die aufklären wollen und dürfen. 2. verb. Aufl. Halle 1789 (Wiederabdruck in: ebd. Bd. 2. S. 1 ff.)
- (Rochow, Friedrich Eberhard von), Herrn Mirabeau des ältern Diskurs über die Nationalerziehung 1791. Nach seinem Tode gedruckt und übersetzt, auch mit einigen Noten und einem Vorbericht begleitet von F. E. von Rochow. Berlin/Stettin 1792 (Wiederabdruck in: ebd. Bd. 3. S. 131 ff.)
- Rochow, Friedrich Eberhard von, Geschichte meiner Schulen. Schleswig 1795 (Wiederabdruck in: ebd. Bd. 3, S. 7 ff.)
- Rönne, Ludwig von, Das Unterrichts-Wesen des Preußischen Staates, eine systematisch geordnete Sammlung aller auf dasselbe Bezug habenden Gesetze, Bestimmungen usw. 2 Bde. Berlin 1855
- Sack, Friedrich Samuel Gottfried, Ueber die Verbesserung des Landschulwesens vornehmlich in der Churmark Brandenburg. Berlin 1799
- Sammlung der Präfectur-Verhandlungen des Ruhrdepartements (1809—1811). Dortmund 1810—1811
- Schlez, Johann Ferdinand, Gregorius Schlaghart und Lorenz Richard oder die Dorfschulen zu Langenhausen und Traubenheim. Nürnberg 1795
- Schram, Joseph, Die Verbesserung der Schulen in moralisch-pädagogischer, pädagogischer und polizeylicher Hinsicht usw. Dortmund 1803
- Schulte, Eduard, Die Bevölkerung des Amtes Bochum im Jahre 1664 (Veröffentlichungen des Archives Wanne. Bd. 1) Wattenscheid 1925
- Schwager, Johann Moritz, Versuch einer Schutzschrift für die Westphälinger. An den Direktor Gedike. In: Berlinische Monatsschrift. Bd. 1 (1783) S. 487 ff.
- Schwager, Johann Moritz, Noch ein neuer Messias. In: Berlinische Monatsschrift. Bd. 1 (1783) S. 266 ff.
- Schwager, Johann Moritz, Bericht über meine Amtsführung. In: Quartalschrift für Religionslehrer. Jg. 1 (1804) S. 89 ff.
- Schweim, Lothar (Bearb.), Schulreform in Preußen 1809—1819 (Kleine pädagogische Texte, 30) Weinheim 1966
- Scotti, J. J. (Bearb.), Sammlung der Gesetze und Verordnungen, welche in dem Herzogthum Cleve und in der Grafschaft Mark über Gegenstände der Landeshoheit, Verfassung, Verwaltung und Rechtspflege ergangen sind. 5 Tle. Düsseldorf 1826
- Snethlage, Bernhard Moritz, Ueber den gegenwärtigen Zustand der niedern Schulen und ihre zweckmäßigere Einrichtung usw. Münster 1798
- Stephani, Heinrich, Grundriß der Staats-Erziehungs-Wissenschaft. Weißenfels/Leipzig 1797
- Stephani, Heinrich. System der öffentlichen Erziehung. 2. verb. Aufl. Erlangen 1813

- Stuve, Johann J., Über die Rochowsche Schule zu Reckahn. In: Berlinische Monatsschrift. Bd. 10 (1787) S. 325 ff.
- Symann, Ernst (Hrsg.), Die Urkunden des Stadtarchivs Wanne-Eickel 1601—1780. Bd. 2 (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Wanne-Eickel. Bd. II H. 2/3) Wanne-Eickel 1929
- Ueber den Frieden und das freye Amerika. In: Wissenschaftliches Magazin für Aufklärung. Bd. 2 (1786) S. 288 ff.
- Ueber die Einrichtung einer Volkslehre, in einem eigentlich monarchischen Staat, nach den Begriffen des Verfassers der Abhandlung: Ueber den Patriotismus, als Gegenstand der Erziehung in Schulen eines monarchischen Staates. In: Deutsches Museum. Bd. 2 (1777) S. 97 ff.
- Weddigen, Peter Florens, Voltaires Urtheil über Westphalen, nebst einer kurzen Zurechtweisung. In: Westphälisches Magazin. Bd. 2 (1786) S. 242 ff.
- Weddigen, Peter Florens, Historische, geographische und statistische Beschreibung der Grafschaft Ravensberg. In: Westphälischer National-Kalender. 2. Jg. Elberfeld 1801
- Wilberg, Johann Friedrich, Einige Gedanken, den Schullehrern gewidmet. In: Der deutsche Schulfreund. Bd. 9 (1794) S. 38 ff.
- Wilberg, Johann Friedrich, Der Märkische Lehrer- und Kinderfreund, ein Handbuch für Lehrer in Bürger- und Landschulen usw. Bd. 1. Dortmund 1795; Bd. 2. 1798
- Wilberg, Johann Friedrich, Lese-, Denk- und Sprech- und Sprach-Uebungen für Schulen, als Vorbereitung zum Unterricht in der deutschen Sprache. Düsseldorf o. J.
- Wilberg, Johann Friedrich, Auszüge aus Tagebüchern einer Schule nebst Aufsätzen pädagogischen Inhalts. Ein Handbuch für Lehrer. 2 Bde. Elberfeld 1811—1812
- Wilberg, Johann Friedrich, Lesebuch für Kinder in Stadt- und Landschulen. Tl. 1. 14. verm. Aufl. Elberfeld 1818; 20. verm. Aufl. Elberfeld 1832. Tl. 2 6. Aufl. Elberfeld 1815
- Wilberg, Johann Friedrich, Der Schulmeister Lebrecht, wie er über sein Amt dachte und darin wirkte. Elberfeld 1820
- Wilberg, Johann Friedrich, Aufsätze über Unterricht und Erziehung für Lehrer und Eltern. 2 Bde. Essen 1824
- Wilberg, Johann Friedrich, Die für Elementarschulen nothwendigen und genügenden Schulübungen und Lehrgegenstände nebst einem Plane, wie diese für die verschiedenen Schülerklassen und in die Schulzeiten der Wochentage zu vertheilen sind. Essen 1831
- Wilberg, Johann Friedrich, Ueber Armenwesen. Elberfeld 1834
- Wilberg, Johann Friedrich, Erinnerungen aus meinem Leben, nebst Bemerkungen über Erziehung, Unterricht und verwandte Gegenstände. Essen 1836
- Wilberg, Johann Friedrich, Stoff zum Nachdenken über Armenversorgung und über einige mit derselben verbundenen Gegenstände. Elberfeld 1838
- Wilberg, Johann Friedrich, Gedanken und Urtheile des Veters Christian über Leben und Wirken im Mittelstande. Essen 1843
- Willmann, Otto (Bearb.)/Ernst M. Roloff, Lexikon der Pädagogik. 5 Bde. Freiburg 1913—1917
- Zedlitz, Karl Abraham Frhr. von, Ueber den Patriotismus als einen Gegenstand der Erziehung in monarchischen Staaten. Eine Vorlesung bey Aufnahme in die königliche Akademie der Wissenschaften. Aus dem Franz. übers. Berlin 1777
- Zedlitz, Karl Abraham Frhr. von, Vorschläge zur Verbesserung des Schulwesens in den königlichen Landen. In: Berlinische Monatsschrift Bd. 10 (1787) S. 97 ff.
- Zerrenner, Heinrich Gottlieb, Etwas über Sokratik und Katechetik; oder Erinnerung an einige zwar bekannte, aber selten beobachtete Regeln, diese Kunst betreffend. In: Der deutsche Schulfreund. Bd. 6 (1793) S. 62 ff.; Bd. 8 (1794) S. 3 ff.
- Zöllner, Johann Friedrich, Ideen über National-Erziehung besonders in Rücksicht auf die Königl. Preussischen Staaten. Berlin 1804

2. Zeitschriften

- Annalen des Preußischen Schul- und Kirchenwesens. Hrsg. von Friedrich Gedicke. Bd. 1. Berlin 1800; Bd. 2 H. 1. Berlin 1801
- Berlinische Monatsschrift. Hrsg. von F. Gedicke und J. E. Biester. Bd. 1 ff. Berlin 1783 ff.
- Beyträge zur Finanzgelahrtheit überhaupt, vorzüglich in den Preußischen Staaten. 3. Jg. Frankfurt/Leipzig 1788
- Der deutsche Schulfreund. Hrsg. von H. G. Zerrenner. Bd. 1 ff. Erfurt 1791 ff.
- Jahrbücher des preußischen Volks-Schul-Wesens. Hrsg. von L. von Beckedorff. Bd. 1 ff. Berlin 1825 ff.
- Neues Westphälisches Magazin zur Geographie, Historie und Statistik. Bd. 2 (1790/91)
- Quartalschrift für Religionslehrer. Hrsg. von B. C. L. Natorp. Jg. 1 ff. Duisburg/Essen 1804 ff.
- Westph(f)älischer Anzeiger. Bd. 1 ff. Dortmund 1796 ff.
- Westphälisches Magazin zur Geographie, Historie und Statistik. Bd. 1. Dessau/Leipzig 1784/85; Bd. 2. Dessau/Leipzig 1786
- Zeitschrift für Pädagogik, Erziehungs- und Schulwesen. Hrsg. von J. Chr. Fr. GutsMuth. Bd. 2. Leipzig 1807

3. Literaturverzeichnis

- Balster, [—], B. C. L. Natorp, in seinem Leben und Wirken. Essen 1848
- Berg, Helmuth vom, Der Einfluß des Neuhumanismus auf die Entwicklung des höheren Schulwesens in Cleve-Mark (1770—1810) (Forschungen zur Geschichte der Philosophie und der Pädagogik. Bd. 2 H. 1) Leipzig 1927
- Bissing, W[—] M[—] von, Friedrich Wilhelm II., König von Preußen. Ein Lebensbild. Berlin 1967
- Bloth, Hugo Gotthard, Adolph Diesterweg. Heidelberg 1966
- Bloth, Hugo Gotthard, Johann Julius Hecker (1707—1767) und seine Universalschule. Dortmund 1968
- Bodelschwingh, E[—] von, Das Leben des Ober-Präsidenten Freiherrn von Vincke. Teil I: Das bewegte Leben (1774—1816). Berlin 1853
- Bohnenmann, Erich, Das evangelische niedere Schulwesen im Herzogtum Berg. phil. Diss. Köln 1925. Altenkirchen 1925
- Boschan, Richard, Das Bildungswesen in der Stadt Potsdam bis zur Wiederaufrichtung des preußischen Staates. Potsdam 1912
- Clausnitzer, Leopold, Geschichte des Preußischen Unterrichtsgesetzes. 3. Aufl. Berlin 1892
- Fooker, Enno, Die geistliche Schulaufsicht und ihre Kritiker im 18. Jahrhundert (Probleme der Erziehung. 5) Wiesbaden 1967
- Frielinghaus, Volker/Max Imdahl, Der Rittersitz Haus Laer und die Ortschaft Laer in Bochum. Bochum 1969
- Gans, August, Das ökonomische Motiv in der preußischen Pädagogik des achtzehnten Jahrhunderts. Halle 1930
- Geiger, Max, Aufklärung und Erweckung. Beiträge zur Erforschung Johann Heinrich Jung-Stillings und der Erweckungstheologie (Basler Studien zur historischen und systematischen Theologie. Bd. 1) Zürich 1963
- Gerteis, Klaus, Bildung und Revolution. Die deutschen Lesegesellschaften am Ende des 18. Jahrhunderts. In: Archiv für Kulturgeschichte. Bd. 53 (1971) S. 127 ff.
- Habermas, Jürgen, Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft (Politica. Bd. 4) 4. Aufl. 1969
- Heinemann, Manfred, Nebenwirkungen der Bildungsplanung auf die Bildungspolitik. Dargestellt an der preußischen Unterrichtsverwaltung. In: Bildung und Erziehung. Jg. 23 (1970) S. 41 ff.

- Heinemann, Manfred, Schule im Vorfeld der Verwaltung. Die Entwicklung der preußischen Unterrichtsverwaltung von 1771—1800. (Studien zum Wandel von Gesellschaft und Bildung im 19. Jahrhundert. Bd. 8) Göttingen 1974
- Heinemann, Manfred, Die Bildungsverwaltung am Ende einer Epoche. In: Zeitschrift für Pädagogik. Jg. 18 (1972) S. 339 ff.
- Heppe, Heinrich, Geschichte des deutschen Volksschulwesens. 3 Bde. Gotha 1858
- Heubaum, Alfred, Die Geschichte des ersten preußischen Schulgesetzentwurfs (1798—1807). In: Monatsschrift für höhere Schulen. Jg. 1 (1902) S. 20 ff., 111 ff., 145 ff., 209 ff., 305 ff.
- Hintze, Otto, Preußische Reformbestrebungen vor 1806. In: Historische Zeitschrift. Bd. 76 (1896) S. 413 ff.
- Hinze, Kurt, Die Arbeiterfrage zu Beginn des modernen Kapitalismus in Brandenburg-Preußen 1685—1806. Bibliographisch vermehrte und verb. 2. Aufl. Mit einer Einführung von Otto Büsch (Veröffentlichungen der Berliner Historischen Kommission beim Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität. Bd. 9) Berlin 1963
- Hoffbauer, Johann Christoph, Geschichte der Universität Halle bis zum Jahre 1805. Halle 1805
- Hoffmann, Julius, Die „Hausväterliteratur“ und die „Predigten über den christlichen Hausstand“. Lehre vom Hause und Bildung für das häusliche Leben im 16., 17. und 18. Jahrhundert. Weinheim 1959
- Jeismann, Karl-Ernst, Die Eingabe eines Schwelmer Lehrers an das preußische Innenministerium, Sektion für Kultus und Unterricht, aus dem Jahre 1814. In: Westfälische Zeitschrift. Bd. 118 (1968) 115 ff.
- Jeismann, Karl-Ernst, Tendenzen zur Verbesserung des Schulwesens in der Grafschaft Mark 1798—1848. Ein Beitrag zur Problematik der preußischen Reform und Restaurationszeit. In: Westfälische Forschungen. Bd. 22 (1969/70) Münster 1971. S. 78 ff.
- Kelbert, Heinz, Das Bildungswesen auf den fiskalischen Berg- und Hüttenwerken in Preußen am Ausgang des XVIII. Jahrhunderts (Studien zur Geschichte der Berufsausbildung. H. 4) Berlin 1955
- Klein, Fr[—], Das niedere Schul- und Seminarwesen in der Grafschaft Mark von 1775—1825. Dortmund 1925
- Knemeyer, Franz-Ludwig, Regierungs- und Verwaltungsreformen in Deutschland zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Köln/Berlin 1970
- Köllmann, Wolfgang, Friedrich Harkort. Bd. 1 1793—1838 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Bd. 27) Düsseldorf 1964
- König, Helmut, Zur Geschichte der Nationalerziehung in Deutschland im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts (Monumenta Paedagogica. Bd. 1) Berlin 1960
- Kohlmann, Karl/Hermann Gramm, Festschrift zum hundertjährigen Jubiläum des Königlichen Schullehrer-Seminars zu Soest am 3. Okt. 1906. Soest 1906
- Krämer, Julius, Erziehung als Antwort auf die soziale Frage. Ratingen 1963
- Krummacher, Friedrich Wilhelm, Gottfried Daniel Krummacher und die nieder-rheinische Erweckungsbewegung zu Anfang des 19. Jahrhunderts (Arbeiten zur Kirchengeschichte. Bd. 24) Berlin/Leipzig 1935
- Lewin, Heinrich, Geschichte der Entwicklung der preußischen Volksschule. Leipzig 1910
- Maier, Hans, Die ältere deutsche Staats- und Verwaltungslehre (Polizeiwissenschaft) (Politica. Bd. 13) Neuwied 1966
- Meiners, Wilhelm, Zur Volksschulpädagogik Friedrichs des Großen. Das Reglement für die deutschen reformierten Schulen in Cleve und Mark vom 10. Mai 1782 und das General-Landschul-Reglement vom 12. Aug. 1763. In: Zeitschrift des bergischen Geschichtsvereins. Bd. 37 (1904) S. 212 ff.
- Meiners, Wilhelm, Landschulwesen und Landschullehrer im Herzogtum Cleve vor hundert Jahren. In: Archiv für Kulturgeschichte. Jg. 3 (1905) S. 345 ff.

- Meiners, Wilhelm, Das Volksschullehrerseminar in Wesel (1784—1806). In: Zeitschrift des bergischen Geschichtsvereins. Bd. 38 (1905) S. 361 ff.
- Meiners, Wilhelm, Das Volksschulwesen in Mark und Cleve unter Steins Verwaltung (1787—1804). In: Mitteilungen der Gesellschaft für deutsche Erziehungs- und Schulgeschichte. Bd. 16 (1906) S. 113 ff.
- Mieck, Ilja, Preußischer Seidenbau im 18. Jahrhundert. In: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Bd. 56 (1969) S. 478 ff.
- Naarmann, Friedrich, Die Reform des Volksschulwesens im Herzogtum Westfalen unter den beiden letzten Kurfürsten von Köln Maximilian Friedrich, Graf von Königseck-Rottenfels (1761—1784), und Maximilian Franz, Erzherzog von Österreich (1784—1801). phil. Diss. Münster 1903
- Natorp, Otto, Bernhard Christian Ludwig Natorp. Ein Lebens- und Zeitbild. Essen 1894
- Naujoks, Eberhard, Die Französische Revolution und Europa (1789—1799). Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1969
- Nieden, Heinrich W. zur, Die religiösen Bewegungen im 18. Jahrhundert und die lutherische Kirche in der Grafschaft Mark. In: Jahrbuch des Vereins für Evangelische Kirchengeschichte Westfalens. Bd. 11/12 (1909/10) S. 1 ff.
- Nipperdey, Thomas, Verein als soziale Struktur in Deutschland im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert. In: Geschichtswissenschaft und Vereinswesen im 19. Jahrhundert. Beiträge zur Geschichte historischer Forschung in Deutschland von Hartmut Brockmann, Arnold Esch, Hermann Heimpel, Thomas Nipperdey, Heinrich Schmidt. Göttingen 1972
- Pinloche, Albert, Geschichte des Philanthropinismus. Deutsche Bearbeit. von J. Rauschenfels und A. Pinloche. 2. Aufl. Leipzig 1914
- Poten, B[—], Geschichte des Militär-Erziehungs- und Bildungswesens in Preußen. Berlin 1896
- Raumer, Kurt von (Bearb.), Die Autobiographie des Freiherrn vom Stein. Münster/Köln/Graz 1960
- Recke-Volmerstein, Constantin Graf von/Otto Baron von der Recke, Geschichte der Herren von der Recke. Breslau 1878
- Ritschl, Albrecht, Geschichte des Pietismus. 3 Bde. Bonn 1880/84/86
- Roessler, Wilhelm, Die Entstehung des modernen Erziehungswesens in Deutschland. Stuttgart 1961
- Rüter, Wilhelm, Entstehungsgeschichte der Kreislehrerbüchereien im Bereich der ehemaligen Grafschaft Mark. In: Mitteilungsblatt. Verband der Bibliotheken des Landes Nordrhein-Westfalen. N.F. 11. Jg. (1961) S. 85 ff.
- Rüter, Wilhelm, Geschichtlicher Rückblick auf die Entstehung der Kreislehrerbücherei. In: Das Pädagogische Bibliothekswesen in Deutschland. Teil 4: Die Kreislehrerbüchereien und die pädagogischen Institute der Städte und Kreise. München/Frankfurt/Berlin/Hamburg/Essen 1964 S. 154 ff.
- Sack, Karl Heinrich, Urkundliche Verhandlungen betr. die Einführung des preußischen Religionsedikts vom Jahre 1788. In: Zeitschrift für historische Theologie. Bd. 29 (1859) S. 3 ff.
- Sack, Karl Heinrich, Zur Geschichte des geistlichen Ministeriums Wöllner. In: Zeitschrift für historische Theologie. Jg. 1862. S. 412 ff.
- Schäfer, Theodor, Die weibliche Diakonie in ihrem ganzen Umfang dargestellt. Bd. 2: Die Arbeit der weiblichen Diakonie. Hamburg 1880
- Schneider, L[—], Geschichte der Oper und des Königlichen Opernhauses in Berlin. Berlin 1852
- Schöpf, Karl/Walther Vogel, Ein Menschenfreund. Adelbert Graf von der Recke von Volmerstein. Gütersloh 1922
- Schwartz, Paul, Eine geplante Religionsvereinigung in der Zeit der Aufklärung. In: Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte. Bd. 21 (1908) S. 65 ff.

- Schwartz, Paul (Bearb.), Die gelehrten Schulen Preußens unter dem Oberschulkollegium (1787—1806) und das Abiturientenexamen (Monumenta Germaniae Paedagogica. Bd. 46, 48, 50) 3 Bde. Berlin 1910/11/12
- Schwartz, Paul, Der erste Kulturkampf in Preußen um Kirche und Schule (1788—1798) (Monumenta Germaniae Paedagogica. Bd. 58) Berlin 1925
- Seemann, Hans Richard, Schulmeisterlehre und Seminarübungsschule als geschichtliche Formen berufspraktischer Lehrerbildung. phil. Diss. Göttingen 1961 (MS)
- Sellmann, Adolf, Unionsbestrebungen im evangelischen Westfalen vor der Union 1817. In: Jahrbuch des Vereins für Evangelische Kirchengeschichte. Bd. 34 (1933) S. 11 ff.
- Sellmann, Adolf, Die Förderung des Schulwesens der Grafschaft Mark seitens der lutherischen Geistlichkeit. In: Jahrbuch des Vereins für Evangelische Kirchengeschichte. Bd. 37 (1936) S. 74 ff.
- Stenger, P[—], Wie ein westfälischer Bauer zu dem Kaiser Napoleon kam. In: Jahrbuch des Vereins für Evangelische Kirchengeschichte der Grafschaft Mark. Bd. 7 (1905) S. 267 ff.
- Stenger, A[—], Beiträge zur Geschichte der Schulen in der Mark im 18. Jahrhundert. In: Jahrbuch des Vereins für Evangelische Kirchengeschichte Westfalens. Bd. 9 (1907) S. 19 ff.
- Stenger, A[—], Schulmänner der Grafschaft Mark. In: Jahrbuch des Vereins für Evangelische Kirchengeschichte Westfalens. Bd. 11/12 (1908/09) S. 114 ff.
- Stenger, A[—], Das Schulwesen in der Grafschaft Mark von 1609—1909. In: Die Grafschaft Mark. Festschrift zum Gedächtnis der 300jährigen Vereinigung mit Brandenburg-Preußen. Hrsg. von A. Meister. Bd. 1. Dortmund 1909
- Stupperich, Dorothea, F. Hasenclever und die Schulreform in Schwelm 1804—1814. In: Jahrbuch des Vereins für Westfälische Kirchengeschichte. Jg. 63 (1970) S. 81 ff.
- Thiele, Gunnar, Die Organisation des Volksschul- und Seminarwesens in Preußen 1809—19. Mit besonderer Berücksichtigung der Wirksamkeit Ludwig Natorps (Sammlungen von Abhandlungen aus dem Gebiet der wissenschaftlichen Pädagogik. Bd. 1) Leipzig 1912
- Uhlig, Gottfried, Bourgeoisie und Volksschule im Vormärz. Schulpolitische Kämpfe in Westfalen 1838—1848. (Diskussionsbeiträge zu Fragen der Pädagogik. Bd. 25) Berlin 1960
- Vollmer, Ferdinand, Die preußische Volksschulpolitik unter Friedrich dem Großen (Monumenta Germaniae Paedagogica. Bd. 56) Berlin 1918
- Willemsen, Heinrich, Das bergische Schulwesen unter der französischen Herrschaft (1806—1813). In: Mitteilungen der Gesellschaft für deutsche Erziehungs- und Schulgeschichte. 18. Jg. (1908) S. 65 ff.
- Zimmermann, Wilhelm, Die Anfänge und der Aufbau des Lehrbildungs- und Volksschulwesens am Rhein und die Wende des 18. Jahrhunderts 1770—1826) Teil I: Die Anfänge der Lehrerbildung und die Reform des niederen Schulwesens in den rheinischen Territorialstaaten (1770—1794) (1806) Köln 1953

VII. Abkürzungen

Abt	=	Abteilung
ADB	=	Allgemeine Deutsche Biographie
ALR	=	Allgemeines Landrecht für die königlich preußischen Staaten
DZA	=	Deutsches Zentralarchiv
FrW	=	Friedrich Wilhelm
Gen	=	Generalia
GenDir	=	Generaldirektorium
GLSchR	=	Generallandschulreglement
HStA	=	Hauptstaatsarchiv
KO	=	Kabinettsorder
Kons	=	Konsistorium
KuDK	=	Kriegs- und Domänenkammer
KuDR	=	Kriegs- und Domänenrat
LKA	=	Landeskirchenarchiv
OKons	=	Oberkonsistorium
OSK	=	Oberschulkollegium
PSK	=	Provinzialschulkollegium
Reg	=	Regierung
RegPräs	=	Regierungspräsident
StA	=	Staatsarchiv
StadtA	=	Stadtarchiv
VO	=	Verordnung
[]	=	Hinzufügungen der Autoren
*	=	Mitglieder der "Gesellschaft der Freunde"

Die Titel von Quellen und Literatur werden von der zweiten Zitierung an in Kurzfassung nachgewiesen. Zur vollständigen Zitierweise vgl. das Literaturverzeichnis. Titel und Zitate werden so wiedergegeben, wie sie vorgefunden wurden.

VIII. Register

1. Personenregister

- Aschenberg 111
- Bädeker* 67, 71, 74, 76, 77, 79, 80, 81,
107, 109, 110, 111, 130, 136, 178, 182
- Bäumer 89
- Balke 155
- Basedow 41, 135
- Baumann 113
- Beaumont 144
- Beckedorff 66, 166
- Beckhaus 76
- Behrendt 114
- Berg* 180
- Berger* 66, 178, 180
- Berswordt* 66, 178, 180
- Bertram* 66, 180
- Beust 105, 106
- Bitter 155
- Bodelschwingh* 60, 177, 180
- Brinkmann* 59, 177
- Broich* 66, 179
- Bruns [Lehrer] 18
- Bruns* 66, 180
- Bünau 179
- Busch 111, 141, 142, 143
- Campe 135
- Castringius* 66, 180
- Clasen* [auch: Classen] 57, 59, 69, 177,
178, 180
- Cotta 148
- Cruse* 66, 76, 77, 96, 180
- Dahlenkamp* 26, 66, 67, 68, 69, 71, 74,
81, 91, 96, 109, 111, 124, 140, 179, 181
- Diesterweg 43, 46, 166
- Dithfurth 15
- Ebel* 65, 178, 180
- Ehrlich 114, 142, 144
- Ek 77
- Elbers* 66, 178, 179, 180
- Elling 52, 77
- Engels* [Hofrat] 87, 89
- Engels* [Prediger] 87, 89
- Erdmannsdorf 104
- Erkenzweig 148
- EB 16
- Eylert*, Rulemann F. 5, 66, 95, 96, 111,
141, 164, 180
- Eylert, Rulemann L. 66
- Fallenstein 114, 139
- Ferdinande, Prinzessin von Preußen 21
- Franz 154
- Freudenberg 155
- Friedrich II. 15
- Friedrich Wilhelm II. 16, 17, 23, 60
- Friedrich Wilhelm III. 5, 13, 21, 69, 146
- Frosch 137
- Fürstenberg 21, 27, 86, 156
- Funke 185
- Galen 21
- Gallitzin 86
- Gedicke 5, 147
- Gerling 35
- Goldbeck 21
- Gottschalk 111
- Gräve 155
- Grasendieck 35
- Grevel* 60, 107, 140, 177
- Gruthof 35
- GutsMuth 135
- Haar* 87, 90
- Hagemeister 113, 135
- Harkort, Friedrich 5
- Harkort, Peter 5, 90–92, 95, 97
- Harpen 155
- Hasenclever* 66, 76, 77, 79, 80, 81, 91,
111, 132, 141, 180
- Hecker 31, 149
- Heinitz 5, 21, 57, 92, 93, 96, 97, 98, 103,
104, 105, 140, 162, 163
- Hengstenberg 111
- Herder 106, 126
- Hermes 62
- Hintze 165
- Hinze 170
- Hövel 17, 114, 116
- Hompesch 146
- Holthaus 185

- Hoogen 72
 Horst 21
 Hülsmann 89, 91, 111
 Humboldt 41, 66, 83, 171
 Husmann 155

 Ith 135

 Jacobi* 89, 155, 156, 158, 159, 160
 Jagurmolle* 66, 180
 Jung-Stilling 16
 Junker 185

 Kannengießer* 60, 177, 178, 180
 Kelbert 170
 Ketteler 21
 Kipp* 60, 177
 Kleinschmidt 66, 111
 Knoop 155
 Kortum 24, 27
 Krünitz 116, 168
 Krupp 111
 Kuschinsky* 52

 Langewiesche* 66, 178, 180
 Lavater 16
 Lehmann [Bauinspektor] 107
 Lehmann [Prediger] 75
 Leithen* 26, 60, 177
 Lieth 125, 127, 128, 145, 148, 152, 156
 Loe 11
 Lohmann* 66, 180

 Massow 5, 41, 69, 76, 96, 97, 102, 103,
 104, 109, 132, 141, 143, 144, 145, 149,
 152, 163, 164
 Meierotto 5, 24, 31, 56, 57, 94, 97, 98
 99, 102, 118, 161, 162
 Möller 91, 181
 Möser 22
 Müller [KuDR] 93
 Müller* [Prediger] 52, 111, 177

 Naderhoff 155
 Natorp 5, 7, 22, 78, 111, 112, 113, 125,
 132, 133, 135, 136, 137, 140, 141, 142,
 143, 152, 153, 154, 156, 164
 Neuhaus* 66, 180
 Niemeyer 135
 Nocke 35

 Offelsmeyer 95
 Olivier 135
 Overberg 55, 86, 133, 141

 Pauline, Fürstin zu Lippe 106, 140
 Pestalozzi 43, 135
 Petersen 137, 156
 Pöhlmann 135

 Rappard 92, 93, 94, 95, 99, 101
 Rautert* 66, 179
 Reck, Adelbert v. d. 8, 22, 160
 Reck, Eberhard Friedrich Christoph v. d.
 14, 19, 21
 Reck, Karl Friedrich Leopold v. d. 19
 Reck, Louis v. d. 14
 Reck, Louise Alexandrine Johanne Chri-
 stiane v. d. 15
 Recke, Mathilde v. d. 15
 Reck, Philip v. d. 5, 11, 12, 13, 14–16,
 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26,
 27, 34, 35, 36, 38, 39, 40, 41, 48, 52,
 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 62, 63, 65,
 66, 67, 69, 70, 73, 74, 75, 76, 77, 78,
 79, 84, 87, 89, 92, 94, 105, 106, 107,
 109, 114, 115, 116, 117, 119, 120, 121,
 123, 125, 126, 127, 128, 129, 133, 138,
 139, 140, 142, 143, 145, 146, 147, 148,
 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156,
 157, 158, 159, 160, 161, 162, 165, 177,
 180, 181, 182
 Reck, Wilhelm Christian v. d. 13
 Rehlinghaus 155, 156
 Reichenbach* 66, 78, 180
 Reinhardt 66
 Resewitz 41, 135
 Riemann 19, 177
 Rischmüller 86, 164
 Rist 133
 Ritter* 89
 Rochow, Friedrich Eberhard v. 5, 18,
 19, 22, 30, 31, 41, 113, 114, 133, 135,
 159, 162, 167, 170
 Rochow, Friedrich Wilhelm v. 18
 Rochow, Sophia Dorothea Friederica v.
 18
 Rohr 48, 87, 103, 114, 115, 116, 119, 123,
 148
 Romborg 155, 156, 157, 158, 159
 Rudolph 30, 31
 Rumpf* [Rumpff] 57, 60, 177, 181
 Rurmann 74, 75

 Sack 5, 66, 144
 Salzmann 135
 Scheve 152
 Schimmel* 52, 177

- Schlez 133
 Schlözer 94
 Schmieding* 52, 177, 181
 Schneider 135
 Schram 170
 Schünder 81
 Schultheis 107
 Schwarz 135
 Schwerin 15
 Senft* v. Pilsach 84, 85, 87, 92, 93, 99, 108
 Senger* 18, 87, 89, 111
 Sindern* 52, 177, 178, 180
 Snethlage* 5, 27, 66, 87, 89f., 92, 93, 94, 95, 96, 101, 105, 106, 178, 180
 Soyaux 135
 Spener* 89
 Spiegel 21
 Spitzbart 181
 Stein, Heinrich Friedrich Karl Freiherr vom und zum 5, 21, 57, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 94, 95, 96, 97, 99, 101, 103, 107, 108, 113, 118, 119, 123, 127, 132, 141, 144, 162, 163, 164
 Stein [Prediger] 79
 Stephani 135, 141
 Stolz* 60, 177
 Stratmann 155, 156
 Struve 135
 Süvern 165, 166
 Surmann 155
 Sybel 96, 139
 Terlinden* 89, 92, 94, 95, 96, 99, 101, 103, 105, 106
 Tiemann 89
 Vierhaus 122
 Villaume 135
 Vincke 5, 107, 108, 132, 143, 144, 164, 179
 Völters 135
 Vollmann 178, 179
 Voltaire 22
 Wagemann 133
 Wallberg* 69, 177
 Wartensleben 29
 Weich 21
 Werden [Abt von] 21
 Westhoff* 57, 60, 177
 Wiethaus* 76, 89, 105, 107, 125
 Wilberg* 7, 13, 23, 24, 25, 27, 28–32, 33, 34, 35, 37, 38, 39, 40, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 55, 57, 59, 63, 64, 65, 75, 77, 78, 86, 96, 101, 103, 105, 106, 113, 115, 121, 123, 125, 126, 131, 132, 133, 137, 141, 143, 146, 147, 148, 150, 156, 158, 166, 167, 168, 169, 170, 178, 180, 185
 Wilmsen 185
 Woellner 5, 16, 17, 21, 24, 27, 36, 41, 53, 57, 58, 73, 130, 132, 140
 Wolke 113
 Wülfingh 111, 181
 Wylich 124
 Zedlitz 14, 19, 36, 41, 42, 61, 162, 167, 168
 Zerenner 133, 135
 Zimmermann 111
 Zöllner 5, 141, 147, 149

2. Sachregister

- Aberglauben 20, 42, 131, 150
 Abteilungen in der Schule 49
 Ackerbauunterricht s. landwirtschaftlicher Unterricht
 Adel, Aufgabe, Verpflichtung des 17, 117, 120
 Akademie der Wissenschaften 129
 Akten 5, 6, 31, 43, 84, 97, 99, 103, 118, 147, 157, 158, 160, 163, 165
 Allgemeinbildung 41
 Allgemeines Landrecht 58, 63, 70, 94, 96, 157, 163, 169
 altständische Ordnung (s. a. geburtsständische Ordnung) 6, 17
 Amtseinführung 26, 55
 Anschaulichkeit 45, 64, 169
 Arbeitsamkeit 176
 Arbeitserziehung 49–51, 168, 170, 176
 -gewöhnung 49–50, 167, 168, 176
 Armenfrage 171
 -fond, Heranziehung zur Schulentwicklung 119, 120
 -schule Elberfeld 29, 51, 146, 170
 -wesen 46
 Aufklärer 16, 21
 Aufklärung 16, 18, 43, 59, 123, 132, 161, 177,
 - des Landmannes 6, 18, 59, 131, 167

- des dritten Standes 17
- durch Schule 39-46, 48, 131, 136
- wahre 43
- Aufsicht durch die Kirche s. Schulaufsicht
- Auswendiglernen (s. a. Memorieren) 58, 130, 175
- Bauernstand, Kultur des (s. a. Landmann) 40, 47
 - unruhen 17
- Begriffe als Werkzeug 44
- Berufspflicht, Erfüllung der (s. a. Pflicht) 169
- Bestimmung des Menschen 44
- Bibel 13, 14, 42, 121, 167, 169
 - als Schulbuch 53, 72, 75, 167, 170, 173
- Bildung, bürgerliche 51
 - der Jugend 70, 174
 - der Nation 117
 - des Volkes 120, 123, 126, 127
- Bildungssteuer (s. a. Schulfinanzierung, Schulfond) 61, 96, 109
- Brennholzversorgung der Schulen 109
- Caritas 15
- Civilisation 86, 170
- Code Napoleon 157
- Conduitenlisten 73
- Denkschulung (s. a. Verstandesschulung, Verständigkeit) 28, 45, 46, 49, 80, 130, 133, 168, 173
- Departement, geistliches 14
 - der Justiz 14, 19
 - westfälisches 14
- Deutschunterricht (s. a. Sprachkenntnisse, -lehre, -unterricht) 150
- Dialektproblem 33-34, 167
- Districtsschulkollegium 91
- Dotationsschulstelle s. Gnadenschule
- Elementarschule, Reform (s. a. Kirchengemeindeschule, Volksschule) 41, 43, 44, 48, 52
- Eltern, Einfluß auf die Schule 33, 34, 35, 64, 163, 167
 - recht 129
- Erbherr 12
- Erdkunde s. Geographie
- Ersatzerziehung 46, 171
- Erweckungsbewegung 129, 131, 132, 148
- Erziehung, christliche 59, 47, 70
 - ergänzende 46, 171
 - in Haus und Familie 30, 49-50
 - versittlichende (s. a. Sittenschulung, -unterricht) 171
- Erziehungsfeld 6, 166
 - wissenschaft (s. a. Pädagogik) 42, 75, 142
- Eudämonismus 65
- Fabriquendistrict 87
- Fertigkeiten der Schüler (s. a. Kenntnisse) 43-44
- Fibel (s. a. Schulbuch) 45
- Finanzierung von Schulformen 6, 162
- Französische Revolution 5, 17, 59, 123, 177
- Freiheit 34, 123, 154, 158, 169
- Freimaurerei 16, 53
- Freischule 12, 20, 22, 23, 26, 35, 115, 151, 153, 167
- Foundation einer Schule 25-26
- Garnisonschule 43
 - Potsdam 28, 51
- Gartenbauunterricht 46, 51, 115
- Gebildete 21, 30, 47, 65, 137, 151, 170
 - Spracherfahrung 45
 - Umgangsformen 151, 167
- Geburtsstände, -ische Ordnung 17, 30, 41, 46, 87
 - Mobilität durch Industrialisierung 87
- Geflügelzucht 51
- Geistliche s. Prediger
- gelehrte Bildung und Seminaristen 122, 151
 - und Seminarlehrer 114-115, 138, 139
 - und Schulaufseher 103, 141
- Gemeingeist, -nützigkeit 21, 24, 83
 - wesen und Schule 5, 112, 161, 162, 167
- Generaldirektorium 57, 60, 62, 85, 88, 89, 92, 93, 95, 96, 97, 100, 101, 102, 103, 104, 109, 141, 170, 177
 - inspektor 26, 67, 68, 90, 130
 - landschulreglement 12, 25, 67, 71, 72
 - superintendent 68, 164
- Geographieunterricht 48, 121, 185
- Geometrie 185
- Gesangbuch 46, 79
 - unterricht 53, 125, 150, 174, 184
- Geschäftsmann 87, 94, 99

- Geschichtsunterricht 48, 121, 150, 167, 173
 Gesellschaft
 – agrarische und industrielle 170
 – (staats-) bürgerliche 6, 42, 43, 47, 112, 163, 164, 168
 – Klassen (s. a. Klassen) 41
 – ständische (s. a. altständische, geburtsständische Ordnung) 17, 165
 Gesellschaft der Freunde der Lehrer und Kinder in der Grafschaft Mark 6, 7, 19, 52–54, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 74, 76, 77, 78, 79, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 89, 90, 95, 97, 99, 101, 102, 105, 106, 107, 109, 112, 113, 114, 118, 119, 121, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 137, 140, 144, 145, 150, 152, 160, 161, 162, 164, 165, 169, 171, 172, 177, 178, 181, 188
 – Aufruf von 1793 58–60, 174–177
 – Gesetze der 52–53, 172–173
 – Mitglieder, Herkunft 65
 – – Zahl 65
 – privater Charakter 57
 – Vorsätze der 53–54, 173–174
 Gesellschaftsrechnen 45
 Gesittetheit, Gesittung (s. a. Sittenschulung, -unterricht) 30, 49, 51
 Gesundheitsunterricht 19–20, 53–54, 174, 185
 Glückseligkeit, bürgerliche (s. a. Wohlfahrt) 65
 Gnadenschule 17, 31, 35, 38, 39, 128, 143, 147
 Großherzogtum Berg 134, 153
 Grundherr 12
 Gymnasium, Aufsicht über 89, 94, 101
 – Hamm 65, 122, 142
 – Joachimsthalsches 5, 31, 66
 – Soest 139

 Hand- und Spanndienste 155
 Haus, das ganze 34, 165
 hausväterliches Denken 15
 Heimatgeschichte, -kunde 121, 150
 Herrschaft 157, 169
 Herzensbildung 47, 130, 132, 139, 148
 Hochdeutsch, -sprache 7, 32, 33, 36, 44, 184
 Hofmeister 14, 33

 Industrialisierung, Wirkung der frühen 86f., 90, 98, 170
 Industrieschule 148
 – -unterricht 49–51, 111, 170
 Innere Mission 16
 Instrumentalunterricht (s. a. Musikunterricht) 150

 Johanniterorden 15, 23
 juristische Denkweise 124

 Kadettenanstalt, Berlin 14
 Kantonpflicht 92, 119
 Kasse, Kontrolle von Geldern durch die 104
 Katalog (s. a. Schulkommissare, Aufgaben) 112, 126
 Katechese 121, 130, 131, 183
 Katechismus 13, 42, 47, 72, 130, 131, 169, 170
 – „bürgerlicher“ 169
 Kenntnisse
 – bürgerliche 35, 42, 80, 168
 – des Bauern (s. a. Landmann) 40, 43–46
 – der Elementarschüler 43, 44
 – der Lehrer (s. a. Seminar) 78, 180–181
 – gemeinnützige 73, 181, 185
 – nützliche 18, 41, 173
 Kinderarbeit 13, 35, 49, 50
 –freund, Rochowscher 29, 31
 –sinn 44
 Kirche und Schule 6, 21, 53, 69, 70, 72, 88, 95, 96, 140, 164, 171
 Kirchengemeindeschule 12f., 26, 28, 35, 41, 45, 71, 82, 148, 164, 166, 170
 –musik 46
 –ordnung, -polizei 65, 67, 70, 94, 95, 97, 163
 – und Schulkommission der Regierung 80, 113, 165
 Kirchenverwaltungsstruktur 68
 Kirchspielschulkollegien 83, 84, 85, 91, 95, 96, 109
 Klassen der Bevölkerung 41, 51, 61, 96, 142, 163, 174, 175, 182
 Kollekten 39, 92, 119, 158
 Konferenzgesellschaften s. Lehrerkonferenzgesellschaften
 konfessionsplurale Schule s. Schulwesen, Unterricht
 Konfessionsschule 164
 –streit 21, 22
 Konfirmation 13, 25, 30
 Konsistorium (s. a. Ministerium) 95, 164
 – clevesches 95
 – kurmärkisches 22, 167

- Kopfrechnen (s. a. Rechenunterricht) 42, 45, 184
- Krahne, Schule in 30
- Kriegs- und Domänenkammer 57, 58, 60, 72, 76, 77, 82, 84, 85, 88, 89, 91, 92, 93, 96, 98, 99, 101, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 112, 113, 118, 123, 126, 127, 128, 129, 132, 140, 141, 143, 144, 145, 150, 152, 153, 154, 158, 163, 165, 169
- Ressort der 37–38, 77, 95, 97, 118, 127
- Unkenntnis in Schulsachen 128
- Küsterdienst 140
- Kulturnation (s. a. Nation) 42, 140
- Landeskultur und Schule 86, 108
- Landmann
- Aufklärung des 40, 48, 75, 167
- Kenntnisse des 40, 42
- Qualifizierung des 20, 40, 121, 177
- Rückständigkeit des 20, 59, 174, 177
- und Schule 13, 20, 33–34, 147
- Landschule, musterhafte 23
- Landstände (s. a. Stände) 52, 85, 88, 91, 93, 101, 115, 116, 117, 119
- tag, cleve-märkischer 17, 52, 56, 104, 114, 115, 117
- landwirtschaftlicher Unterricht 42, 46, 115, 150
- Lehrer
- Amtsfreude 44, 134
- -führung, Kontrolle der 106, 109, 111, 136
- Anrede, Titel 53, 64
- Ansehen 53, 54, 56, 58, 92, 124, 162, 173, 175
- anstellung 31, 55, 72, 73, 117, 142, 175, 182
- – Amtseid 38
- – Amtseinführung 26, 55
- – Berufungskosten 60
- – Bestätigungsrecht (Konfirmation) 31, 37, 38, 149, 182
- bildung 7, 12, 19, 54, 55, 71, 75, 78, 91, 100, 108, 113, 126, 127, 141, 142, 144, 150, 163
- – Akademie für 124
- – Mindestkenntnisse, -fähigkeiten 78, 80
- – Kurse 54, 82
- – (s. a. Prüfungswesen)
- – Schulmeisterlehre 54, 55, 121, 123, 124, 127, 138, 139, 162
- – überkonfessionelle 124
- Charakter 75, 151
- einkommen 26, 39, 56, 60, 61, 63, 100, 105, 108, 111, 143
- als Knecht des Predigers 64
- konferenzgesellschaften 133–138
- – Aufsicht durch die Kirche 136
- – Barmen 134
- – Elberfeld 133
- – Remscheid 134–135
- – Solingen 134
- – Unna 136, 168
- – Weimar 133
- Küsteramt 154
- seminar für die Provinz 36, 62, 85, 90, 91, 92, 95, 101, 113–121, 123–129, 141, 142, 144–145, 147, 148
- Standesbewußtsein 53, 113, 134, 137, 137, 151, 173
- Status als königlicher Beamter 39, 60
- Stellung in der Gemeinde 39
- synoden 134
- vereine 135
- Weiterbildung 82, 123, 133, 134, 143
- Zahl der 119, 123
- Lehrmittel 15, 109, 111, 126
- Lehrplan 44
- Leibzüchter 11
- Lesebuch 45, 75, 173
- kinder 25
- tafel 45
- unterricht 28, 42, 45, 173, 184
- Mädchenschule 111
- Malunterricht 150
- Memorieren (s. a. Auswendiglernen) 47, 175
- Meisterlehre s. Lehrer, Schulmeisterlehre
- Ministerium (Konsistorium) 26, 65, 67, 70, 74, 82, 136, 164, 181
- Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten 66, 112f., 163
- Mittelstand 17, 21, 47, 129
- Mitwirkung der Nation an der Schule (s. a. Nation) 83, 87, 90, 102
- Monument der Dankbarkeit 21, 22
- Musik (s. a. Instrumentalunterricht) 184
- unterricht im Seminar 125
- Nähunterricht 50, 51
- Nation 5, 18, 21, 33, 42, 59, 62, 70, 80, 82, 83, 87, 90, 96, 98, 112, 134, 161, 162, 171
- Nationalbildung 40f., 117
- erziehung 65, 140

- pläne 171
- Naturgeschichte 185
 - kenntnis 42
 - kunde 150
 - lehre 150, 167, 185
- Nebenschulen s. Winkelschule
- niedere Schule, Reform 5, 70, 85
- Normalschule 55, 86, 122, 141
 - unterricht 126
- Normvermittlung 46, 47
- Nutzen
 - der Schulaufsicht 99, 100, 102, 103
 - der Schule 112, 122
 - der Schulreform 62, 64, 65, 91, 117, 177
- Oberkirchenrat 164
- Oberkonsistorium 65, 164
- Oberrechnkammer 103, 106
- Oberschulkollegium 5, 6, 14, 17, 22, 24, 31, 33, 36, 37, 38, 39, 53, 54, 60, 61, 62, 65, 69, 70, 71, 73, 80, 83, 84, 85, 87, 89, 90, 92, 95, 96, 97, 98, 102, 104, 105, 106, 112, 116, 118, 124, 126, 128, 130, 143, 144, 146, 149, 163, 168
 - Fonds 24, 36, 145
 - Instanzenzug 102
- Obrigkeit 20, 34, 35, 43, 53, 56, 111, 169, 170
- Öffentlichkeit 23, 53, 56, 63, 104, 147, 161, 162
- Organistendienst (s. a. Küsterdienst) 184
- Orgelspiel 46, 184
- Orthographie 151
- Overdyck
 - Baut 11, 33
 - Besoldung der Lehrerstelle 28, 31, 152, 154
 - Gnadenschule (s. a. dort) 35-39
 - Gut, Rittersitz 8, 11
 - Prinzipien des Unterrichts 40
 - Rettungsanstalt, Kinderheim, Waisenhaus 5, 8, 16, 22
 - Schule
 - Freischule 20, 28, 43, 146, 158
 - Kapazität 6
 - Musterschule 128, 159
 - Prinzipien des Unterrichts 40
 - Urteil anderer 40, 47-49
 - und Schulbezirk 153
 - Stiftung, Fundation, Bau 20, 21-24, 35, 152, 155, 156, 157, 158
- Pädagogen in der Schulaufsicht 81, 87, 88, 96, 99
- Pädagogik (s. a. Erziehungswissenschaft) 65, 75, 96, 133, 135-136, 138, 141, 142
- pädagogische Kenntnisse der Prüfer von Lehrern 74, 183
 - der Schulaufscher 82, 105, 106
- Pädagogium Halle 14
- Patriotismus 40, 59, 86, 91, 120, 122
- Patronat 73, 148, 153, 156, 157
- Pflicht des Bürgers 42, 43, 80
 - der Stände 118
- Philanthropie 15
- Pietismus 15f.
- Planung 6, 100, 102, 161, 163, 164, 165-166
- Pöbel 46
- Prämien
 - fond 56, 57, 59, 85, 111, 126, 140
 - für Landesentwicklung 59, 176
 - für Lehrer 56, 57, 60, 65, 105, 106, 107, 125, 126, 149, 176
- Predigerklassen 68, 74, 108
- Prediger
 - Amtspflichten 56, 59
 - und Lehrer 56, 59
 - und Lehrerprüfung 77, 79-82
 - und Schulaufsicht 70, 73, 75, 81, 86, 95, 99, 100
 - und Schule 70, 81, 95, 96, 100, 112
- Projektmacher 42
- Provinzialschulkollegium 37, 69, 78, 82-105, 107, 118, 125, 143, 161, 163, 165, 182, 183, 188
 - zu Cleve 57, 83, 95, 105
 - Instanzenzug 83, 94
 - Kollegialität 97
 - Kosten 89, 93, 94, 95, 96, 99, 100
 - Schulrat 88, 90
 - Zuständigkeit 85, 89, 94, 100
- Preisfragen 129-132
- Produktivkräfte, Förderung der 170
- Prüfungen 7, 72, 86, 162, 163, 165, 187
 - der Lehrer 74-82
 - Instruktionsentwurf 182-188
 - für Klassen von Schulen, Anstellungsfähigkeit 187
 - der Privatlehrer 80
 - im Medizinalwesen 80
 - an der Schule s. Schulprüfungen
- Rationalismus 131
- Rechenkinder 25
 - unterricht 28, 42, 45, 184-185
- Rechnen, bürgerliches 45
- Reckahn, Schule in 18, 19, 20, 30, 48, 135, 177

- Reformen, preußische 112, 165
- Regierung [Landesjustizkollegium] 37,
38, 69, 74, 76, 83, 88, 89, 91, 94,
95, 97, 99, 103, 107, 108, 109, 113,
115, 116, 117, 118, 119, 123, 125, 139,
149, 163
- Ressort 37-38
- Unkenntnis in Schulsachen 116
- Religionsedikt 17, 131
-unterricht 43, 72, 129, 132, 149, 175, 186
- religiöse Erziehung 13, 18, 28, 169
- Rettungsgedanke (s. a. Overdyck) 16, 17
- Rosenkreuzer 16
- Ruhrdepartement 110, 154
- Schönschreiben 28, 150, 184
- Schreibkinder 25
-unterricht 42, 45, 173
- Schülerauswahl 111
- Schul-
-aufsicht (s. a. Ministerium, Oberschul-
kollegium, Provinzialschulkollegium,
Schulverwaltung) 7, 14, 20, 37-38,
53, 67, 68, 69, 70, 71, 75, 76, 82, 83,
84, 95, 99, 101, 104, 107, 110, 111, 112,
142, 153, 154, 162, 163, 164, 165
-- Bezirke, Districte 86, 108, 112
-- und gelehrte Bildung 103
-- überkonfessionelle 86, 99
-- Protokolle der Visitation 111
-besuch 20, 34, 35, 56, 61, 108, 111, 168
-- Pflicht zum 7, 25
-buch (s. a. Fibel, Lesebuch) 22, 59, 111
-deputation 82, 162
-finanzierung (s. a. Finanzierung, Bil-
dungssteuer) 7, 13, 20, 25, 26, 61, 63,
83, 108, 162,
-fond 60-63, 85, 98, 119
-gebäude, Aufsicht über Zustand 109,
111
-geld 12, 25, 34, 35, 61, 62, 63, 109,
110, 111, 152, 153, 154, 160, 178
-- Erhebungsweise 110
-- unvermögende Familien 61, 110
-glocke 27
-hausbau 25, 108, 109, 110
-kosten 61
-hygiene 54, 58, 174, 175
-kataloge 71
-klassengliederung 111, 173
-kommissare 110, 111, 112, 153, 163
-- Aufgaben der 101, 108, 126
-kommission der Stände 105
-konsistorien s. Provinzial-
schulkollegium
-kundige 112
-männer 22, 41, 105, 135, 138, 139,
147, 166
-meister 32, 33, 34, 38, 53, 54, 122, 139,
167, 173
-plan 76, 93, 102, 163, 164, 165
-polizei 98, 110, 112, 113
-prüfung, öffentliche 27, 51, 173
-publikum 7, 87, 99, 161, 162, 166
-reform, Bedingungen der 6
-- in der Kurmark 5, 24, 137
-revision durch Land- und Steuerräte
unter pädagogischem und ökonomi-
schem Gesichtspunkt 93, 110
-steuern (s. a. Bildungssteuer) 61, 109
-umgänge 26
-unterhaltung 100
-verwaltung (s. a. Schulaufsicht), Ent-
stehung der 14, 148
-- Struktur der 7, 83, 163
-- fachmännische 81, 108, 162
-visitation s. Schulaufsicht
-vorstand 82, 109-110, 112, 162
-- Aufgaben 109
-zustände 12f., 26-27, 58, 63-64
-zucht 29, 47, 78, 111, 116, 174, 186
- Schule
- christlicher Auftrag 18, 33, 43, 47, 58,
70, 112, 130, 169
- Nutzen der (s. a. Nutzen) 72
- überkonfessionelle 77, 78, 79, 83, 85,
122, 130, 137, 164
- Weltlichkeit 22, 72
- Wirklichkeit der 6, 7, 43
- Seidenbau 29
- Sekten 22, 132
- Sektion für Kultus und Unterricht 163
- Seminar für Volksschullehrer
- Berlin 20, 30, 31, 37, 43, 51, 54, 60,
78, 149, 160
- Emmerich 124
- Hagen 140
- Halberstadt 19, 20, 60, 78
- Minden 19
- Overdyck 113-129, 132, 139, 140, 143,
144-145, 146, 150-151
-- Bau 27, 117, 121
-- Etat 119f., 123, 125
-- Kapazität 6
-- Landnähe 115, 122, 142, 144, 151
-- Mangel an Seminaristen (s. a.
Stipendium) 178
-- sittliche Erziehung im Seminar 115,
-- Übungsschule 117, 151 [151
-- Unterricht 121-123, 150-151

- Soest 124, 139-140, 142, 159
- Wesel 62, 113, 114, 115, 116, 117, 124, 138, 139, 141, 143, 145, 178
- Simultanschule 43
- Sinnsprüche (s. a. Auswendiglernen, Memorieren) 47
- Sittenschulung 30, 47, 87, 173
 - unterricht 87, 146, 151, 186
 - zeugnis 125, 151, 181
- Sokratik 78, 130
- Soldatenstand, Notwendigkeit des 53, 174
- Sorgepflicht, geburtsständische 118, 120
- soziale Krisenerscheinungen 46
- Sozialfeld 6, 166
- Sozialpädagogik 46
- Sozialstruktur und Schule 7
- Spinnschulen 51
 - unterricht 51
- Sprachkenntnisse 42
 - lehre 184
 - unterricht 33, 44-45
- Staat
 - und Bauern 35
 - bürgerlicher 161, 169
 - Entstehung des 6, 169,
 - und Schule 21, 63, 90, 120, 140, 148, 163, 168, 169, 170
 - Wohl des 17, 53, 98, 174
- Staats-
 - bürger 5, 175
 - - Nutzen des 59
 - glück 56, 76, 100
 - klugheit 41
 - stände 41
 - wirtschaft 60
- Städteordnung 162
- Stände 5, 17, 76, 100, 104, 105, 106, 114, 115, 116, 118, 123, 125, 126, 127, 129, 144, 145, 147, 150, 179
 - Unterschiede der 87
- Stand (s. a. Mittelstand)
 - dritter 17
 - persönlicher 151
- Steuerlast der Grafschaft Mark 120
- Stiftung einer Schule (s. a. Overdyck) 24, 26, 38
- Stilübungen 151
- Stipendium für Seminaristen 60, 79, 85, 114, 116, 117, 119, 121, 124, 125, 140, 151, 152, 178
- Strickunterricht 20, 50, 51
- Subdelegat 68, 74, 81, 108, 164
- Superintendent 164
- Synode 18, 67-71, 72, 73, 74, 75, 76, 81, 82, 89, 107, 110, 113, 140, 180, 181
- systematisches Denken bei den Schulreformen 20, 165, 171
- Tabellen 109, 111
- Tafel 45
- Teichheim 7, 137
- Toleranz 86, 164
- Tradition und Schule 6, 33, 42, 55, 84, 102, 148, 161, 164
- Tugenden, bürgerliche 59, 169, 176
- Unterricht
 - anschaulicher 45
 - konfessionsübergreifend 7, 16, 27, 72, 149, 153
 - als Kunst 44
 - schematischer 44
 - als Staatsbürgerpflicht 120
- Unterrichtsentwurf 151
 - gesetzentwurf 165, 166
 - mängel 179
 - methode 44, 54, 73f., 78, 109, 116, 121, 126, 128
 - pflicht (s. a. Schulbesuchspflicht) 27
 - ziele 13, 20, 33, 39-46
- Unterschichten 13, 46, 147
- Untertanen 147, 169
- Utilitarismus 65
- Vaterland 36, 52, 173, 174, 176, 177
- Vaterlandskunde 150, 185
 - liebe 117, 176, 177
- Verbildung des Volkes 41, 169
 - der Lehrer 75
- Verfassungskunde 43
- Verfeinerung des Volkes 169
- Versorgung mit Schulen 111, 112
- Verständigkeit, Erziehung zur 33, 49, 64, 80, 176
- Verstandesschulung (s. a. Denkschulung) 35, 42, 47, 122, 131, 132, 133, 148
- Vertragstheorie 169
- Verwahrlostenerziehung 29
- Verwahrlosung 47, 170
- Verwaltung
 - bürokratische Organisation, Bürokratie 6, 91, 106, 127, 166
 - geordneter Geschäftsgang 98
 - Informationsverarbeitung 6
 - als Maschine 6, 68, 169
 - Reform der 18, 38, 113, 163
 - Reorganisation der 18, 104, 163, 165
 - Ressortdenken 62, 107, 124

- und Schule 6, 23, 108, 112, 116, 128
- Sparsamkeit 90, 103, 161
- Visitationsfragen 106, 109, 111-112
- Vokation der Lehrer (s. a. Lehreranstellung) 73, 111, 149
- Volksbildungskonzept 41
- Volksschule
 - Entwicklung der preußischen 5, 7, 36, 41, 43, 83, 137, 148, 162, 164
 - Nutzen der 112
 - und Kirche s. Kirche und Schule
 - konfessionelles 112, 137
 - Sicherung der Inhalte durch die Prüfung der Lehrer 82
 - Zwecke der 43, 131, 163, 166
- Vorspann 95, 101
- Waisenhaus Halle 30
- Wanderschule 26
- Weltkunde 122, 167
- Werkkundige der Gelehrsamkeit 65
- Winkelschule 12, 20, 26, 182
- Wissen 40, 42
- Wohl, Wohlfahrt
 - allgemeines 19, 42, 168, 174, 176
 - bürgerliches 18, 169
 - der christlichen Gesellschaft 18
 - des Ganzen 169
 - der Menschen 69, 84
 - der Menschheit 24, 157
 - der Nation 18
 - der Provinz 99
 - der Untertanen 98
 - des Staates 5, 17, 41, 84, 170
 - des Volkes 120
- Wohlstand, Förderung des 63, 100, 139
- Zeichenunterricht 150
- Zwangserziehung 171
- Zweisprachigkeit als Bildungsmittel 45